



Bundesministerium  
der Finanzen

# Monatsbericht des BMF Januar 2009





Monatsbericht des BMF  
Januar 2009



# Inhaltsverzeichnis

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Editorial</b> .....   | <b>2</b>  |
| <b>Übersichten und Termine</b> .....   | <b>4</b>  |
| Informationen zum Konjunkturpaket vom Januar 2009 .....  | 5         |
| Finanzwirtschaftliche Lage .....   | 8         |
| Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2008 .....  | 15        |
| Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....   | 18        |
| Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....  | 22        |
| Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2008 .....  | 29        |
| Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....   | 33        |
| Termine, Publikationen .....   | 36        |
| <b>Analysen und Berichte</b> .....   | <b>38</b> |
| Die neue Erbschaftsteuer .....   | 39        |
| Das Eigenheimrentengesetz .....  | 45        |
| Der Euro wird zehn .....   | 56        |
| Untersuchung des deutschen Steuersystems im Hinblick auf die Gewichtung von<br>ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern ..... | 67        |
| Kolloquium zur Steuerrechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) .....   | 77        |
| <b>Statistiken und Dokumentationen</b> .....   | <b>85</b> |
| Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....  | 86        |
| Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....   | 110       |
| Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....  | 114       |

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Wirtschaftsdaten zeigen, Deutschland befindet sich in einer Rezession. Für 2009 erwartet die Bundesregierung gemäß der im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht veröffentlichten Projektion einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von preisbereinigt 2¼%. Dabei hat Deutschland sowohl mit den Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise als auch mit dem abrupten Einbruch der Weltkonjunktur zu kämpfen. Die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen belastet zunehmend die Binnenkonjunktur.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung am 14. Januar 2009 einen "Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland" beschlossen. Das Gesamtvolumen der darin enthaltenen Maßnahmen beträgt rund 50 Mrd. €. Zusammen mit den im Herbst 2008 beschlossenen Maßnahmen ergibt sich ein konjunkturell wirksames Finanzierungsvolumen von rund 80 Mrd. €. Schwerpunkte dieses Pakts sind Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand, insbesondere in Bildung und Infrastruktur, die Sicherung der Kreditversorgung von Unternehmen, Qualifizierung der Arbeitnehmer und eine weitere Entlastung der Betriebe und Privathaushalte durch Steuer- und Abgabenerleichterungen.

Ziel ist es, die private Nachfrage in Deutschland zu stärken, um Anreize für Beschäftigung und private Investitionen zu setzen. Hierdurch wird es zwar vorübergehend zu einer deutlichen Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme kommen müssen. Wir werden aber den in den vergangenen Jahren so erfolgreichen Konsolidierungskurs und die Ausrichtung auf eine nachhaltige Finanzpolitik nicht aufgeben.



Der Bund wird sich vielmehr in der Föderalismuskommission dafür einsetzen, gleichzeitig eine „Schuldenbremse“ verfassungsrechtlich zu verankern. Noch in dieser Legislaturperiode muss im Grundgesetz geregelt werden, dass die strukturelle Neuverschuldung für Bund und Länder zusammen 0,5% des BIP nicht überschreiten darf.

Am 1. Januar 2009 jährte sich der Übergang in die „Dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ zum zehnten Mal. Für mehr als 320 Mio. Menschen wurde eine gemeinsame Währung – der Euro – Realität. In diesen zehn Jahren hat sich die Wirtschafts- und Währungsunion als Erfolgsmodell bestätigt. Verschiedentlich werden die Gremien und Verfahren des gemeinsamen Währungsraumes als zu schwerfällig oder kompliziert kritisiert. Tatsächlich aber haben sich die Spielregeln, die mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 in Kraft getreten sind, als wirkungsvoll und effizient erwiesen. Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Wirtschafts- und Währungsunion in konzeptioneller Sicht einen Schritt vorangehen. Auch in Zukunft wird aber entscheidend sein, dass die selbst auferlegten Regeln Bindungswirkungen entfalten, um den Erfordernissen der gemeinsamen Geld- und Währungspolitik Rechnung zu tragen.

Das Europarecht beeinflusst heute auch die Gestaltung des nationalen Steuerrechts in erheblichem Maße. Am 17. und 18. November 2008 fand daher im Bundesministerium der Finanzen ein internationales Kolloquium zur „Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in ihrer Bedeutung für das nationale und internationale Recht der direkten Steuern“ statt. Vor 250 Teilnehmern erörterten Referenten des Europäischen Gerichtshofs, der Kommission und verschiedener Mitgliedstaaten die Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichtshofs und aktueller Fragestellungen im Bereich des europäischen Steuerrechts.

Die Neuregelung des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts war aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 7. November 2006 zur Erbschaftsteuer erforderlich geworden, weil nach Auffassung des Gerichts den Vermögensarten – bei einheitlichen Steuersätzen – unterschiedliche Wertansätze zugrunde gelegt wurden. Mit dem zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Erbschaftsteuerreformgesetz sollen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden. Künftig orientiert sich die Bewertung der verschiedenen Vermögensarten einheitlich am Verkehrswert. Darüber hinaus wird die Kernfamilie entlastet, und die Generationenfolge in den Betrieben wird erleichtert.

Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen gewinnt die private Altersvorsorge zunehmend an Bedeutung. Für viele Bürgerinnen und Bürger stellt das

mietfreie Wohnen im Alter eine der Geldrente vergleichbare Art der individuellen Altersvorsorge dar. Mit dem Eigenheimrentengesetz erfolgt eine verbesserte Einbeziehung der selbstgenutzten Wohnimmobilie in die steuerlich geförderte Altersvorsorge. Neue Anreize für das Altersvorsorgesparen werden gesetzt. Die Angebotspalette von steuerlich gleichermaßen geförderten Vorsorgeprodukten, aus denen das individuell passende Produkt gewählt werden kann, wird deutlich breiter.

Eine aktuelle Untersuchung des deutschen Steuersystems betritt vor dem Hintergrund der Diskussion über das „Steuersystem der Zukunft“ insoweit Neuland, als die Frage der Gewichtung von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern in den Vordergrund gerückt wird. Die Forscher kommen zu dem Ergebnis, dass es eine wissenschaftlich fundierte und empirisch belegbare Lösung für die „ideale“ Kombination ertragsabhängiger und ertragsunabhängiger Steuern nicht gibt. Insofern wird der häufig aus internationalen Vergleichen abgeleitete Handlungsdruck deutlich relativiert.



Jörg Asmussen  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## Übersichten und Termine

|   |    |
|---|----|
| Informationen zum Konjunkturpaket vom Januar 2009.....      | 5  |
| Finanzwirtschaftliche Lage .....                            | 8  |
| Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2008 ..... | 15 |
| Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes.....             | 18 |
| Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht.....      | 22 |
| Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2008.....      | 29 |
| Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik.....             | 33 |
| Termine, Publikationen .....                                | 36 |

INFORMATIONEN ZUM KONJUNKTURPAKET VOM JANUAR 2009

## Informationen zum Konjunkturpaket vom Januar 2009

### Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes

Die globale Wirtschaftskrise stellt Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft vor eine große, neuartige Herausforderung. Zwar wurden die Finanzmärkte vor dem Kollaps bewahrt, aber sie sind weiterhin nur eingeschränkt handlungsfähig. Der weltweite Konjunkturreinbruch hat sich zugespitzt und alle Regionen der Welt erfasst.

Als offene Volkswirtschaft mit hoher Außenhandelsverflechtung und offene Gesellschaft ist Deutschland in hohem Maße betroffen. Die Rezession droht viele Arbeitsplätze in Gefahr zu bringen. Die Bundesrepublik befindet sich in der wohl schwierigsten wirtschaftlichen Phase seit vielen Jahrzehnten. Sie zu meistern, erfordert eine große gemeinsame Kraftanstrengung aller, die in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung tragen.

Die außergewöhnliche Lage erfordert außergewöhnliche Maßnahmen. Die Politik in Deutschland wie in Europa hat gezeigt, dass sie schnell handelt - wenn es sein muss, wie bei der Stabilisierung des Finanzsektors, sogar in kürzester Zeit. Über die Stabilisierung des Finanzmarktsektors hinaus hat die Bundesregierung bereits im Herbst 2008 mit zwei Maßnahmenpaketen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur geleistet, dessen Gesamtimpuls sich auf 31 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010 beläuft.

Aber die weitere deutliche Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Lage, verbunden mit starken Rückgängen von Nachfrage und Produktion, macht zusätzliche energische

Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung erforderlich. Das Bundeskabinett hat daher am 14. Januar 2009 einen „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes“ beschlossen. Es ist dezidiertes Ziel der Bundesregierung, mit diesem Pakt einerseits der tiefen Rezession entgegenzuwirken, andererseits die langfristigen Wachstumskräfte und damit das Wachstumspotenzial zu stärken.

Im Mittelpunkt stehen der Erhalt der Arbeitsplätze und die Investitionsfähigkeit der Betriebe. Mit den Maßnahmen werden die Investitionen in Zukunftsbereiche - allen voran Bildungsinfrastruktur - deutlich verstärkt, die Kreditversorgung gesunder, wettbewerbsfähiger Unternehmen gesichert, die Qualifizierung der Arbeitnehmer noch stärker gefördert, Privathaushalte und Betriebe nachhaltig entlastet. Das Gesamtvolumen des Maßnahmenpakets wird für den öffentlichen Gesamthaushalt in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt fast 50 Mrd. € betragen. Zusammen mit den im Herbst beschlossenen Maßnahmen ergibt sich ein konjunkturell wirksames Finanzierungsvolumen von rund 80 Mrd. €. Dies wird ergänzt um den konjunkturellen Impuls der Pendlerpauschale in Höhe von über 8 Mrd. €.

Insgesamt hat Deutschland damit inzwischen konjunkturstützende und impulsgebende Maßnahmen für den Zeitraum 2009/2010 von insgesamt fast 90 Mrd. € beschlossen (ca. 1¼% des BIP jahresdurchschnittlich jeweils in den

## Übersichten und Termine

INFORMATIONEN ZUM KONJUNKTURPAKET VOM JANUAR 2009

Jahren 2009 und 2010). Damit leistet Deutschland einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Umsetzung des Beschlusses des Europäischen Rates vom Dezember 2008 zu Konjunkturmaßnahmen in Höhe von 1,5 % des BIP. Darüber hinaus wird Deutschland die automatischen Stabilisatoren weiterhin voll wirken lassen.

Im Einzelnen hat die Bundesregierung im Rahmen des Paktes u. a. folgende Maßnahmen für die Jahre 2009 und 2010 beschlossen:

### Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand

- Zusätzliche Investitionen des Bundes in Höhe von rund 14 Mrd. €. Davon werden rund 4 Mrd. € als zusätzliche direkte Bundesinvestitionen eingesetzt und 10 Mrd. € als Finanzhilfen für Zukunftsinvestitionen von Ländern und Kommunen in Bildungsinfrastruktur (insbesondere Kindergärten, Schulen, Hochschulen; insgesamt 2/3 der geplanten Ausgaben) und Infrastruktur (insbesondere Krankenhäuser, Städtebau, Informationstechnologie) bereitgestellt. Hierfür leisten Länder und Kommunen ergänzend einen Eigenbeitrag in Höhe von rund 3,3 Mrd. €.
- Beschleunigung der Investitionen durch zeitlich befristete Vereinfachung des Vergaberechts.

### Sicherung der Kreditversorgung der Unternehmen, Förderung von Innovation und sektorspezifische Maßnahmen

- Kredit- und Bürgschaftsprogramm in Höhe von 100 Mrd. € im Wege der Erweiterung bestehender und Schaffung neuer Instrumente (u. a. Flexibilisierung des mittelstandsorientierten KfW-Sonderprogramms 2009; Auflegung eines analogen Kreditprogramms für größere Unternehmen).
- Ausweitung der Förderung von Forschungs- und Entwicklungs-Vorhaben des Mittelstands in den Jahren 2009 und

2010 (zusätzliches Fördervolumen 450 Mio. € p. a.).

- Beschleunigung des Ausbaus von Breitbandnetzen mit Hilfe einer umfassenden Breitbandstrategie mit dem Ziel, spätestens Ende 2010 alle bislang nicht versorgten Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen abzudecken.
- Stärkung der Pkw-Nachfrage durch Umweltprämien bei Erwerb von emissionsarmen Neufahrzeugen und Verschrottung eines Altfahrzeuges im Jahr 2009 (Finanzierungsvolumen rund 1,5 Mrd. €).
- Umstellung der Kfz-Steuer auf eine emissionsbezogene Steuer möglichst bis zum 1. Juli 2009.

### Beschäftigungssicherung und Qualifizierung

- Unterstützung des Vorrangs von Kurzarbeit vor Entlassungen durch Zuschüsse zu den Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitgeber in den Jahren 2009 und 2010 (Entlastungsvolumen rund 2 Mrd. €).
- Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Aktivierung, Betreuung und Qualifizierung von Arbeitssuchenden, Kurz- und Leiharbeitern mit einem Finanzvolumen von rund 2,5 Mrd. €.
- Schaffung von 5 000 zusätzlichen Stellen bei den sogenannten Arbeitsagenturen zur Verbesserung der Vermittlung und Betreuung von Arbeitssuchenden.

### Entlastung der Bürger, Stärkung der Nachfrage

- Senkung der Einkommensteuer mit einer Entlastung von rund 3 Mrd. € im Jahr 2009 und rund 6 Mrd. € ab 2010 durch stufenweise Anhebung des Grundfreibetrages, die Senkung des Eingangssteuersatzes um einen

## Übersichten und Termine

### INFORMATIONEN ZUM KONJUNKTURPAKET VOM JANUAR 2009

Prozentpunkt auf 14 % und eine stufenweise „Rechtsverschiebung“ des Tarifs.

- Senkung der paritätisch finanzierten Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses (zusätzliche Bundesmittel 3 Mrd. € beziehungsweise 6 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010)
- Auszahlung eines Kinderbonus in Höhe von 100 € je Kind.

#### **Nachhaltige Finanzpolitik, Sicherung des Konsolidierungskurses durch eine Schuldenregel**

- Neuregelung zur verfassungsrechtlichen Begrenzung der Nettokreditaufnahme in

Orientierung am Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (Kernelemente: Begrenzung der strukturellen gesamtstaatlichen Verschuldung auf 0,5 % in konjunktureller Normallage; Vermeidung prozyklischer Finanzpolitik; Verbindung von Haushaltsplanung und Haushaltsvollzug durch ein Überwachungs- und Kontrollverfahren).

- Verabschiedung der Reform (Grundgesetzänderung) noch in diesem Jahr im Rahmen der Föderalismuskommission; Inkrafttreten spätestens 2015, gegebenenfalls mit einem zu definierenden Übergangspfad.

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

Das vorläufige Ergebnis des Bundeshaushalts 2008 weist eine Nettokreditaufnahme von 11,5 Mrd. € aus. Sie unterschreitet damit in der Haushaltsaufstellung veranschlagten Betrag um 0,4 Mrd. €.

Ein solch positiver Abschluss ist möglich, obwohl infolge der Finanzmarktkrise und der dadurch gegebenen Kapitalmarktsituation bei den Privatisierungserlösen gegenüber der ursprünglichen Planung Maßnahmen in einem

Volumen von rund 6 Mrd.€ nicht realisiert werden konnten. Beispielhaft wird in dem Zusammenhang auf den verschobenen Börsengang der Deutsche Bahn AG und den zurückgestellten Verkauf der TLG Immobilien GmbH verwiesen.

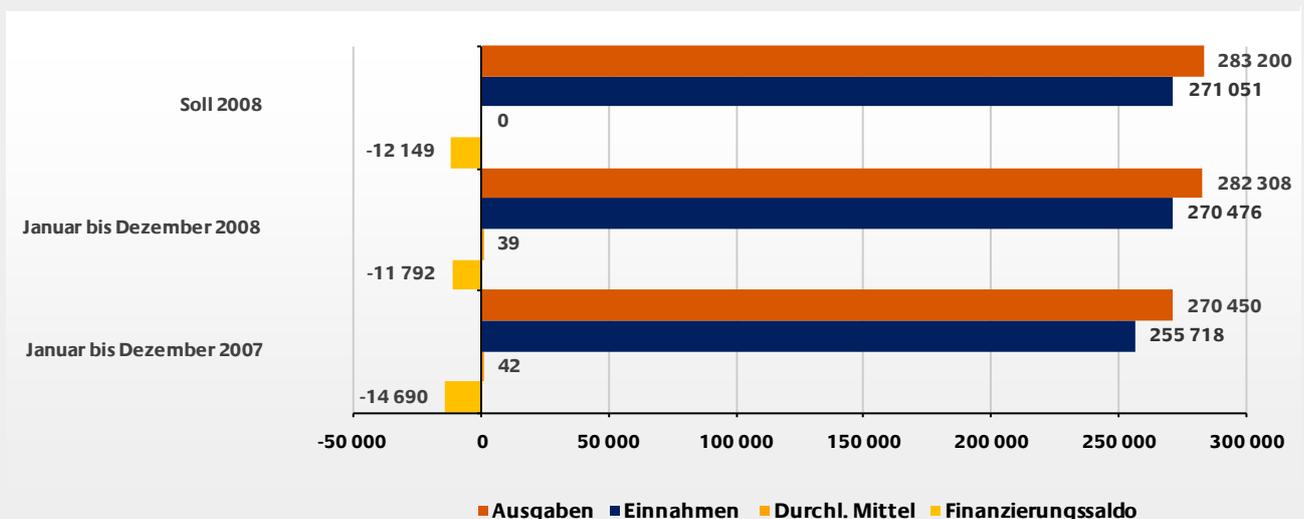
Möglich wurde dieser Haushaltsabschluss auch durch eine maßvolle Ausgabenpolitik der Bundesregierung. Die Gesamtausgaben liegen mit 282,3 Mrd.€ um 0,9 Mrd.€ unter dem

## Entwicklung des Bundeshaushalts

|   | Soll 2008    | Ist-Entwicklung <sup>1</sup><br>Januar bis Dezember 2008 |
|---|--------------|--|
| <b>Ausgaben (Mrd. €)</b>  | <b>283,2</b> | <b>282,3</b>   |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                              | 4,7          | 4,4  |
| <b>Einnahmen (Mrd. €)</b>                                       | <b>271,1</b> | <b>270,5</b>   |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                              | 6,0          | 5,8  |
| <b>Steuereinnahmen (Mrd. €)</b>                                 | <b>238</b>   | <b>239,2</b>   |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                              | 3,4          | 3,4  |
| <b>Finanzierungssaldo (Mrd. €)</b>                              | <b>-12,1</b> | <b>-11,8</b>   |
| Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)                               | -            | 0,0  |
| Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)                           | -0,2         | -0,3   |
| <b>Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)</b> | <b>-11,9</b> | <b>-11,5</b>   |

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Planwert. Dieses Ergebnis konnte erreicht werden, obwohl unterjährig in einem Umfang von mehr als 4 Mrd. € außer- oder überplanmäßige Haushaltsmittel bewilligt werden mussten. Hierin sind als größte Posten enthalten die Rückzahlung einer EU-Beihilfe an die Deutsche Post AG in Höhe von 1,1 Mrd. € und das bereits zu Jahresbeginn 2008 zugesagte Darlehen an die KfW zur Absicherung der mit dem Zuweisungsgeschäft IKB verbundenen Nachteile in Höhe von 1,2 Mrd. €. Letzteres konnte im Haushaltsvollzug nahezu vollständig durch die Vereinnahmung bei der KfW thesaurierter Dividendeneinnahmen ausgeglichen werden.

Etwas besser als erwartet haben sich die Steuereinnahmen entwickelt. Gegenüber der November-Steuerschätzung ist mit 239,2 Mrd. € ein Plus in Höhe von 0,5 Mrd. € zu verzeichnen. Dies entspricht einer Entlastung von knapp 1,3 Mrd. € gegenüber dem Soll des Haushaltsplans.

Auch bei den übrigen Verwaltungs- und Münzeinnahmen zeigt sich in der Summe ein sehr erfreuliches Bild: Einem veranschlagten Wert von 22,6 Mrd. € stehen Ist-Einnahmen in Höhe von 25,9 Mrd. € gegenüber. Größter Mehreinnahmenposten sind hier die Erlöse aus dem Verkauf der sogenannten CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate in Höhe von rund

Entwicklung der Bundesaufgaben nach Aufgabenbereichen

|   | Ist            | Soll           | Ist - Entwicklung        |              | Ist - Entwicklung        |              | Veränderung ggü. Vorjahr in % |
|---|----------------|----------------|--------------------------|--------------|--------------------------|--------------|-------------------------------|
|   | 2007           | 2008           | Januar bis Dezember 2008 |              | Januar bis Dezember 2007 |              |                               |
|   | in Mio. €      | in Mio. €      | in Mio. €                | Anteil in %  | in Mio. €                | Anteil in %  |                               |
| <b>Allgemeine Dienste</b>   | <b>49 353</b>  | <b>50 045</b>  | <b>50 394</b>            | <b>17,9</b>  | <b>49 353</b>            | <b>18,2</b>  | <b>2,1</b>                    |
| Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  | 4 373          | 4 985          | 4 993                    | 1,8          | 4 373                    | 1,6          | 14,2                          |
| Verteidigung  | 28 540         | 29 299         | 29 999                   | 10,6         | 28 540                   | 10,6         | 5,1                           |
| Politische Führung, zentrale Verwaltung   | 7 930          | 6 043          | 6 103                    | 2,2          | 7 930                    | 2,9          | -23,0                         |
| Finanzverwaltung  | 3 093          | 3 471          | 3 307                    | 1,2          | 3 093                    | 1,1          | 6,9                           |
| <b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>   | <b>12 837</b>  | <b>13 758</b>  | <b>13 437</b>            | <b>4,8</b>   | <b>12 837</b>            | <b>4,7</b>   | <b>4,7</b>                    |
| BAföG   | 1 092          | 1 297          | 1 193                    | 0,4          | 1 092                    | 0,4          | 9,2                           |
| Forschung und Entwicklung   | 7 146          | 7 835          | 7 709                    | 2,7          | 7 146                    | 2,6          | 7,9                           |
| <b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen</b>                                   | <b>139 751</b> | <b>140 322</b> | <b>140 439</b>           | <b>49,7</b>  | <b>139 751</b>           | <b>51,7</b>  | <b>0,5</b>                    |
| Sozialversicherung  | 75 520         | 75 664         | 75 539                   | 26,8         | 75 520                   | 27,9         | 0,0                           |
| Arbeitslosenversicherung  | 6 468          | 7 583          | 7 583                    | 2,7          | 6 468                    | 2,4          | 17,2                          |
| Grundsicherung für Arbeitssuchende  | 35 679         | 34 895         | 34 776                   | 12,3         | 35 679                   | 13,2         | -2,5                          |
| darunter: Arbeitslosengeld II   | 22 654         | 20 880         | 21 624                   | 7,7          | 22 654                   | 8,4          | -4,5                          |
| Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung                                       | 4 332          | 3 900          | 3 889                    | 1,4          | 4 332                    | 1,6          | -10,2                         |
| Wohngeld  | 876            | 1 000          | 772                      | 0,3          | 876                      | 0,3          | -11,9                         |
| Erziehungsgeld/Elterngeld   | 3 710          | 4 514          | 4 769                    | 1,7          | 3 710                    | 1,4          | 28,5                          |
| Kriegsopferversorgung und -fürsorge   | 2 513          | 2 332          | 2 269                    | 0,8          | 2 513                    | 0,9          | -9,7                          |
| <b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>  | <b>853</b>     | <b>999</b>     | <b>1 058</b>             | <b>0,4</b>   | <b>853</b>               | <b>0,3</b>   | <b>24,0</b>                   |
| <b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>  | <b>1 743</b>   | <b>1 771</b>   | <b>1 607</b>             | <b>0,6</b>   | <b>1 743</b>             | <b>0,6</b>   | <b>-7,8</b>                   |
| Wohnungswesen   | 1 225          | 1 223          | 1 062                    | 0,4          | 1 225                    | 0,5          | -13,3                         |
| <b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b> | <b>5 605</b>   | <b>5 975</b>   | <b>5 778</b>             | <b>2,0</b>   | <b>5 605</b>             | <b>2,1</b>   | <b>3,1</b>                    |
| Regionale Förderungsmaßnahmen   | 1 023          | 711            | 945                      | 0,3          | 1 023                    | 0,4          | -7,6                          |
| Kohlenbergbau   | 1 772          | 1 900          | 1 816                    | 0,6          | 1 772                    | 0,7          | 2,5                           |
| Gewährleistungen  | 697            | 1 065          | 698                      | 0,2          | 697                      | 0,3          | 0,1                           |
| <b>Verkehr und Nachrichtenwesen</b>   | <b>10 802</b>  | <b>11 149</b>  | <b>11 231</b>            | <b>4,0</b>   | <b>10 802</b>            | <b>4,0</b>   | <b>4,0</b>                    |
| Straßen (ohne GVFG)   | 5 871          | 7 296          | 6 045                    | 2,1          | 5 871                    | 2,2          | 3,0                           |
| <b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>                                       | <b>9 904</b>   | <b>15 319</b>  | <b>16 991</b>            | <b>6,0</b>   | <b>9 904</b>             | <b>3,7</b>   | <b>71,6</b>                   |
| Bundeseisenbahnvermögen   | 5 263          | 5 054          | 4 326                    | 1,5          | 5 263                    | 1,9          | -17,8                         |
| Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG   | 3 965          | 3 719          | 3 864                    | 1,4          | 3 965                    | 1,5          | -2,5                          |
| <b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>  | <b>39 601</b>  | <b>43 862</b>  | <b>41 374</b>            | <b>14,7</b>  | <b>39 601</b>            | <b>14,6</b>  | <b>4,5</b>                    |
| Zinsausgaben  | 38 721         | 41 818         | 40 171                   | 14,2         | 38 721                   | 14,3         | 3,7                           |
| <b>Ausgaben zusammen</b>  | <b>270 450</b> | <b>283 200</b> | <b>282 308</b>           | <b>100,0</b> | <b>270 450</b>           | <b>100,0</b> | <b>4,4</b>                    |

## Übersichten und Termine

## FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

930 Mio. €, die teilweise bereits unterjährig für klimaschützende Maßnahmen auf der Ausgabenseite eingesetzt wurden. In der Summe der Verwaltungs- und

Steuereinnahmen wurde mit 270,5 Mrd. € das veranschlagte Soll leicht um 0,6 Mrd. € unterschritten.

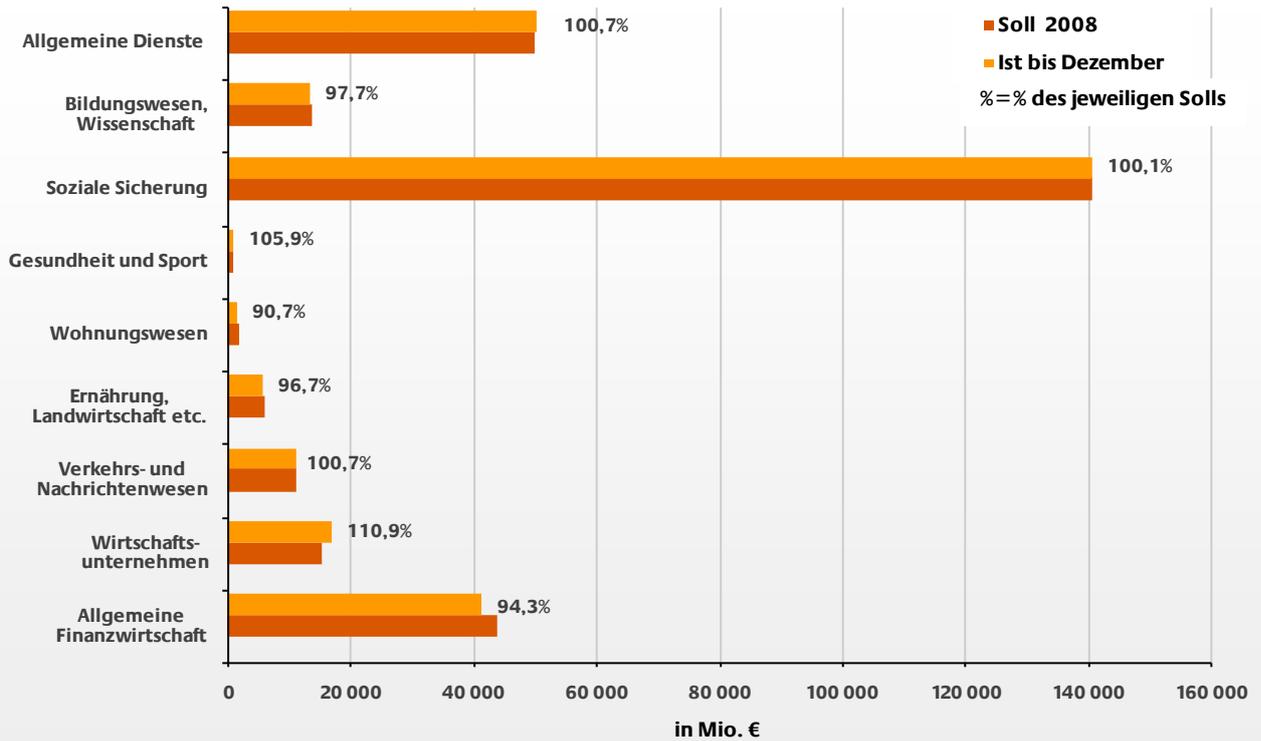
## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

|   | Ist               | Soll              | Ist - Entwicklung                     |              | Ist - Entwicklung                     |              | Veränderung<br>ggü. Vorjahr<br>in % |
|---|-------------------|-------------------|---------------------------------------|--------------|---------------------------------------|--------------|-------------------------------------|
|   | 2007<br>in Mio. € | 2008<br>in Mio. € | Januar bis Dezember 2008<br>in Mio. € | Anteil in %  | Januar bis Dezember 2007<br>in Mio. € | Anteil in %  |                                     |
| <b>Konsumtive Ausgaben</b>                | <b>244 235</b>    | <b>258 509</b>    | <b>257 992</b>                        | <b>91,4</b>  | <b>244 235</b>                        | <b>90,3</b>  | <b>5,6</b>                          |
| <b>Personal Ausgaben</b>                  | <b>26 038</b>     | <b>26 762</b>     | <b>27 012</b>                         | <b>9,6</b>   | <b>26 038</b>                         | <b>9,6</b>   | <b>3,7</b>                          |
| Aktivbezüge                               | 19 662            | 20 276            | 20 298                                | 7,2          | 19 662                                | 7,3          | 3,2                                 |
| Versorgung                                | 6 376             | 6 486             | 6 714                                 | 2,4          | 6 376                                 | 2,4          | 5,3                                 |
| <b>Laufender Sachaufwand</b>              | <b>18 757</b>     | <b>19 778</b>     | <b>19 742</b>                         | <b>7,0</b>   | <b>18 757</b>                         | <b>6,9</b>   | <b>5,3</b>                          |
| Sächliche Verwaltungsaufgaben             | 1 365             | 1 473             | 1 421                                 | 0,5          | 1 365                                 | 0,5          | 4,1                                 |
| Militärische Beschaffungen                | 8 908             | 9 581             | 9 622                                 | 3,4          | 8 908                                 | 3,3          | 8,0                                 |
| Sonstiger laufender Sachaufwand           | 8 484             | 8 723             | 8 699                                 | 3,1          | 8 484                                 | 3,1          | 2,5                                 |
| <b>Zinsausgaben</b>                       | <b>38 721</b>     | <b>41 818</b>     | <b>40 171</b>                         | <b>14,2</b>  | <b>38 721</b>                         | <b>14,3</b>  | <b>3,7</b>                          |
| <b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b> | <b>160 352</b>    | <b>169 769</b>    | <b>168 424</b>                        | <b>59,7</b>  | <b>160 352</b>                        | <b>59,3</b>  | <b>5,0</b>                          |
| an Verwaltungen                           | 14 003            | 14 463            | 12 930                                | 4,6          | 14 003                                | 5,2          | -7,7                                |
| an andere Bereiche                        | 1 46 349          | 155 307           | 155 494                               | 55,1         | 146 349                               | 54,1         | 6,2                                 |
| darunter:                                 |                   |                   |                                       |              |                                       |              |                                     |
| Unternehmen                               | 15 399            | 23 740            | 22 440                                | 7,9          | 15 399                                | 5,7          | 45,7                                |
| Renten, Unterstützungen u.a.              | 29 123            | 28 276            | 29 120                                | 10,3         | 29 123                                | 10,8         | 0,0                                 |
| Sozialversicherungen                      | 97 712            | 98 521            | 99 123                                | 35,1         | 97 712                                | 36,1         | 1,4                                 |
| <b>Sonstige Vermögensübertragungen</b>    | <b>367</b>        | <b>382</b>        | <b>2 642</b>                          | <b>0,9</b>   | <b>367</b>                            | <b>0,1</b>   | <b>619,9</b>                        |
| <b>Investive Ausgaben</b>                 | <b>26 215</b>     | <b>24 658</b>     | <b>24 316</b>                         | <b>8,6</b>   | <b>26 215</b>                         | <b>9,7</b>   | <b>-7,2</b>                         |
| <b>Finanzierungshilfen</b>                | <b>19 312</b>     | <b>17 385</b>     | <b>17 117</b>                         | <b>6,1</b>   | <b>19 312</b>                         | <b>7,1</b>   | <b>-11,4</b>                        |
| Zuweisungen und Zuschüsse                 | 1 6580            | 13 924            | 14 018                                | 5,0          | 16 580                                | 6,1          | -15,5                               |
| Darlehensgewährungen, Gewährleistungen    | 2 100             | 2 717             | 2 395                                 | 0,8          | 2 100                                 | 0,8          | 14,0                                |
| Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen | 632               | 7 44              | 704                                   | 0,2          | 632                                   | 0,2          | 11,4                                |
| <b>Sachinvestitionen</b>                  | <b>6 903</b>      | <b>7 273</b>      | <b>7 199</b>                          | <b>2,6</b>   | <b>6 903</b>                          | <b>2,6</b>   | <b>4,3</b>                          |
| Baumaßnahmen                              | 5 478             | 5 783             | 5 777                                 | 2,0          | 5 478                                 | 2,0          | 5,5                                 |
| Erwerb von beweglichen Sachen             | 909               | 1 010             | 918                                   | 0,3          | 909                                   | 0,3          | 1,0                                 |
| Grunderwerb                               | 516               | 480               | 504                                   | 0,2          | 516                                   | 0,2          | -2,3                                |
| <b>Globalansätze</b>                      | <b>0</b>          | <b>32</b>         | <b>0</b>                              |              | <b>0</b>                              |              |                                     |
| <b>Ausgaben insgesamt</b>                 | <b>270 450</b>    | <b>283 200</b>    | <b>282 308</b>                        | <b>100,0</b> | <b>270 450</b>                        | <b>100,0</b> | <b>4,4</b>                          |

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereiche/Hauptfunktionen  
Januar bis Dezember 2008

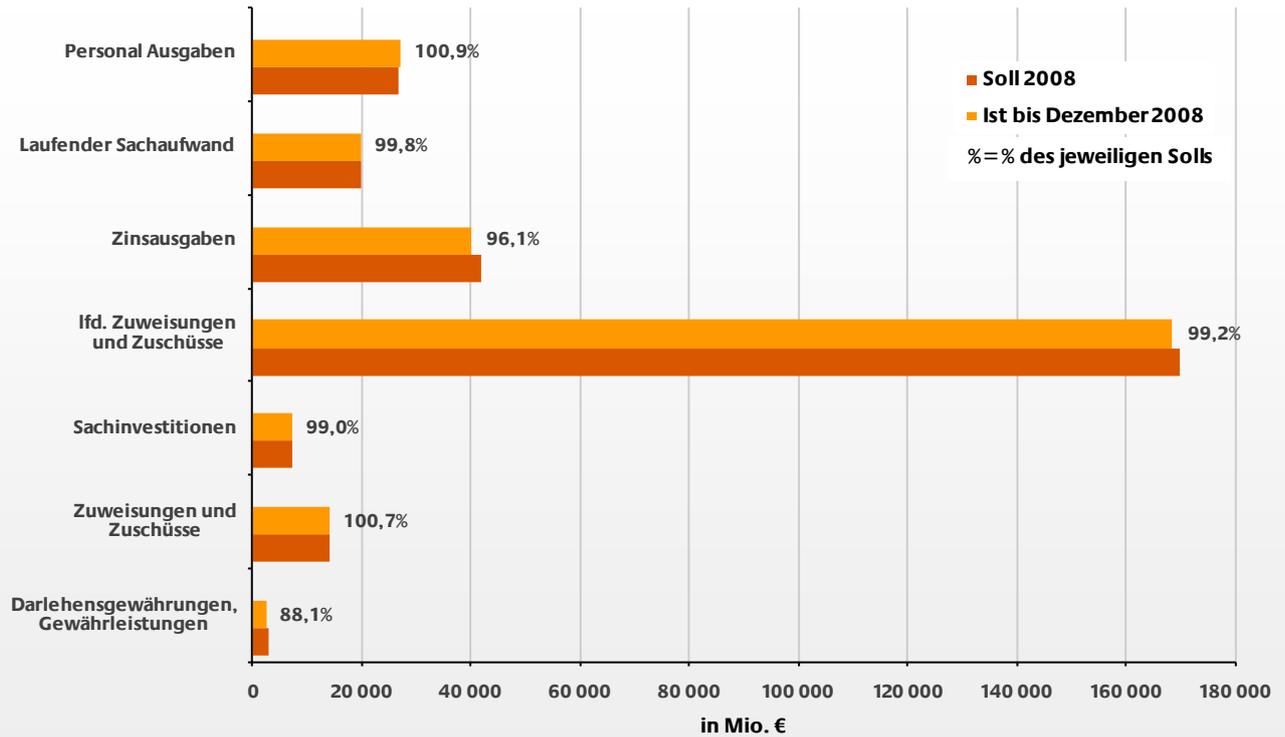


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten  
Januar bis Dezember 2008



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

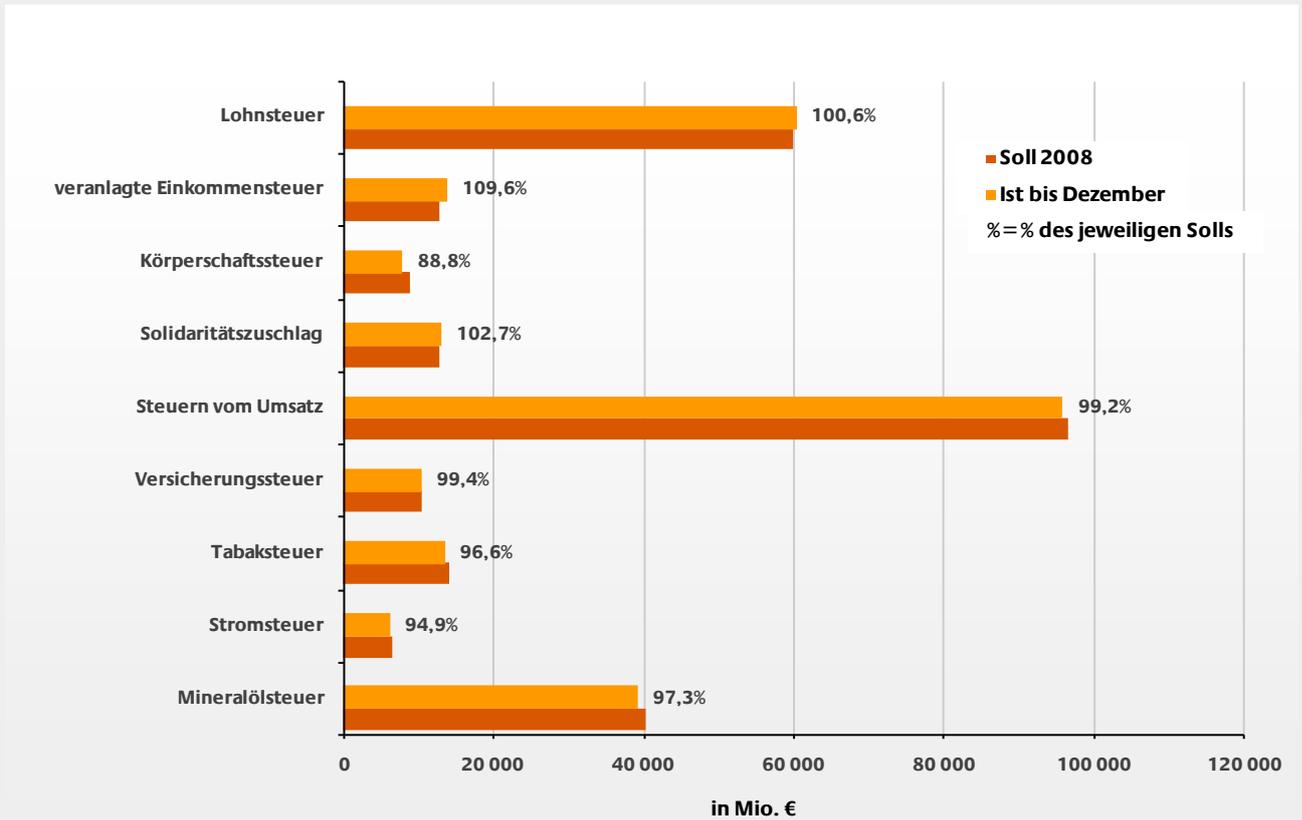
## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

|  | Ist            |                | Soll                     |              | Ist - Entwicklung        |              | Ist - Entwicklung |  | Veränderung<br>ggü. Vorjahr<br>in % |
|--|----------------|----------------|--------------------------|--------------|--------------------------|--------------|-------------------|--|-------------------------------------|
|  | 2007           | 2008           | Januar bis Dezember 2008 |              | Januar bis Dezember 2007 |              |                   |  |                                     |
|  | in Mio. €      | in Mio. €      | in Mio. €                | Anteil in %  | in Mio. €                | Anteil in %  |                   |  |                                     |
| <b>I. Steuern</b>  | <b>230 043</b> | <b>237 955</b> | <b>239 231</b>           | <b>88,4</b>  | <b>230 043</b>           | <b>90,0</b>  | <b>4,0</b>        |  |                                     |
| Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:                        | 184 262        | 191 705        | 193 532                  | 71,6         | 184 262                  | 72,1         | 5,0               |  |                                     |
| Einkommen- und Körperschaftsteuer<br>(einschl. Zirsabschlag) | 89 886         | 93 953         | 96 379                   | 35,6         | 89 886                   | 35,2         | 7,2               |  |                                     |
| davon:   |                |                |                          |              |                          |              |                   |  |                                     |
| Lohnsteuer   | 56 005         | 59 925         | 60 310                   | 22,3         | 56 005                   | 21,9         | 7,7               |  |                                     |
| veranlagte Einkommensteuer                                   | 10 628         | 12 687         | 13 899                   | 5,1          | 10 628                   | 4,2          | 30,8              |  |                                     |
| nicht veranlagte Steuern vom Ertrag                          | 6 878          | 7 083          | 8 305                    | 3,1          | 6 878                    | 2,7          | 20,7              |  |                                     |
| Zirsabschlag   | 4 918          | 5 317          | 5 922                    | 2,2          | 4 918                    | 1,9          | 20,4              |  |                                     |
| Körperschaftsteuer   | 11 455         | 8 941          | 7 943                    | 2,9          | 11 455                   | 4,5          | -30,7             |  |                                     |
| Steuern vom Umsatz   | 92 755         | 96 601         | 95 806                   | 35,4         | 92 755                   | 36,3         | 3,3               |  |                                     |
| Gewerbesteuerumlage  | 1 621          | 1 151          | 1 348                    | 0,5          | 1 621                    | 0,6          | -16,8             |  |                                     |
| Energiesteuer  | 3 895          | 40 335         | 39 248                   | 14,5         | 3 895                    | 15,2         | 0,8               |  |                                     |
| Tabaksteuer  | 14 254         | 14 050         | 13 574                   | 5,0          | 14 254                   | 5,6          | -4,8              |  |                                     |
| Solidaritätszuschlag   | 12 349         | 12 800         | 13 146                   | 4,9          | 12 349                   | 4,8          | 6,5               |  |                                     |
| Versicherungsteuer   | 10 331         | 10 540         | 10 478                   | 3,9          | 10 331                   | 4,0          | 1,4               |  |                                     |
| Stromsteuer  | 6 355          | 6 600          | 6 261                    | 2,3          | 6 355                    | 2,5          | -1,5              |  |                                     |
| Branntweinabgaben  | 1 962          | 2 163          | 2 129                    | 0,8          | 1 962                    | 0,8          | 8,5               |  |                                     |
| Kaffeesteuer   | 1 086          | 980            | 1 008                    | 0,4          | 1 086                    | 0,4          | -7,2              |  |                                     |
| Ergänzungszuweisungen an Länder                              | -14 933        | -14 721        | -14 850                  | -5,5         | -14 933                  | -5,8         | -0,6              |  |                                     |
| BNE-Eigenmittel der EU                                       | -14 337        | -16 240        | -15 340                  | -5,7         | -14 337                  | -5,6         | 7,0               |  |                                     |
| Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU                            | -3 929         | -4 100         | -3 738                   | -1,4         | -3 929                   | -1,5         | -4,9              |  |                                     |
| Zuweisungen an Länder für OPNV                               | -6 710         | -6 610         | -6 675                   | -2,5         | -6 710                   | -2,6         | -0,5              |  |                                     |
| <b>II. Sonstige Einnahmen</b>                                | <b>25 675</b>  | <b>33 096</b>  | <b>31 246</b>            | <b>11,6</b>  | <b>25 675</b>            | <b>10,0</b>  | <b>21,7</b>       |  |                                     |
| Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit                     | 4 307          | 4 385          | 4 568                    | 1,7          | 4 307                    | 1,7          | 6,1               |  |                                     |
| Zinseinnahmen  | 924            | 702            | 737                      | 0,3          | 924                      | 0,4          | -20,2             |  |                                     |
| Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse    | 6 694          | 12 534         | 8 630                    | 3,2          | 6 694                    | 2,6          | 28,9              |  |                                     |
| <b>Einnahmen zusammen</b>                                    | <b>255 718</b> | <b>271 051</b> | <b>270 476</b>           | <b>100,0</b> | <b>255 718</b>           | <b>100,0</b> | <b>5,8</b>        |  |                                     |

Übersichten und Termine

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten)  
Januar bis Dezember 2008



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM DEZEMBER 2008

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Dezember 2008

Der Dezember 2008 erbrachte bei den Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) im Vorjahresvergleich mit +0,4% nur ein kleines Plus. Die erzielten Zuwächse unterschieden sich zwischen den gemeinschaftlichen Steuern (+0,2%) und den Bundessteuern bzw. Ländersteuern (jeweils +0,6%) nur wenig.

Die kumulierte Veränderungsrate hat sich - gemessen am bisherigen Stand - wieder nach unten bewegt. Sie liegt für die Monate Januar bis Dezember bei +4,4% und damit sehr nahe beim Ansatz der November-Steuerschätzung (+4,2%).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen im letzten Monat des Jahres 2008 mit +0,1% das Niveau vom Dezember 2007 kaum. Für das gesamte Jahr ergibt sich für den Bund ein Zuwachs von +3,9%, der ebenfalls leicht über dem in der November-Steuerschätzung erwarteten Zuwachs von +3,7% liegt.

Bei der Lohnsteuer hat sich der Zuwachs im Dezember (gemessen am Vorjahr) auf eine Rate von +5,1% abgeschwächt. Der Anstieg blieb um drei Prozentpunkte hinter dem bis dahin erzielten Ergebnis zurück (Januar bis November kumuliert +8,1%). Ein ähnliches Entwicklungsmuster hatte sich auch in den Vorjahren schon ergeben. Die Ursache dürfte darin liegen, dass Sonderzahlungen wie etwa das Weihnachtsgeld - wenn überhaupt - weniger stark angehoben wurden als die festen Bestandteile der Arbeitnehmereinkommen.

Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer hat sich im Dezember um ein Drittel verringert und ist damit deutlich stärker als erwartet zurückgegangen. Diese kräftige

Aufkommenseinbuße ist auf einen Rückgang der Vorauszahlungen zurückzuführen. Zum Jahresende hin haben nicht nur einzelne Großfirmen, sondern verstärkt auch kleine und mittlere Unternehmen Anträge auf eine Herabsetzung ihrer Vorauszahlungen gestellt. Es ist davon auszugehen, dass sich hierin neben verzögerten Reaktionen auf die Unternehmensteuerreform auch die verschlechterte Gewinnentwicklung widerspiegelt.

Auf der anderen Seite war bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Dezember mit +66,3% ein sehr starker Anstieg zu verzeichnen. Vor allem wegen der Differenz in der tariflichen Belastung nach dem bisher geltenden Halbeinkünfteverfahren und der neuen Abgeltungsteuer ist es zum Jahresende noch zu außerordentlich hohen Ausschüttungen von Gewinnen des Jahres 2007 und möglicherweise sogar schon zu Vorabschüttungen für das Jahr 2008 gekommen.

Die veranlagte Einkommensteuer hat sich im Dezember im Gegensatz zur Körperschaftsteuer noch positiv entwickelt (+6,0%). Die Vorauszahlungen und die Nachzahlungen sind im Dezember weiter angestiegen, zugleich nahmen aber auch die Erstattungen zu. Veränderungen bei den Abzugsbeträgen haben in diesem Monat keine besondere Rolle gespielt.

Beim Zinsabschlag wurde das vergleichsweise schwache Ergebnis des Vormonats (+4,7%) von einem wieder etwas kräftigeren Zuwachs (+11,4%) abgelöst. Von Januar bis Dezember kumuliert liegt das Plus gegenüber dem Vorjahr bei etwas mehr als einem Fünftel (+20,4%).

## Übersichten und Termine

## STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM DEZEMBER 2008

Anders als im November, als die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz unerwartet stark zugelegt hatten, wurde im Berichtsmontat mit -0,4% das Niveau des Vorjahres nicht ganz erreicht. Dabei entwickelte sich die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Staaten noch wesentlich schlechter (-10,0%), wohl vor allem infolge gesunkener Ölpreise. Wegen verringerter Vorsteuerabzüge

ergab sich bei der Umsatzsteuer noch ein vergleichsweise starker Zuwachs (+2,9%). Weil zwischen dem Kasseneingang der Umsatzsteuer und der Entstehung der Umsätze in der Regel eine zweimonatige Verzögerung einkalkuliert werden muss, passt der Rückschlag im Dezember zu der im Oktober 2008 beobachteten Entwicklung der Einzelhandelsumsätze: Hier hat sich die

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr<sup>1</sup>

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)

| 2008   | Dezember      | Veränderung  | Januar bis     | Veränderung  | Schätzungen           | Veränderung  |
|--|---------------|--------------|----------------|--------------|-----------------------|--------------|
|  | in Mio €      | ggü. Vorjahr | Dezember       | ggü. Vorjahr | für 2008              | ggü. Vorjahr |
|  |               | in %         | in Mio €       | in %         | in Mio € <sup>4</sup> | in %         |
| <b>Gemeinschaftliche Steuern</b>                         |               |              |                |              |                       |              |
| Lohnsteuer <sup>2</sup>                                  | 18 854        | 5,1          | 141 895        | 7,7          | 141 800               | 7,6          |
| veranlagte Einkommensteuer                               | 9 932         | 6,0          | 32 685         | 30,6         | 32 450                | 29,7         |
| nicht veranlagte Steuern vom Ertrag                      | 2 421         | 66,3         | 16 575         | 20,2         | 14 950                | 8,4          |
| Zinsabschlag   | 950           | 11,4         | 13 459         | 20,4         | 13 590                | 21,6         |
| Körperschaftsteuer                                       | 4 598         | -33,3        | 15 868         | -30,8        | 17 250                | -24,8        |
| Steuern vom Umsatz                                       | 15 095        | -0,4         | 175 989        | 3,7          | 175 850               | 3,7          |
| Gewerbesteuerumlage                                      | 738           | -15,4        | 3 361          | -12,7        | 3 234                 | -16,0        |
| erhöhte Gewerbesteuerumlage                              | 787           | 9,0          | 3 424          | 9,6          | 3 316                 | 6,1          |
| <b>gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>               | <b>53 376</b> | <b>0,2</b>   | <b>403 256</b> | <b>5,8</b>   | <b>402 440</b>        | <b>5,5</b>   |
| <b>Bundessteuern</b>                                     |               |              |                |              |                       |              |
| Energiesteuer  | 8 494         | 1,3          | 39 248         | 0,8          | 39 500                | 1,4          |
| Tabaksteuer  | 1 682         | -3,5         | 13 574         | -4,8         | 13 400                | -6,0         |
| Branntweinsteuerinkl. Alkopopsteuer                      | 192           | -3,7         | 2 126          | 8,5          | 2 130                 | 8,7          |
| Versicherungssteuer                                      | 755           | 3,1          | 10 478         | 1,4          | 10 450                | 1,1          |
| Stromsteuer  | 552           | 2,5          | 6 261          | -1,5         | 6 200                 | -2,4         |
| Solidaritätszuschlag                                     | 2 034         | 0,6          | 13 146         | 6,5          | 13 050                | 5,7          |
| übrige Bundessteuern                                     | 140           | -5,6         | 1 470          | -1,2         | 1 458                 | -2,0         |
| <b>Bundessteuern insgesamt</b>                           | <b>13 848</b> | <b>0,6</b>   | <b>86 302</b>  | <b>0,7</b>   | <b>86 188</b>         | <b>0,6</b>   |
| <b>Ländersteuern</b>                                     |               |              |                |              |                       |              |
| Erbschaftsteuer  | 373           | 31,3         | 4 771          | 13,5         | 4 780                 | 13,7         |
| Grunderwerbsteuer  | 395           | -12,4        | 5 728          | -17,6        | 5 770                 | -17,0        |
| Kraftfahrzeugsteuer                                      | 664           | 9,7          | 8 842          | -0,6         | 8 850                 | -0,5         |
| Remwett- und Lotteriesteuer                              | 115           | -38,1        | 1 536          | -9,7         | 1 648                 | -3,1         |
| Biersteuer   | 51            | -7,6         | 739            | -2,3         | 740                   | -2,2         |
| Sonstige Ländersteuern                                   | 5             | -59,1        | 321            | -1,2         | 315                   | -2,9         |
| <b>Ländersteuern insgesamt</b>                           | <b>1 604</b>  | <b>0,6</b>   | <b>21 937</b>  | <b>-3,9</b>  | <b>22 103</b>         | <b>-3,2</b>  |
| <b>EU-Eigenmittel</b>                                    |               |              |                |              |                       |              |
| Zölle  | 329           | 20,8         | 4 002          | 0,5          | 4 000                 | 0,4          |
| Mehrwertsteuer-Eigenmittel                               | 309           | -45,0        | 3 738          | -4,9         | 3 740                 | -4,8         |
| BSP-Eigenmittel  | 1 839         | 1,0          | 15 340         | 7,0          | 15 330                | 6,9          |
| <b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>                          | <b>2 477</b>  | <b>-6,7</b>  | <b>23 081</b>  | <b>3,7</b>   | <b>23 070</b>         | <b>3,7</b>   |
| <b>Bund<sup>3</sup></b>                                  | <b>34 453</b> | <b>0,1</b>   | <b>239 180</b> | <b>3,9</b>   | <b>238 683</b>        | <b>3,7</b>   |
| <b>Länder<sup>3</sup></b>                                | <b>27 494</b> | <b>0,6</b>   | <b>221 921</b> | <b>4,1</b>   | <b>221 699</b>        | <b>4,0</b>   |
| <b>EU</b>  | <b>2 477</b>  | <b>-6,7</b>  | <b>23 081</b>  | <b>3,7</b>   | <b>23 070</b>         | <b>3,7</b>   |
| <b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b> | <b>4 733</b>  | <b>5,1</b>   | <b>31 316</b>  | <b>10,8</b>  | <b>31 279</b>         | <b>10,7</b>  |
| <b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>  | <b>69 157</b> | <b>0,4</b>   | <b>515 498</b> | <b>4,4</b>   | <b>514 731</b>        | <b>4,2</b>   |

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2008.

## Übersichten und Termine

### STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM DEZEMBER 2008

Vorjahresrate nach dem relativ guten Ergebnis im September ebenfalls deutlich vermindert (nominal von + 4,1 auf + 0,9%).

Im Falle der reinen Bundessteuern lagen die kassenmäßigen Eingänge im Berichtsmonat nur knapp über dem Stand vom Dezember 2007 (+ 0,6%). Den stärksten Zuwachs gab es bei der Versicherungssteuer (+ 3,1%), die stärksten Rückgänge bei der Tabaksteuer und bei der Brantweinsteuer (- 3,5 bzw. - 3,7%). Beim Solidaritätszuschlag führten die divergierenden Entwicklungen seiner Bemessungsgrundlagen dazu, dass das absolute Ergebnis vom Vorjahr ebenfalls nur gerade gehalten werden konnte (+ 0,6%).

Bei der Stromsteuer (+ 2,5%) fiel die Zunahme etwas deutlicher aus, bei der Energiesteuer war

ein Plus von + 1,3% zu verbuchen. Der wichtigste Beitrag dazu kam von der Energiesteuer auf Heizöl (+ 48,2%). Darin dürfte sich in erster Linie ein Nachholen zuvor aufgeschobener Käufe niederschlagen.

In der Summe haben die reinen Ländersteuern im Dezember eine mit den Bundessteuern vergleichbare Entwicklung genommen (+ 0,6% gegenüber Vorjahr). Obwohl es bei der Erbschaftsteuer (+ 31,3%) und der Kraftfahrzeugsteuer (+ 9,7%) durchaus kräftige Zuwächse gab, wurde das Gesamtergebnis von erneuten Mindereinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (- 12,4%) wie von stark negativen Veränderungen bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (- 38,1%) und der Biersteuer (- 7,6%) nach unten gezogen.

Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

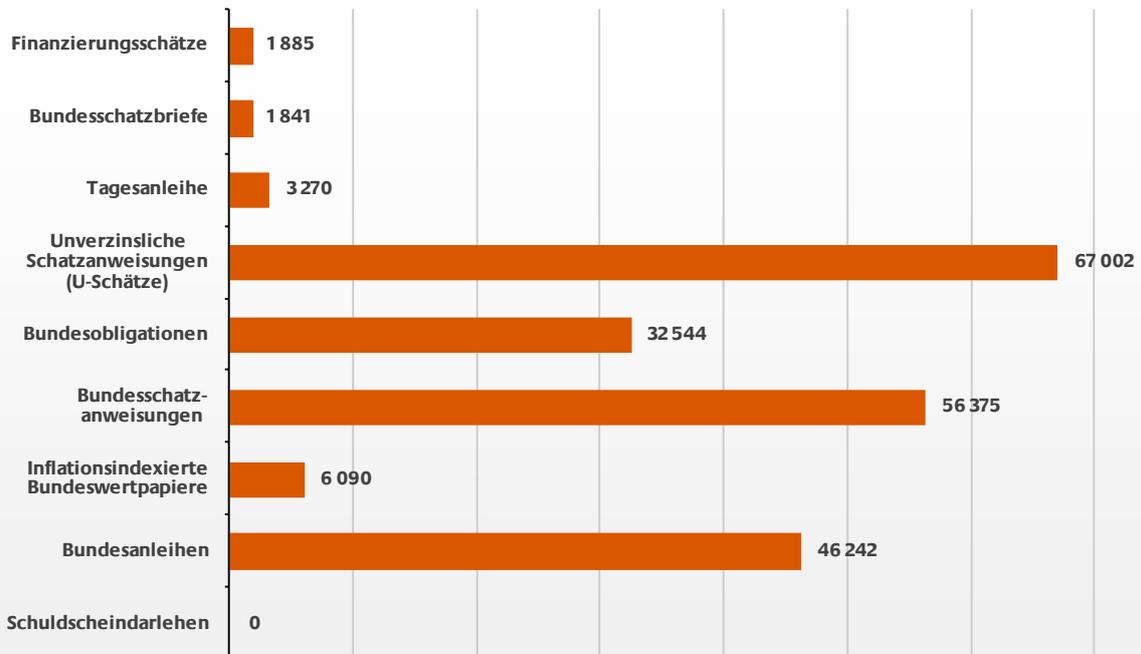
## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im November weiter gesunken. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende November bei 3,22% lag, notierte Ende Dezember bei 2,95%. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – verringerten sich von 3,85% Ende November auf 2,89% Ende Dezember. Die Europäische Zentralbank hat am 15. Januar 2009 beschlossen, die Leitzinsen um 50 Basispunkte zu senken. Mit Wirkung vom 21. Januar liegt der Mindestbietungssatz für die

Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 2,00%, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,00% und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,00%.

Die europäischen Aktienmärkte erholten sich im Dezember leicht; der Deutsche Aktienindex verbesserte sich Ende Dezember auf 4 810 Punkte gegenüber 4 669 Punkten Ende November, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 verbesserte sich im gleichen Zeitraum von 2 430 Punkten auf 2 451 Punkte.

Kreditaufnahme des Bundes bis November 2008 in Mio. €<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen. Nachrichtlich: kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 364 Mio. €.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet sank im November auf 7,8% (nach 8,7% im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum September 2008 bis November 2008 betrug 8,4%, verglichen mit 8,7% des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5%).

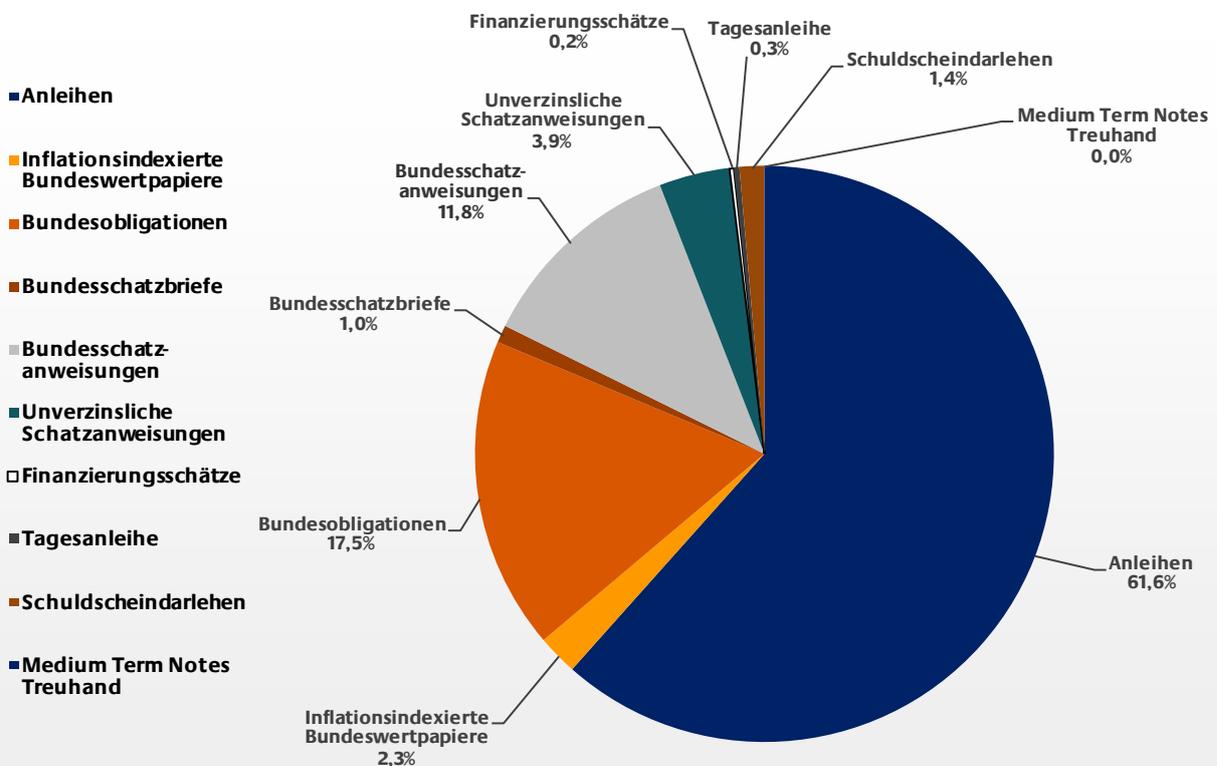
Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum sank im November auf 8,2% (nach 8,6% im Vormonat). Die Dynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums hat sich damit im Zuge der Finanzkrise zwar weiter abgeschwächt, ist aber

im Grunde immer noch relativ kräftig. In Deutschland stieg diese Kreditwachstumsrate von 5,7% im Oktober 2008 auf 6,0% im November 2008.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes 2008 betrug bis einschließlich November 215,2 Mrd. €. Davon wurden 200 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurden im Tenderverfahren die 2,25%ige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE 0001030518 – am 5. März 2008 um 3 Mrd. € und am 9. Juli 2008 um 2 Mrd. €

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. November 2008



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Kreditmarktmittel des Bundes einschl. der Eigenbestände: 975,4 Mrd. €; darunter Eigenbestände: 40,3 Mrd.€

Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

sowie die 1,5%ige inflationsindexierte Anleihe des Bundes – ISIN DE 0001030500 am 11. Juni 2008 um 2 Mrd. € aufgestockt. Wegen der Kapitalmarktentwicklung wurde statt der zunächst angekündigten Aufstockung der Bundesanleihe vom 23. Juli 2008 – ISIN DE 0001135325 – um 4 Mrd. € eine Neuemission einer Bundesanleihe mit einer 30-jährigen Laufzeit – ISIN DE 0001135366 – um 4 Mrd. € begeben. Drei Unverzinslichen Schatzanweisungen des Bundes (Bubills) mit Fälligkeiten 14. Januar 2009, 18. Februar 2009 und 18. März 2009 (ISIN DE0001115186 / WKN 111518, ISIN DE0001115194 / WKN 111519, ISIN DE0001115202 / WKN 111520) wurden am 22. September 2008 um jeweils 1 Mrd. € auf jeweils 7 Mrd. € aufgestockt und von der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur

GmbH im Rahmen der Marktpflege platziert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 0,4 Mrd. €).

Die im letzten Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die „Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2008“.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich bis einschließlich November 2008 auf rund 197,7 Mrd. €; die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ betragen rund 39,6 Mrd. €.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (in Mrd. €)

Tilgungen

| Kreditart                        | Jan         | Feb         | Mrz         | Apr         | Mai        | Jun         | Jul         | Aug        | Sept        | Okt         | Nov        | Summe insges. |
|----------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|------------|-------------|-------------|------------|-------------|-------------|------------|---------------|
|                                  | in Mrd. €   |             |             |             |            |             |             |            |             |             |            |               |
| Anleihen                         | 15,6        | -           | -           | -           | -          | -           | 22,8        | -          | -           | -           | -          | 38,2          |
| Bundessobligationen              | -           | 14,0        | -           | 14,0        | -          | -           | -           | -          | -           | 14,0        | -          | 42,0          |
| Bundesschatzanweisungen          | -           | -           | 16,0        | -           | -          | 14,0        | -           | -          | 15,0        | -           | -          | 45,0          |
| U-Schätze des Bundes             | 5,9         | 5,9         | 5,9         | 5,9         | 5,9        | 5,9         | 5,9         | 5,9        | 5,9         | 5,9         | 5,9        | 64,7          |
| Bundesschatzbriefe               | 0,4         | 0,0         | 0,4         | 0,0         | 0,1        | 0,2         | 0,3         | 0,3        | 0,3         | 0,4         | 0,0        | 2,6           |
| Finanzierungsschätze             | 0,3         | 0,2         | 0,2         | 0,2         | 0,2        | 0,2         | 0,2         | 0,2        | 0,1         | 0,1         | 0,1        | 2,0           |
| Tagesanleihe                     | -           | -           | -           | -           | -          | -           | 0,0         | 0,0        | 0,0         | 0,0         | 0,1        | 0,2           |
| Fundierungsschuldverschreibungen | -           | -           | -           | -           | -          | -           | -           | -          | -           | 0,0         | 0,0        | 0,0           |
| MTN der Treuhandanstalt          | -           | -           | -           | -           | -          | -           | -           | -          | -           | -           | -          | -             |
| Entschädigungsfonds              | 0,1         | -           | -           | -           | -          | -           | -           | -          | -           | -           | -          | 0,1           |
| Schuldscheindarlehen             | 1,0         | 0,3         | 0,2         | 0,0         | -          | -           | 0,3         | 0,1        | 0,6         | 0,3         | -          | 2,9           |
| <b>Gesamtes Tilgungsvolumen</b>  | <b>23,2</b> | <b>20,4</b> | <b>22,7</b> | <b>20,2</b> | <b>6,2</b> | <b>20,2</b> | <b>29,3</b> | <b>6,5</b> | <b>22,0</b> | <b>20,7</b> | <b>6,2</b> | <b>197,7</b>  |

Zinszahlungen

|  | Jan       | Feb | Mrz | Apr | Mai | Jun | Jul  | Aug | Sept | Okt | Nov | Summe insges. |
|--|-----------|-----|-----|-----|-----|-----|------|-----|------|-----|-----|---------------|
|  | in Mrd. € |     |     |     |     |     |      |     |      |     |     |               |
| Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds | 13,7      | 0,8 | 1,2 | 3,4 | 0,2 | 1,7 | 13,7 | 0,3 | 1,3  | 3,1 | 0,2 | 39,6          |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

## Übersichten und Termine

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Emissionsvorhaben des Bundes im 4. Quartal 2008

## Kapitalmarktinstrumente

| Emission   | Art der Begabung | Tenderttermin     | Laufzeit  | Volumen <sup>1</sup> |
|--|------------------|-------------------|---|----------------------|
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE00 01137230<br>WKN 113 723 | Aufstockung      | 8. Oktober 2008   | 2 Jahre<br>fällig 10. September 2010<br>Zinslaufbeginn: 10. September 2010<br>erster Zinstermin: 10. September 2009 | 7 Mrd. €             |
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE00 001141539<br>WKN 114153 | Aufstockung      | 22. Oktober 2008  | 5 Jahre<br>fällig 11. Oktober 2013<br>Zinslaufbeginn: 26. September 2008<br>erster Zinstermin: 11. Oktober 2009     | 5 Mrd. €             |
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE00 01135374<br>WKN 113 537 | Neuemission      | 12. November 2008 | 10 Jahre<br>fällig 4. Januar 2009<br>Zinslaufbeginn: 14. November 2008<br>erster Zinstermin: 4. Januar 2010         | 7 Mrd. €             |
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE00 001141539<br>WKN 114153 | Aufstockung      | 19. November 2008 | 5 Jahre<br>fällig 11. Oktober 2013<br>Zinslaufbeginn: 26. September 2008<br>erster Zinstermin: 11. Oktober 2009     | 4 Mrd. €             |
| Bundesschatzanweisung<br>ISIN DE00 01137248<br>WKN 113724  | Neuemission      | 10. Dezember 2008 | 2 Jahre<br>fällig 10. Dezember 2010<br>Zinslaufbeginn: 10. Dezember 2008<br>erster Zinstermin: 10. Dezember 2009    | ca. 7 Mrd. €         |
| <b>4. Quartal 2008 insgesamt</b>                           |                  |                   |   | <b>ca. 30 Mrd. €</b> |

## Geldmarktinstrumente

| Emission  | Art der Begabung | Tenderttermin     | Laufzeit                          | Volumen <sup>1</sup> |
|---|------------------|-------------------|-----------------------------------|----------------------|
| Unverzinsliche Schatzanweisung<br>ISIN DE00 01115210<br>WKN 111 521 | Neuemission      | 13. Oktober 2008  | 6 Monate<br>fällig 22. April 2009 | 6 Mrd. €             |
| Unverzinsliche Schatzanweisung<br>ISIN DE00 01115228<br>WKN 111 522 | Neuemission      | 17. November 2008 | 6 Monate<br>fällig 13. Mai 2009   | 6 Mrd. €             |
| Unverzinsliche Schatzanweisung<br>ISIN DE00 01115236<br>WKN 111523  | Neuemission      | 8. Dezember 2008  | 6 Monate<br>fällig 17. Juni 2009  | ca. 6 Mrd. €         |
| <b>4. Quartal 2008 insgesamt</b>                                    |                  |                   |                                   | <b>ca. 30 Mrd. €</b> |

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Deutliche Wachstumsverlangsamung im vergangenen Jahr.
- Verschlechterung der kurzfristigen Wachstumsperspektiven.
- Saisonbereinigte Arbeitslosigkeit stieg im Dezember erstmals seit Februar 2006.
- Beruhigung des Preisklimas zum Jahresende.

Im vergangenen Jahr hat sich das Wirtschaftswachstum gegenüber 2007 erheblich abgeschwächt. So ist nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2008 im Jahresdurchschnitt um preisbereinigt 1,3% angestiegen, nach einer Zunahme um 2,5% im Jahr 2007. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Jahresdurchschnitt 2008 wurde vor allem durch die unerwartet starke Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität im 1. Quartal geprägt, die durch das milde Winterwetter begünstigt wurde. In den darauffolgenden drei Quartalen ist das BIP dann spürbar zurückgegangen; im 4. Quartal dürfte der Rückgang sogar noch deutlich stärker als in den beiden Quartalen zuvor ausgefallen sein.

Wachstumsimpulse kamen ausschließlich aus dem Inland (Wachstumsimpuls Inländische Verwendung: +1,5 Prozentpunkte). Der Außenbeitrag war erstmals seit 2003 negativ (-0,3 Prozentpunkte). Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität wurde vor allem von den Bruttoanlageinvestitionen getragen. Wachstumstreiber waren die Investitionen in Ausrüstungen (real +5,3%). Die Bauinvestitionen stiegen um real 2,7%. Dabei konnten Investitionen in Nichtwohnbauten die guten Ergebnisse von 2006 und 2007 nochmals übertreffen und stiegen so stark wie seit 1992 nicht mehr (real +5,6%). Die preisbereinigten Wohnungsbauinvestitionen entwickelten sich verhalten (real +0,7%). Die Investitionstätigkeit profitierte 2008 unter anderem von den

vergleichsweise milden Wintermonaten am Jahresanfang. In den folgenden Quartalen neigten sowohl die Investitionen in Ausrüstungen als auch in Bauten deutlich zur Schwäche. Die starke weltwirtschaftliche Abkühlung hinterließ auch im Investitionsverhalten der Unternehmen ihre Spuren. Der private Konsum stagnierte im Vergleich zu 2007. Durch den starken Preisniveauanstieg für Nahrungsmittel und Energiegüter bis zum Herbst 2008 kam es zu deutlichen Kaufkrafteinbußen, die die Entwicklung der Realeinkommen der privaten Haushalte dämpften. Die Lohnsteigerungen, die sowohl auf den hohen Beschäftigungsaufbau als auch auf die Tariflohnerhöhungen zurückgehen, konnten die Beeinträchtigungen durch die Preisniveausteigerungen nicht kompensieren.

Die Beschäftigung erreichte im Jahresdurchschnitt den höchsten Stand seit der Deutschen Einheit. Dabei wurde der Anstieg der Erwerbstätigenzahl vor allem von der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geprägt. Dies spiegelt sich in einem spürbaren Anstieg sowohl der abgeführten Lohnsteuer (+5,9%) als auch der Sozialbeiträge (+5,2%) von Arbeitnehmern (beides in Abgrenzung der VGR nach dem Inländerkonzept) wider.

Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

| Gesamtwirtschaft/<br>Einkommen  | 2008<br>in Mrd.€<br>bzw. Index | gg. Vorj.<br>In % | Veränderung in % gegenüber    |             |                             |             |             |                             |        |        |
|---|--------------------------------|-------------------|-------------------------------|-------------|-----------------------------|-------------|-------------|-----------------------------|--------|--------|
|   |                                |                   | Vorperiode (saisonber.)       |             |                             | Vorjahr     |             |                             |        |        |
|   |                                |                   | 1.Q.08                        | 2.Q.08      | 3.Q.08                      | 1.Q.08      | 2.Q.08      | 3.Q.08                      |        |        |
| <b>Bruttoinlandsprodukt</b>   |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| Vorjahrespreisbasis (verkettet)                                       | 110,1                          | +1,3              | +1,4                          | -0,4        | -0,5                        | +1,9        | +3,3        | +1,3                        |        |        |
| jeweilige Preise  | 2 489                          | +2,7              | +1,8                          | -0,1        | -0,0                        | +3,1        | +4,5        | +2,7                        |        |        |
| <b>Einkommen</b>  |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| Volkseinkommen  | 1 880                          | +2,9              | +1,5                          | +0,4        | +0,3                        | +3,6        | +5,1        | +2,9                        |        |        |
| Arbeitnehmerentgelte  | 1 226                          | +3,6              | +1,5                          | +0,7        | +0,6                        | +3,5        | +3,3        | +3,6                        |        |        |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen                                  | 655                            | +1,7              | +1,5                          | -0,0        | -0,1                        | +3,8        | +8,7        | +1,7                        |        |        |
| Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte                           | 1 553                          | +2,6              | +0,2                          | +0,8        | +0,5                        | +2,7        | +2,8        | +2,7                        |        |        |
| Bruttolöhne u. -gehälter  | 996                            | +3,9              | +1,6                          | +0,9        | +0,6                        | +4,0        | +3,7        | +3,9                        |        |        |
| Sparen der privaten Haushalte   | 181                            | +8,2              | +3,4                          | -0,2        | +1,4                        | +7,7        | +8,3        | +9,6                        |        |        |
| <b>Außenhandel/<br/>Umsätze/<br/>Produktion/<br/>Auftragseingänge</b> |                                |                   | Veränderung in % gegenüber    |             |                             |             |             |                             |        |        |
|   | 2007<br>in Mrd.€<br>bzw. Index | gg. Vorj.<br>In % | Vorperiode (saisonber.)       |             |                             | Vorjahr     |             |                             |        |        |
|   |                                |                   | Sep 08                        | Okt 08      | Zweimonats-<br>durchschnitt | Sep 08      | Okt 08      | Zweimonats-<br>durchschnitt |        |        |
| in jeweiligen Preisen   |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| <b>Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)</b>                            | <b>81</b>                      | <b>-0,6</b>       | <b>+1,1</b>                   | <b>-3,5</b> | <b>-1,5</b>                 | <b>+4,7</b> | <b>+0,2</b> | <b>+2,4</b>                 |        |        |
| <b>Außenhandel (Mrd. €)</b>   |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| Waren-Exporte   | 965                            | +8,1              | -0,6                          | -10,8       | -5,5                        | +1,3        | -11,8       | -5,2                        |        |        |
| Waren-Importe   | 770                            | +4,9              | -3,7                          | -5,8        | -6,0                        | +5,2        | -0,9        | +2,2                        |        |        |
| in konstanten Preisen von 2000  |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000=100) <sup>1</sup>    | 116,3                          | +5,9              | -1,8                          | -3,1        | -5,0                        | -3,6        | -6,3        | -5,0                        |        |        |
| Industrie <sup>2</sup>  | 121,1                          | +6,9              | -2,1                          | -3,5        | -5,6                        | -3,7        | -6,9        | -5,3                        |        |        |
| Bauhauptgewerbe   | 83,2                           | +2,8              | -0,9                          | +0,0        | -2,4                        | -2,6        | -2,1        | -2,3                        |        |        |
| <b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe<sup>1</sup></b>                  |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| Industrie (Index 2000=100) <sup>2</sup>                               | 121,6                          | +6,4              | -0,1                          | -4,5        | -4,5                        | -3,3        | -7,0        | -5,2                        |        |        |
| Inland  | 107,2                          | +4,5              | -0,2                          | -3,6        | -4,5                        | -2,2        | -6,0        | -4,1                        |        |        |
| Ausland   | 144,9                          | +8,7              | +0,0                          | -5,6        | -4,4                        | -4,5        | -8,4        | -6,5                        |        |        |
| <b>Auftragseingang (Index 2000=100)<sup>1</sup></b>                   |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| Industrie <sup>2</sup>  | 130,7                          | +9,8              | -6,3                          | -6,0        | -13,1                       | -17,6       | -24,0       | -20,8                       |        |        |
| Inland  | 113,0                          | +7,1              | -6,4                          | -7,6        | -12,1                       | -11,6       | -20,7       | -16,2                       |        |        |
| Ausland   | 152,8                          | +12,5             | -6,3                          | -4,4        | -14,0                       | -22,8       | -26,9       | -24,8                       |        |        |
| Bauhauptgewerbe   | 77,6                           | +4,0              | -2,9                          | .           | -3,5                        | -20,5       | -14,7       | -17,8                       |        |        |
| <b>Umsätze im Handel (Index 2003=100)</b>                             |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| Einzelhandel (einschl. Kfz. und Tankstellen)                          | 100,5                          | -3,7              | -1,1                          | -1,0        | -1,9                        | -2,0        | -5,4        | -3,7                        |        |        |
| Großhandel (ohne Kfz.)  | 109,2                          | -0,6              | -1,2                          | -0,2        | -0,6                        | +1,0        | -3,9        | -1,4                        |        |        |
| <b>Arbeitsmarkt</b>   |                                |                   | Veränderung in Tsd. gegenüber |             |                             |             |             |                             |        |        |
|   | 2008<br>Personen<br>in Mio.    | gg. Vorj.<br>In % | Vorperiode (saisonber.)       |             |                             | Vorjahr     |             |                             |        |        |
|   |                                |                   | Okt 08                        | Nov 08      | Dez 08                      | Okt 08      | Nov 08      | Dez 08                      |        |        |
| Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)                            | 3,27                           | -13,5             | -20                           | -4          | +18                         | -43,7       | -390        | -304                        |        |        |
| Erwerbstätige, Inland   | 40,35                          | +1,5              | +31                           | +23         | .                           | +503        | +483        | .                           |        |        |
| sozialversicherungspflichtig Beschäftigte                             | 27,46                          | +2,2              | +17                           | .           | .                           | +511        | .           | .                           |        |        |
| <b>Preisindizes</b>   |                                |                   | Veränderung in % gegenüber    |             |                             |             |             |                             |        |        |
|   | 2008<br>Index                  | gg. Vorj.<br>In % | Vorperiode                    |             |                             | Vorjahr     |             |                             |        |        |
|   |                                |                   | Okt 08                        | Nov 08      | Dez 08                      | Okt 08      | Nov 08      | Dez 08                      |        |        |
| 2000=100  |                                |                   |                               |             |                             |             |             |                             |        |        |
| Importpreise  | 108,0                          | +1,3              | -3,6                          | -3,4        | .                           | +2,9        | -1,3        | -5,1                        |        |        |
| Erzeugerpreise gewerbl. Produkte                                      | 126,3                          | +6,0              | +0,0                          | -1,5        | -1,0                        | +7,8        | +5,3        | +4,3                        |        |        |
| Verbraucherpreise 2005 = 100  | 106,6                          | +2,6              | -0,2                          | -0,5        | +0,3                        | +2,4        | +1,4        | +1,1                        |        |        |
| <b>ifo-Geschäftsklima</b>   |                                |                   | saisonbereinigte Salden       |             |                             |             |             |                             |        |        |
| <b>gewerbliche Wirtschaft</b>   |                                |                   | Jun 08                        | Jul 08      | Aug 08                      | Sep 08      | Okt 08      | Nov 08                      | Dez 08 | Jan 09 |
| Klima   |                                |                   | +1,3                          | -6,1        | -11,3                       | -15,0       | -20,3       | -28,9                       | -35,4  | -34,5  |
| Geschäftslage   |                                |                   | +12,1                         | +6,9        | +2,3                        | -4,3        | -4,1        | -13,9                       | -25,8  | -29,7  |
| Geschäftserwartungen  |                                |                   | -8,9                          | -18,3       | -24,1                       | -25,2       | -35,2       | -42,8                       | -44,5  | -39,1  |

<sup>1</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahrsaus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>2</sup> Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Übersichten und Termine

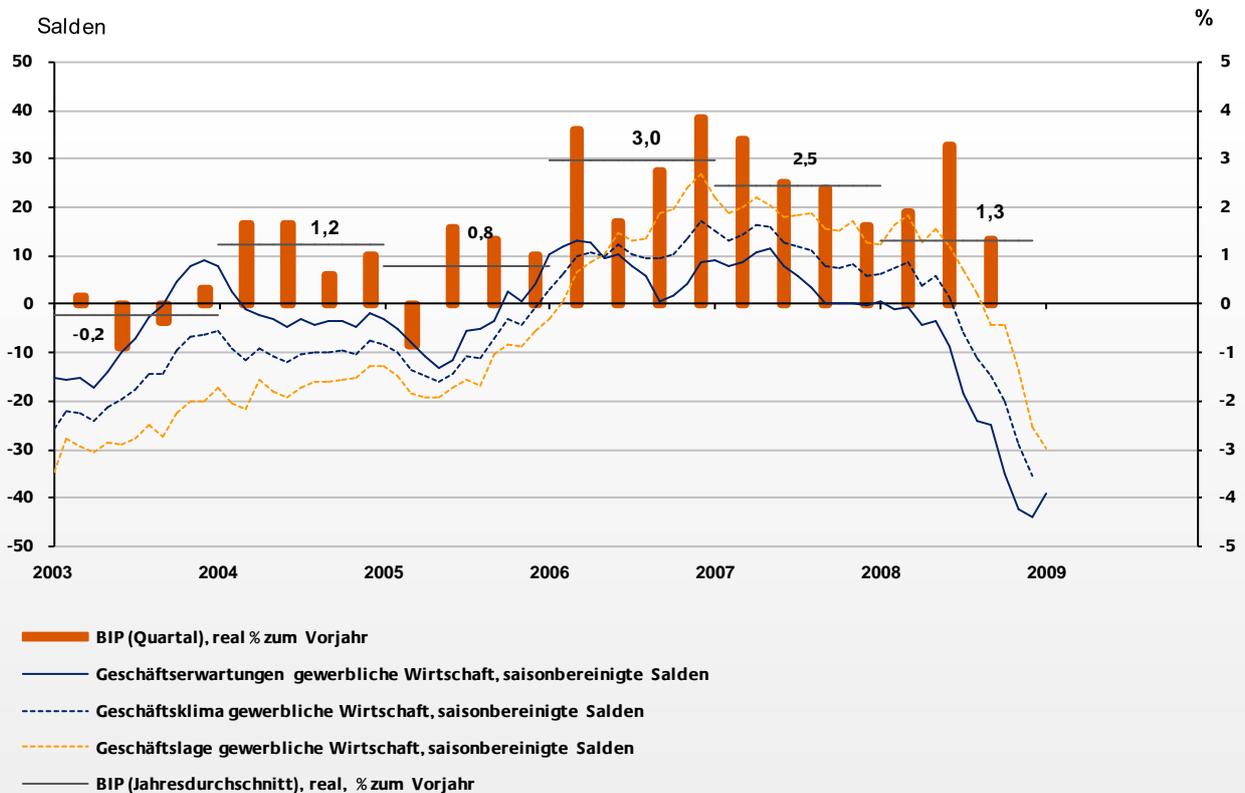
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die aktuellen Wirtschaftsdaten zeigen, dass sich Deutschland in einer Rezession befindet. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2008 angestiegen, aber im Jahresverlauf – insbesondere in den vergangenen Monaten – hat sich die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität rapide beschleunigt. Dabei hat Deutschland sowohl mit einer globalen Finanzmarktkrise als auch mit dem abrupten Einbruch der Weltkonjunktur zu kämpfen. Die wirtschaftliche Abschwächung im Verlaufe des vergangenen Jahres stellt eine erhebliche Vorbelastung für die BIP-Entwicklung im Jahr 2009 dar (Unterhang). Dies und die weitere Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat die Bundesregierung bewogen, die

Einschätzungen zur BIP-Entwicklung 2009 deutlich auf real rund -2¼% (Jahresprojektion 2009) nach unten zu revidieren (Herbstprojektion +0,2%). In der Jahresprojektion sind bereits die positiven gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungseffekte berücksichtigt, die von den beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise ausgehen.

Der weltweite synchrone Wirtschaftsabschwung dürfte die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland in diesem Jahr stark schwächen. Daher werden in der Jahresprojektion deutlich negative Impulse vom Außenhandel erwartet. Die weltwirtschaftliche Eintrübung beeinträchtigt mittelbar auch die Binnenkonjunktur, und

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zwar insbesondere die zyklisch besonders reagiblen Ausrüstungsinvestitionen. Insgesamt stabilisierend wirkt der private Konsum. Dazu tragen die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen wie beispielsweise die Erhöhung familienbezogener Leistungen, die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld sowie Abgabensenkungen bei. Auch die Bauinvestitionen wirken eher stabilisierend. Zwar dürfte sich der Wirtschaftsbau verringern, demgegenüber weitet sich aber der öffentliche Bau aufgrund der beschlossenen Maßnahmen zur Konjunkturstützung deutlich aus.

Die detaillierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Schlussquartal 2008 liegen zwar noch nicht vor, aber aus den vorliegenden Wirtschaftsdaten lassen sich Rückschlüsse auf die Entwicklung in diesem Zeitraum ableiten: Die bis November 2008 vorliegenden Zahlen zeigen, dass sich der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 4. Quartal 2008 beschleunigt hat.

Die Abkühlung der Weltwirtschaft hat die Exporttätigkeit deutscher Unternehmen im November mit aller Wucht getroffen. Die stark rückläufigen Auslandsbestellungen schlagen sich nun in einem dramatischen Einbruch der nominalen Warenexporte nieder – sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch zum Vormonat. Nach Ländergruppen war im November 2008 gegenüber November 2007 der Rückgang der Ausfuhren in die nicht zum Euroraum gehörenden EU-Länder (-16,1% nach -2,1% im Oktober) am kräftigsten. Aber auch die Exporttätigkeit in den Euroraum (-12,9% nach +0,1% im Oktober) und in Drittländer (-7,8% nach +5,2% im Oktober) ließ sehr deutlich nach. Die rückläufigen Exporte sind vor allem auf eine Verringerung der Nachfrage nach technologisch hochwertigen Investitionsgütern zurückzuführen. Das Auslandsgeschäft mit diesen Produkten war in den vergangenen Jahren Motor der deutschen Exportwirtschaft. Angesichts des beschleunigten Abwärtstrends der

Auslandsnachfrage, insbesondere nach Investitionsgütern, ist auch in diesem Jahr mit rückläufigen Exporten zu rechnen. Für ein weiteres Nachlassen der Nachfrage und damit auch der Ausfuhren spricht eine deutliche Abschwächung der weltwirtschaftlichen Aktivität in diesem Jahr, insbesondere bei den Handelspartnern in der Europäischen Union. Für diesen Wirtschaftsraum prognostiziert die Europäische Kommission einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,8%. Die bisher sehr dynamisch wachsenden Schwellenländer können sich dem in fast allen Industrieländern synchron verlaufenden Abschwung nicht entziehen. In den erdölexportierenden Ländern wirkt der Preisverfall des Rohöls dämpfend auf die Nachfrage. Auch die Stimmungsindikatoren signalisieren trübe Aussichten. So sanken die ifo-Exportorerwartungen im Verarbeitenden Gewerbe auf den niedrigsten Stand seit 1974/1975. Der „Composite leading indicator“ deutet auf eine globale Rezession hin. Zwar hat sich durch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (2. Halbjahr 2008 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2008) die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen wieder etwas verbessert. Diese positive Entwicklung für die Exportwirtschaft wird aber deutlich überlagert durch den weltweiten Wirtschaftsabschwung und die damit einhergehende Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten und -perspektiven.

Die nominalen Warenimporte gingen im November und im Zweimonatsdurchschnitt spürbar zurück (saisonbereinigt). Die deutliche Verringerung der Einfuhren ist sowohl auf die Verbilligung von Importen als auch auf einen negativen Mengeneffekt - aufgrund der Abschwächung der Inlandsnachfrage und des Einbruchs der Exporte - zurückzuführen.

Die abwärtsgerichtete Tendenz der Industrieindikatoren hat sich mit den saisonbereinigten Daten vom November spürbar beschleunigt. Besonders negativ ist die Entwicklung bei den Investitions- und Vorleistungsgüterherstellern. So ist die Erzeugung dieser Produkte erneut

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zurückgegangen. Auch die Umsätze von Investitions- und Vorleistungsgütern sind sowohl im Inland als auch auf ausländischen Märkten eingebrochen. Die Auftragseingänge in der Industrie sind nach dem erheblichen Rückgang vom Oktober auch im November nochmals deutlich gesunken. Damit dürfte die Produktion in den nächsten Monaten rückläufig bleiben. Dafür spricht auch die spürbare Verringerung der Herstellung von Vorleistungsgütern, die zugleich ein Indikator für die zukünftige Produktion ist. Die stärkere Abnahme der Inlandsbestellungen gegenüber den Auslandsaufträgen im November deutet darauf hin, dass die Auswirkungen des weltwirtschaftlichen Abschwungs nun auch die binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen erreicht haben.

Die Bauproduktion entwickelte sich im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe noch recht stabil. Im Zweimonatsdurchschnitt (Oktober/November, saisonbereinigt) kam es zu einem Rückgang, der jedoch weniger stark war als der Rückgang der industriellen Erzeugung. Die Verringerung der Kapazitätsauslastung dürfte in den kommenden Monaten zu einer Dämpfung der Bautätigkeit beitragen. Im weiteren Jahresverlauf wirken die Infrastrukturmaßnahmen dagegen stützend.

Die Rezession in Deutschland dürfte zunächst noch anhalten. Sie geht mit einer spürbaren Abschwächung der Investitionstätigkeit einher. Dafür spricht die sehr schlechte Stimmung in den Unternehmen, insbesondere bei den Investitionsgüterherstellern (ifo-Geschäftsklimaindex). Auch die Produktionspläne für diesen Wirtschaftsbereich sind abgestürzt.

Die privaten Konsumausgaben blieben im Jahr 2008 gemäß den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts unverändert gegenüber dem Vorjahr. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich der private Konsum gleichwohl positiv entwickelt haben. Ausschlaggebend war der Kaufkraftgewinn durch die rückläufigen Energiepreise. Die

Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kraftfahrzeugen und Tankstellen) schwankten zuletzt stark und gingen im Oktober/November zurück. Eine insgesamt schwache Kauflust dürfte mit den schlechten Konjunkturaussichten für 2009 sowie mit der Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes zusammenhängen. Demgegenüber stehen aber die die Kaufkraft begünstigenden Entwicklungen, wie beispielsweise Lohnsteigerungen durch den Beschäftigungsaufbau bis November 2008 und Tariflohnerhöhungen sowie seit August rückläufige Preise für Kraftstoffe und Heizöl. Das GfK-Konsumklima hat sich im Januar stabilisiert. Bei geringfügig sinkenden Einkommenserwartungen war eine etwas höhere Anschaffungsneigung zu verzeichnen. Die Konjunkturerwartungen der Verbraucher gingen allerdings deutlich zurück.

Die deutliche Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität hat nun auch den Arbeitsmarkt erreicht. So war im Dezember 2008 erstmals seit Februar 2006 ein Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl zu beobachten (+18 000 Personen). Nach Ursprungszahlen ist die registrierte Arbeitslosigkeit im Dezember im Vergleich zum Vorjahr um 304 000 auf 3,10 Mio. Personen zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote betrug 7,4% (West 6,2%, Ost 12,2%). Im Jahresdurchschnitt 2008 ging die Zahl der Arbeitslosen um 508 000 auf 3,27 Mio. Personen zurück. Dies ist die niedrigste Arbeitslosenzahl seit 1992. Die Arbeitslosenquote verringerte sich dabei auf jahresdurchschnittlich 7,8% (2007: 9,0%). Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war 2008 zwar noch sehr hoch, er fiel jedoch nicht mehr so kräftig aus wie 2007. Maßgeblich für die Verringerung der Arbeitslosenzahl waren der bis zum Jahresanfang 2008 anhaltende konjunkturelle Aufschwung sowie der Rückgang des Arbeitskräfteangebots. Auch die Arbeitsmarktreformen dürften die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt positiv beeinflusst haben.

## Übersichten und Termine

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) stieg im November deutlich weniger an als im Monatsdurchschnitt Januar bis Oktober (+42 000). Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl spürbar auf 40,83 Mio. Personen. Der saisonbereinigte Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hat sich im Oktober ebenfalls deutlich abgeschwächt. Im Jahresdurchschnitt 2008 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 582 000 (2007: +671 000) auf 40,35 Mio. Personen zu. Der Zuwachs wurde vor allem vom Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geprägt, der stärker ausfiel als 2007.

Mit dem aktuellen Anstieg der Arbeitslosenzahl und der spürbaren Dämpfung des Beschäftigungsaufbaus wird die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität nun auch auf dem Arbeitsmarkt deutlicher sichtbar als zuvor. In den nächsten Monaten ist mit einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage zu rechnen. Darauf deutet unter anderem die nachlassende Nachfrage nach Arbeitskräften hin, die im BA-X Stellenindex, in den Umfragen zum ifo-Geschäftsklima sowie im Einkaufsmanagerindex zum Ausdruck kommt. Gleichwohl könnte die Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes im Verlauf etwas abgemildert werden.

Die Inflation war im Jahr 2008 vergleichsweise hoch: Der Verbraucherpreisindex (VPI) stieg im Jahresdurchschnitt um 2,6 % an. Eine so hohe Teuerungsrate war zuletzt vor 14 Jahren beobachtet worden (1994: +2,8 %). Stark preistreibend wirkten Preisniveauerhöhungen bei Energie und Nahrungsmitteln. So verteuerten sich Energieprodukte um 9,6 %. Auch bei einigen Nahrungsmitteln kam es zu erheblichen Preisniveauerhöhungen, beispielsweise bei Getreideerzeugnissen, Speisefetten und Molkereiprodukten. Die Teuerungsrate ohne Berücksichtigung von Energie und saisonabhängigen Nahrungsmitteln (Kerninflation) lag im Jahresdurchschnitt bei moderaten 1,3 %. Im

Verlauf des Jahres 2008 erreichte die Verbraucherpreisinflation ihren Höhepunkt in den Monaten Juni und Juli (jeweils +3,3 % gegenüber dem Vorjahr). Ab August war dann eine schrittweise Abschwächung des Preisniveaustiegs zu verzeichnen. Am Jahresende beruhigte sich das Preisklima deutlich: Die jährliche Teuerungsrate blieb in den beiden Monaten November und Dezember wieder unterhalb des EZB-Ziels von „unter, aber nahe 2 %“. Die Beruhigung des Preisklimas ist vor allem auf die weltweite Abkühlung der Konjunktur zurückzuführen, die einen deutlichen Rückgang des Rohölpreises verursacht hat. Deflationäre Tendenzen sind jedoch nicht zu befürchten. Eine rückläufige Entwicklung der Kerninflation ist nicht zuletzt aufgrund der in diesem Jahr erfolgten und im nächsten Jahr noch anstehenden Lohnsteigerungen nicht zu erwarten.

Auf den vorgelagerten Handelsstufen haben sich die Preisniveaus im 4. Quartal deutlich zurückgebildet. So ist der Erzeugerpreisindex im Dezember um 4,3 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen nach einem Höchststand im Juli (+8,9 %). Im Vorjahresvergleich hatte der Preisniveaustieg für Energie (+12,4 %) allerdings immer noch den größten Einfluss auf die Preiserhöhung. So machen die Erzeugerpreise für Erdgas allein mehr als drei Viertel der gesamten Jahresteuerrate aus. Mineralölprodukte lagen dagegen um 19,5 % unter dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt 2008 hat der Erzeugerpreisindex um 6,0 % gegenüber 2007 zugenommen. Dies ist die höchste Teuerungsrate seit 1981. Die Preise für Erdgas stiegen ab April stark an, die für Mineralölprodukte nahmen bis Juli zu und entwickelten sich danach bis zum Jahresende rückläufig. Ohne Berücksichtigung von Energieerzeugnissen stiegen Erzeugerpreise im Vorjahresvergleich um 2,8 %.

Der Importpreisindex lag im November um 1,3 % unter dem Vorjahresniveau. Dies war der höchste Rückgang gegenüber dem Vorjahresmonat seit März 2004 (-1,6 %). Gegenüber dem Vormonat sank der

## Übersichten und Termine

### KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Einfuhrpreisindex um 3,4 %. Die Verringerung des Importpreisniveaus ist auf deutlich rückläufige Importpreise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Vormonat zurückzuführen. Ohne Einrechnung dieser Produkte erhöhte sich das Importpreisniveau um 3,2% im Vergleich zum Vorjahr (-1,2%

gegenüber dem Vormonat). Allerdings verteuerten sich die Importe von Erdgas (+55,0%) und Steinkohle (+63,6%) im Vorjahresvergleich erheblich. Der Importpreisanstieg für Nahrungsmittel hat sich im Vergleich zum Vorjahr weiter abgeschwächt.

Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS NOVEMBER 2008

## Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2008

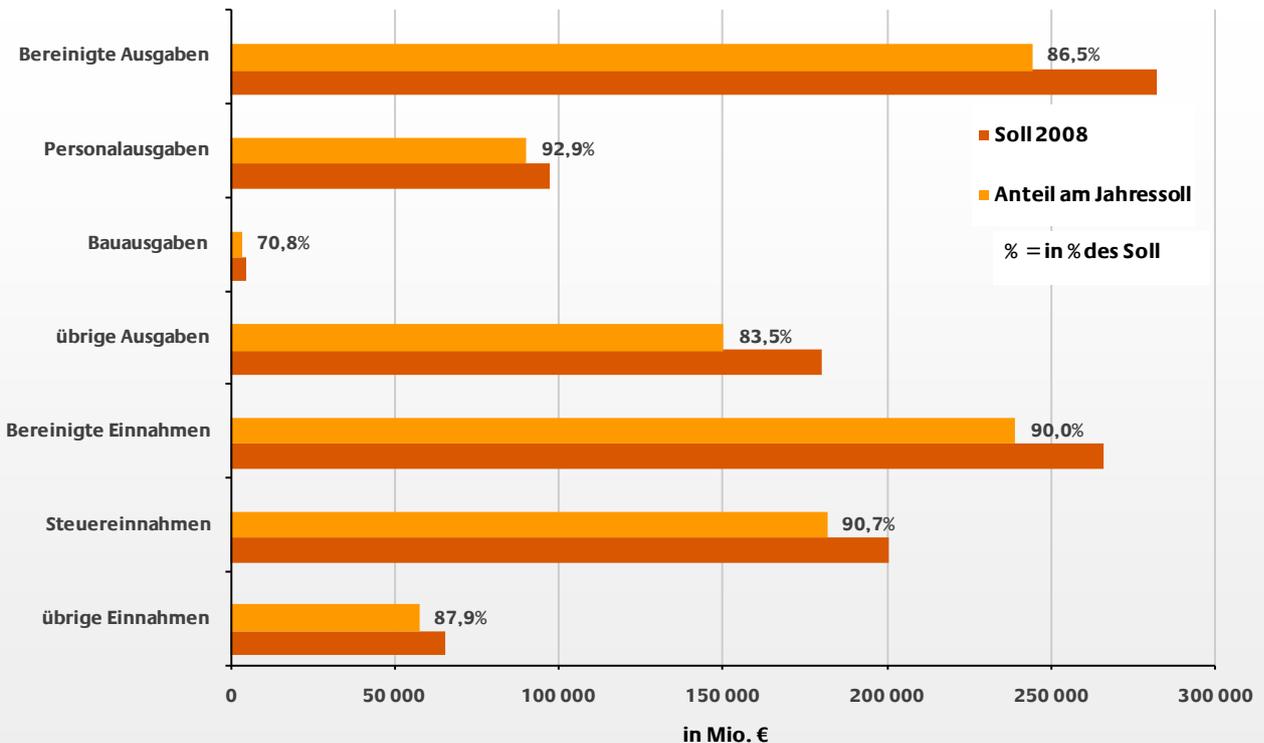
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich November 2008 vor.

Die Einnahmen der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um +3,4 %, die Steuereinnahmen erhöhten sich um +5,0% im Vergleich zum Vorjahr. Im Berichtszeitraum nahmen die Ausgaben der Länder insgesamt um +2,3% zu. Der Finanzierungssaldo der Ländergesamtheit betrug bis Ende November 2008 rund -5,0 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das eine Verbesserung

um rund +2,5 Mrd. €. Die neuen Planungen der Länder insgesamt weisen für das Jahr 2008 einen Finanzierungssaldo von rund -16,3 Mrd. € aus.

In den westdeutschen Flächenländern erhöhten sich die Einnahmen um +3,6% und die Ausgaben um +2,8%. Die Ausgaben in den Flächenländern Ost stiegen im Vergleich zum Vorjahr um +1,1%, während die Einnahmen der ostdeutschen Flächenländer lediglich um +0,5% anstiegen. Am günstigsten entwickelten sich wieder die Einnahmen in den Stadtstaaten mit +8,0%. Dem stand ein Ausgabenzuwachs von +2,1% gegenüber.

### Länder insgesamt

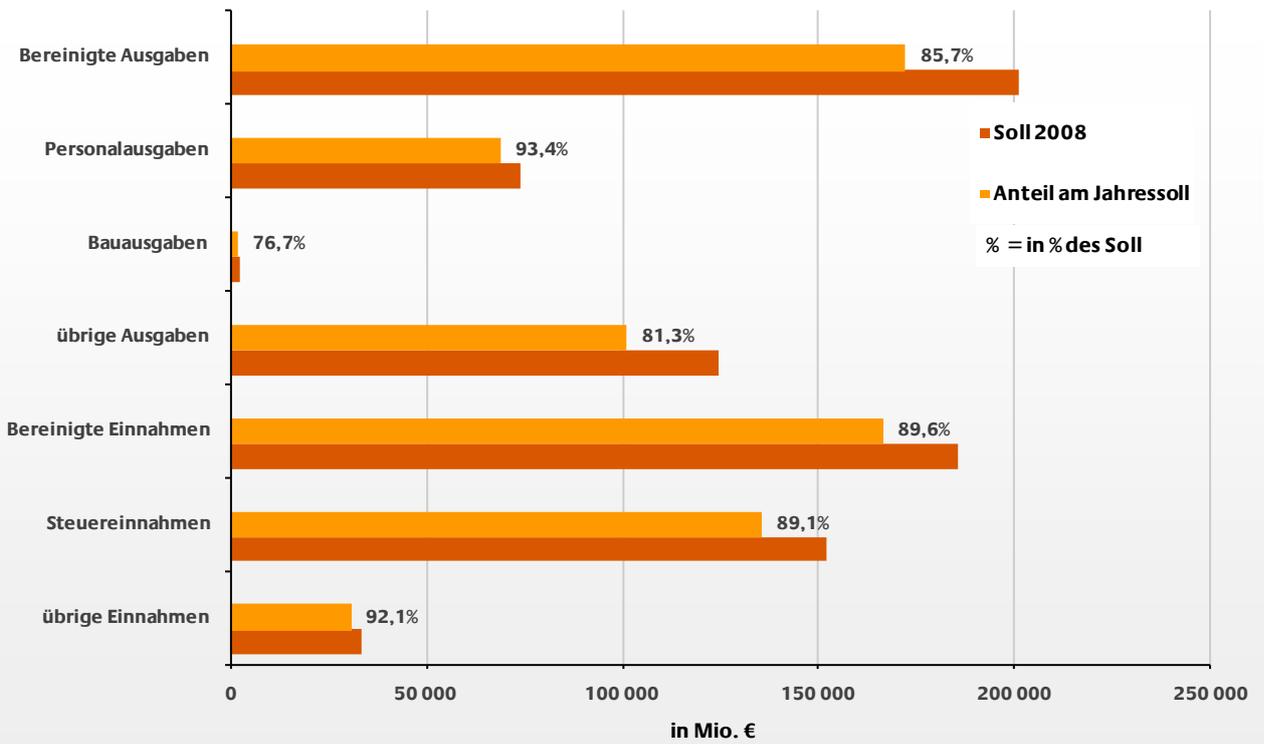


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS NOVEMBER 2008

Flächenländer West

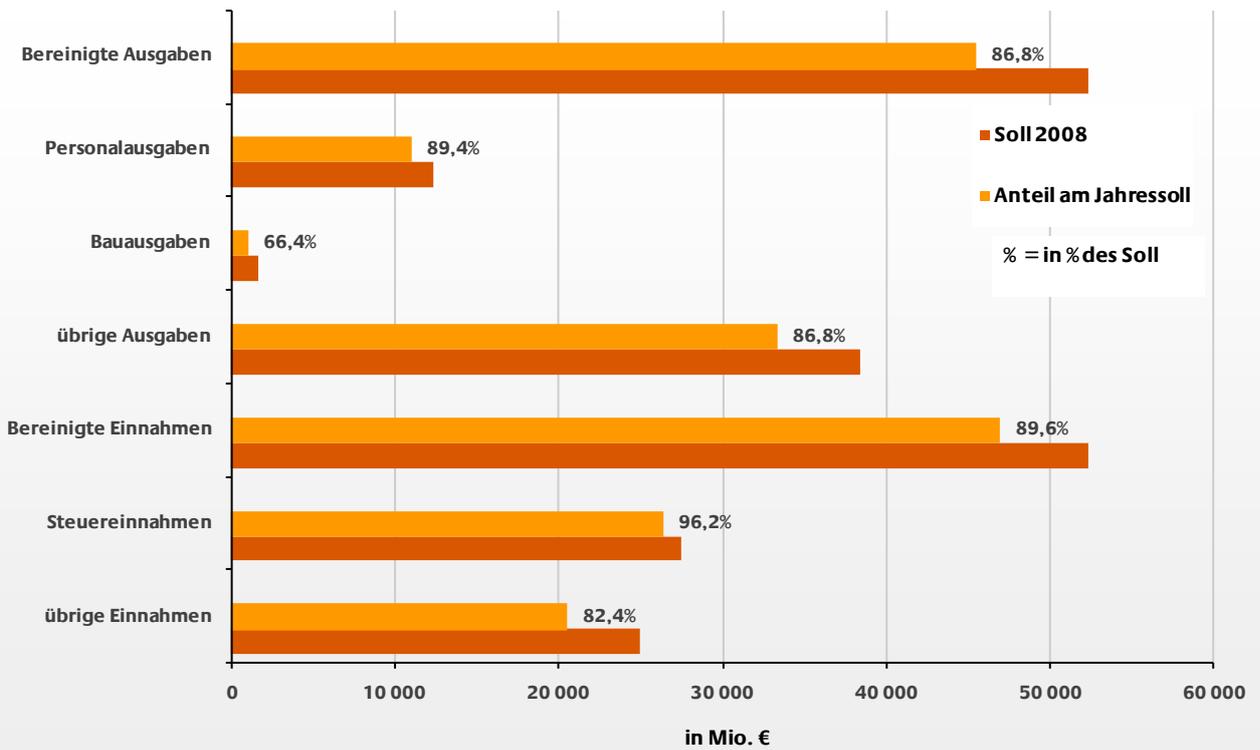


Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS NOVEMBER 2008

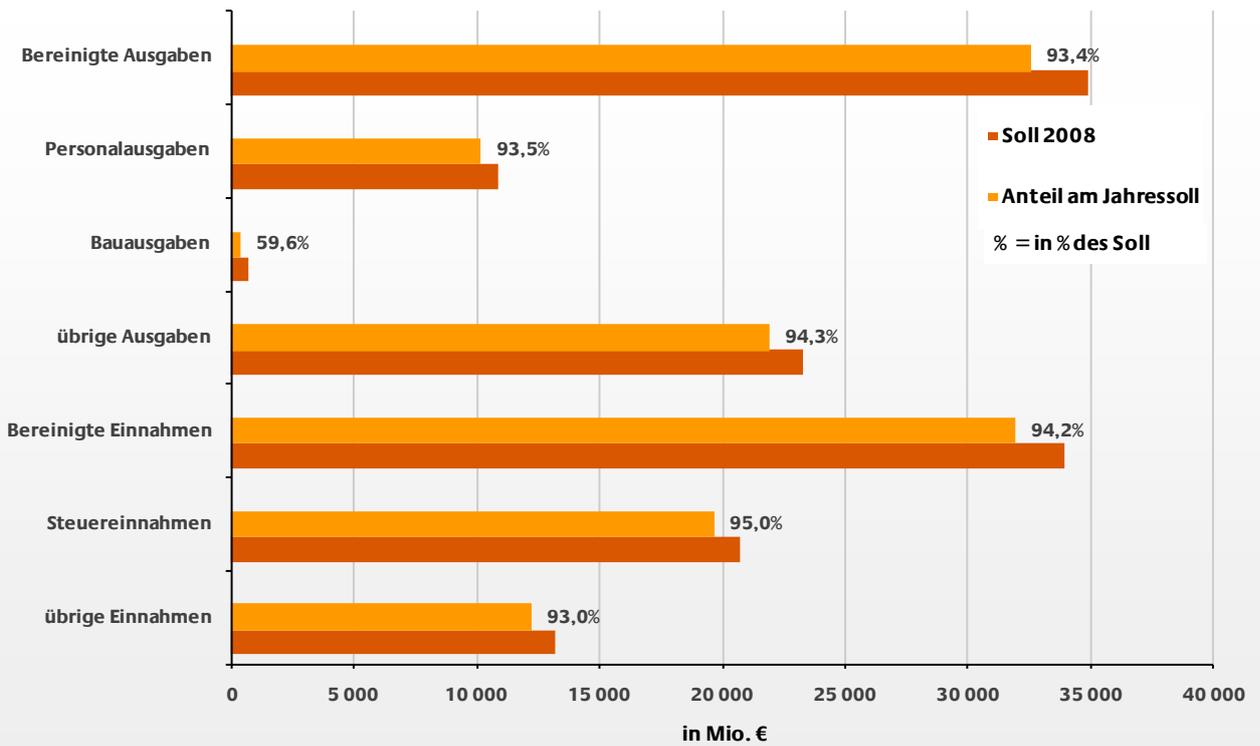
Flächenländer Ost



Übersichten und Termine

ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE BIS NOVEMBER 2008

Stadtstaaten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 20. Januar 2009 in Brüssel

### 1 Arbeitsprogramm des Vorsitzes

In der ersten Sitzung des ECOFIN-Rates unter tschechischer Präsidentschaft stellte der tschechische Finanzminister Miroslav Kalousek sein Arbeitsprogramm für den ECOFIN-Rat im 1. Halbjahr 2009 vor. Er erklärte, das Arbeitsprogramm werde durch die Wirtschafts- und Finanzkrise dominiert. Dementsprechend stünden Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur und die Finanzmarktarchitektur im Mittelpunkt. Darüber hinaus betonte er insbesondere die Ziele in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Klimawandel sowie offenes und sicheres Europa. Das Programm wurde einhellig begrüßt.

### 2 Maßnahmen im Anschluss an die Dezember-Tagung des Europäischen Rates: Auswirkungen auf die Arbeiten des Rates

Der Europäische Rat (ER) vom 11./12. Dezember 2008 hatte ein europäisches Konjunkturprogramm in Höhe von circa 1,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU beschlossen. Im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket hatte der ER befürwortet, dass die Mitgliedstaaten, die dies wünschen, in bestimmten Sektoren ermäßigte Mehrwertsteuersätze anwenden dürfen. Er beauftragte dazu den ECOFIN-Rat, diese Frage vor März 2009 zu klären.

Zu diesem Arbeitsauftrag fand am 20. Januar 2009 die erste Diskussion im ECOFIN-Rat statt. Der ECOFIN-Vorsitzende erklärte, er strebe Schlussfolgerungen bis zum nächsten ER im März 2009 mit einer Minimallösung an. Die

Kommission warb dafür, sich bis dahin nur mit den beschäftigungspolitischen Aspekten ermäßigter Mehrwertsteuersätze zu befassen. Erst in einem zweiten Schritt solle sich der ECOFIN-Rat mit den steuerlichen Regelungen zur Erreichung umwelt- und energiepolitischer Ziele beschäftigen. Die Kommission werde voraussichtlich bis zum April einen umfassenden Ansatz hierzu erarbeiten, der auch auf die Frage ermäßigter Mehrwertsteuersätze auf „grüne“ Produkte eingehe. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück widersprach diesem Vorschlag. Er erinnerte daran, dass der ER lediglich einen Beschluss zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen in bestimmten Bereichen gefasst habe. Die avisierten ECOFIN-Schlussfolgerungen müssten abschließend sein: Die Studien der Kommission und die von dieser angekündigte Initiative zu „grünen“ Produkten müssten bereits einbezogen werden. Er erhielt Unterstützung von mehreren anderen Mitgliedstaaten (MS). Frankreich erklärte, die ER-Schlussfolgerungen vom Dezember zielten insbesondere auf arbeitsintensive Dienstleistungen. Mehrere Mitgliedstaaten mahnten Gleichbehandlung der EU-Länder an. Schweden befürwortete ermäßigte Sätze auf arbeitsintensive Dienstleistungen und sprach sich aus beschäftigungspolitischen Gründen für ein rasches Inkrafttreten der zu verabschiedenden Richtlinie aus. Der Ecofin-Vorsitzende kündigte an, dem Rat voraussichtlich im Februar erste Lösungsansätze zu präsentieren.

Das Thema einer möglichen Änderung der finanziellen Vorausschau im Zusammenhang mit EU-Projekten (Investitionen in Energieinfrastruktur und Breitband), die Teil des Europäischen Konjunkturpakets sind, wurde nur kurz behandelt. Die Diskussion soll wegen mangelnder Informationen erst beim ECOFIN-Rat am 10. Februar 2009 erfolgen. Die

## Übersichten und Termine

### EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Kommission sagte zu, die angeforderte Projektliste gemäß des Mandats des ER zum 28. Januar 2009 vorzulegen.

### 3 Wirtschafts- und haushaltspolitische Signale für 2009, einschließlich der wirtschaftlichen und finanziellen Lage und der Durchführung des Europäischen Konjunkturprogramms

Die Finanzminister führten eine Orientierungsaussprache zur Wirtschaftslage und zu den Auswirkungen auf die Haushaltspolitik. Am 19. Januar 2009 hatte die Kommission eine außerplanmäßige Prognose unter anderem zur BIP- und Defizitentwicklung in den 27 Mitgliedstaaten der EU in den Jahren 2009 und 2010 vorgelegt. Die Kommission erwartet für die EU insgesamt in diesem Jahr einen Rückgang des BIP um 1,8 % und eine leichte Erholung im Jahr 2010 mit einem BIP-Anstieg von 0,5 %. Die Defizitquote für die EU insgesamt sieht sie in diesem Jahr bei 4,4 % des BIP und bei 4,8 % im Jahr 2010.

Die Finanzminister einigten sich auf eine gemeinsame Sprachregelung, die anschließend veröffentlicht wurde. Diese betont, dass die EU bereits eine Reihe von entschlossenen Maßnahmen ergriffen habe, um das Vertrauen wieder aufzubauen und zum Wachstum zurückzukehren. Erwähnt werden die Maßnahmen der EZB und der nationalen Zentralbanken, die Finanzrettungspakete der Mitgliedstaaten, das europäische Konjunkturpaket (das die nationalen Pakete einschließt), die automatischen Stabilisatoren und die Notwendigkeit, Strukturreformen fortzusetzen. Es wird daran erinnert, dass die Maßnahmen Zeit brauchen, um auf die Realwirtschaft zu wirken. Die Finanzminister erklären, dass sie sich weiterhin soliden und tragfähigen öffentlichen Finanzen verpflichtet fühlen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt biete angemessene Flexibilität, um mit der

außergewöhnlichen Situation umzugehen. Die Verfahren der haushaltspolitischen Überwachung sollten als Instrumente für konstruktiven Gruppendruck und als Hilfe zur Rückkehr zu tragfähigen öffentlichen Finanzen angesehen werden. Die Finanzminister verpflichteten sich, so schnell wie möglich zum Konsolidierungspfad in Richtung der mittelfristigen Haushaltsziele zurückzukehren.

### 4 Einführung des Euro in der Slowakei

Am 1. Januar 2009 hat die Slowakei als 16. Mitgliedstaat der EU den Euro eingeführt. Der slowakische Finanzminister berichtete seinen Kollegen, die Einführung sei reibungslos verlaufen. EZB und Kommission bestätigten diese Einschätzung.

### 5 Investitionsrahmen für die westlichen Balkanstaaten

Der ECOFIN-Rat hatte im Mai 2008 die Initiative der Kommission, der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Bank des Europarates begrüßt, einen umfassenden Investitionsrahmen für die westlichen Balkanstaaten zu gründen und eine Steuerungsgruppe zu installieren. Hauptziel der Initiative ist es, für eine verbesserte Koordinierung sowohl der Geber als auch der Förderinstrumente zu sorgen. Am 15. Dezember 2008 legte die Kommission den ersten Jahresbericht über die Arbeit der Steuerungsgruppe vor. Der ECOFIN-Rat verabschiedete am 20. Januar 2009 ohne Debatte Schlussfolgerungen, die der Initiative mehr Dynamik verleihen sollen. Die Kommission wird darin aufgefordert zum Ende des 1. Halbjahres 2009 einen weiteren Fortschrittsbericht vorzulegen.

## Übersichten und Termine

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

### 6 Eigenkapital von Banken

Finanzmarktthemen standen am 20. Januar 2009 nicht auf der Tagesordnung des ECOFIN-Rates. Während des informellen Frühstücks der Finanzminister gab es jedoch einen Austausch über die Umsetzung der Bankenrettungspakete in den Mitgliedstaaten. Es wurde beschlossen, bestimmte gemeinsame Standpunkte in Form von Ratschlussfolgerungen festzuhalten. Diese erinnern daran, dass das Eigenkapital der Banken einerseits hoch genug sein müsse, um die Stabilität der Banken zu unterstützen und dadurch eine nachhaltige Kreditversorgung der Wirtschaft zu gewährleisten. Da andererseits Unsicherheiten am Markt über eine eventuelle Erhöhung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken einschränken könnten, betonen die Schlussfolgerungen, dass die staatlichen Zuführungen von Eigenkapital nicht mit der Absicht verbunden seien, das regulatorische Eigenkapital für die Banken zu erhöhen. Die Finanzminister unterstützen darüber hinaus Forderungen, die internationalen Eigenkapital- und Rechnungslegungsvorschriften so anzupassen, dass „prozyklische Effekte“ (übermäßige Einschränkung der Kreditvergabe im Abschwung beziehungsweise Ausweitung im Aufschwung) abgemildert werden. Die Schlussfolgerungen kündigen an, der Rat werde die Umsetzung der Bankenrettungspakete weiter überwachen. Schließlich wird die Kommission gebeten, Empfehlungen vorzulegen, wie die Wirksamkeit der Bankenrettungspakete noch weiter verbessert werden könne.

### 7 Verschiedenes

#### a) Verantwortlichkeiten der Verwahrstellen

Frankreich forderte im ECOFIN-Rat vor dem Hintergrund des Madoff-Skandals in den USA eine Stärkung der Rolle von Verwahrstellen in der EU-Richtlinie über harmonisierte Investmentfonds (OGAW-Richtlinie). Der Anlegerschutz solle verbessert werden. Die Kommission erklärte, sie untersuche derzeit, inwieweit Nachbesserungsbedarf an dieser Richtlinie bestehe. Sie werde die notwendigen Maßnahmen einleiten, sobald der Sachverhalt aufgeklärt und analysiert worden sei. Der Vorsitzende richtete die Bitte an die Kommission, die Umstände des Madoff-Falls und möglichen Änderungsbedarf bei der Richtlinie so schnell wie möglich aufzuklären.

#### b) Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein

Staatssekretär Jörg Asmussen kritisierte, die Kommission habe die Verhandlungen mit Liechtenstein nicht entsprechend der Vorgabe des ECOFIN-Rates vom 4. November 2008 fortgesetzt. Es sei nicht einzusehen, dass die EU einen niedrigeren Standard des steuerlichen Informationsaustauschs akzeptieren sollte, als Liechtenstein den USA gewähre. Mehrere Mitgliedstaaten unterstützten Deutschland. Die Kommission betonte, ihr Verhandlungsmandat vollständig ausgeschöpft zu haben. Die Präsidentschaft erklärte, man werde überlegen, informelle Gespräche mit der Kommission und den Mitgliedstaaten zu führen und das Thema auf die Tagesordnung des nächsten ECOFIN-Rates zu setzen.

Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

## Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

|                      |                                      |
|----------------------|--------------------------------------|
| 9./10. Februar 2009  | Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel     |
| 13./14. Februar 2009 | G7-Finanzminister-Treffen in Rom     |
| 9./10. März 2009     | Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel     |
| 14. März 2009        | G20-Finanzminister-Treffen in London |
| 19./20. März 2009    | Europäischer Rat in Brüssel          |

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010

|                      |  |
|----------------------|--|
| 12. bis 14. Mai 2009 | Steuerschätzung                          |
| bis 12. Juni 2009    | Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen |
| 22. Juni 2009        | Zuleitung an Kabinett                    |
| 24. Juli 2009        | Kabinettsbeschluss                       |
| Anfang Juli 2009     | Finanzplanungsrat                        |
| 7. August 2009       | Zuleitung an Bundestag und Bundesrat     |

### Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

| Monatsbericht Ausgabe | Berichtszeitraum | Veröffentlichungszeitpunkt |
|-----------------------|------------------|----------------------------|
| Februar 2009          | Januar 2009      | 20. Februar 2009           |
| März 2009             | Februar 2009     | 20. März 2009              |
| April 2009            | März 2009        | 23. April 2009             |
| Mai 2009              | April 2009       | 20. Mai 2009               |
| Juni 2009             | Mai 2009         | 22. Juni 2009              |
| Juli 2009             | Juni 2009        | 20. Juli 2009              |
| August 2009           | Juli 2009        | 20. August 2009            |
| September 2009        | August 2009      | 21. September 2009         |
| Oktober 2009          | September 2009   | 22. Oktober 2009           |
| November 2009         | Oktober 2009     | 20. November 2009          |
| Dezember 2009         | November 2009    | 21. Dezember 2009          |

## Übersichten und Termine

TERMINE, PUBLIKATIONEN

### Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Bürgerangelegenheiten  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
buergerreferat@bmf.bund.de  
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:  
Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup>  
Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Jeweils 0,12€ / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>  
<http://www.bmf.bund.de>

## Analysen und Berichte

|  |    |
|--|----|
| Die neue Erbschaftsteuer .....   | 39 |
| Das Eigenheimrentengesetz .....  | 45 |
| Der Euro wird zehn.....  | 56 |
| Untersuchung des deutschen Steuersystems im Hinblick auf die Gewichtung von<br>ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern ..... | 67 |
| Kolloquium zur Steuerrechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) .....   | 77 |

# Die neue Erbschaftsteuer

## Übersicht zu den Neuregelungen ab 1. Januar 2009

|     |  |    |
|-----|--|----|
| 1   | Einleitung und Überblick.....  | 39 |
| 1.1 | Kernfamilie wird begünstigt.....   | 39 |
| 1.2 | Unternehmerisches Vermögen.....  | 40 |
| 2   | Zusammenfassung weiterer Detailregelungen zur Reform des Erbschaftsteuer- und<br>Bewertungsrechts..... | 40 |
| 2.1 | Privatvermögen.....  | 40 |
| 2.2 | Unternehmerisches Vermögen.....  | 42 |
| 2.3 | Rückwirkungsoption.....  | 44 |
| 3   | Ausblick.....  | 44 |

- Ein Kompromiss, der die generationenübergreifende Gerechtigkeit im Land sichert: Die Kernfamilie steht im Vergleich zur bisherigen Regelung besser da. Millionenerbschaften außerhalb der Kernfamilie werden auch zukünftig ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.
- Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird gestärkt: Das Steuerprivileg für Erwerber von unternehmerischen Vermögen wird an klare, gemeinwohlorientierte Bedingungen - den Erhalt von Arbeitsplätzen - geknüpft.

### 1 Einleitung und Überblick

Die Neuregelung des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts war aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 7. November 2006 zur Erbschaftsteuer erforderlich geworden. Das Gericht hatte entschieden, dass das bis dahin geltende Erbschaftsteuerrecht insofern verfassungswidrig ist, als den Vermögensarten - bei einheitlichen Steuersätzen - unterschiedliche Wertansätze zugrunde gelegt werden. Bis zu einer Neuregelung sollte das bestehende Recht weiterhin anwendbar sein, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2008.

Mit dem zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Erbschaftsteuerreformgesetz sollen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden. Künftig orientiert sich die Bewertung der verschiedenen Vermögensarten einheitlich am gemeinen Wert (Verkehrswert). Daneben war ein Ziel, die Kernfamilie zu entlasten sowie die

Generationenfolge in den Betrieben zu erleichtern.

Die Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist so ausgestaltet, dass auch nach Inkrafttreten der Reform zum 1. Januar 2009 das bisherige Aufkommen für die Länder gesichert ist. Dementsprechend wird es im Durchschnitt jährlich mindestens 4 Mrd. € betragen.

#### 1.1 Kernfamilie wird begünstigt

Die Vererbung einer selbstgenutzten Wohnimmobilie an den Ehegatten beziehungsweise eingetragenen Lebenspartner bleibt steuerfrei. Voraussetzung ist, dass sie nach dem Erwerb zehn Jahre lang vom Erwerber selbst zu Wohnzwecken benutzt wird. Wird sie an die Kinder oder an Enkel, deren Elternteil bereits verstorben ist, vererbt, fällt ebenfalls keine Erbschaftsteuer an, wenn die Wohnfläche bis 200 qm groß ist. Auch hier gilt die Zehnjahresregel. Der anteilige Grundbesitzwert, der auf die 200 qm

## Analysen und Berichte

### DIE NEUE ERBSCHAFTSTEUER

übersteigende Wohnfläche entfällt, ist zu versteuern.

Wird das Familienheim innerhalb der Zehnjahresfrist verkauft oder vermietet, so entfällt die Steuerbefreiung rückwirkend. Sollten dafür allerdings „zwingende Gründe“ vorliegen, zum Beispiel Tod oder erhebliche Pflegebedürftigkeit, besteht eine Ausnahme von der Nachversteuerung.

Außerdem werden die persönlichen Freibeträge für den engeren Familienkreis stark angehoben: Für Ehegatten und eingetragene Lebenspartner beträgt der persönliche Freibetrag künftig 500 000 €, für Kinder 400 000 € und für Enkel 200 000 €. Dieser persönliche Freibetrag gilt unabhängig von der (bei Kindern: teilweisen) Steuerfreiheit des selbstgenutzten Familienheims, gegebenenfalls treten also beide Regelungen nebeneinander.

## 1.2 Unternehmerisches Vermögen

Für Erwerber von unternehmerischen Vermögen wird es zukünftig zwei Optionen geben. Die einmal getroffene Wahl ist bindend, d.h. sie kann nachträglich nicht revidiert werden.

Option 1: Erwerber, die den ererbten Betrieb im Kern sieben Jahre fortführen, werden von der Besteuerung von 85% des übertragenen Betriebsvermögens verschont, vorausgesetzt, die Lohnsumme beträgt nach sieben Jahren nicht weniger als 650% der maßgebenden Lohnsumme zum Erbzeitpunkt. Daneben darf der Anteil des Verwaltungsvermögens<sup>1</sup> am

betrieblichen Gesamtvermögen höchstens 50% betragen. Bei Kleinstbetrieben wird ein gleitender Abzugsbetrag von 150 000 € gewährt.

Option 2: Erwerber, die den ererbten Betrieb im Kern zehn Jahre fortführen, werden komplett von der Erbschaftsteuer verschont, vorausgesetzt, die Lohnsumme beträgt nach zehn Jahren nicht weniger als 1000% der maßgebenden Lohnsumme zum Erbzeitpunkt. Daneben darf der Anteil des Verwaltungsvermögens am betrieblichen Gesamtvermögen höchstens 10% betragen.

Bei Nichteinhaltung der Behaltensfrist (Beispiel: Der Betrieb wird innerhalb der Frist verkauft) kommt es nicht zu einer vollständigen rückwirkenden, sondern nur zu einer zeitanteiligen Nachversteuerung. Ebenso ist bei einem Verstoß gegen die Lohnsummenregelung nur eine anteilige Kürzung der Begünstigungen vorgesehen, und zwar in dem Verhältnis, in dem die Gesamtlohnsumme tatsächlich unterschritten wird.

## 2 Zusammenfassung weiterer Detailregelungen zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts

### 2.1 Privatvermögen

#### a) Persönliche Freibeträge

Die Bereicherung des Erwerbers aus einem Erwerb von Todes wegen oder aus einer Schenkung unter Lebenden bleibt bis zu einem bestimmten Betrag steuerfrei. Die Höhe dieser sogenannten persönlichen Freibeträge ist nach dem Verhältnis des Erwerbers zum Erblasser oder Schenker und der maßgeblichen Steuerklasse gestaffelt. Eingetragene

Gebäude, Minderbeteiligungen an Kapitalgesellschaften oder Wertpapiere.

<sup>1</sup> Vermögen, das in erster Linie der weitgehend risikolosen Renditeerzielung dient und in der Regel weder die Schaffung von Arbeitsplätzen noch zusätzliche volkswirtschaftliche Leistungen bewirkt, soll nach der Zielrichtung des Gesetzes nicht begünstigt werden. Zu diesem sogenannten Verwaltungsvermögen zählen beispielsweise vermietete und verpachtete Grundstücke und

Analysen und Berichte

DIE NEUE ERBSCHAFTSTEUER

Tabelle 1

| Erwerber  | Neues Recht | Bisheriges Recht |
|---|-------------|------------------|
| Ehegatten   | 500 000 €   | 307 000 €        |
| Kinder  | 400 000 €   | 205 000 €        |
| Enkel   | 200 000 €   | 51 200 €         |
| Übrige Personen der Steuerklasse I (z. B. Eltern bei Erwerben von Todes wegen)                    | 100 000 €   | 51 200 €         |
| Personen der Steuerklasse II (z. B. Geschwister)  | 20 000 €    | 10 300 €         |
| Eingetragene Lebenspartner  | 500 000 €   | 5 200 €          |
| Personen der Steuerklasse III<br>(alle Erwerber, die nicht zu den Steuerklassen I und II rechnen) | 20 000 €    | 5 200 €          |

Lebenspartner verbleiben zwar hinsichtlich des Steuertarifs in der Steuerklasse III; für sie gilt aber der gleiche persönliche Freibetrag wie für Ehegatten (500 000 €). S. im Einzelnen Tabelle 1.

b) Steuersätze

Der neue Erbschaft- und Schenkungsteuertarif stellt wie schon bisher auf drei Steuerklassen ab. Der bisherige Steuertarif der Steuerklasse I bleibt von den anzuwendenden Steuersätzen her unverändert, allerdings werden die jeweiligen Tarifstufen, bis zu denen der jeweilige Steuersatz anzuwenden ist, großzügig aufgerundet. Für Erwerber der Steuerklassen II und III wird ein einheitlicher Tarif mit nur noch zwei unterschiedlichen Steuersätzen - jeweils 30% und 50% - eingeführt, wobei der Steuersatz von 50% für steuerpflichtige Erwerbe über 6 Mio. € gilt. S. im Einzelnen Tabelle 2.

c) Stundungsmöglichkeit für die Steuer auf Grundvermögen

Die bislang schon bestehende Stundungsmöglichkeit für die Steuer auf Betriebsvermögen wird auf den Bereich des Grundvermögens ausgeweitet. Bei Erwerb von vermieteten Wohnimmobilien oder eines selbstgenutzten Ein-/Zweifamilienhauses beziehungsweise selbstgenutzten Wohnungseigentums kann die darauf entfallende Erbschaftsteuer auf Antrag bis zu zehn Jahren gestundet werden, wenn anderenfalls zur Entrichtung der Erbschaftsteuer das Grundstück veräußert werden müsste. Bei Erwerb von Todes wegen erfolgt die Stundung zinslos.

d) Steuerbefreiung für Baudenkmäler

Der Erwerb von Kulturgütern ist wie bislang schon unter bestimmten Bedingungen vollständig oder teilweise steuerbefreit. Speziell für Baudenkmäler wird im neuen

Tabelle 2

| Wert des steuerpflichtigen Erwerbs bis einschließlich ... Euro (bisher) | Prozentsatz in der Steuerklasse (bisher) |         |         |
|---|--|---------|---------|
|   | I  | II      | III     |
| 75 000 (52 000)   | 7 (7)                                    | 30 (12) | 30 (17) |
| 300 000 (256 000)   | 11 (11)                                  | 30 (17) | 30 (23) |
| 600 000 (512 000)   | 15 (15)                                  | 30 (22) | 30 (29) |
| 6 000 000 (5 113 000)   | 19 (19)                                  | 30 (27) | 30 (35) |
| 13 000 000 (12 783 000)   | 23 (23)                                  | 50 (32) | 50 (41) |
| 26 000 000 (25 565 000)   | 27 (27)                                  | 50 (37) | 50 (47) |
| über 26 000 000 (über 25 565 000)                                       | 30 (30)                                  | 50 (40) | 50 (50) |

## Analysen und Berichte

### DIE NEUE ERBSCHAFTSTEUER

Recht die teilweise Steuerbefreiung von 60 % auf 85 % erhöht.

#### e) Pflegepauschbetrag (z. B. auch für Geschwister)

Ein steuerpflichtiger Erwerb, der bei Personen anfällt, die dem Erblasser unentgeltlich oder gegen ein unzureichendes Entgelt Pflege oder Unterhalt gewährt haben, bleibt bis zu einem Betrag von 20 000 € steuerfrei (bisheriges Recht: 5 200 €), soweit das Zugewendete als angemessenes Entgelt anzusehen ist.

## 2.2 Unternehmerisches Vermögen

#### a) Bewertung des unternehmerischen Vermögens

Um die Bemessungsgrundlage für die Steuer festzustellen, ist das erworbene Vermögen zunächst zu bewerten. Bei nicht notierten Anteilen an Kapitalgesellschaften beziehungsweise Betriebsvermögen ist ein an den Ertragsaussichten des Unternehmens orientiertes Verfahren oder ein anderes marktübliches Verfahren heranzuziehen. Damit der Aufwand überschaubar bleibt, stellt das Bewertungsgesetz ein vereinfachtes Ertragswertverfahren zur Verfügung, welches für den Erwerber optional ist.

Das vereinfachte Ertragswertverfahren sieht vor, dass der zukünftig nachhaltig erzielbare Jahresertrag mit einem bestimmten Kapitalisierungsfaktor multipliziert wird. Der Kapitalisierungsfaktor wird dabei aus dem Kehrwert des Kapitalisierungszinssatzes gebildet. Der Kapitalisierungszinssatz wiederum setzt sich zusammen aus dem Basiszinssatz (Zinsstrukturdaten Bundesbank) und einem Risikozinssatz.

Im vereinfachten Ertragswertverfahren ist der Risiko-Zinssatz von 4,5 % gesetzlich festgelegt. Sollte sich der Erwerber hingegen für ein anderes im gewöhnlichen Geschäftsverkehr übliches Verfahren entscheiden, so kommt der jeweilige branchentypische Risiko-Zinssatz zur

Anwendung, der zur flexiblen Behandlung der unterschiedlichen Branchen nicht gesetzlich festgelegt ist.

#### b) Besonderheiten bei Abfindungsfällen

Oftmals sind in Unternehmen sogenannte Abfindungsklauseln vereinbart. Danach werden bei Ausscheiden eines Gesellschafters z.B. durch Tod dessen Anteile eingezogen, oder aber sie gehen auf die übrigen Gesellschafter über; der Erbe wird zu einem unter dem Verkehrswert liegenden Wert abgefunden. In diesen Fällen ist beim Erben künftig nur der erhaltene Abfindungswert zugrunde zu legen, nicht hingegen der Verkehrswert der Beteiligung. Der Differenzbetrag aus dem Verkehrswert der Beteiligung und dem Abfindungswert ist von den verbleibenden Gesellschaftern als Erwerb zu versteuern.

#### c) Abgrenzung des Verwaltungsvermögens

Wie bereits bei den Verschonungen zum betrieblichen Bereich dargestellt, darf das sogenannte Verwaltungsvermögen (z. B. vermietete und verpachtete Grundstücke) einen bestimmten Anteil am Gesamtbetriebsvermögen nicht überschreiten. Anderenfalls wird die Begünstigung versagt. Die Aufnahme einer solchen Regelung ist notwendig, um die Zielgenauigkeit der Verschonungsmaßnahmen zu gewährleisten, wie es auch vom Bundesverfassungsgericht angemahnt wurde. Denn begünstigt werden soll nur unternehmerisches Vermögen im eigentlichen Sinne, nicht jedoch z. B. die bloße Vermögensanlage.

Um die Regelung für die Betriebe und Unternehmen handhabbar zu halten, sind bestimmte Ausnahmen von der Verwaltungsvermögensgrenze vorgesehen. Sie betreffen z. B. die Nutzungsüberlassung von Grundstücken im Rahmen der Verpachtung

## Analysen und Berichte

### DIE NEUE ERBSCHAFTSTEUER

eines Betriebes im Ganzen. Wenn der Erbe bereits Pächter war beziehungsweise wenn in Schenkfällen der Beschenkte den Betrieb noch nicht führen kann und nur übergangsweise (höchstens zehn Jahre beziehungsweise bei minderjährigen Kindern zehn Jahre nach Vollendung des 18. Lebensjahres) an Dritte verpachtet wird, liegt kein Verwaltungsvermögen vor. Die Verschonung für Betriebsvermögen ist zu gewähren.

Wohnimmobilien bleiben dann aus der Verwaltungsvermögensgrenze ausgenommen, wenn deren Überlassung im Rahmen eines in kaufmännischer Weise eingerichteten, d. h. wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs erfolgt. Damit wird insbesondere erreicht, dass Wohnungsunternehmen die erbschaftsteuerrechtlichen Vergünstigungen nicht von vornherein versagt bleiben. Da auch diese Unternehmen in nicht unerheblichem Umfang Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, ist die Einbeziehung in die Verschonungsregelungen gerechtfertigt. Der Hauptzweck des Betriebs muss in der Vermietung von Wohnungen bestehen.

Wie in dem Bericht des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages (BT-Drs. 16/11107) außerdem deutlich gemacht wird, gehören bei Beherbergungsbetrieben überlassene Räume nicht zum Verwaltungsvermögen. Begründung hierfür ist, dass das gewerbliche Leistungsbild ein Bündel von zusätzlichen Dienstleistungen (Zimmerservice, Frühstück usw.) einschließt, die nur einheitlich angeboten und in Anspruch genommen werden.

#### d) Doppelbelastung mit Erbschaftsteuer und Ertragsteuern

Die Aufnahme einer Regelung in das Einkommensteuergesetz verringert eine mögliche ökonomische Doppelbelastung mit Erbschaftsteuer und Einkommensteuer. Sie ist beschränkt auf Fälle, in denen beim Erben Einkünfte tatsächlich mit Einkommensteuer

belastet werden, die zuvor als Vermögen oder Bestandteil von Vermögen bereits der Erbschaftsteuer unterlagen. Zu den Einkünften gehören beispielsweise auch Gewinne aus der Veräußerung oder Entnahme einzelner Wirtschaftsgüter (Aufdeckung stiller Reserven), die beim Erblasser Betriebsvermögen waren und als Betriebsvermögen auf den Erwerber übergegangen sind.

#### e) Land- und Forstwirtschaft

Auch das land- und forstwirtschaftliche Vermögen ist mit dem gemeinen Wert anzusetzen; die Bewertung des landwirtschaftlichen Wohnhauses erfolgt wie die des Grundvermögens. Im Übrigen erfolgt die Bewertung im Ertragswertverfahren: Der Reingewinn ist unter Berücksichtigung eines gesetzlich festgelegten Zinssatzes zu kapitalisieren. Als Mindestwert ist die regional übliche kapitalisierte Netto-Pacht für den Grund und Boden zuzüglich des gemeinen Werts für das Besatzkapital anzusetzen.

Lediglich im Falle der Veräußerung des Betriebs beziehungsweise Teilen hiervon oder der Entnahme von wesentlichen Wirtschaftsgütern innerhalb eines Zeitraums von 15 Jahren gilt ein abweichendes Bewertungsverfahren (Ansatz des sogenannten Liquidationswerts, der sich an dem Erlös orientiert, der bei einer Auflösung des Betriebes und der Veräußerung der Vermögensgegenstände erzielt werden kann).

Die Verschonungsmaßnahmen für land- und forstwirtschaftliches Vermögen sind die gleichen wie für Betriebsvermögen. Dies gilt auch hinsichtlich der Verschonungsvoraussetzungen.

Hofverpachtungen bleiben allerdings aus der Verwaltungsvermögensgrenze ausgenommen, ebenso land- und forstwirtschaftlich verpachtete Flächen, sofern am Bewertungsstichtag die Laufzeit des Pachtvertrages unter 15 Jahren liegt.

## Analysen und Berichte

DIE NEUE ERBSCHAFTSTEUER

### 2.3 Rückwirkungsoption

Für Erwerbe von Todes wegen, für die die Steuer nach dem 31. Dezember 2006 und vor dem 1. Januar 2009 entstanden ist, soll der Erwerber die Möglichkeit haben, die Anwendung des neuen Rechts wählen zu können, wenn dieses für ihn günstiger ist. Um zu verhindern, dass Erwerber von Vermögen, das nicht von einer höheren Bewertung betroffen ist, z. B. Kapitalvermögen, in unberechtigter Weise von der rückwirkenden Anwendung des neuen Rechts profitieren, können im Rahmen der Günstigerprüfung nur die bisherigen persönlichen Freibeträge abgezogen werden.

### 3 Ausblick

Um den Gesetzeswortlaut zu erläutern und Zweifelsfragen zu klären, werden derzeit Verwaltungsvorschriften erarbeitet. Sie sollen den Finanzbehörden eine Hilfe an die Hand geben. Auch dem Bürger und den beratenden Berufen können sie als Orientierung dienen.

Weitere Informationen:

[http://www.bundesfinanzministerium.de/nn\\_54010/DE/Wirtschaft\\_\\_und\\_\\_Verwaltung/Steuer\\_n/Veroeffentlichungen\\_\\_zu\\_\\_Steuerarten/Erbschaft\\_\\_Schenkungssteuerrecht/081\\_\\_Erbschaftsteuer.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_54010/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Steuer_n/Veroeffentlichungen__zu__Steuerarten/Erbschaft__Schenkungssteuerrecht/081__Erbschaftsteuer.html?__nnn=true)

# Das Eigenheimrentengesetz

## Verbesserungen bei der Riester-Förderung

|     |  |    |
|-----|--|----|
| 1   | Einführung .....   | 45 |
| 2   | Die Verbesserungen im Überblick .....                    | 46 |
| 3   | Wie funktioniert die Riester-Förderung? .....            | 46 |
| 4   | Einbeziehung von Erwerbsunfähigen.....                   | 47 |
| 5   | Berufseinsteiger-Bonus .....                             | 48 |
| 6   | Verbesserte Entnahmemöglichkeit.....                     | 48 |
| 6.1 | Begünstigte Wohnung .....                                | 49 |
| 6.2 | Unmittelbare Anschaffung oder Herstellung .....          | 50 |
| 6.3 | Entschuldung .....                                       | 50 |
| 6.4 | Erwerb von Pflichtanteilen an einer Genossenschaft ..... | 50 |
| 7   | Neue Riester-Produkte.....                               | 50 |
| 7.1 | Erwerb weiterer Genossenschaftsanteile .....             | 50 |
| 7.2 | Darlehensverträge.....                                   | 51 |
| 8   | Tilgungsförderung .....                                  | 51 |
| 9   | Nachgelagerte Besteuerung .....                          | 52 |
| 10  | Aufgabe der Selbstnutzung .....                          | 53 |
| 11  | Strengere Zweckbindung der Wohnungsbauprämie .....       | 55 |
| 12  | Fazit.....   | 55 |

- Das Eigenheimrentengesetz soll die Attraktivität und den Verbreitungsgrad der Altersvorsorge weiter erhöhen.
- Die selbstgenutzte Wohnimmobilie wird besser in die geförderte Altersvorsorge integriert, damit vielfältige individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für die Alterssicherung zur Verfügung stehen.
- Wer im Alter keine Miete zahlt, reduziert seine Lebenshaltungskosten – ein guter Grund, die Finanzierung der eigenen vier Wände als Altersvorsorge steuerlich zu fördern

### 1 Einführung

Auch Deutschlands Bevölkerung wird - wie die vieler anderer Staaten - in den kommenden Jahrzehnten älter. Damit erhöht sich der Bevölkerungsanteil im Seniorenalter im Verhältnis zur Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter in den nächsten Jahren. Als Folge dieser Entwicklung wird sich in Zukunft ein zunehmendes Missverhältnis zwischen den Ausgaben und Einnahmen in den Systemen der sozialen Sicherung ergeben. Die Bundesregierung hat deshalb frühzeitig

Reformen auf den Weg gebracht, um die sozialen Sicherungssysteme auf eine zukunftsfähige, solide finanzielle Basis zu stellen und für einen angemessenen Ausgleich zwischen den Generationen zu sorgen. Zu diesen Maßnahmen gehören auch die staatliche Förderung der betrieblichen und der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge, die das mit der gesetzlichen Rente gelegte Fundament der Alterssicherung verstärken.

Durch die attraktive Förderung der individuellen Altersvorsorge soll ein Versorgungsniveau sichergestellt werden, das

## Analysen und Berichte

### DAS EIGENHEIMRENTENGESETZ

den Bürgerinnen und Bürgern auch künftig einen angemessenen Lebensstandard im Alter ermöglicht. Mit der steuerlichen Förderung der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge (Riester-Rente) unterstützt der Staat Bürgerinnen und Bürger darin, für ihr Alter zusätzlich vorzusorgen. Fast zwölf Millionen Menschen haben sich seit Einführung für die Riester-Rente als Form der zusätzlichen Altersvorsorge entschieden.

## 2 Die Verbesserungen im Überblick

Mit dem Eigenheimrentengesetz wird der Kreis der potenziell Förderberechtigten erweitert. Personen, die durch vollständige Erwerbsminderung oder Dienstunfähigkeit daran gehindert sind, Anwartschaften auf Altersvorsorge aufzubauen, sind nun auch unmittelbar förderberechtigt.

Für junge Riester-Förderberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wird mit dem Eigenheimrentengesetz ein Anreiz geschaffen, früh mit dem Altersvorsorgesparen zu beginnen. Sie erhalten einmalig eine um bis zu 200 € erhöhte Zulage. Durch den frühzeitigen Abschluss eines Riester-Vertrages können sie besonders stark vom Zinseszineffekt profitieren.

Und die Förderung wird mit dem Eigenheimrentengesetz durch die verbesserte Einbeziehung selbstgenutzten Wohneigentums und selbstgenutzter Genossenschaftswohnungen in die steuerliche Förderung der privaten Altersvorsorge noch attraktiver.

Diese ist so ausgestaltet, dass die bisherige Systematik der Riester-Rente erhalten bleibt und die bestehenden Verfahrensstrukturen genutzt werden können. Gleichzeitig ist ein Höchstmaß an Flexibilität für den Begünstigten vorgesehen.

Überdies wird die Gewährung der Wohnungsbauprämie durch das

Eigenheimrentengesetz zielgerichtet ausgestaltet. Eine Wohnungsbauprämie erhält grundsätzlich nur noch, wer diese auch für wohnungswirtschaftliche Zwecke nutzt.

## 3 Wie funktioniert die Riester-Förderung?

Private Altersvorsorgeverträge werden vom Staat gefördert, wenn diese vom Gesetzgeber vorgegebene Mindeststandards im Hinblick auf eine Absicherung im Alter und auf den Verbraucherschutz einhalten. Die Einhaltung dieser Mindeststandards wird von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) geprüft. Will eine Institution ein staatlich gefördertes Altersvorsorgeprodukt anbieten, erstellt sie ein Vertragsmuster und leitet es der BaFin zur Prüfung zu. Bei Einhaltung der Mindeststandards wird die Bundesanstalt das Vertragsmuster zertifizieren. Nur bei zertifizierten Produkten kann sich der Anleger sicher sein, dass er seine gezahlten Beiträge bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen als Altersvorsorgebeiträge steuerlich geltend machen kann. Denn: Nur für zertifizierte Riester-Produkte wird eine staatliche Förderung gewährt.

Eine Förderung erhalten unbeschränkt Steuerpflichtige, die von der Absenkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung oder des Versorgungsniveaus durch die Renten- oder Versorgungsreform 2001 betroffen sind und weitere Anwartschaften in diesem Alterssicherungssystem aufbauen. Das sind insbesondere

- Pflichtversicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung,
- Pflichtversicherte in der Alterssicherung der Landwirte und
- Beamte und diesen gleichgestellte Personen.

## Analysen und Berichte

### DAS EIGENHEIMRENTENGESETZ

Aber auch die Ehegatten dieser unmittelbar Förderberechtigten werden vom Staat gefördert, wenn sie

- unbeschränkt steuerpflichtig sind,
- nicht dauernd getrennt von ihrem Ehegatten leben und
- einen eigenen zertifizierten Altersvorsorgevertrag abgeschlossen haben.

Die Förderberechtigten erhalten für ihre auf den zertifizierten Altersvorsorgevertrag gezahlten Beiträge eine Altersvorsorgezulage. Diese wird direkt auf ihren Altersvorsorgevertrag überwiesen. Ein unmittelbar Zulageberechtigter kann bei seiner Einkommensteuererklärung außerdem einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug beantragen. Dann prüft das Finanzamt, ob der Zulagenanspruch ausreicht, um die Beitragszahlungen steuerfrei zu stellen. Die Zulage ist somit eine Vorauszahlung auf den sich aus dem Sonderausgabenabzug ergebenden Steuervorteil. Reicht die Zulage nicht aus, erhält der Förderberechtigte eine zusätzliche Steuerermäßigung. Die Förderung ist begrenzt auf einen Betrag von maximal 2100 € pro Jahr (ab 2008), der sich aus den Eigenbeiträgen und den Zulagen zusammensetzt.

Die Altersvorsorgezulage setzt sich aus einer Grundzulage und einer Kinderzulage zusammen. Die Grundzulage erhalten alle Förderberechtigten. Sie beträgt ab dem Jahr 2008 154 € jährlich. Die Kinderzulage erhalten grundsätzlich die Förderberechtigten, die Kindergeld für ein Kind ausbezahlt bekommen. Bei verheirateten Eltern, die nicht dauernd getrennt leben und die beide unbeschränkt steuerpflichtig sind, erhält die Kinderzulage jedoch unabhängig von der tatsächlichen Kindergeldauszahlung grundsätzlich die Mutter. Die Eltern können in diesen Fällen aber beantragen, dass der Vater die Kinderzulage erhalten soll. Die Kinderzulage beträgt ab dem Jahr 2008 185 €

pro Jahr für jedes Kind, das vor dem 1. Januar 2008 geboren wurde. Für später geborene Kinder gibt es sogar 300 € pro Jahr.

Mit der Altersvorsorgezulage wird die private Altersvorsorge gefördert. Die Zulage wird daher nur in voller Höhe ausgezahlt, wenn die Förderberechtigten sich an ihrer zusätzlichen Altersvorsorge beteiligen und einen sogenannten Mindesteigenbeitrag auf ihren Altersvorsorgevertrag leisten. Ausnahme: Für mittelbar förderberechtigte Ehegatten muss allein der unmittelbar Förderberechtigte den Mindesteigenbeitrag leisten. Der Mindesteigenbeitrag beträgt ab dem Jahr 2008 4% der beitragspflichtigen Einnahmen bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres abzüglich der zustehenden Zulage. Bei Land- und Forstwirten gilt das Vorjahr als Maßstab. Mindestens müssen aber 60 € im Jahr gezahlt werden, damit der Anspruch auf eine ungekürzte Zulage besteht.

## 4 Einbeziehung von Erwerbsunfähigen

Unmittelbar förderberechtigt sind ab dem Jahr 2008 durch das Eigenheimrentengesetz nun auch diejenigen, die

- eine Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder der Alterssicherung der Landwirte erhalten oder
- noch nicht 67 Jahre alt sind und eine Versorgung wegen Dienstunfähigkeit erhalten und
- vor dem Leistungsbezug zum förderberechtigten Personenkreis gehört haben.

Eine Rente wegen Erwerbsminderung aus einer privaten Rentenversicherung allein reicht ebenso wie der Bezug einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung aus der gesetzlichen Rentenversicherung für die

Analysen und Berichte

DAS EIGENHEIMRENTENGESETZ

Förderberechtigung nicht aus. In diesem Fall kann die unmittelbare Förderberechtigung über eine zusätzliche Erwerbstätigkeit bestehen oder erlangt werden.

### 5 Berufseinsteiger-Bonus

Insbesondere auch bei jungen Menschen ist eine deutliche Ausweitung des Umfangs der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge erforderlich. Doch je früher man mit dem Sparen beginnt, desto höher fällt die spätere Rente aus, selbst wenn nur kleine Beträge gespart werden. In diesem Fall wird besonders vom Zinseszinsseffekt profitiert. Deshalb wollte der Gesetzgeber einen besonderen Anreiz setzen, frühzeitig mit dem Altersvorsorgesparen zu beginnen. Alle unmittelbar Förderberechtigten, die noch nicht 25 Jahre alt sind, sollen einmalig eine um 200 € erhöhte Grundzulage erhalten. Dieser Aufschlag auf die Grundzulage wird oft auch als Berufseinsteiger-Bonus bezeichnet. Er wird jedoch unabhängig von einer Berufsausbildung gezahlt.

Die erhöhte Grundzulage muss nicht eigens beantragt werden. Die Zahlung erfolgt automatisch für das erste Beitragsjahr ab dem Jahr 2008, für das eine Altersvorsorgezulage beantragt wird. Voraussetzung ist, dass die betreffende Person zu Beginn dieses Beitragsjahres noch nicht 25 Jahre alt war. Wann der Altersvorsorgevertrag

abgeschlossen wurde, spielt dabei keine Rolle.

Aber Achtung: Wird weniger als der erforderliche Mindesteigenbeitrag auf den Altersvorsorgevertrag eingezahlt, wird die Zulage gekürzt! Das bedeutet: Auch die Erhöhung der Grundzulage fällt entsprechend niedriger aus. Da die erhöhte Grundzulage nur einmal gezahlt wird, besteht hier keine Nachholmöglichkeit in einem späteren Jahr.

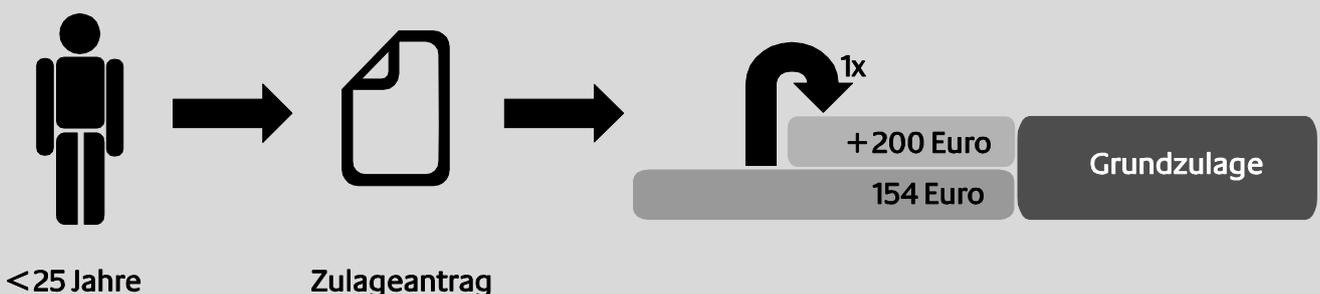
### 6 Verbesserte Entnahmemöglichkeit

Das in einem Altersvorsorgevertrag angesparte geförderte Altersvorsorgevermögen kann für die folgende wohnungswirtschaftliche Verwendung steuerunschädlich entnommen werden:

- bis zum Beginn der Auszahlungsphase unmittelbar für die Anschaffung oder Herstellung einer Wohnung,
- zu Beginn der Auszahlungsphase zur Entschuldung einer Wohnung,
- für den Erwerb von Pflichtanteilen an einer Genossenschaft für die Selbstnutzung einer Genossenschaftswohnung.

Eine Pflicht zur Rückzahlung des entnommenen Betrags besteht, anders als im bisherigen Recht, nicht mehr.

Abbildung 1: Berufseinsteiger-Bonus



## Abbildung 2: Wohnungswirtschaftliche Verwendung



Es ist auch eine mehrmalige Entnahme zulässig, wenn sie jedes Mal für eine wohnungswirtschaftliche Verwendung erfolgt. Ebenso möglich ist die Entnahme aus mehreren Altersvorsorgeverträgen für dieselbe wohnungswirtschaftliche Verwendung.

Entnommen werden können entweder bis zu 75 % oder 100 % des geförderten Altersvorsorgevermögens.

bisherige Mindestentnahmegrenze von 10 000 € noch bis Ende 2009.

Die Entnahme muss bei der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) beantragt werden.

### 6.1 Begünstigte Wohnung

Als begünstigte Wohnung gilt:

- eine Wohnung in einem eigenen Haus (dies kann auch ein Mehrfamilienhaus sein),
- eine eigene Eigentumswohnung,
- eine Genossenschaftswohnung einer in das Genossenschaftsregister eingetragenen Genossenschaft oder
- ein eigentumsähnliches oder lebenslanges Dauerwohnrecht.

Die Wohnung muss vom Steuerpflichtigen selbst genutzt werden. Sie muss in Deutschland liegen und mit dem Beginn der Selbstnutzung die Hauptwohnung oder den Mittelpunkt der Lebensinteressen des Steuerpflichtigen darstellen. Nicht begünstigt sind somit Ferien- oder Wochenendwohnungen.

Der Steuerpflichtige muss nicht Alleineigentümer oder Alleinnutzer der Wohnung sein.

## Abbildung 3: Entnahmebetrag



Es dürfen jedoch nicht mehr als die Anschaffungs- oder Herstellungskosten inklusive der Anschaffungsnebenkosten (z. B. Notargebühren, Grunderwerbsteuer) und der Anschaffungskosten für das dazugehörige Grundstück entnommen werden.

Achtung: Für vor dem 1. Januar 2008 abgeschlossene Altersvorsorgeverträge gilt die

## Abbildung 4: Begünstigte Wohnung

Nutzung zu eigenen Wohnzwecken

in Deutschland

Hauptwohnung oder  
Mittelpunkt der Lebensinteressen

### 6.2 Unmittelbare Anschaffung oder Herstellung

Die Entnahme muss in einem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Anschaffung oder der Herstellung der Wohnung erfolgen. Davon ist auszugehen, wenn

- innerhalb von einem Monat vor der Beantragung der Entnahme und
- bis zu zwölf Monate nach der Auszahlung des Altersvorsorgekapitals

entsprechende Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung der Wohnung entstanden sind.

### 6.3 Entschuldung

Für die Ablösung eines Darlehens, das für die Anschaffung oder Herstellung einer begünstigten Wohnung aufgenommen wurde, kann zu Beginn der Auszahlungsphase gefördertes Altersvorsorgevermögen aus dem Altersvorsorgevertrag steuerunschädlich entnommen werden. Der Beginn der Auszahlungsphase ergibt sich aus den Vertragsbedingungen des Altersvorsorgevertrags. Er muss zwischen dem 60. und dem 68. Lebensjahr des Förderberechtigten liegen. Wurde im Vertrag kein Beginn der Auszahlungsphase vereinbart,

gilt automatisch das 67. Lebensjahr als Beginn der Auszahlungsphase.

### 6.4 Erwerb von Pflichtanteilen an einer Genossenschaft

Wer eine Genossenschaftswohnung beziehen will, muss normalerweise Genosse werden und mindestens einen Geschäftsanteil an der Genossenschaft erwerben. Für den Erwerb dieser Pflichtanteile kann gefördertes Altersvorsorgevermögen steuerunschädlich aus dem Altersvorsorgevertrag entnommen werden.

## 7 Neue Riester-Produkte

Mit dem Eigenheimrentengesetz wurden zwei weitere Formen von förderfähigen Altersvorsorgeverträgen eingeführt. Es können jetzt auch der Erwerb von weiteren Genossenschaftsanteilen für die Altersvorsorge und Darlehensverträge für selbstgenutztes Wohneigentum gefördert werden.

### 7.1 Erwerb weiterer Genossenschaftsanteile

Nicht jeder kann und möchte eine eigene Wohnimmobilie erwerben. Das Wohnen in einer Genossenschaftswohnung kann eine gute Alternative dazu sein. Wohnungsgenossenschaften wollen ihren Mitgliedern dauerhaft gute, bezahlbare

## Analysen und Berichte

### DAS EIGENHEIMRENTENGESETZ

Wohnungen zur Verfügung stellen. Sie bieten eine eigentumsähnliche Sicherheit, die z. B. eine Eigenbedarfskündigung des Vermieters ausschließt.

Mit dem Eigenheimrentengesetz wurde deshalb eine weitere Form eines förderfähigen Altersvorsorgevertrags eingeführt. Wer eine Genossenschaftswohnung selbst nutzt, kann weitere Geschäftsanteile an der Genossenschaft kaufen. Für den Kauf dieser weiteren Geschäftsanteile erhalten Riester-Förderberechtigte staatliche Förderung. Es gelten dabei die gleichen Bedingungen wie unter Punkt 3 beschrieben. Im Alter (frühestens mit Beginn des 60. Lebensjahres) wird dann als Altersvorsorge

- das monatliche Nutzungsentgelt für die Genossenschaftswohnung lebenslang vermindert oder
- es wird eine zeitlich befristete Nutzungsentgeltminderung gewährt, der spätestens mit dem 85. Lebensjahr eine Rentenzahlung bis ans Lebensende folgt.

Zinsen werden in diesem Fall nicht an den Sparer ausgezahlt. Stattdessen werden diese in den Erwerb weiterer Genossenschaftsanteile investiert.

## 7.2 Darlehensverträge

Seit dem 1. November 2008 gibt es auch zertifizierte Darlehensverträge. Für sie gelten nur drei Zertifizierungskriterien:

1. Das Darlehen darf allein für die Anschaffung oder Herstellung einer begünstigten Wohnung oder für den Erwerb von Pflichtanteilen an einer Genossenschaft für die Selbstnutzung einer Genossenschaftswohnung verwendet werden.
2. Die Abschluss- und Vertriebskosten müssen gleichmäßig mindestens auf die ersten fünf Jahre verteilt werden, wenn sie nicht als Prozentsatz von den

Beiträgen/Tilgungsleistungen abgezogen werden.

3. Die Darlehenstilgung muss bis spätestens zum 68. Lebensjahr des Darlehensnehmers vorgesehen sein.

Es gibt drei mögliche Formen:

- **Reiner Darlehensvertrag**  
Der Vertrag wird unmittelbar bei Aufnahme eines Darlehens abgeschlossen. Ein vorhergehender Sparvorgang ist nicht erforderlich.
- **Kombination Sparvertrag mit Darlehensoption**  
Nach einem Ansparvorgang sind die Entnahme des Angesparten und eine Darlehensaufnahme möglich. Ein typisches Beispiel für diese Form ist ein Bausparvertrag.
- **Vorfinanzierungsdarlehen**  
Eine Kombination aus einem tilgungsfreien Darlehen und einem Sparvertrag. Bei Vertragsabschluss muss unwiderruflich vereinbart werden, dass das Angesparte zur späteren Darlehenstilgung verwendet wird. Es besteht auch die Möglichkeit, das Vorfinanzierungsdarlehen durch einen Bausparvertrag abzulösen. Das Vorfinanzierungsdarlehen wird dann durch das im Rahmen des Bausparvertrags angesparte Kapital und das Bauspardarlehen getilgt. All dies muss in einem einheitlichen Vertrag geregelt werden.

## 8 Tilgungsförderung

Tilgungsleistungen werden als Altersvorsorgebeiträge wie unter Punkt 3 beschrieben gefördert, wenn die Tilgungsleistungen auf einen eigenen zertifizierten Darlehensvertrag (vgl. 7.2) gezahlt werden. Die Förderung erfolgt aber nur, wenn das Darlehen für eine nach dem 31. Dezember 2007 vorgenommene

## Analysen und Berichte

### DAS EIGENHEIMRENTENGESETZ

Anschaffung oder Herstellung einer begünstigten Wohnung oder für den Erwerb von Pflichtanteilen an einer Genossenschaft für die Selbstnutzung einer Genossenschaftswohnung nach dem 31. Dezember 2007 verwendet wird.

Die Altersvorsorgezulage reduziert damit unmittelbar die Darlehensschuld. Eine Förderung der Darlehenszinsen, Kosten und Gebühren erfolgt nicht.

Anders als bei der Entnahme kommt es bei der Tilgungsförderung nicht auf den unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zur wohnungswirtschaftlichen Verwendung an, sondern darauf, dass diese nach dem 31. Dezember 2007 liegt. Das bedeutet, ein für eine wohnungswirtschaftliche Verwendung nach dem 31. Dezember 2007 aufgenommenes Darlehen kann später auf einen zertifizierten Altersvorsorgevertrag in Form eines Darlehensvertrages umgeschuldet werden. Es kommt dabei nicht darauf an, dass es sich bei dem ursprünglichen Darlehen um ein zertifiziertes Produkt handelt. Auch mehrfache Umschuldungen sind in diesen Fällen möglich.

Wichtig: Wollen Ehepartner die volle Förderung in Anspruch nehmen, muss jeder Ehepartner einen eigenen Darlehensvertrag abschließen. Der Abschluss eines gemeinsamen Darlehensvertrages ist hierfür nicht möglich.

## 9 Nachgelagerte Besteuerung

In der Ansparphase werden die Beiträge zu Riester-Produkten steuerfrei gestellt. Nachgelagerte Besteuerung bedeutet, dass die Alterseinkünfte erst dann versteuert werden, wenn sie an den Steuerpflichtigen ausgezahlt werden. Das in der Immobilie gebundene steuerlich geförderte Kapital wird dafür in einem sogenannten Wohnförderkonto erfasst. Es erfolgt somit keine Besteuerung eines fiktiven Mietvorteils, sondern nur der tatsächlich geförderte Betrag ist Grundlage für die Besteuerung. In dem Wohnförderkonto

werden der Entnahmebetrag, die geförderten Tilgungsleistungen und die hierfür gewährten Zulagen eingestellt und addiert. Als Ausgleich für die vorzeitige Nutzung des Altersvorsorgekapitals und zur Gleichstellung mit anderen Riester-Produkten wird der in das Wohnförderkonto eingestellte Betrag in der Ansparphase am Ende eines jeden Jahres um 2% erhöht. In der Auszahlungsphase erfolgt keine zweiprozentige Erhöhung mehr. Dadurch weiß der Förderberechtigte bereits zu Beginn der Auszahlungsphase genau, welcher Betrag jährlich besteuert wird. Ob der Einzelne dann tatsächlich Steuern zahlen muss, hängt von vielen Faktoren ab. Zudem ist meistens der individuelle Steuersatz im Alter erheblich geringer als in der Erwerbsphase.

### Abbildung 5: Wohnförderkonto

Entnahmebetrag

geförderte Tilgungsleistungen

Zulagen

jährlicher Erhöhungsbetrag von 2%

Der Förderberechtigte kann jederzeit den Stand des Wohnförderkontos verringern, indem er einen entsprechenden Betrag auf einen eigenen zertifizierten Altersvorsorgesparvertrag einzahlt. Der Betrag wird dann vom aktuellen Stand des Wohnförderkontos abgezogen. Das bedeutet, der zu besteuende Betrag aus dem Wohnförderkonto fällt später geringer aus. Dafür wird aber die Rente aus diesem Betrag später voll steuerpflichtig. Der auf den Sparvertrag eingezahlte Betrag wird nicht noch ein weiteres Mal gefördert.

Zu Beginn der Auszahlungsphase wird der aktuelle Stand des Wohnförderkontos durch die Anzahl der Jahre bis zum 85. Lebensjahr des

## Analysen und Berichte

### DAS EIGENHEIMRENTENGESETZ

Förderberechtigten geteilt. Diesen Teilbetrag muss der Förderberechtigte dann jedes Jahr in seiner Einkommensteuererklärung angeben. Dieser Teilbetrag wird dann Jahr für Jahr dem zu versteuernden Einkommen des Förderberechtigten hinzugerechnet. Ob der Förderberechtigte tatsächlich Steuern zahlen muss, hängt, wie bereits ausgeführt, von vielen Faktoren ab.

#### Beispiel:

Hans Bauer wurde am 5. Februar 1970 geboren. Mit seinem Anbieter hat er vertraglich vereinbart, dass die Auszahlungsphase für seinen zertifizierten Darlehensvertrag am 1. Februar 2035 beginnt. Zu diesem Zeitpunkt wird der Stand des Wohnförderkontos letztmalig um 2 % erhöht und beträgt dann 30 600 €. Da er im Jahr 2055 85 Jahre alt wird, wird dieser Betrag durch 21 geteilt (Anzahl der Jahre von 2035 - einschließlich - bis 2055). Besteuert werden also bis zu seinem 85. Lebensjahr jährlich  $1/21$  von 30 600 €, also lediglich 1 457,14 €.

Stirbt der Förderberechtigte vor seinem 85. Lebensjahr, muss der noch nicht besteuerte Betrag des Wohnförderkontos in der letzten Steuererklärung des Verstorbenen angegeben werden.

Alternativ zu der schrittweisen jährlichen Erfassung des im Wohnförderkonto eingestellten Betrages kann der Förderberechtigte auch den Antrag auf eine Einmalbesteuerung stellen. Dann werden in dem Jahr, in dem die Auszahlungsphase beginnt, 70 % des aktuellen Standes des Wohnförderkontos dem zu versteuernden Einkommen des Steuerpflichtigen hinzugerechnet. Beim Tod des Förderberechtigten erfolgt in diesem Fall keine weitere steuerliche Erfassung.

## 10 Aufgabe der Selbstnutzung

Gibt der Förderberechtigte die Selbstnutzung der begünstigten Wohnung nicht nur vorübergehend auf, erfolgt eine unmittelbare Besteuerung des Stands des Wohnförderkontos. Nicht nur vorübergehend heißt in der Regel, dass die Aufgabe der Selbstnutzung nicht länger als ein Jahr anhält. Anders als bei den Riester-Sparverträgen erfolgt hier nur die steuerliche Erfassung des in das Wohnförderkonto eingestellten Betrages und keine Rückforderung der Zulagen und gewährten Steuervorteile.

Hinweis: Da es sich bei der Aufgabe der Selbstnutzung um eine sogenannte schädliche Verwendung handelt, werden die Vorteile bei der Einmalbesteuerung zu Beginn der Auszahlungsphase (Ansatz von 70 %) nicht gewährt. Der in das Wohnförderkonto eingestellte Betrag ist ohne Abschlag dem zu versteuernden Einkommen des Steuerpflichtigen hinzuzurechnen.

Zu einer unmittelbaren Besteuerung wird es aber in den wenigsten Fällen kommen, da es eine Fülle von Ausnahmeregelungen gibt, die eine steuerschädliche Verwendung nicht eintreten lassen:

- **Reinvestition in eine begünstigte Wohnung**  
Ein Betrag, der dem Stand des Wohnförderkontos entspricht, wird in eine neue begünstigte Wohnung (vgl. 6.1) investiert. Das kann auch ein Dauerwohnrecht in einem Seniorenwohnheim sein. Die Reinvestition muss innerhalb von einem Jahr vor der Aufgabe der Selbstnutzung der bisher begünstigten Wohnung oder innerhalb von vier Jahren danach erfolgen.
- **Einzahlung auf einen zertifizierten Altersvorsorgevertrag**  
Ein Betrag, der dem Stand des Wohnförderkontos entspricht, wird in einen eigenen zertifizierten

## Analysen und Berichte

### DAS EIGENHEIMRENTENGESETZ

Altersvorsorgesparvertrag eingezahlt. Die Einzahlung muss innerhalb eines Jahres nach der Aufgabe der Selbstnutzung der begünstigten Wohnung erfolgen.

- **Bei Tod: Weitere Selbstnutzung des Ehepartners**

Die Ehepartner haben zum Zeitpunkt des Todes nicht dauernd getrennt gelebt und waren unbeschränkt steuerpflichtig. Der überlebende Ehepartner wird innerhalb eines Jahres Eigentümer der Wohnung und nutzt sie selbst.

- **Zuweisung der Ehwohnung an den anderen Ehepartner durch richterliche Entscheidung**

- **Aufgabe der Selbstnutzung für die Dauer eines beruflich bedingten Umzugs**

Der Förderberechtigte nutzt die begünstigte Wohnung wegen eines beruflich bedingten Umzugs für die Dauer der beruflich bedingten Abwesenheit nicht selbst. Er will aber die Wohnung spätestens mit seinem 67. Lebensjahr wieder selbst nutzen. Die Nachweise dafür sendet er an die Zulagenstelle. Vermietet er die Wohnung oder überlässt er sie unentgeltlich einer anderen Person, muss er das Nutzungsrecht auf die Zeit bis zur Wiederaufnahme seiner Selbstnutzung befristen.

Der bei Aufgabe der Selbstnutzung unmittelbar zu besteuernde Betrag hängt in der Auszahlungsphase davon ab, ob der Förderberechtigte sich für die jährliche Besteuerung oder für die Einmalbesteuerung entschieden hat.

Bei der schrittweisen Besteuerung wird der Stand des Wohnförderkontos jährlich um den Betrag reduziert, der bereits für die Einkommensteuerberechnung berücksichtigt wurde. Bei einer dauerhaften Aufgabe der Selbstnutzung wird also nur noch der Betrag besteuert, der in den Jahren nach dem Beginn der Auszahlungsphase noch nicht zum zu

versteuernden Einkommen hinzugerechnet wurde.

#### **Beispiel:**

Hans Bauer wurde am 5. Februar 1970 geboren. Mit seinem Anbieter hat er vertraglich vereinbart, dass die Auszahlungsphase für seinen zertifizierten Darlehensvertrag am 1. Februar 2035 beginnt. Die Zulagenstelle hat ihm mitgeteilt, dass zu Beginn der Auszahlungsphase sein Wohnförderkonto einen Stand von 30 600 € hatte und bis zu seinem 85. Lebensjahr somit jährlich 1 457,14 € als zu versteuerndes Einkommen zu berücksichtigen sind (vgl. auch Beispiel oben). Im Jahr 2037 gibt er die Selbstnutzung seiner begünstigten Wohnung endgültig auf, ohne dass er eine der oben genannten Ausnahmeregelungen erfüllt. Der Stand des Wohnförderkontos beträgt im Jahr 2037 nur noch 27 685,72 €, da bereits zweimal 1 457,14 € der Besteuerung zugrunde gelegt wurden und deshalb vom aktuellen Stand des Wohnförderkontos abzuziehen sind. Es werden somit 27 685,72 € für das Jahr 2037 zu seinem zu versteuernden Einkommen dazugerechnet.

Hat der Steuerpflichtige zu Beginn der Auszahlungsphase die Einmalbesteuerung gewählt, hängt der noch zu besteuernde Betrag davon ab, wann der Steuerpflichtige die Selbstnutzung endgültig aufgibt. Gibt er sie innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren ab Beginn der Auszahlungsphase auf, sind im Jahr der Aufgabe 45 % des Betrags, der zu Beginn der Auszahlungsphase im Wohnförderkonto eingestellt war, dem zu versteuernden Einkommen hinzuzurechnen. Bei Aufgabe in den nachfolgenden zehn Jahren ist der bisher bei der Einmalbesteuerung noch nicht einbezogene Betrag von 30 % des Wohnförderkontos steuerlich zu berücksichtigen. Beim Tod des Förderberechtigten nach der

## Analysen und Berichte

### DAS EIGENHEIMRENTENGESETZ

Einmalbesteuerung oder ab dem 20. Jahr nach der Einmalbesteuerung erfolgt keine Nachversteuerung mehr.

## 11 Strengere Zweckbindung der Wohnungsbauprämie

Bisher konnte ein Wohnungsbauprämien-Berechtigter nach Ablauf von sieben Jahren nach dem Vertragsabschluss frei über das Bausparguthaben und die Wohnungsbauprämien verfügen. Für ab 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge wird eine Wohnungsbauprämie grundsätzlich nur noch bei wohnungswirtschaftlicher Verwendung gezahlt.

Achtung: Bei der Wohnungsbauprämie ist der Begriff „wohnungswirtschaftliche Verwendung“ anders definiert als bei der Wohn-Riester-Förderung. Bei der Wohnungsbauprämie zählen z. B. auch Modernisierungsmaßnahmen an der Wohnimmobilie dazu.

Ist der Bausparer bei Vertragsabschluss noch nicht 25 Jahre alt, gilt eine Ausnahmeregelung. Bei einer Verfügung ohne wohnungswirtschaftliche Verwendung, die frühestens sieben Jahre nach dem Vertragsabschluss erfolgt, kann er dennoch für die letzten sieben Sparjahre die Wohnungsbauprämie erhalten. Diese Ausnahmeregelung ist jedoch nur ein einziges Mal nutzbar! Auch in sozialen Härtefällen bleibt der Anspruch auf Wohnungsbauprämie bei nicht wohnungswirtschaftlicher Verwendung des Bausparguthabens für die

letzten sieben Sparjahre bestehen. Ein sozialer Härtefall liegt vor, wenn

- der Bausparer oder dessen nicht dauernd getrennt lebender Ehepartner nach Vertragsabschluss gestorben oder völlig erwerbsunfähig geworden ist oder
- der Bausparer nach Vertragsabschluss mindestens ein Jahr lang ununterbrochen arbeitslos war und diese Arbeitslosigkeit bei der vorzeitigen Verfügung noch bestand.

Für bis zum 31. Dezember 2008 abgeschlossene Verträge, für die bis zum 31. Dezember 2008 mindestens ein Beitrag in Höhe der Regelsparrate entrichtet wurde, ändert sich nichts. Die Erhöhung der Bausparsumme bei diesen Altverträgen gilt aber als eigener Vertrag. Das bedeutet: Für diesen Erhöhungsteil gilt dann auch die neue wohnungswirtschaftliche Zweckbindung.

## 12 Fazit

Das Eigenheimrentengesetz ergänzt das bestehende Angebot an steuerlich begünstigten Altersvorsorgemodellen und setzt neue Anreize für das Altersvorsorgesparen. Für die Bürgerinnen und Bürger wird die Angebotspalette von steuerlich gleichermaßen geförderten Vorsorgeprodukten, aus denen sie das individuell passende Angebot auswählen können, deutlich breiter.

# Der Euro wird zehn

## Eine gemeinsame Währung für mehr als 320 Mio. Menschen in der Europäischen Union

|   |  |    |
|---|--|----|
| 1 | Rückblick .....   | 56 |
| 2 | Die Erfolgsgeschichte .....  | 58 |
| 3 | Die Wirtschafts- und Wahrungunion.....                                  | 59 |
| 4 | Potenzial zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Wahrungunion ..... | 62 |
| 5 | Ausblick.....  | 65 |

- Am 1. Januar 2009 jährte sich der Übergang in die „Dritte Stufe der Wirtschafts- und Wahrungunion“ zum zehnten Mal.
- Die Spielregeln der Wirtschafts- und Wahrungunion, die mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 in Kraft getreten sind, haben sich als wirkungsvoll und effizient erwiesen.
- Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Wirtschafts- und Wahrungunion in konzeptioneller Sicht einen Schritt vorangehen.
- Für die Wirtschafts- und Wahrungunion wird auch in Zukunft wichtig sein, welche Bindungswirkung die selbstauferlegten Regeln entfalten, um den Erfordernissen der vergemeinschafteten Geld- und Währungspolitik Rechnung zu tragen.

### 1 Rückblick

„Der Euro ist sieben!“, „Der Euro ist zehn!“, „Der Euro ist 16!“, „Der Euro ist 39!“ oder „Der Euro ist 52!“ Für sich betrachtet ist jede dieser Aussagen wahr, allerdings ist nicht auf den ersten Blick ersichtlich, weshalb. Tatsächlich wird dem Euro und seinem Alter nämlich erst der gerecht, der alle Elemente zu einem Bild zusammenfügt. Grund genug für einen kurzen Abriss über die Entwicklung und Entstehungsgeschichte des Euro.

Die Keimzelle der Wirtschafts- und Wahrungunion (WWU) liegt bereits in den 50er Jahren. Zwar bestand die primäre Stoßrichtung der Verträge der Europäischen Gemeinschaft (EG) aus den Jahren 1951 sowie 1957 in der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes. Die Wirtschafts- und Währungspolitik der damals noch sechs Mitgliedstaaten wurde aber bereits als „Angelegenheit von gemeinsamem Interesse“

eingestuft. Unter anderem wurde ein Ausschuss zur Beobachtung der Währungs- und Finanzlage errichtet, da bereits zu diesem Zeitpunkt deutliche Interdependenzen zwischen den Mitgliedstaaten bestanden.

In den 60er Jahren erhielt die Errichtung einer WWU neuen Auftrieb, der von den zunehmenden Spannungen im Weltwährungssystem beziehungsweise den weitreichenden Wechselkursschwankungen herrührte. Diese Effekte beflügelten die Idee, die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit in Europa zu intensivieren. Feste Wechselkurse zwischen den Mitgliedstaaten würden den innergemeinschaftlichen Handel stabilisieren und fördern, so die Überlegung. Vor diesem Hintergrund und ausgestattet mit einem Mandat der Staats- und Regierungschefs vom 1./2. Dezember 1969 wurde die Erarbeitung

Analysen und Berichte

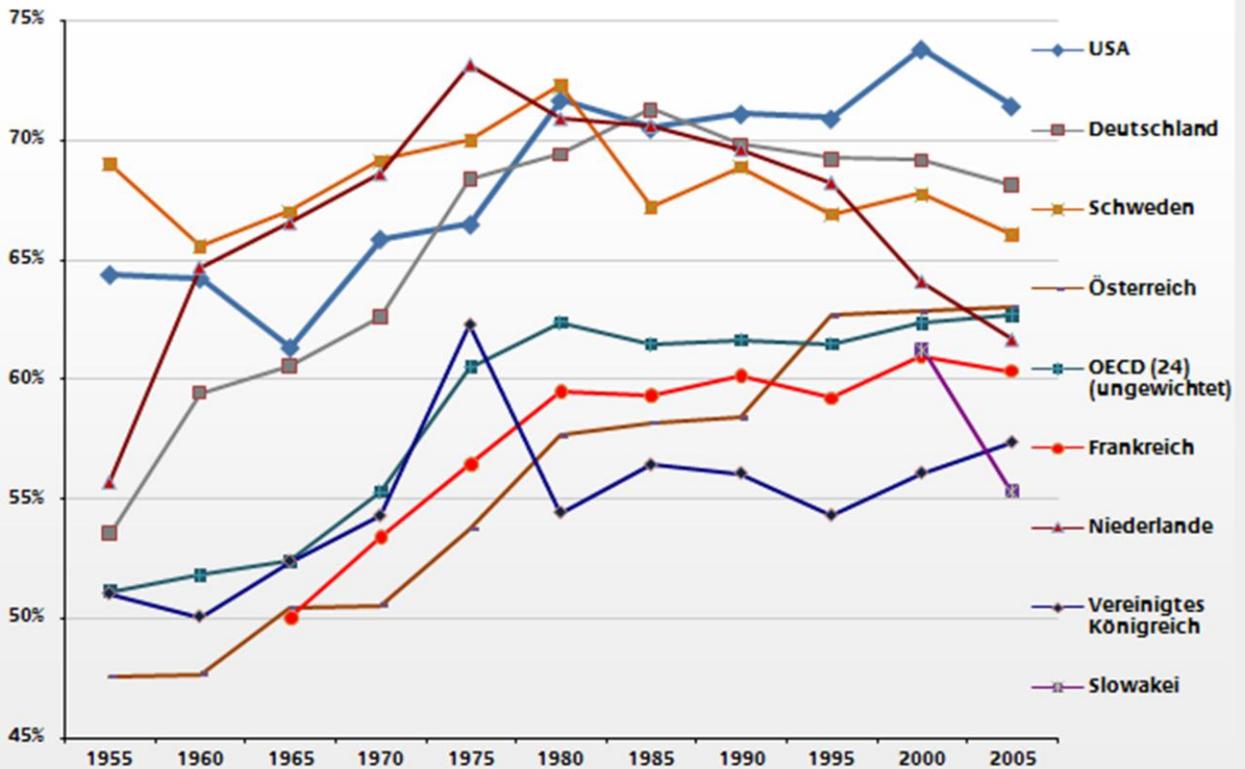
DER EURO WIRD ZEHN

eines Stufenplans in Auftrag gegeben, der die Errichtung einer WWU zum Ziel hatte. Unter dem Vorsitz des damaligen luxemburgischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Pierre Werner wurde ein Plan entwickelt, den der Ministerrat im Juni 1970 annahm. Der „Werner-Plan“ formulierte das Ziel, die WWU bis zum Jahr 1980 in drei Stufen umzusetzen. Allerdings wurde dieses ehrgeizige Ziel in Folge der währungspolitischen Ereignisse im Jahr 1971 und dem darauffolgenden Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems aufgegeben. Um mögliche Währungsschwankungen der EU-Länder untereinander zu begrenzen, wurde vom Europäischen Rat am 5. Dezember 1978 die Errichtung des Europäischen Währungssystems (EWS) vereinbart, das am 13.

März 1979 in Kraft trat. Dazu wurden von den teilnehmenden Staaten Leitkurse gegenüber dem damaligen ECU („European Currency Unit“) festgelegt. Anhand dieses so genannten Paritätengitters ließen sich bilaterale Wechselkurse der teilnehmenden Staaten untereinander ermitteln. Darüber hinaus konzentrierte sich die Politik der Gemeinschaft vor allem auf die Weiterentwicklung des Binnenmarktes.

Auch wenn die sogenannte Einheitliche Europäische Akte, die am 1. Juli 1987 in Kraft trat, in ihrer Präambel die schrittweise Verwirklichung der WWU vorsah, brachte das Regelwerk keine Änderungen in diesem Politikfeld mit sich. Allerdings wurde bereits Anfang 1988 sowohl von Frankreich als auch

Anteil der ertragsabhängigen Steuern am Gesamtaufkommen 1955 bis 2005



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

von Deutschland der Gedanke eines einheitlichen europäischen Währungsraums unter der Führung einer europäischen Zentralbank in Spiel gebracht. Diese Überlegungen führten unter der Leitung des damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, zur Ausarbeitung von Vorschlägen, wie eine WWU umgesetzt werden könnte (sogenannter „Delors-Bericht“). Der Ansatz des Berichts, wonach die WWU innerhalb von drei Stufen realisiert werden sollte, wurde vom Europäischen Rat im Juni 1989 angenommen. Gleichzeitig beschloss er, den Eintritt in die erste Stufe auf den 1. Juli 1990 festzulegen. Ziel dieser ersten Stufe war, Geldwertstabilität und Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten sowie eine stärkere Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik zu verankern. Auch wurde die Arbeit des seit dem Jahr 1964 bestehenden „Ausschusses der Präsidenten der Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ aufgewertet. Als prioritäres Ziel wurde die Preisstabilität festgelegt. Der Ausschuss konnte zudem Stellungnahmen zur Geld- und Wechselkurspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten abgeben.

Einen deutlichen qualitativen Sprung nach vorn erreichte die WWU mit Eintritt in die zweite Stufe zum 1. Januar 1994. Grundlage hierfür war der Maastricht-Vertrag von 1992, der in weitestgehend unveränderter Form auch heute noch die inhaltlichen und institutionellen „Spielregeln“ der WWU bestimmt. Diese zweite Stufe, die insgesamt fünf Jahre dauerte, barg rückblickend wohl die größten Herausforderungen. Zum einen galt es, die Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftspolitik weiter zu intensivieren, um „dauerhafte Konvergenz“ zwischen den Mitgliedstaaten zu verwirklichen. Zum anderen wurde das Europäische Währungsinstitut als Vorläufer der heutigen Europäischen Zentralbank (EZB) gegründet. Außerdem mussten Szenarien für den 1. Januar 1999 entwickelt werden, um den Teilnehmerkreis des „Euroraumes“ zu

bestimmen. Tatsächlich konnten diese Arbeiten im Mai 1998 weitestgehend abgeschlossen werden, als die wesentlichen politischen Entscheidungen für den Übergang in die dritte Stufe der WWU zur Einführung einer einheitlichen Währung beschlossen wurden. So wurden unter anderem die ersten Teilnehmer der gemeinsamen Währung bestimmt, der erste Präsident der Europäischen Zentralbank ernannt und die sogenannte Euro-Einführungs-Verordnung erlassen<sup>1</sup>. Dennoch dürfte der 1. Januar 1999 für die meisten der rund 320 Mio. „Euro-Nutzer“ wohl primär eine abstrakte Bedeutung haben. „Fassbar“ wurde der Euro erst durch die Bargeldeinführung am 1. Januar 2002.

## 2 Die Erfolgsgeschichte

Der Erfolg der WWU und des Euro liegt insbesondere in der hohen Preisstabilität<sup>2</sup>. Preistransparenz ist ein wesentliches Merkmal der Gemeinschaftswährung. Dabei können nicht nur die Bürger im Euroraum Preise besser miteinander vergleichen. Auch Unternehmen erhalten für ihre Geschäftsbeziehungen im Euroraum mehr Transparenz. Nicht zuletzt, da der Euro auch international – neben dem US-Dollar – zentrale Bedeutung erlangt hat, wirkt sich dies dämpfend auf den Preisanstieg beispielsweise im Energie- oder Nahrungsmittelsektor aus. So betrug die Inflation in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich 2%, was im Vergleich zu Anfang der 90er Jahre eine Halbierung darstellt. Auf dieser Grundlage sanken auch die langfristigen Zinssätze auf unter 4%, was nicht zuletzt für den Immobilienerwerb und für Unternehmensinvestitionen von Relevanz ist. Zudem müssen die Unternehmen keine

<sup>1</sup> Diese Verordnung regelt die währungsrechtlichen Bestimmungen für die Teilnehmer am Euroraum.

<sup>2</sup>

Vgl. [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/emu10/pdf/citizens\\_summary\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/emu10/pdf/citizens_summary_de.pdf).

## Analysen und Berichte

DER EURO WIRD ZEHN

Wechselkursschwankungen mehr befürchten. Der Euro schützt rund ein Drittel der Produktion und die Hälfte des Handels vor solchen Schwankungen. Auf dieser Grundlage konnten dank der Weiterentwicklung des Binnenmarktes und der damit einhergehenden Integration der Volkswirtschaften seit 1999 rund 16 Mio. Arbeitsplätze geschaffen werden.

### 3 Die Wirtschafts- und Währungsunion

Verschiedentlich wird die Kritik geäußert, die WWU sei zu kompliziert: zu viele Akteure, zu viele Gremien, zu viele Regeln. Tatsächlich erscheint das Zusammenspiel der relevanten Partner unübersichtlich und verwirrend. Allerdings sollte man sich vergegenwärtigen, dass die WWU eine besondere Konstruktion darstellt, die aus diesem Grund auch besondere Erfordernisse mit sich bringt. Kennzeichnend für sie ist, dass souveräne Staaten sich einerseits dazu verpflichten, ureigene Kompetenzen in der Geld- und Währungspolitik auf die Gemeinschaft zu übertragen und im Gegenzug ihre Wirtschaftspolitik untereinander koordinieren sowie ihre Finanzpolitik überwachen lassen. Ergebnis dieser besonderen Verbindung ist die gemeinsame Währung, der Euro. Viel zu oft wird dabei allerdings vergessen, dass der Euro sich selbst nicht genug ist. Er ist eben kein Selbstzweck. Vielmehr ist er „nur“ ein Instrument, um die eigentlichen Herausforderungen zu meistern und die Zielsetzungen der EU umzusetzen: unter anderem eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, ein hoher Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen<sup>3</sup>.

Diese Zielsetzungen allein führen jedoch noch nicht zum Erfolg. Notwendig sind Strukturen und Institutionen, die für eine entsprechende Umsetzung sorgen.

#### Der ECOFIN-Rat

Wirtschafts- und finanzpolitische Fragen sowie zum Teil auch Währungsfragen<sup>4</sup> der Gemeinschaft liegen im Zuständigkeits- und Entscheidungsbereich des Rates „Wirtschaft und Finanzen“, der sich aus den Wirtschafts- und Finanzministern der EU zusammensetzt und umgangssprachlich als „ECOFIN-Rat“ bezeichnet wird. Für die Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ist er das zentrale Gremium auf Gemeinschaftsebene. So werden dort unter anderem die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ formuliert. Zudem werden auf Grundlage des EG-Vertrages (Primärrecht) und unter Beachtung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (Sekundärrecht) Stellungnahmen oder Empfehlungen an die Mitgliedstaaten gerichtet. Der ECOFIN-Rat tagt in der Regel einmal monatlich. Auf jeder Tagung des Rates wird der Vorsitz vom Fachminister desjenigen Landes wahrgenommen, das gerade den im halbjährigen Turnus wechselnden Ratsvorsitz innehat. Für das erste Halbjahr 2009 hat der tschechische Finanzminister Miroslav Kalousek den Ratsvorsitz übernommen. Im zweiten Halbjahr 2009 folgt Schweden.

<sup>3</sup> Vgl. Artikel 2 EG-Vertrag.

<sup>4</sup> Vgl. Kasten „Kompetenzen der Mitgliedstaaten in der Währungspolitik“.

### Kompetenzen der Mitgliedstaaten in der Währungspolitik

Besteht für das Verhältnis des Euro und einer Drittländerswährung kein formales Wechselkurssystem, liegt die politische Verantwortung für die Wechselkurspolitik grundsätzlich bei der EZB. Sie hat die Kompetenz zu Interventionen auf dem Devisenmarkt. Der EG-Vertrag sieht aber die Möglichkeit vor, dass der Rat „allgemeine Orientierungen für die Wechselkurspolitik“ aufstellen kann (Art. 111 Abs. 2 EG-Vertrag). Gemeint sind damit Vorgaben für die Interventionspolitik der EZB. Der EG-Vertrag schreibt aber vor, dass diese Orientierungen nicht dem Ziel der Preisniveaustabilität entgegenwirken dürfen. Der Rat entscheidet über „allgemeine Orientierungen“ mit qualifizierter Mehrheit (stimmfähig sind nur Euroländer) entweder auf Empfehlung der EZB oder auf Empfehlung der Kommission nach Anhörung der EZB. Die Mitgliedstaaten haben aber kein Initiativrecht. Die allgemeinen Orientierungen haben in dem Maße Berücksichtigung zu finden, wie sie das Ziel der Preisniveaustabilität nicht gefährden. Die rechtlichen Vorgaben des EG-Vertrags wurden durch eine politische Entschliessung des Europäischen Rates vom 13. Dezember 1997 ergänzt: Demnach soll der Rat allgemeine Orientierungen nur „unter außergewöhnlichen Umständen, beispielsweise im Fall eindeutiger Wechselkursverzerrungen“, aufstellen. Des Weiteren sollten diese Orientierungen stets die Unabhängigkeit des ESZB (Europäisches System der Zentralbanken) respektieren und mit dem vorrangigen Ziel des ESZB, die Preisstabilität zu gewährleisten, vereinbar sein.

Eine deutlich weitergehende Maßnahme zur Einflussnahme des Rates auf den Wechselkurs des Euro wäre eine nach dem EG-Vertrag (Art. 111 Abs. 1 EG-Vertrag) ebenfalls mögliche förmliche Vereinbarung mit einem Drittland über ein Wechselkurssystem für den Euro. Ein historisches Beispiel für ein förmliches Wechselkurssystem war das Bretton-Woods-System, das 1973 endgültig zusammenbrach. Besteht eine förmliche Wechselkursvereinbarung, müssen die Zentralbanken so auf dem Devisenmarkt intervenieren, dass der Wechselkurs in Höhe des vereinbarten Leitkurses oder innerhalb einer vereinbarten Bandbreite um den Leitkurs verbleibt. Der EG-Vertrag sieht eine höhere Hürde für das Eingehen von förmlichen Wechselkursvereinbarungen als für allgemeine Orientierungen vor: Für einen entsprechenden Beschluss des Rates ist Einstimmigkeit (stimmfähig sind nur die Euroländer) erforderlich. Dabei muss der Rat sich gemäß EG-Vertrag darum bemühen, zu einem mit dem Ziel der Preisstabilität im Einklang stehenden Konsens (mit der Kommission und der EZB) zu gelangen. Wie bei allgemeinen Orientierungen kann der Rat nur auf Empfehlung der EZB oder der Kommission (nach Anhörung der EZB) aktiv werden.

### Die Euro-Gruppe

Ein halbes Jahr vor dem Übergang in die dritte Stufe der WWU wurde im Juni 1998 die „Euro-Gruppe“ geschaffen. Sie repräsentiert diejenigen - mittlerweile sechzehn - Mitglieder des ECOFIN-Rates, deren Länder den Euro eingeführt haben. Die Euro-Gruppe dient dem erhöhten Abstimmungsbedarf dieser Länder, die seit der Einführung des Euro auf ihre nationale Geldpolitik verzichten. Sie setzt sich zusammen aus den zuständigen Ministern des Euroraums, der EZB sowie der Kommission und dient als Forum für eine sachliche und offene Diskussion über aktuelle Probleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Gleichzeitig ist

sie Katalysator für eine beschleunigte Ingangsetzung struktureller Reformen. Die Sitzungen der Euro-Gruppe finden in einem informellen und vertraulichen Rahmen und in der Regel zeitlich vor dem ECOFIN-Rat statt. Aufgrund ihres informellen Status kann die Euro-Gruppe keine rechtskräftigen Beschlüsse fassen.

### Die Europäische Zentralbank

Wie der Begriff der WWU selbst deutlich macht, existiert neben dem bereits beschriebenen wirtschaftspolitischen Strang auch ein währungspolitischer, da mit der Einführung der Gemeinschaftswährung auch

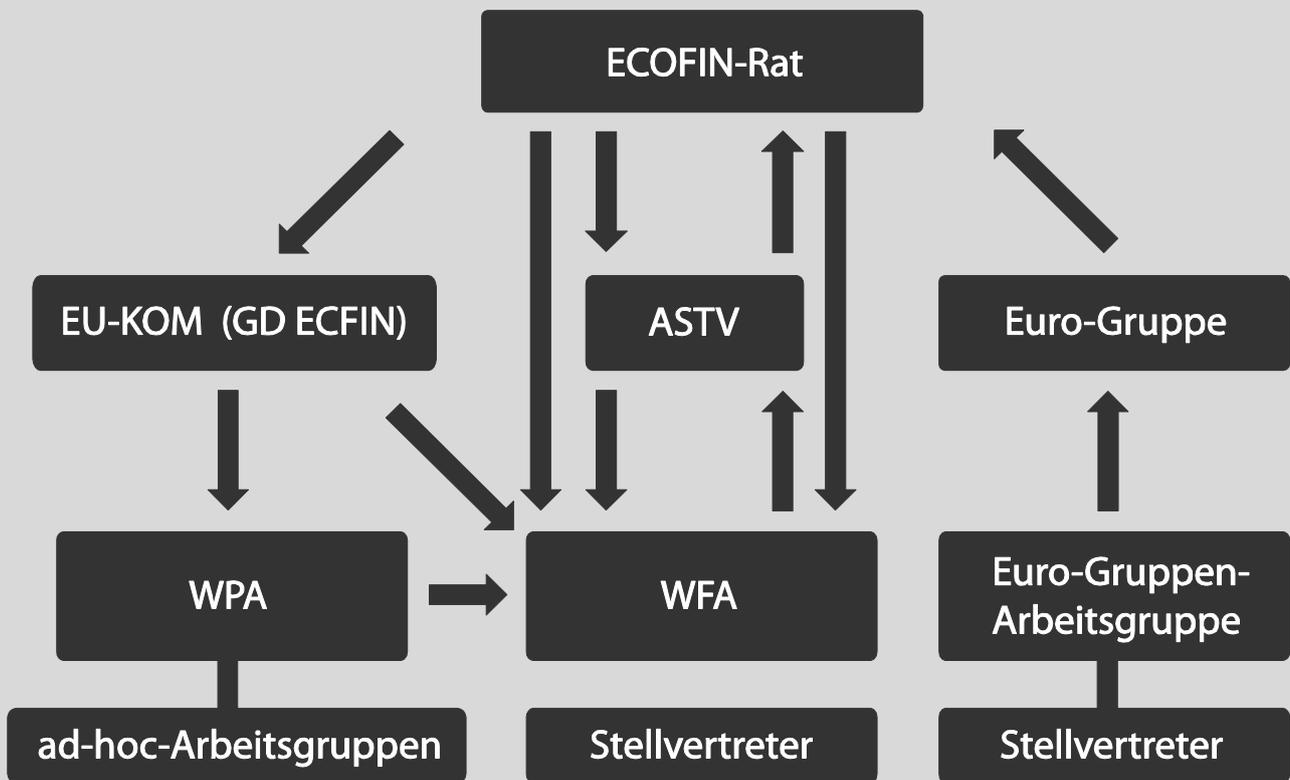
Analysen und Berichte

DER EURO WIRD ZEHN

die Zuständigkeit für die Geld- und Währungspolitik auf die Gemeinschaft übertragen wurde. Was sich so selbstverständlich liest, hat zur Folge, dass die Euro-Mitgliedstaaten ihre ureigenen Kompetenzen auf die EZB übertragen haben. Lediglich die 16 nationalen Zentralbanken, deren Gouverneure zusammen mit dem EZB-Präsidenten, dem EZB-Vizepräsidenten und vier weiteren EZB-Mitgliedern den EZB-Rat bilden, sind noch an den geldpolitischen Entscheidungen beteiligt. Dabei liegt das vorrangige Ziel unstrittig auf der Gewährleistung der Preisniveaustabilität. Erst nachrangig unterstützt die EZB die Wirtschaftspolitik, um ein hohes Beschäftigungsniveau und dauerhaftes Wachstum zu erreichen - allerdings auch nur dann, wenn sich dies ohne Gefährdung der

Preisniveaustabilität ermöglichen lässt. Dennoch schwebt die EZB mit ihrer Politik nicht im luftleeren Raum. Tatsächlich erfolgt ein sehr intensiver und vielschichtiger Austausch auf EU-Ebene. So nimmt die EZB an den Sitzungen des ECOFIN-Rates teil, sofern ihr Zuständigkeitsbereich betroffen ist. Ebenso ist sie in der Euro-Gruppe durch ihren Präsidenten vertreten, um sich am regelmäßigen informellen Meinungsaustausch der Euro-Finanzminister zu beteiligen. Auch das Europäische Parlament fordert von der EZB Auskunft über ihre geldpolitischen Entscheidungen. So tritt der EZB-Präsident vierteljährlich vor den Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Insgesamt ist die EZB allein auf EU-Ebene in mehr als 20 Gremien beziehungsweise Institutionen vertreten.

Abbildung 2: Beteiligte Gremien in der WWU



## Weitere Gremien der WWU

Die Sitzungen des ECOFIN-Rats werden durch den Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA), den Wirtschaftspolitischen Ausschuss (WPA) und den Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) vorbereitet. Der WFA ist dabei das wichtigste Vorbereitungsgremium, da dort das Gros der Fragestellungen zur Wirtschafts- und Finanzlage (insbesondere im Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt) für den ECOFIN-Rat vorbereitet und entsprechend analysiert wird.

## Regelwerk

Die Konstruktion der WWU impliziert, dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitiken als eine Angelegenheit gemeinsamen europäischen Interesses betrachten. Täten sie dies nicht, könnte dies zu Spannungen innerhalb der WWU führen, da Geld- und Währungspolitik wegen der Vergemeinschaftung nicht mehr im einzelstaatlichen Instrumentenkasten zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund haben die Mitgliedstaaten im Maastricht-Vertrag Regeln für die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftspolitische Koordinierung festgelegt. Die grundlegenden Bestimmungen finden sich in den Artikeln 99 und 104 des EG-Vertrags. Diese beiden Artikel werden ergänzt durch das „Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“, das dem EG-Vertrag beigefügt ist. Konkretisiert werden diese Vertragsbestimmungen durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), der vom Europäischen Rat im Jahr 1997 in Amsterdam beschlossen und im Jahr 2005 in Brüssel reformiert wurde. Der SWP wurde im Zuge der Vorbereitung der Einführung des Euro auf Initiative Deutschlands vereinbart, damit die Mitgliedstaaten auch nach Einführung der Gemeinschaftswährung eine solide Finanzpolitik verfolgen und damit die notwendige Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum sowie für

nachhaltiges Vertrauen in den Euro schaffen<sup>6</sup>. Hiermit soll auch verhindert werden, dass eine zu nachlässige Haushaltspolitik eines Staates das Zinsniveau im gesamten Euroraum erhöht und so von den anderen Mitgliedstaaten mitgetragen werden muss. Der SWP gilt grundsätzlich sowohl für die Länder des Euroraums als auch für die Mitgliedstaaten, die den Euro noch nicht eingeführt haben.

## 4 Potenzial zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion

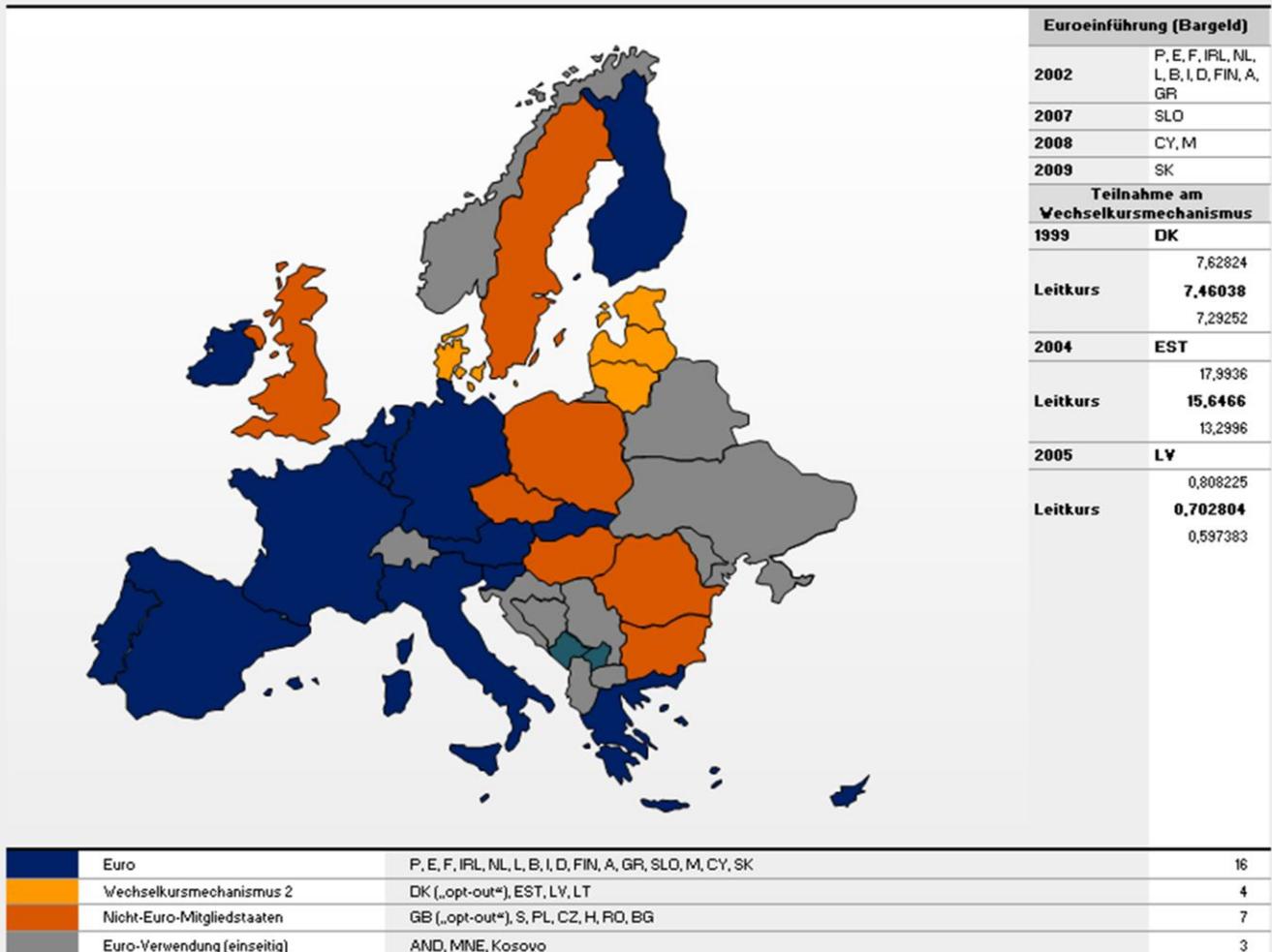
Mit Blick auf die wesentlichen Entscheidungen vom Mai 1998 für den Eintritt in die dritte Stufe legte die Europäische Kommission am 8. Mai 2008 einen umfassenden Bericht zur Lage der WWU vor<sup>7</sup>. Dieser Bericht setzte sich aus drei Teilen zusammen: Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre, zukünftige Ziele und Herausforderungen sowie Politik und Lenkungsstrukturen des Euroraums. Insbesondere der dritte Teil wurde in der Folge eingehend diskutiert, da er viele, teilweise sehr weitgehende Vorschläge zur Weiterentwicklung der WWU beinhaltet. So identifizierte die Kommission drei Sektoren, in denen sie Potenzial zur Weiterentwicklung sah:

---

<sup>6</sup> Das öffentliche nominale Defizit darf in der Regel den Referenzwert von 3% des BIP nicht überschreiten, die öffentliche Schuldenquote darf in der Regel den Referenzwert von 60% des BIP nicht überschreiten und die jeweiligen mittelfristigen Ziele der Mitgliedstaaten – einen Haushalt in konjunkturbereinigter Form zu erreichen, der nahezu ausgeglichen ist oder einen Überschuss aufweist –, sollen umgesetzt werden.

<sup>7</sup> Vgl. [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication12682\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication12682_en.pdf).

Abbildung 3: Der Euroraum



### Weiterentwicklung der internen Euroraum-Agenda

Die Kommission plädierte in ihrem Bericht für eine umfassende Überwachung, die über die „traditionelle“ Haushaltsanalyse hinausgehen müsse. Insbesondere sollten Wettbewerbsfähigkeit und konjunkturelle Lage intensiver analysiert werden. Über diese Analyse solle auch dem strukturellen Reformbedarf besser Rechnung getragen werden. Als Instrumente wurden u.a. die Weiterentwicklung beziehungsweise Verbesserung der Konjunkturdiagnose, Verhaltenskodizes für „richtige“ Finanz- und Strukturpolitik sowie die Schaffung eines Vergleichsmechanismus zur Berücksichtigung

wirtschafts- und haushaltspolitischer Auswirkungen aus Strukturreformen beschrieben. Schnell wurde deutlich, dass alle Mitgliedstaaten eine effizientere Überwachung und Analyse als wesentlich für die Widerstandskraft der WWU bewerten. Allerdings wurden die konkreten Instrumente im Einzelnen durchaus kontrovers diskutiert, da mit ihnen teilweise das bewährte Regelwerk des SWP infrage gestellt und als neue Reform nach 2005 missverstanden worden wäre. Zudem drohte die bereits beschriebene Komplexität der Verfahren noch weiter zuzunehmen. Im Ergebnis verständigten sich die Mitgliedstaaten darauf, die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit regelmäßig durch die Kommission analysieren zu lassen, um Schwachstellen und Probleme für den

Analysen und Berichte

DER EURO WIRD ZEHN

Euroraum, aber auch für die WWU insgesamt frühzeitig identifizieren zu können.

Weiterentwicklung der externen Euroraum-Agenda

In ihrem Bericht erinnerte die Kommission auch an die veränderten Rahmenbedingungen (u. a. zunehmende Globalisierung) und die damit einhergehenden Konsequenzen für den Euroraum. Sie stellte daher zur Diskussion, den Euroraum in internationalen Foren als eine Stimme auftreten zu lassen. Hier konnten sich die Mitgliedstaaten darauf verständigen, dass eine effiziente europäische Außenvertretung grundsätzlich wünschenswert ist. Gleichwohl wurde zu bedenken gegeben, dass für die Erarbeitung eines einheitlichen Meinungsbildes ein hohes Maß an Abstimmung und Koordination notwendig ist. Tatsächlich kann der Euroraum bereits auf eine Reihe von Vereinbarungen, die auf eine einheitliche Außenvertretung abzielen, verweisen. So ist für die G7 vereinbart, dass die Euro-Gruppe- sowie der EZB-Präsident in makroökonomischen Fragen sowie bei Wechselkurs Themen teilnehmen.

Das sehr ausbalancierte System der Außenvertretung kann ohnehin nur im

Einvernehmen mit allen Beteiligten (Kommission, Euro-Gruppen-Vorsitz, Ratspräsidentschaft, EZB und den betroffenen Gremien/Institutionen) geändert werden, was de facto aber immer auch mit einem Kompetenzverlust beziehungsweise -gewinn korrespondiert. Problematisiert wurde auch, dass die Zuständigkeit in weiten Teilen nach wie vor auf nationaler und nicht auf supranationaler Ebene liegt. Zudem haben sich beispielsweise die Abstimmungsprozesse zur Erarbeitung der europäischen Position beim Internationalen Währungsfonds (IWF) sehr positiv entwickelt. Im Ergebnis verzichteten die Mitgliedstaaten darauf, kurzfristig Änderungen im Bereich der Außenvertretung vorzunehmen.

Höhere Effizienz bei den WWU-Lenkungsstrukturen

Hinsichtlich der WWU-Lenkungsstrukturen bestätigte die Kommission, dass mit Blick auf die Koordinierung und Überwachung der Politiken im WWU-Kontext bereits ein sehr hohes Niveau erreicht sei. Insoweit legte sie das Hauptaugenmerk nicht auf die Schaffung neuer Verfahren, sondern vielmehr auf eine bessere Umsetzung des bereits vereinbarten Rahmens. Dies betrifft auch die volle

Außenvertretung des Euroraums

|   | Euro-Gruppen-Präsidentschaft  | EU-Präsidentschaft  | Europäische Zentralbank  | Europäische Kommission  |
|---|---|---|--|---|
| OECD  | Sitz im „Economic and Development Review Committee“ zur Überprüfung des Euroraums |   | Sitz im „Economic and Development Review Committee, im wirtschaftspolitischen sowie im Finanzmarktausschuss“ | Sitz für Gemeinschaft in allen Ausschüssen                      |
| IWF-Exekutivdirektoren                        |   | Euroraum-Position wird durch den Exekutivdirektor vorgetragen, dessen Land den Ratsvorsitz in der EU führt. | Beobachterstatus   |   |
| Internationaler Währungs- und Finanzausschuss |   | Volle Teilnahme in Abhängigkeit von der Regelung in der jeweiligen IWF-Ländergruppe                         | Beobachterstatus   | Beobachterstatus  |
| Finanzmarkt-Stabilitätsforum                  |   |   | Volle Teilnahme  |   |
| G7-Finanzminister                             | Nahezu volle Teilnahme  |   | Nahezu volle Teilnahme   | Teilnahme partiell; keine Einbindung in die Vorbereitungsarbeit |
| G20   |   | Volle Teilnahme   | Volle Teilnahme  | Mitglied der Delegation der EU-Präsidentschaft                  |

Quelle: EU-Kommission ... Annual report on the Euro Area 2007 (Juni 2007), S. 47.

## Analysen und Berichte

DER EURO WIRD ZEHN

Ausschöpfung der Vereinbarungen, die erst mit dem Lissabon-Vertrag gültig werden (u. a. spezielle Maßnahmen für den Euroraum und Frühwarnungen beziehungsweise „Blaue Briefe“ durch die Kommission). Hierdurch sollte das „Zu-eigen-Machen“ von Vereinbarungen auf EU-Ebene erhöht werden. Die Überlegungen der Kommission zu den Lenkungsstrukturen wurden von den Mitgliedstaaten grundsätzlich begrüßt. Die Anregung, den „Dialog“ mit der EZB zu stärken, traf hingegen auf ein sehr geteiltes Echo. Während einerseits auf das notwendige Zusammenspiel der wirtschafts- und währungspolitischen Stränge verwiesen wurde, lag andererseits die Betonung auf der Unabhängigkeit der EZB, die nicht infrage gestellt werden dürfe. Zudem wurde an die vielschichtigen Formen des Meinungsaustauschs mit der EZB erinnert.

### 5 Ausblick

Seit dem Maastricht-Vertrag sind keine substanziellen Änderungen am Politikfeld der WWU erfolgt. Es existiert aber bereits ein neues Regelwerk: der Vertrag von Lissabon beziehungsweise der EU-Reformvertrag. Die Intention zur Erarbeitung des EU-Reformvertrages liegt vor allem in der Sicherstellung der Handlungsfähigkeit einer EU der 27 Mitgliedstaaten. Insoweit konzentriert sich der Reformvertrag auf grundsätzliche Fragen der Zuständigkeit, der institutionellen Architektur sowie auf Vereinfachungen im Bereich von Gesetzgebung und Entscheidungsfindung. Folglich wurde auf tiefgreifende Änderungen am –relativ jungen– WWU-Politikbereich verzichtet. Auch wenn somit keine fundamentalen Neuerungen erfolgen, werden verschiedene neue Nuancen einfließen, die sich in der praktischen Arbeit bemerkbar machen werden.

Erst der Reformvertrag erklärt die Errichtung der WWU mit dem Euro als Währung zu einem expliziten Ziel der Union. Insbesondere werden in den WWU-Lenkungsstrukturen („economic

governance“) sowie am institutionellen geldpolitischen Rahmen verschiedene Änderungen vorgenommen. So ermächtigt der EU-Reformvertrag beispielsweise die Kommission, eigenständig Verwarnungen (den sogenannten „Blauen Brief“) an einen Mitgliedstaat zu richten, sollte dieser gegen die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ verstoßen oder die Funktionsfähigkeit der WWU gefährden. Allerdings bleibt es dabei, dass nur der Rat berechtigt ist, Empfehlungen für Korrekturmaßnahmen gegenüber dem betroffenen Mitgliedstaat auszusprechen. Der ECOFIN-Rat wird künftig seine Entscheidung, ob in einem Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit besteht, auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission treffen. Bislang basiert die Ratsentscheidung „nur“ auf einer Empfehlung der Kommission. Sollte der ECOFIN-Rat den Vorschlag der Kommission ändern wollen, müsste er einstimmig beschließen. Derzeit reicht hierfür eine qualifizierte Mehrheit im Rat aus.

Besonderen Kompetenzen beziehungsweise Alleinzuständigkeiten für den Euroraum werden durch den EU-Reformvertrag übersichtlicher dargestellt. So wird für die Euro-Mitgliedstaaten ein eigenes Kapitel eingeführt, für die Nicht-Euro-Mitgliedstaaten gelten auf ihrem Weg zum Euroraum „Übergangsbestimmungen“. Es kommt aber auch Neues hinzu: In Form einer „Generalermächtigung“ steht es den Euro-Mitgliedstaaten frei –mit qualifizierter Mehrheit–, Maßnahmen zu beschließen, um die Koordinierung und Überwachung der Haushaltsdisziplin zu stärken. Zudem werden Grundzüge der Wirtschaftspolitik speziell für die Euro-Mitgliedstaaten ausgearbeitet. Nur sie dürfen über deren wirtschaftspolitischen Grundzüge sowie über Empfehlungen im Rahmen von Verwarnungen und Maßnahmen im Defizitverfahren (wie beispielsweise Zwangsmittel) abstimmen, wenn sich diese an Euro-Mitgliedstaaten richten.

Die Euro-Gruppe wird im EU-Recht verankert. Es bleibt aber dabei, dass sie keine formellen

## Analysen und Berichte

### DER EURO WIRD ZEHN

Beschlüsse fassen kann. Der EU-Reformvertrag bestimmt, dass der Vorsitzende der Euro-Gruppe für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt wird. Bisher sehen die – internen – Arbeitsmethoden der Euro-Gruppe zwei Jahre Amtszeit vor.

Mit dem Reformvertrag wird die EZB zu einem EU-Organ. Die Organe sind zu gegenseitiger loyaler Zusammenarbeit verpflichtet. Die finanzielle, institutionelle und personelle Unabhängigkeit der EZB bleibt jedoch unangetastet. Erstmals wird das „Eurosistem“,

das sich aus der EZB und den nationalen Euro-Zentralbanken zusammensetzt, rechtlich verankert. Es wird für die Währungspolitik zuständig sein. Der Europäische Rat wird die sechs Mitglieder des EZB-Direktoriums (EZB-Präsident, EZB-Vizepräsident und vier weitere EZB-Mitglieder) künftig mit qualifizierter Mehrheit ernennen, wobei nur die Vertreter der Euro-Mitgliedstaaten stimmberechtigt sind. Bisher war zwischen den Staats- und Regierungschefs der Euro-Mitgliedstaaten Einvernehmen erforderlich.

# Untersuchung des deutschen Steuersystems im Hinblick auf die Gewichtung von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern

|   |   |    |
|---|---|----|
| 1 | Einführung .....  | 67 |
| 2 | Begriffliche Bestimmungen .....   | 68 |
| 3 | Entwicklungen in den Untersuchungsländern.....  | 69 |
| 4 | Ökonomische und steuersystematische Kriterien in der Bewertung der Steuerstrukturen ..... | 71 |
| 5 | Analyseschwerpunkt Unternehmensbesteuerung .....  | 72 |
| 6 | Fortentwicklung der Steuerstrukturen .....  | 73 |

- Im internationalen Vergleich ist keine „überlegene“ Kombination aus ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern erkennbar, so dass der häufig aus Vergleichen abgeleitete Handlungsdruck relativiert wird. Auch eine aus theoretischer Sicht „optimale“ Kombination gibt es nicht
- Die Bedeutung ertragsunabhängiger Steuern für die Stetigkeit des Steueraufkommens wird überschätzt.
- Die Unternehmensteuerreform 2008 wird von den Gutachtern insgesamt positiv beurteilt: Anreize zur Gewinnverlagerung werden durch die Reform reduziert, ertragsstarke Investitionen werden durch die niedrigeren Steuersätze attrahiert.

## 1 Einführung

Das Forschungsvorhaben wurde im Auftrag des Bundesfinanzministeriums von Prof. Dr. Clemens Fuest<sup>1</sup> und Dr. Michael Thöne<sup>2</sup> erstellt und zwischenzeitlich veröffentlicht<sup>3</sup>. Die

Auftragsvergabe erfolgte vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Unternehmensteuerreform 2008. Allerdings vermag das Gutachten auch für die aktuelle Diskussion um das „richtige“ Steuersystem wichtige Impulse zu geben.

Mit dem Gutachten wird insofern Neuland betreten, als die Unterscheidung zwischen ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern – anders als z. B. die zwischen direkten und indirekten Steuern - in der bisherigen steuerpolitischen Diskussion eher von untergeordneter Bedeutung war. Damit ergibt sich aber auch die Notwendigkeit von Abgrenzungen und Begriffsbestimmungen in Hinblick auf diese Klassifikation. Die Gutachter unterscheiden zwischen der Makrostruktur des Steuersystems, also dem „Mix“ aus unterschiedlichen Steuerarten, und den Mikrostrukturen, also der jeweiligen inneren

<sup>1</sup> Research Director des Centre for Business Taxation an der Universität Oxford sowie geschäftsführender Direktor des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln - FiFo Köln

<sup>2</sup> Geschäftsführer des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln - FiFo Köln

<sup>3</sup> [http://www.wiso.uni-koeln.de/finanzfors/pdf/FiFo-Berichte\\_Nr\\_10\\_2008.pdf](http://www.wiso.uni-koeln.de/finanzfors/pdf/FiFo-Berichte_Nr_10_2008.pdf)

## Analysen und Berichte

UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

Struktur der einzelnen Steuern. In beiden Fällen spielen die Kombination ertragsabhängiger und ertragsunabhängiger Komponenten eine wichtige Rolle.

Vor dem Hintergrund der Diskussion über das „Steuersystem der Zukunft“ kommt das Gutachten zu dem Ergebnis, dass es eine empirisch belegbare wissenschaftliche Lösung für die „ideale“ Kombination ertragsabhängiger und ertragsunabhängiger Steuern nicht gebe. In Hinblick auf Wachstumsfreundlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit sei ein weiterer Ausbau der indirekten Besteuerung in Kombination mit einer Absenkung der direkten Besteuerung bzw. der Sozialversicherungsabgaben vorteilhaft. Einzelne Steuerarten werden intensiv diskutiert, unter anderem die Umsatzsteuer und die Grundsteuer. Forderungen nach der Einführung der französischen Sozialsteuer oder von Lohnsummensteuern nach dem Beispiel Österreichs wird eine Absage erteilt.

Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens in einer Kurzfassung wiedergegeben.

Für die deutsche Diskussion ist das Verhältnis von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern vor allem in drei Teilbereichen aktuell:

Erstens ist in Deutschland der Anteil der Einkommen- und Gewinnsteuern seit Anfang der 90er Jahre vor allem durch Anhebung der anderen Steuern und Abgaben gesunken. Hier wären besonders die Ökosteuerreform ab 1999 oder die Mehrwertsteuererhöhung von 2007 zu nennen.

Zweitens bietet der unterdurchschnittliche Anteil der vermögensbezogenen Steuern in Deutschland immer wieder Anlass, eine Anhebung auf das Durchschnittsniveau vergleichbarer Staaten zu diskutieren.

Ein drittes wichtiges Thema der steuerpolitischen Diskussion in Deutschland, in dem die Frage „ertragsabhängige versus

ertragsunabhängige Besteuerung“ im Mittelpunkt steht, ist die Unternehmensbesteuerung. In der Diskussion über die Unternehmensteuerreform 2008 hat die Frage nach ertragsunabhängigen Elementen eine zentrale Rolle gespielt.

## 2 Begriffliche Bestimmungen

Die Unterscheidung zwischen ertragsabhängigen Steuern (EA) und ertragsunabhängigen Steuern (EUA) erfolgt in der Untersuchung auf zwei Ebenen, einmal in der Mikrostruktur der Besteuerung, einmal in deren Makrostruktur. Insbesondere in der mikrostrukturellen Betrachtung wird dabei offensichtlich, dass es zur Vermischung verschiedener Elemente innerhalb einer Steuer kommen kann. Bei den Steuern auf unternehmerische oder individuelle Erträge sind „Reinformen“ eher die Ausnahme denn die Regel. Bei genauerer Betrachtung der Mikrostruktur wird deutlich, dass die ertragsabhängigen Steuern sehr häufig auch ertragsunabhängige Elemente umfassen. Oft ist dies aus Gründen der Steuervereinfachung nötig, wenn sich reine Ertragsabhängigkeit nicht in einer Weise umsetzen lässt, die in der Praxis effizient administrierbar wäre.

Einkommen- und Gewinnsteuern gehören eindeutig zu den ertragsabhängigen Steuern; gerade sie können aber auch ertragsunabhängige Elemente enthalten<sup>4</sup>. Dieser Punkt spielt bei den Unternehmensteuern eine wichtige Rolle. Auch im Rahmen der persönlichen Einkommensteuer können auf der Mikroebene ertragsunabhängige Elemente identifiziert werden, wobei hier jedoch der Begriff des Ertrags an seine Grenzen stößt. Daneben sind die Sozialversicherungsabgaben zu klassifizieren, die zwar in der Regel im eigentlichen Sinne als Beitrag erhoben werden,

<sup>4</sup> z. B. in Form von steuerlichen Pauschbeträgen, die an Stelle des tatsächlichen Aufwands treten.

Analysen und Berichte

UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

sich von ihrer generellen Wirkung jedoch nicht oder kaum von Einkommensteuern unterscheiden. Konsumsteuern gehören zu den nicht ertragsabhängigen Steuern. Bei den vermögensbezogenen Steuern handelt es sich ebenfalls um ertragsunabhängige Steuern.

Für die internationale Vergleichsbetrachtung können ertragsunabhängige Elemente innerhalb der ertragsabhängigen Steuern nicht separat gemessen werden. In dieser makrostrukturellen Betrachtung ist es notwendig, alle einzelnen Steuern eindeutig den ertragsabhängigen Abgaben oder deren ertragsunabhängigen Counterparts zuzuordnen. Die nachfolgende Tabelle illustriert, welche Steuertypen der OECD-

Klassifikation den ertragsabhängigen und welche den ertragsunabhängigen Steuern zugeordnet werden.

### 3 Entwicklungen in den Untersuchungsländern

Der Anteil ertragsabhängiger Steuern am Gesamtsteueraufkommen nimmt für die OECD über den Zeitraum von 1955 bis 1975 von etwa 50 % auf 60 % zu. Ab 1975 verharret der Anteil für die OECD stabil bei ca. 62 % (siehe Abbildung). Von den acht näher betrachteten Staaten fallen die USA mit einem Anteil von über 71 % und die Slowakische Republik mit nur circa 55 % ertragsabhängigen Steuern im Jahr 2005 auf. Mit Blick auf die gesamte OECD werden

#### Klassifikation von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern in der Makrostruktur

|  | Ertragsabhängige Steuern (EA) | Ertragsunabhängige Steuern (EUA) |
|--|-------------------------------|----------------------------------|
| <b>Steuern auf Einkommen, Gewinne und Veräußerungserlöse</b>                   |                               |                                  |
| der Haushalte  | X                             |                                  |
| Einkommen und Gewinne  | X                             |                                  |
| Veräußerungserlöse   | X                             |                                  |
| der Unternehmen  | X                             |                                  |
| Gewinne  | X                             |                                  |
| Veräußerungserlöse   | X                             |                                  |
| <b>Sozialversicherungsbeiträge</b>   |                               |                                  |
| der Beschäftigten  | X                             |                                  |
| der Arbeitgeber  | X                             |                                  |
| der Selbständigen und/oder Arbeitslosen  | X                             |                                  |
| <b>Steuern auf Lohnsummen oder Beschäftigtenzahl</b>                           |                               | X                                |
| <b>Vermögenssteuern</b>  |                               |                                  |
| Regelmäßige Steuern auf immobilies Vermögen                                    |                               | X                                |
| der Haushalte  |                               | X                                |
| andere   |                               | X                                |
| Regelmäßige Steuern auf Netto-Vermögen   |                               | X                                |
| der Haushalte  |                               | X                                |
| der Unternehmen  |                               | X                                |
| Nachlass, Erbschaft, Schenkung   |                               | X                                |
| Rechtsverkehr, Kapitaltransaktionen  |                               | X                                |
| Nicht regelmäßige Vermögenssteuern   |                               | X                                |
| <b>Steuern auf Güter und Dienstleistungen</b>                                  |                               |                                  |
| Steuern auf Produktion, Verkauf, Transfer etc.                                 |                               | X                                |
| Allgemeine Umsatz- oder Verkaufsteuern   |                               | X                                |
| Steuern auf spezielle Güter und Dienstleistungen                               |                               | X                                |
| Steuern auf Nutzung von Gütern oder für die Durchführung von best. Tätigkeiten |                               | X                                |
| <b>Andere Steuern</b>  | X <sup>1</sup>                | X <sup>1</sup>                   |

<sup>1</sup> Einordnung nach Einzelfall, i.d.R. EUA.

Analysen und Berichte

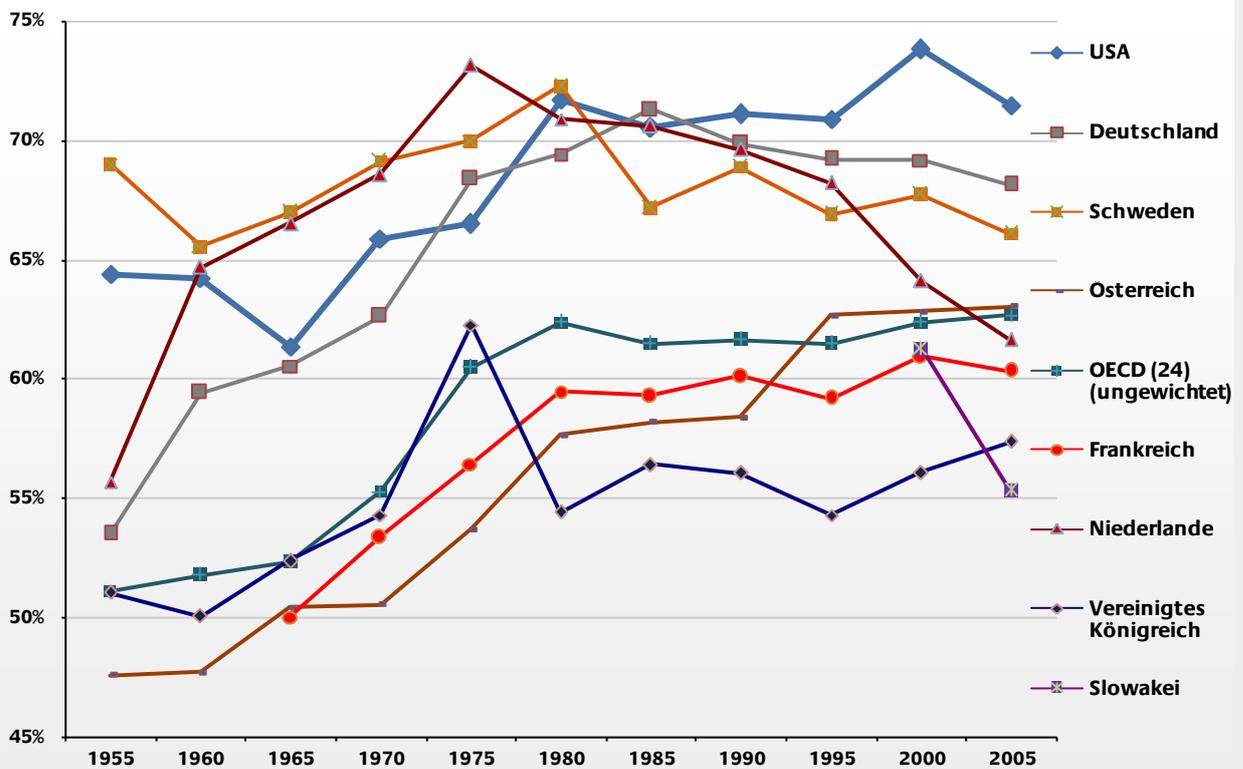
UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

unterdurchschnittliche Werte für alle neuen Mitglieder (außer der Tschechischen Republik) sowie Australien, Frankreich, Griechenland, Island, Irland, Portugal und das Vereinigte Königreich ermittelt.

Auf Ebene der acht näher untersuchten Staaten ergeben sich teilweise deutlich unterschiedliche Entwicklungspfade. Während die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Schweden ab Mitte der 80er Jahre relativ konstante Anteile aufweisen, zeigen sich bei den übrigen vier Ländern teilweise starke Dynamiken. In Deutschland setzt nach Erreichen eines Höchstanteils Mitte der 80er Jahre ein leicht negativer Trend zu einem geringeren Anteilswert von circa 68% ein. Ein wesentlich deutlicherer Abwärtstrend

ist ab Anfang der 90er Jahre in den Niederlanden zu verzeichnen, der Anteil ertragsabhängiger Steuern am Gesamteueraufkommen nimmt dort innerhalb von zehn Jahren um rund zehn Prozentpunkte ab. Auch für die Slowakische Republik kann innerhalb des kurzen Betrachtungszeitraums eine massive Abnahme des Anteils ertragsabhängiger Steuern festgestellt werden. Der Anteil geht von circa 64% im Jahr 1998 auf 55% im Jahr 2005 zurück. Eine gegenläufige Entwicklung ist in Österreich zu beobachten. Dort vollzieht sich bis Mitte der 90er Jahre ein stetiger Anstieg des Anteils ertragsabhängiger Steuern, der ab Mitte der 90er Jahre bei einem Wert von etwa 62% in eine Phase der Konstanz mündet.

Anteil der ertragsabhängigen Steuern am Gesamtaufkommen 1955 bis 2005



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Analysen und Berichte

UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

In der Untersuchung wird eine breite Palette möglicher erklärender Parameter für diese heterogenen Entwicklungen überprüft. Insgesamt liefert die Analyse aber kein schlüssiges und einfaches Erklärungsmuster für die Anteile ertragsabhängiger Steuern am Gesamtsteueraufkommen. Hier kommen offensichtlich sehr unterschiedliche, nicht über einen Kamm zu scherende Einflüsse und steuerpolitische Traditionen zum Ausdruck.

### 4 Ökonomische und steuersystematische Kriterien in der Bewertung der Steuerstrukturen

Die Zusammensetzung des Steuersystems aus ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern gehört zu den grundlegenden Gestaltungsfragen der Steuerpolitik. In dieser Untersuchung wurden insbesondere ökonomische Kriterien zur Bewertung der Gewichtung von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Elementen herangezogen. Was sind die ökonomischen Folgen einer Änderung der Struktur aus ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern vor dem Hintergrund dieser Kriterien? Sie hängen zunächst einmal davon ab, um welche Steuern es sich dabei handelt. Unter den ertragsunabhängigen Steuern haben indirekte Steuern wie die Umsatzsteuer und spezielle Verbrauchsteuern andere Auswirkungen als vermögensbezogene Steuern. Ein Ausbau ertragsunabhängiger Elemente bei den ertragsabhängigen Steuern, vor allem den Steuern auf Unternehmensgewinne, hat wieder andere Folgen.

Allgemein gilt, dass ein Ausbau der ertragsunabhängigen Besteuerung die Verteilung der Steuerlasten nach dem Prinzip der individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurückdrängt. Das trifft jedenfalls insoweit zu, wie das Einkommen als Indikator angesehen wird. Wenn auch das Vermögen als Indikator für wirtschaftliche

Leistungsfähigkeit betrachtet wird, muss die Umstrukturierung des Steuersystems in Richtung ertragsunabhängiger Besteuerung, sofern dies eine Einführung oder Erhöhung von (speziellen) Vermögensteuern bedeutet, nicht notwendigerweise eine Abkehr von der Steuerlastverteilung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit bedeuten.

Vor allem von finanzwissenschaftlicher Seite wird vielfach argumentiert, dass die Konsumausgaben der bessere Indikator für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit oder jedenfalls für eine gerechte Verteilung von Steuerlasten seien. Aus dieser Perspektive ist ein Ausbau ertragsunabhängiger Steuern in Form indirekter Steuern unter dem Aspekt der Steuergerechtigkeit weniger negativ zu beurteilen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass indirekte Steuern nicht progressiv gestaltet werden können, eine progressive Besteuerung also nur auf der Basis direkter Steuern umgesetzt werden kann. Die Bewertung dieser Verteilungswirkungen ist vor allem eine politische Frage.

Für einen Umbau des Steuersystems in Richtung indirekter Steuern spricht darüber hinaus, dass diese Steuern keine negativen Anreize für Ersparnis und Kapitalakkumulation bewirken und damit wachstumsfreundlicher sind. Unter dem Aspekt des Steuer- und Standortwettbewerbs haben sie den Vorteil, dass sie nach dem Bestimmungslandprinzip erhoben werden und daher die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produktion nicht beeinträchtigen. Auch unter den Kriterien der Stetigkeit des Steueraufkommens, der Administrierbarkeit und der Demografiefestigkeit schneiden allgemeine Konsumsteuern gut ab. Allerdings trifft ein Ausbau dieser Steuern dort auf Grenzen, wo illegale Steuerumgehung durch Schwarzarbeit, Steuerbetrug und Schmuggel zunimmt.

Ein Ausbau vermögensbezogener Steuern ist je nach Art sehr unterschiedlich zu beurteilen. Bei der Vermögensteuer wirft die

## Analysen und Berichte

UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

Bewertungsproblematik Schwierigkeiten für die Administration und die Akzeptanz der Besteuerung auf. Auch der zunehmende internationale Steuerwettbewerb spricht gegen eine Vermögensbesteuerung, zumindest soweit international mobiles Vermögen betroffen ist. Bei der Grundsteuer können sich je nach Ausgestaltung ebenfalls Bewertungsprobleme stellen. Vorteilhaft ist hier aber, dass ein allgemein akzeptierter Bezug zu kommunalen öffentlichen Leistungen besteht (Äquivalenzprinzip) und die Bemessungsgrundlage immobil ist. Ökonomische Verzerrungen oder nachteilige Auswirkungen auf Beschäftigung und Wachstum sind bei Grundsteuern in geringerem Ausmaß zu erwarten als bei anderen Steuern.

### 5 Analyseschwerpunkt Unternehmensbesteuerung

Ertragsunabhängige Steuern spielen im Rahmen der Unternehmensbesteuerung in Deutschland derzeit eine vergleichsweise geringe Rolle. Der Abbau ertragsunabhängiger Unternehmensteuern in Deutschland ist vor allem auf die Abschaffung der kommunalen Lohnsummensteuer im Jahr 1980 und die Abschaffung der Gewerbesteuer im Jahr 1998 zurückzuführen.

Wegen der bereits hohen Belastung der Löhne und Gehälter durch Sozialversicherungsbeiträge wird in Deutschland derzeit die Einführung einer zusätzlichen Lohnsummensteuer nicht diskutiert. Stattdessen stand eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Unternehmensgewinnsteuern um ertragsunabhängige Elemente zur Debatte. Teilweise sind derartige Maßnahmen im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 bereits ergriffen worden. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht stellt sich dabei die Frage, in welchem Umfang ertragsunabhängige Elemente in der Unternehmensbesteuerung die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort

verändern und wie effektiv diese Form der Besteuerung darin ist, das Ziel der Beschaffung von Steueraufkommen zu erreichen. Dazu hat diese Untersuchung folgende Ergebnisse erbracht:

- 1. Die Attraktivität eines Landes für Investoren hängt im Bereich der Steuern sowohl von ertragsabhängigen als auch von ertragsunabhängigen Steuern ab. Wenn die Steuerbemessungsgrundlage der Gewinnsteuern durch die Hinzurechnung ertragsunabhängiger Elemente wie beispielsweise Fremdkapitalzinsen erweitert wird, erhöht dies bei sonst gleichbleibenden Parametern des Steuersystems die effektive Steuerbelastung. Der Anstieg des Effektivsteuersatzes ist bei ertragsschwachen Investitionen größer als bei ertragsstarken.
- 2. Eine Kombination aus einer Erweiterung der Hinzurechnung ertragsunabhängiger Elemente und einer Steuersatzsenkung hat asymmetrische Auswirkungen auf unterschiedliche Investitionstypen.
- 3. Empirische Studien über den Einfluss von Unternehmensgewinnsteuern auf die Standortwahl von Unternehmen haben gezeigt, dass Steuern die Standortwahl signifikant beeinflussen. Eine Senkung der Effektivbelastung führt also ceteris paribus zu steigenden Investitionen.
- 4. Die Auswirkungen einer Politik, die Steuersätze senkt und ertragsunabhängige Elemente in der Bemessungsgrundlage ausbaut, wird dazu führen, dass das betreffende Land mehr ertragsstarke Investitionen anzieht und weniger ertragsschwache. Ob die Kapitalzuflüsse per Saldo zunehmen oder abnehmen, ist zum einen davon abhängig, in welchem Umfang Steuersätze gesenkt und Hinzurechnungen gesteigert werden. Zum anderen hängt die Wirkung davon ab, ob ertragsstarke oder ertragsschwache Investitionen elastischer auf

## Analysen und Berichte

UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

Steueränderungen reagieren. Die vorliegenden empirischen Studien lassen hier keine verlässlichen Aussagen zu.

- 5. Eine Politik der Steuersatzsenkung und der Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen, auch durch ertragsunabhängige Elemente, reduziert die Anreize, Buchgewinne durch steuerliche Gestaltungen in Niedrigsteuerländer zu verlagern. Vorliegende empirische Untersuchungen geben Hinweise darauf, dass die Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in Deutschland sich infolge der Steuerreform 2008 durch verringerte Gewinnverlagerung ins Ausland um bis zu 10 % erhöhen wird.
- 6. Umstritten ist, über welche Instrumente die steuerlich motivierte internationale Verlagerung von Buchgewinnen vornehmlich abgewickelt wird und welche Formen der Gewinnverlagerung auf steuerliche Anreize am stärksten reagieren. Es wird aber deutlich, dass ein Ausbau der ertragsunabhängigen Elemente in der Unternehmensbesteuerung mit Standortrisiken verbunden ist und daher behutsam erfolgen sollte.
- 7. Dass Unternehmen in Ländern mit niedrigeren Steuern höhere Gewinne ausweisen, ist nicht notwendigerweise allein auf Gewinnverlagerung zurückzuführen. Die Ursache kann auch darin liegen, dass profitträchtige Investitionsprojekte eher in Niedrigsteuerländern angesiedelt werden, während weniger gewinnträchtige Vorhaben in Hochsteuerländern realisiert werden. Eine Senkung von Steuersätzen und die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage sind geeignet, diesem für Hochsteuerländer nachteiligen Selektionseffekt entgegenzuwirken.
- 8. Es ist davon auszugehen, dass neben Steuern auf Unternehmensgewinne auch ertragsunabhängige Steuern wie

Lohnsummensteuern, indirekte Steuern oder vermögensbezogene Steuern die Position eines Landes im internationalen Steuerwettbewerb beeinflussen. Empirische Untersuchungen dieses Zusammenhangs sind allerdings bisher nur in geringem Umfang verfügbar.

## 6 Fortentwicklung der Steuerstrukturen

Welche Perspektiven ergeben sich für die langfristige Fortentwicklung der Steuerstrukturen in Deutschland? Zunächst ist festzuhalten, dass es eine aus theoretischer Sicht „optimale“ Kombination aus ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern wohl nicht gibt. Zu unterschiedlich sind die Wirkungen verschiedener Formen ertragsunabhängiger Besteuerung, und auch bei den einzelnen Formen hat sich gezeigt, dass die Bewertung sich aus einem komplexen Zusammenspiel allokativer, distributiver, administrativer und teils auch politischer Aspekte ergibt. Auch aus empirischer Sicht ist nicht erkennbar, dass eine bestimmte Kombination aus ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern sich unter erkennbaren Umständen als dominant erweist. Dennoch lassen sich mit der angesichts der Komplexität der Materie gebotenen Vorsicht einige Perspektiven für das deutsche Steuersystem erkennen:

- 1. Sowohl unter dem Aspekt der Wachstumsfreundlichkeit des Steuersystems als auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit inländischer Produktion ist ein weiterer Ausbau der indirekten Besteuerung und eine Rückführung der direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vorteilhaft. Auch unter dem Aspekt der mittelfristigen Demografiefestigkeit des Steuersystems erscheint dies vorteilhaft, denn der Konsum ist gleichmäßiger über den Lebenszyklus verteilt als die Einkommenserzielung. Hier sind allerdings die Auswirkungen auf die Verteilung der

## Analysen und Berichte

UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

Steuerlasten zu berücksichtigen, denn die Besteuerung nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wird dabei zurückgedrängt. Wie hoch man diesen Aspekt gewichtet, ist letztlich eine politische Frage. Aus empirischer Sicht würde Deutschland sich damit den im OECD-Durchschnitt zu beobachtenden Steuerstrukturen weiter annähern.

Aus steuerpolitischer Sicht stellt sich die Frage, wie hoch das Steueraufkommenspotenzial in diesem Bereich zu veranschlagen ist. Dabei ist in erster Linie an die Umsatzsteuer zu denken. Nach den derzeitigen europarechtlichen Rahmenbedingungen wäre eine Erhöhung des Normalsatzes der Umsatzsteuer auf bis zu 25 % denkbar. Dies erscheint kurzfristig und vor dem Hintergrund der erst zu Beginn des Jahres 2007 erfolgten Erhöhung des Steuersatzes nicht naheliegend. Auf mittlere und lange Sicht ist dies im Sinne einer Bestimmung der Spielräume für die Umstrukturierung des Steuersystems durchaus als Orientierungspunkt anzusehen. Zu betonen ist, dass es dabei nicht um eine Erhöhung der Gesamtsteuerlast gehen kann, sondern um eine Anpassung der Steuerstruktur, die eine Senkung der Einnahmen aus direkten Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen im Gegenzug beinhaltet. Abhängig davon, ob auch der ermäßigte Steuersatz und andere indirekte Steuern wie die Mineralölsteuer einbezogen werden, ergibt sich hier ein Umstrukturierungsvolumen von 30 bis 40 Mrd. Euro pro Jahr.

- 2. Bei den vermögensbezogenen Steuern erscheint mittelfristig in erster Linie ein Ausbau der Grundsteuern erfolgversprechend. Für eine stärkere Belastung von Grund und Boden sprechen zunächst die Erkenntnisse der Steuerwettbewerbsforschung. Deren Ergebnisse legen nahe, dass eine starke dezentrale Besteuerung mobiler Faktoren

im faktischen Steuerwettbewerb langfristig nicht durchsetzbar ist. Entsprechend werden dezentrale öffentliche Leistungen verstärkt durch die Besteuerung immobiler Faktoren finanziert werden müssen. Die Grundsteuer ist angesichts ihrer immobilen Bemessungsgrundlage besonders als Steuer für dezentrale Gebietskörperschaften geeignet, da Verzerrungen infolge der Mobilität von Bemessungsgrundlagen zwischen Kommunen vermieden werden.

Ein Ausbau der Grundsteuer als kommunale Einnahmequelle ließe sich auch im internationalen Vergleich rechtfertigen: Während im Durchschnitt der OECD derartige *property taxes* rund 46 % zur Gemeindefinanzierung beitragen, sind es in Deutschland nur knapp 17 %. Ähnlich deutlich sind auch die Unterschiede, wenn man den Anteil der Grundsteuer am gesamten Steueraufkommen betrachtet, hier steht ein Anteil von nur 1,3 % in Deutschland einem durchschnittlichen Anteil von 6,4 % gegenüber. Auch wenn man die „Verzerrung“ in diesem Vergleich korrigiert<sup>5</sup>, ist die deutsche Grundsteuer immer noch weit unterdurchschnittlich. Vor diesem Hintergrund könnte eine Reform der Grundsteuer deren derzeitiges Aufkommensniveau von rund 10½ Mrd. Euro p.a. rechnerisch durchaus verdoppeln, ohne dass dadurch die deutsche Grundsteuer im internationalen Vergleich schon als hoch anzusehen wäre. Selbst eine Verdreifachung würde in einer Grundsteuer resultieren, die international immer noch unterdurchschnittlich wäre hinsichtlich ihres Anteils an Gesamt- und

<sup>5</sup> Im internationalen Vergleich sind deutliche Unterschiede bezüglich der Finanzierung kommunaler Aufgaben festzustellen; diese werden z.B. im angelsächsischen Raum stärker über die Grundsteuer finanziert, in Deutschland dagegen vielfach über Gebühren.

## Analysen und Berichte

UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

Kommunalsteueraufkommen. Natürlich sollte aus der rechnerischen Machbarkeit derart starker Veränderungen der Aufkommensstrukturen nicht direkt auf deren steuerpolitische Wünschbarkeit zurück geschlossen werden.

- 3. Die anderen vermögensbezogenen Steuern sind deutlich problematischer. Bei den Vermögensteuern sind die Bewertungs- und Akzeptanzprobleme erheblich, und der internationale Standortwettbewerb spricht ebenfalls gegen einen Ausbau dieser Steuern. Sie sind auch international auf dem Rückzug. Letzteres gilt auch für Erbschaftsteuern, wobei allerdings deren Aufkommen sich im OECD-Durchschnitt in den vergangenen Jahren stabilisiert hat, wenn auch auf niedrigem Niveau. Bei den Erbschaftsteuern gehen verschiedene Länder sehr unterschiedliche Wege. Aspekte der Effizienz- und Verteilungswirkungen der Besteuerung oder administrative Erwägungen können dies nur teilweise erklären. Relevant sind sicherlich auch politische Bewertungen, die etwa den Stellenwert der Familie betreffen. Klar dürfte aber sein, dass angesichts des beschränkten Aufkommenspotenzials und des internationalen Steuerwettbewerbs, von dem vor allem die Besteuerung großer Erbschaften betroffen ist, die Erbschaftsteuer auch in Zukunft nur eine Nebenrolle im Steuersystem spielen kann.
- 4. Der Ausbau ertragsunabhängiger Elemente in der Unternehmensbesteuerung wie etwa die Begrenzung des Zinsabzugs birgt Standortrisiken für weniger gewinnträchtige Investitionen. Andererseits ist diese Politik durchaus geeignet, das deutsche Steueraufkommen effektiv gegen internationale Gewinnverlagerung durch Fremdfinanzierung zu schützen. Gegenüber einer Erhebung des gleichen

Steueraufkommens durch Steuersatzsteigerungen hat die Einschränkung des Zinsabzugs aus nationaler Sicht Vorteile. Das spricht dafür, die Kombination aus Steuersatzsenkungen und Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen weiterzuverfolgen.

Allerdings ist zu beachten, dass andere Länder darauf reagieren werden und ihrerseits Anreize haben, steuerpolitische Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, dass Aufwand eher in anderen Ländern geltend gemacht wird. Um volkswirtschaftlich schädliche Nebenwirkungen zu vermeiden, ist es wichtig, typischerweise kleinere, rein national agierende Unternehmen, bei denen das Einschränken der internationalen Gewinnverlagerung nicht relevant ist, von den Maßnahmen auszunehmen. Ob die neu eingeführte Zinsschranke hier das optimale Instrument darstellt, müssen Erfahrung und die Anwendung in der Praxis zeigen.

Insgesamt stößt das Potenzial für einen weiteren Ausbau der ertragsunabhängigen Elemente in der Unternehmensbesteuerung in Deutschland an enge Grenzen. International besteht diese Besteuerung vor allem in Lohnsummensteuern. Das Beispiel der österreichischen Lohnsummensteuer ist in Deutschland besonders intensiv diskutiert worden. Prinzipiell wäre es zwar auch in Deutschland denkbar, eine Lohnsummensteuer einzuführen, um Steuersatzsenkungen bei den Gewinnsteuern zu finanzieren und so zu versuchen, die Position Deutschlands im Steuerwettbewerb zu verbessern. Der damit verbundene Preis einer Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit darf jedoch nicht vergessen werden. In Deutschland ist von einem Ausbau der Unternehmensbesteuerung in diese

▮ Analysen und Berichte

UNTERSUCHUNG DES DEUTSCHEN STEUERSYSTEMS IM HINBLICK AUF DIE GEWICHTUNG VON ERTRAGSABHÄNGIGEN UND ERTRAGSUNABHÄNGIGEN STEUERN

Richtung abzuraten, weil die im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen

Sozialversicherungsbeiträge den Faktor Arbeit und damit den Arbeitsmarkt bereits stark belasten.

# Kolloquium zur Steuerrechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH)

|     |  |    |
|-----|--|----|
| 1   | Ausgangspunkt .....  | 77 |
| 2   | Kolloquium .....   | 78 |
| 2.1 | Panel 1 - Recht der direkten Steuern im europäischen und internationalen Rahmen..... | 78 |
| 2.2 | Panel 2 - Perspektiven der Mitgliedstaaten .....                                     | 80 |
| 2.3 | Panel 3 - Ausgewählte Aspekte der EuGH-Rechtsprechung .....                          | 82 |
| 2.4 | Panel 4 - Perspektiven – Politik und Wissenschaft .....                              | 83 |
| 3   | Fazit.....   | 84 |

- Die 250 internationalen Teilnehmer des Kolloquiums diskutierten aktuelle Themen des europäischen Steuerrechts.
- Die Mehrheit der Teilnehmer zog eine positive Bilanz der jüngeren Entwicklung in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.
- Fragen des europäischen Steuerrechts bedürfen aber auch gemeinsamer politischer Lösungen.

Am 17. und 18. November 2008 fand im Bundesministerium der Finanzen auf Einladung des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück, ein internationales Kolloquium zum europäischen Steuerrecht statt. Unter dem Thema „Die Rechtsprechung des EuGH in ihrer Bedeutung für das nationale und internationale Recht der direkten Steuern“ diskutierten 250 Teilnehmer aus Wissenschaft und Praxis aktuelle Fragestellungen mit Referenten des Europäischen Gerichtshofs, der EU-Kommission und Vertretern der Mitgliedstaaten. Das Kolloquium, eine Initiative von Staatssekretär Dr. Axel Nawrath, ist ein wichtiger Bestandteil des Projekts Europäische Rechtsprechung im Bundesministerium der Finanzen.

## 1 Ausgangspunkt

Bereits in den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften von 1951 und 1957 wurde dem Europäischen Gerichtshof die Aufgabe übertragen, die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge in den Mitgliedstaaten sicherzustellen. Da der EG-Vertrag das Recht

der direkten Steuern nicht ausdrücklich als Aufgabe der Gemeinschaft benennt, erstreckte sich zunächst auch die Rechtsprechung des Gerichtshofs nicht auf diesen Bereich. Einen „Paradigmenwechsel“ vollzog der EuGH dann im Jahr 1986, als er in seinem Urteil *Avoir fiscal* (Rechtssache C-270/83) unter dem Blickwinkel der Vervollkommnung des Binnenmarktes erstmals auch seine Zuständigkeit für die direkten Steuern betonte.

Seitdem hat der EuGH in mehr als 100 Urteilen zu Rechtsnormen aus diesem Bereich Stellung genommen und hat damit das Recht der direkten Steuern maßgeblich beeinflusst. Die nationale Steuerhoheit entbindet die Mitgliedstaaten nicht von der Beachtung des Gemeinschaftsrechts, insbesondere der Wahrung der europäischen Grundfreiheiten, also der Freizügigkeit, der Dienstleistungs-, Niederlassungs- und der Kapitalverkehrsfreiheit. Vor allem im Rahmen sogenannter Vorabentscheidungsverfahren überprüft der EuGH das jeweilige nationale Steuerrecht auf dessen Vereinbarkeit mit den europäischen Grundfreiheiten. Stellt der EuGH dabei eine nicht gerechtfertigte

## Analysen und Berichte

### KOLLOQUIUM ZUR STEUERRECHTSPRECHUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS (EUGH)

Diskriminierung oder Beschränkung der Grundfreiheiten fest, dürfen die betreffenden Normen nicht mehr angewendet werden. In Reaktion darauf sind die Mitgliedstaaten häufig gezwungen, eine Änderung ihrer Gesetze vorzunehmen. Somit übt der Gerichtshof einen erheblichen Einfluss auf die Rechtsentwicklung bei den direkten Steuern aus. Da die Entscheidungen des EuGH außerdem grundsätzlich rückwirkend gelten und eine zeitliche Beschränkung der Urteilstwirkungen nur in seltenen Ausnahmefällen angeordnet wird, sind die fiskalischen Auswirkungen oft erheblich.

Im Schnittpunkt von Gemeinschaftsrecht, nationalen Rechtsordnungen und häufig auch zwischenstaatlichen Vereinbarungen (wie den Doppelbesteuerungsabkommen) treten komplexe Fragestellungen auf. Dies ist nicht zuletzt auf das Aufeinandertreffen zweier sehr unterschiedlicher Rechtsmaterien zurückzuführen: einem fein ausdifferenzierten und kompliziert geformten nationalen Steuerrecht auf der einen Seite sowie dem Gemeinschaftsrecht auf der anderen Seite, das durch Auslegung allgemeiner Prinzipien Gestalt annimmt. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, einen offenen Dialog mit dem EuGH zum europäischen Steuerrecht zu führen und dabei positive Entwicklungen hervorzuheben sowie die bestehenden rechtlichen Herausforderungen zu diskutieren.

## 2 Kolloquium

Das zweitägige Kolloquium bestand aus vier Panels und wurde mit einer Podiumsdiskussion abgeschlossen. Der erste Tag widmete sich übergreifenden Themen wie der Rechtsprechungsdogmatik des EuGH und den Perspektiven verschiedener Mitgliedstaaten auf die Tätigkeit des Gerichtshofs. Am zweiten Tag standen dann Einzelfragen der EuGH-Rechtsprechung im Mittelpunkt. Die Panels erlaubten es, mit den Referenten über ihre Vorträge und einzelne Positionen zu

diskutieren – eine Möglichkeit, von der die Teilnehmer regen Gebrauch machten.

In seiner Begrüßungsrede appellierte der Bundesminister der Finanzen, Peer Steinbrück, an die Teilnehmer des Kolloquiums, die Rechtsprechung des EuGH im Bereich der direkten Steuern nicht nur in ihrem fachlichen, sondern auch in ihrem gesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Er wies auf die Notwendigkeit hin, das Europarecht im Rahmen der Rechtsfortbildung systematisch weiterzuentwickeln. Denn die zunehmende Anzahl von Steuerumgehungen und -hinterziehungen sowie das Verhalten von Unternehmen, mithilfe großen Beratungsaufwandes ihr Steuersubstrat in Niedrigsteuerländer zu verlagern, verletzen das Gefühl der Bürger für soziale Gerechtigkeit. Das drohe die Legitimation des bisherigen gesellschaftspolitischen Ordnungsmodells zu untergraben und gefährde letztlich die demokratische Substanz der Gesellschaft. Staat und Rechtsprechung müssten gemeinsam dafür sorgen, dass alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Steuern bezahlen.

### 2.1 Panel 1 - Recht der direkten Steuern im europäischen und internationalen Rahmen

Das erste Panel des Kolloquiums beschäftigte sich mit dem „Recht der direkten Steuern im europäischen und internationalen Rahmen“. Nach einführenden Worten von Ministerialdirektor Florian Scheurle übernahm Prof. Dr. Moris Lehner von der Ludwig-Maximilians-Universität München die Moderation dieses Panels.

Den Auftakt bildete der Vortrag von Prof. Dr. Peter J. Wattel, Generalanwalt beim Hoge Raad der Niederlande, Den Haag, über den „Rechtsrahmen für die ‚Steuerrechtsprechung‘ des EuGH (einschließlich der Kompetenzsituation)“. Er räumte ein, dass die Prüfung des hochtechnischen nationalen Steuerrechts an den Grundfreiheiten (und damit die Gegenüberstellung zweier völlig

## Analysen und Berichte

KOLLOQUIUM ZUR STEUERRECHTSPRECHUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS (EUGH)

unterschiedlicher Abstraktionsniveaus) zu äußerst komplexen Konstellationen führe, die häufig durch die Einbeziehung des Netzes der Doppelbesteuerungsabkommen auf der Grundlage des OECD-Musterabkommens noch verschärft würden. Es entstehe eine komplizierte und zum Teil chaotische „negative tax integration“. Die Mitgliedstaaten sähen sich einer Case-Law-Rechtsprechung gegenüber, die zwar dem Einzelfall gerecht werde, insgesamt aber häufig widersprüchlich sei. Nicht immer mache der Gerichtshof deutlich, ob und inwieweit er sich von früheren Entscheidungen distanziert habe. Darüber hinaus sei es wichtig, auch die Grenzen der EuGH-Rechtsprechung zu beachten: So könne der Gerichtshof bestimmte Regelungen der direkten Steuern zwar für unzulässig erklären, er sei jedoch nicht befugt, den Mitgliedstaaten Lösungen im Sinne einer „Best-Practice“-Methode vorzugeben. Auch könne und sollte der EuGH keine politischen Entscheidungen treffen. Welchem Mitgliedstaat bei konkurrierender Zuständigkeit die Besteuerungsbefugnis zustehe, müsse den demokratisch gewählten Organen vorbehalten bleiben. Aber auch die Mitgliedstaaten treffe eine Teilverantwortlichkeit für die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der direkten Steuern, da sie sich bisher zu wenig für eine einheitliche europäische Gesetzgebung eingesetzt hätten.

Anschließend gab Prof. Dr. Koen Lenaerts, Kammerpräsident am Europäischen Gerichtshof, Luxemburg, den Hörern einen Überblick über „Die Entwicklung der Rechtsprechung des EuGH im Bereich der direkten Steuern“. Ungeachtet der Fülle und Vielgestaltigkeit folgten alle Entscheidungen des Gerichtshofs dem „Grundsatz der gemeinschaftsrechtlichen Umrahmung“ der direkten Besteuerung in den Mitgliedstaaten. Das beinhalte auf der einen Seite, dass die Mitgliedstaaten den EG-Vertrag beachten und vor allem das in den Verkehrsfreiheiten verankerte Prinzip der steuerlichen Gleichbehandlung sicherstellen müssten. Falls ein Mitgliedstaat beschlossen habe, die

wirtschaftliche Doppelbesteuerung der von einer gebietsansässigen Gesellschaft an einen gebietsansässigen Aktionär ausgeschütteten Dividende durch eine Steuerbefreiung oder ein Steueranrechnungsverfahren zu vermeiden, dann müsse mit der Dividende, die an denselben Aktionär, jedoch von einer gebietsfremden Gesellschaft ausgeschüttet werde, ebenso verfahren werden. Diese im Urteil *Avoir fiscal* (Rechtssache C-270/83) entwickelte Lösung habe der EuGH im Urteil *Manninen* (Rechtssache C-319/02) für eingehende Dividenden weitergeführt. Wie aus der Entscheidung *Denkavit International und Denkavit France* (Rechtssache C-170/05) ersichtlich, gälten diese Erwägungen aber auch für ausgehende Dividenden. Würden gebietsansässige Gesellschaften als Anteilseigner aufgrund einer Steuerbefreiung nicht an der Quelle besteuert, müssten gebietsfremde Anteilseigner ebenso behandelt werden. Auf der anderen Seite beinhalte das „Umrahmungsprinzip“, dass auch die Gemeinschaftsorgane die Befugnisse der Mitgliedstaaten zu achten hätten. Damit werde eine ausgewogene Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse gewährleistet, d. h., dass jeder für die Besteuerung eines Wirtschaftsgutes zuständige Mitgliedstaat dieses auch tatsächlich besteuern könne. Umgekehrt bedeute dies aber zugleich, dass die Mitgliedstaaten keine Steuervorteile einräumen müssten, wenn sie nicht befugt seien, die entsprechenden Einkünfte zu besteuern. Das Urteil *Lidl Belgium* (Rechtssache C-414/06) habe dies bestätigt: Danach sei der Mitgliedstaat bei der Besteuerung des deutschen (Haupt-) Unternehmens nicht verpflichtet, die Verluste aus der ausländischen Betriebsstätte zu berücksichtigen, wenn nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung die Einkünfte aus dieser Betriebsstätte im Betriebsstättenstaat besteuert würden und ein dabei entstehender Verlust bereits in künftigen Besteuerungszeiträumen berücksichtigt werde. Anders stelle sich der Sachverhalt in der Rechtssache *Rewe Zentralfinanz* (Rechtssache C-347/04) dar: Verluste aus Teilwertabschreibungen auf

## Analysen und Berichte

### KOLLOQUIUM ZUR STEUERRECHTSPRECHUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS (EUGH)

Beteiligungen an in anderen Mitgliedstaaten niedergelassenen Tochtergesellschaften seien eigene Verluste der Muttergesellschaft und daher als solche grundsätzlich auch steuerlich zu berücksichtigen.

Zum Abschluss des Panels stellte Raffele Russo, Tax Treaty Advisor am OECD Centre for Tax Policy and Administration in Paris, seine Sicht der „Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Völker- und Europarecht“ vor. In seinem Beitrag hob Russo hervor, dass etwa bei der Besteuerung von unbeschränkt Steuerpflichtigen und beschränkt Steuerpflichtigen nach Abkommensrecht eine unterschiedliche Behandlung möglich sei, da sich beide Personengruppen in unterschiedlichen Positionen befänden. Eine derart klare Trennung habe der EuGH jedoch in einigen Fällen nicht vorgenommen. Auf der anderen Seite habe dieser aber auf der Rechtfertigungsebene durchaus akzeptiert, dass die Aufteilung der Besteuerungsrechte durch Doppelbesteuerungsabkommen Beschränkungen der Grundfreiheiten zulasse. Allerdings werde die Bedeutung der Doppelbesteuerungsabkommen in der Rechtsprechung des EuGH noch uneinheitlich reflektiert. Russo setzte sich dafür ein, die Kooperation zwischen der Europäischen Union und der OECD auszubauen. Damit werde sichergestellt, dass die Prinzipien des internationalen Steuerrechts aus den OECD-Musterabkommen in vollem Umfang genutzt werden könnten. Eine Verbesserung des Informationsaustauschs und der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Steuersachen zwischen den Staaten könne nicht nur doppelte steuerliche Belastungen vermeiden, sondern auch die Fälle von Steuerumgehung verringern. Er forderte die Teilnehmer auf, gemeinsame Besteuerungskonzepte für vergleichbare Situationen festzulegen und damit zu einer besseren Vereinbarkeit der nationalen Steuersysteme in Europa beizutragen.

## 2.2 Panel 2 - Perspektiven der Mitgliedstaaten

Im zweiten Panel wurden unter der Moderation von Prof. Dr. Thomas von Danwitz, Kammerpräsident am Europäischen Gerichtshof, Luxemburg, „Perspektiven der Mitgliedstaaten“ am Beispiel Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands erörtert.

Prof. Dr. Dietmar Gosch, Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof (BFH), München, beleuchtete die „Entwicklung und Rezeption der Rechtsprechung des EuGH aus Sicht des BFH“. Er wies darauf hin, dass der Bundesfinanzhof in einem zunehmend instabilen nationalen Recht und einem „Irrgarten der EuGH-Rechtsprechung“ stets bemüht sei, dem Gemeinschaftsrecht eine möglichst weitreichende Geltung zu verschaffen, aber gleichzeitig ein Höchstmaß an Regelungsbestand zu belassen. Er räumte ein, dass die Methodik des BFH bei der gemeinschaftskonformen Auslegung zum Teil grenzwertig sei. Als Beispiel dafür nannte Gosch die Theorie der geltungserhaltenden Reduktion. Ein anderes Vorgehen hätte aber wegen entstehender Regelungslücken oftmals fatale Folgen für die nationale Rechtsordnung. Eigentlich sei die Grenze dessen erreicht, was die Rechtsprechung als „Reparaturbetrieb der Gesetzgebung“ zu leisten vermöge. Er forderte daher alle drei Gewalten auf, die Probleme, die sich aus der Schnittstelle zwischen Europarecht und nationaler Rechtsordnung ergäben, gemeinsam zu lösen.

Im zweiten Referat dieses Panels stellte Philippe Martin, stellvertretender Vorsitzender der Rechtsabteilung des Conseil d'Etat, die „Rechtsprechung des EuGH aus Sicht des französischen Conseil d'Etat“ vor. In seinem Vortrag hob er das Kooperationsverhältnis zwischen den nationalen Gerichten und dem Europäischen Gerichtshof hervor. Der Conseil d'Etat unterstütze die Arbeit des Gerichtshofs und sichere damit den Vorrang des Gemeinschaftsrechts. So habe der Conseil d'Etat in zwei wichtigen Entscheidungen, der

## Analysen und Berichte

KOLLOQUIUM ZUR STEUERRECHTSPRECHUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS (EUGH)

Rechtssache *Coréal Gestion* (Rechtssache Nr. 249047 vom 30. Dezember 2003) zu den französischen

Unterkapitalisierungsvorschriften und in der Rechtssache *Chauderlot* (Rechtssache Nr. 275416 vom 2. Juni 2006) zu Normen des Aktiensparplans, nationalen Regelungen mit Blick auf die europäische Niederlassungsfreiheit widersprochen. Martin begrüßte auch die jüngeren Rechtsprechungsentwicklungen zu den Rechtfertigungsgründen des EuGH, mahnte jedoch, auf der Ebene der Verhältnismäßigkeit, insbesondere bei der Prüfung des Steuervollzugs, praxisgerechtere Lösungen zu suchen. Er fügte hinzu, dass das Steuerrecht als wichtiger Bestandteil nationaler Souveränität jedoch auch tragenden Verfassungsgrundsätzen genügen müsse. Insoweit halte er es für richtig, dass die Beachtung der Grundfreiheiten im Wesentlichen durch die nationalen Gerichte sichergestellt werde und eine Anrufung des EuGH nur Verfahren mit besonderer Bedeutung vorbehalten bleiben sollte.

Im Anschluss daran skizzierte Dr. Axel Nawrath, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, „Die Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung aus deutscher Sicht“. Er stellte fest, dass der EuGH trotz unscharfer rechtlicher Basis in wesentlichen Feldern seiner Rechtsprechung zu Lösungen gelangt sei, die Respekt verdienten. Hervorzuheben sei unter anderem die symmetrische Zuordnung von Gewinnen und Verlusten. Mit den Entscheidungen *Marks & Spencer* (Rechtssache C-446/03) und *OyAA* (Rechtssache C-231/05) habe der EuGH deutlich gemacht, dass Gewinne und Verluste von Tochtergesellschaften grundsätzlich in dem Hoheitsgebiet erfasst werden müssten, in dem sie entstanden seien und wo das Unternehmen am Wettbewerb teilgenommen habe. Die Entscheidungen zur Kapitalverkehrsfreiheit in Bezug auf Drittstaaten zeigten ebenfalls, dass kein beliebiges Verlagern von Steuersubstrat möglich sei. Auch bei den Regelungen zur Missbrauchsbekämpfung habe der Gerichtshof

einige richtungsweisende Entscheidungen gefällt. In den Rechtssachen *Halifax* (Rechtssache C-255/02) und *Part Service Srl.* (Rechtssache C-425/06) habe der Gerichtshof klargestellt, dass eine missbräuchliche Praxis vorliege, wenn mit dem fraglichen Umsatz im Wesentlichen ein Steuervorteil bezweckt werde. Diese Fälle seien zwar zum Umsatzsteuerrecht ergangen, es sei jedoch wohl fraglich, ob unterschiedliche Maßstäbe im direkten und indirekten Steuerrecht gelten dürften. Und schließlich lasse der EuGH in seiner jüngeren Rechtsprechung erkennen, dass er das Prinzip einer Gleichheit der Lastenverteilung auch im europäischen Rahmen anerkenne. Es sei daher gemeinsame Aufgabe des Gerichtshofs und der beteiligten Mitgliedstaaten, die Ausübung der Grundfreiheiten nicht zu einer faktischen Bevorzugung von mobilen gegenüber immobilien Faktoren und nicht zu einer Diskriminierung der Arbeitnehmer oder kleiner, ortsansässiger Unternehmen führen zu lassen.

Dr. Philip Baker, Rechtsanwalt und Queen's Counsel (QC) an den Gray's Inn Tax Chambers in London, beschloss das Panel mit einem Referat zur „Rechtsprechung des EuGH aus britischer Sicht“. Darin resümierte er, dass vor allem im Steuerrecht die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten des Vereinigten Königreiches und dem EuGH zum Teil mit Schwierigkeiten verbunden sei. So legten die Gerichte dem EuGH wegen knapper personeller Ressourcen nur in wenigen Verfahren Rechtsfragen zur Entscheidung vor. Darüber hinaus werde die Vorhersehbarkeit der Rechtsprechung für die nationalen Richter dadurch erschwert, dass der EuGH Abweichungen von früheren Entscheidungen nicht immer ausreichend offenlege. Diese Bewertung liege aber, so Baker, stets im „Auge des Betrachters“. Zur Weiterentwicklung des Gemeinschaftsrechts warb er dafür, die Einrichtung einer Kammer für Steuersachen am EuGH zu prüfen.

## Analysen und Berichte

KOLLOQUIUM ZUR STEUERRECHTSPRECHUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS (EUGH)

### 2.3 Panel 3 - Ausgewählte Aspekte der EuGH-Rechtsprechung

Das dritte Panel widmete sich dem Thema „Ausgewählte Aspekte der EuGH-Rechtsprechung“. Die Teilnehmer hatten dabei die Möglichkeit, sich zwischen zwei verschiedenen, parallelen Arbeitsgruppen zu entscheiden:

- Prof. Dr. Lerke Osterloh, Richterin am Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe, sprach über die „Beschränkung der Urteilstwirkungen in der Rechtsprechung des EuGH und des Bundesverfassungsgerichts“. Nach der Begrüßung durch Ministerialrat Reinhard Serwe übernahm Prof. Dr. Christian Waldhoff von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn die Moderation.
- Richard Lyal vom Juristischen Dienst der Europäischen Kommission, Brüssel, trug ein Referat zum Thema „Grenzenloses Gemeinschaftsrecht? – die Kapitalverkehrsfreiheit und ihr Verhältnis zu Drittstaaten“ vor. Nach einleitenden Worten von Regierungsdirektorin Sabine Sydow wurde die Arbeitsgruppe von Prof. Dr. Ekkehart Reimer von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg moderiert.

Frau Prof. Dr. Osterloh konstatierte in ihrem Vortrag, dass das Bundesverfassungsgericht die zeitliche Wirkung seiner Urteile zugunsten einer verlässlichen Finanz- und Haushaltsplanung und aus Rechtssicherheitsgründen im Einzelfall durchaus beschränken könne. Dagegen mache der EuGH von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch. Seine Rechtsauslegung beziehe sich regelmäßig auf den gesamten Geltungszeitraum der Norm, sodass dem Urteil Rückwirkung zukomme. Allerdings könne, so Prof. Dr. Osterloh, aus der deklaratorischen Feststellung eines Verstoßes gegen höherrangiges Recht kein zwingender Schluss auf die zeitlichen Wirkungen der

Rechtsfolgenanordnungen gezogen werden – hier seien die Gerichte relativ frei. Wegen dieser Freiheit und aus Gründen der Gewaltenteilung sei bei der Rechtsfolgenanordnung eine stärkere Berücksichtigung der legitimen Interessen der Mitgliedstaaten sowie mehr Respekt gegenüber anderen am Rechtsbildungsprozess beteiligten Organen zu fordern. Das entspreche im Übrigen dem Zweck der Grundfreiheiten, mit denen eine verbotene Lenkungswirkung steuerlicher Lastenverteilung verhindert werden solle. Bei einer festgestellten Kollision von nationalem Steuerrecht und Gemeinschaftsrecht ließen sich solche Lenkungswirkungen aber nicht rückwirkend mittels Steuererstattungen, sondern nur noch für die Zukunft beseitigen.

Die zweite Arbeitsgruppe befasste sich mit dem Thema der Kapitalverkehrsfreiheit und ihrem Verhältnis zu Drittstaaten, in das Richard Lyal mit seinem Referat einführte. Gerade im Bereich der Kapitalverkehrsfreiheit seien in den vergangenen Jahren interessante Weiterentwicklungen in der Dogmatik des EuGH zu beobachten. Neben der Tendenz, die Kapitalverkehrsfreiheit hinter anderen Grundfreiheiten, wie vor allem der Niederlassungsfreiheit, zurücktreten zu lassen, sei auch auf der Rechtfertigungsebene ein anderer Maßstab als gegenüber Mitgliedstaaten möglich. Zwar seien die Details des Vorrangs der Anwendung der Grundfreiheiten einerseits und der Rechtfertigungsmöglichkeiten andererseits noch nicht hinreichend geklärt, er halte es aber für vertretbar, dass zukünftig bei Steueroasen außerhalb der EU-Mitgliedstaaten eine widerlegliche Vermutung für eine Steuerumgehung angenommen werden könnte.

Nach den beiden Arbeitsgruppen wurde das Panel unter der Moderation von Prof. Dr. Reimer im Plenum mit einem Vortrag von Prof. Dr. Hanno Kube von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz fortgesetzt. Er untersuchte „Die ungeschriebenen

## Analysen und Berichte

### KOLLOQUIUM ZUR STEUERRECHTSPRECHUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS (EUGH)

Rechtfertigungsgründe im Bereich der Steuern“. Die sich abzeichnende Öffnung des Gerichtshofs für neue Rechtfertigungsgründe, wie dem der „Wahrung einer ausgewogenen Aufteilung der Besteuerungsbefugnisse“, wurde von ihm begrüßt. Damit werde deutlich, dass der EuGH einen Ausgleich zwischen den Grundfreiheiten und dem nationalen Steuerrecht anstrebe. Die Orientierung an den OECD-Musterabkommen erlaube zudem ein besseres Ineinandergreifen von europäischem und internationalem Steuerrecht. Dennoch bleibe anzunehmen, dass der Gerichtshof bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit durch detailliertes Aufzeigen von Alternativregelungen nicht zu intensiv gestaltend in die nationalen Steuerregelungen eingreifen solle, um damit nicht den Gestaltungsspielraum des mitgliedstaatlichen Gesetzgebers einzuschränken. Umgekehrt seien auch die Mitgliedstaaten in der Pflicht, frühzeitig, also bereits im Gesetzgebungsverfahren, die Vereinbarkeit ihres Steuerrechts mit dem Europarecht umfassend zu prüfen.

#### 2.4 Panel 4 - Perspektiven – Politik und Wissenschaft

Im Panel 4 wandte sich das Kolloquium dem Thema „Perspektiven – Politik und Wissenschaft“ zu. Nach einer Einführung durch Ministerialdirigent Jörg Krausel übernahm Frau Prof. Dr. Dr. Juliane Kokott, Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof, Luxemburg, die Moderation. Sie fasste die kontrovers diskutierten Aspekte der EuGH-Rechtsprechung zusammen und eröffnete damit einen lebhaften Meinungs austausch.

Im ersten Vortrag mit dem Titel „Der EuGH als Steuergesetzgeber?“ rückte Prof. Dr. Joachim Wieland von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer die Kompetenzfragen in den Vordergrund. So enthalte das europäische Primärrecht keine Finanzverfassung, die Union verfüge über keine Steuerhoheit. Auch sei der Bereich der

direkten Steuern über Art. 94 EG nur fragmentarisch harmonisiert. Die Zuständigkeit für diesen Bereich liege also weiterhin bei den Mitgliedstaaten. Die Grundfreiheiten ließen daher das Recht der Mitgliedstaaten unberührt, Steuerpflichtige mit unterschiedlichem Steuersitz auch unterschiedlich zu besteuern, denn die Grundfreiheiten schützten nicht vor Steuern (sogenannte Bereichsausnahme für das direkte Steuerrecht). Diese Aussage wurde in der anschließenden Debatte von den Teilnehmern rege diskutiert.

Prof. Dr. Clemens Fuest vom Centre for Business Taxation der Saïd Business School an der Oxford University warf im anschließenden Referat zum Thema „Steuersysteme in Europa – Quo vadis?“ einen ökonomischen Blick auf die Steuerpolitik in Europa. Es sei unverkennbar, dass die Rechtsprechung des Gerichtshofs zu einem zunehmenden Steuerwettbewerb unter den Mitgliedstaaten geführt habe. Nach seinen Untersuchungen hätten sich die Unterschiede der tariflichen Steuerbelastung für Unternehmen in der EU seit 1982 deutlich reduziert. Ob langfristig die Ressourcenallokation abnehme, bliebe aber offen. Die Erfahrungen nach dem Urteil *Marks & Spencer* (Rechtssache C-446/03) zur grenzüberschreitenden Verlustverrechnung hätten gezeigt, dass sich auch immer ungleicherere steuerliche Bedingungen herausbilden könnten. Prof. Dr. Fuest machte darauf aufmerksam, dass weder der Ort der realwirtschaftlichen Aktivität eines Unternehmens noch die Orientierung an Marktpreisen einen gesicherten Anhaltspunkt dafür biete, in welchem Staat die Gewinne und Verluste entstanden seien. Es müsse vielmehr um eine gerechte Zuordnung der Gewinne in Europa gehen. Er forderte die Regierungen auf, die Probleme bei der Unternehmensbesteuerung vor allem politisch zu lösen.

Den Abschluss des Kolloquiums bildete eine Podiumsdiskussion zu den „Konsequenzen der EuGH-Rechtsprechung zum nationalen und

## Analysen und Berichte

### KOLLOQUIUM ZUR STEUERRECHTSPRECHUNG DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS (EUGH)

internationalen Steuerrecht für die Politik“. Prof. Dr. Vassilios Skouris, Präsident des Europäischen Gerichtshofs, Luxemburg, Staatssekretär Dr. Axel Nawrath, Marie-Christine Lepetit, Repräsentantin der französischen Ratspräsidentschaft und Generaldirektorin im Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung sowie Bert Zuijendorp, Leiter des Referates Anwendungskontrolle des Gemeinschaftsrechts und der staatlichen Beihilfen der EU-Kommission diskutierten die politischen Aspekte der Tätigkeit des EuGH. Das Gespräch wurde moderiert von Prof. Dr. Albert Rädler, Senior Tax Counsel der Kanzlei Linklaters und Mitglied der Ruding-Kommission der EU aus dem Jahr 1991/92.

Prof. Dr. Skouris unterstrich noch einmal, dass sich der EuGH im Bereich der direkten Steuern natürlich auf eine Kompetenz stützen könne. Dies ergebe sich für alle grenzüberschreitenden Sachverhalte aus dem EG-Vertrag, denn ein Binnenmarkt ohne eine Mindestharmonisierung der Steuern sei undenkbar. Es sei zwar bedauerlich, dass die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene kaum zu neuen legislativen Maßnahmen bereit seien, doch auch in diesem Fall müsse der EuGH seine Aufgabe erfüllen und Antworten auf die an ihn gerichteten Fragen finden. Dr. Nawrath wies auf die Schwierigkeiten einer europäischen Steuerharmonisierung hin. Bereits das nationale Steuerrecht enthalte durch Normen mit einer Lenkungsfunktion zahlreiche Privilegierungen, deren Abschaffung politisch kaum durchsetzbar sei. Die Problematik verschärfe sich, wenn versucht werde, eine Einigung zwischen den 27 Mitgliedstaaten über weitere gesetzgeberische Maßnahmen im Bereich des europäischen Steuerrechts herbeizuführen. Doch auch unter den bestehenden Bedingungen sei es wichtig, die das Gemeinwohl schädigende Steuerumgehung zu verhindern. Weiterhin wurde debattiert, wie die Mitgliedstaaten auf den zunehmenden Steuerwettbewerb, der durch das Aufeinandertreffen verschiedener

Steuersysteme in einem Binnenmarkt entsteht, reagieren sollten. Dr. Nawrath setzte sich dabei für schlüssige Gesamtkonzepte ein, da sich Teillösungen, wie die Richtlinie für Zinsen und Lizenzen, in der Vergangenheit nicht bewährt hätten. Insgesamt mahnte er zur Gelassenheit, da bei der Allokation von Wirtschaftstätigkeit das nationale Steuerrecht stets nur einen und dabei nicht einmal den bedeutendsten Faktor bilde. Frau Lepetit bemerkte, dass die Konkurrenz nationaler Steuersysteme zwar kurzfristig zu Mindereinnahmen führen könne, damit seien aber auch positive Effekte verbunden, wie zum Beispiel, dass die Steuersysteme langfristig effizienter gestaltet würden. Herr Zuijendorp stimmte ihr zu, dass ein Wettbewerb nicht immer nur schlechte Seiten aufweise, sondern der Blick auf den Rest der Welt auch neue Perspektiven eröffne.

### 3 Fazit

Nach Ansicht der meisten Kolloquiumsteilnehmer hat der EuGH in den vergangenen drei Jahren eine positive Entwicklung vollzogen: Die Konsistenz der Entscheidungen und damit die Nachvollziehbarkeit sowie praktische Umsetzung der Rechtsprechung habe sich wesentlich verbessert. Das sei vor allem auf eine klarere Dogmatik des Gerichtshofs zurückzuführen. Positiv bewertet wurde auch, dass der EuGH die Besteuerungsrechte der Mitgliedstaaten in stärkerem Maße bei seinen Entscheidungen berücksichtige und damit zu einem besseren Ausgleich der gegenläufigen Interessen in einem Rechtsstreit beitrage. Andererseits sei jedoch deutlich geworden, dass viele Probleme im Bereich der Steuerrechtsprechung auf europäischer Ebene durch einen geringen Harmonisierungsgrad bedingt seien. Daher stelle sich in vielen Fällen auch die Frage nach politischen Lösungen.

Für alle Interessenten erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2009 ein Tagungsband, der sämtliche Vorträge des Kolloquiums enthalten wird.

## Statistiken und Dokumentationen

|  |            |
|--|------------|
| <b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>                                   | <b>86</b>  |
| 1 Kreditmarktmittel .....  | 87         |
| 2 Gewährleistungen .....   | 87         |
| 3 Bundeshaushalt 2007 bis 2012.....  | 88         |
| 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012.....               | 89         |
| 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008 .....             | 90         |
| 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 .....                                 | 94         |
| 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007 .....  | 96         |
| 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....   | 98         |
| 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....  | 99         |
| 10 Entwicklung der Staatsquote .....   | 100        |
| 11 Schulden der öffentlichen Haushalte.....  | 101        |
| 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....  | 102        |
| 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden.....   | 103        |
| 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....   | 104        |
| 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....   | 105        |
| 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....  | 106        |
| 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich .....   | 107        |
| 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009 .....  | 108        |
| <b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>                                      | <b>110</b> |
| 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008 .....                     | 110        |
| 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2008 .....  | 110        |
| 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2008 ..... | 111        |
| 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2008 .....                                    | 112        |
| <b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>   | <b>114</b> |
| 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....  | 114        |
| 2 Preisentwicklung .....   | 114        |
| 3 Außenwirtschaft .....  | 115        |
| 4 Einkommensverteilung .....   | 115        |
| 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich .....   | 116        |
| 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....   | 117        |
| 7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich .....   | 118        |
| 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern.....     | 119        |
| 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....  | 120        |
| 10 Übersicht Weltfinanzmärkte .....  | 121        |
| 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF .....                                       | 122        |
| 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF .....                                       | 125        |

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

|  | Stand:           | Zunahme | Abnahme | Stand:            |
|--|------------------|---------|---------|-------------------|
|  | 30. Oktober 2008 |         |         | 30. November 2008 |
| in Mio. €                              |                  |         |         |                   |
| Inflationsindexierte Bundeswertpapiere | 22 000           | 0       | 0       | 22 000            |
| Anleihen <sup>1</sup>                  | 593 468          | 7 000   | 0       | 600 468           |
| Bundesobligationen                     | 167 000          | 4 000   | 0       | 171 000           |
| Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>        | 9 485            | 142     | 59      | 9 568             |
| Bundesschatzanweisungen                | 115 000          | 0       | 0       | 115 000           |
| Unverzinsliche Schatzanweisungen       | 38 446           | 5 937   | 5 881   | 38 502            |
| Finanzierungsschätze <sup>3</sup>      | 2 405            | 83      | 120     | 2 369             |
| Tagesanleihe                           | 2 414            | 754     | 135     | 3 034             |
| Schuldscheindarlehen                   | 13 315           | 0       | 0       | 13 315            |
| Medium Term Notes Treuhand             | 205              | 0       | 51      | 153               |
| <b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>     | <b>963 738</b>   |         |         | <b>975 409</b>    |

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

|   | Stand:           | Stand:            |
|---|------------------|-------------------|
|   | 31. Oktober 2008 | 30. November 2008 |
| in Mio. €                                   |                  |                   |
| kurzfristig (bis zu 1 Jahr)                 | 182 456          | 183 266           |
| mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre) | 309 718          | 309 480           |
| langfristig (mehr als 4 Jahre)              | 471 564          | 482 664           |
| <b>Kreditmarktmittel insgesamt</b>          | <b>963 738</b>   | <b>975 410</b>    |

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> 10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.<sup>2</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.<sup>3</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 2 Gewährleistungen

| Ermächtigungstatbestände  | Ermächtigungsrahmen 2008 | Belegung             |                      |
|---|--------------------------|----------------------|----------------------|
|   |                          | am 31. Dezember 2008 | am 31. Dezember 2007 |
| in Mrd. €   |                          |                      |                      |
| Ausfuhren   | 117,0                    | 103,3                | 98,6                 |
| Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF | 40,0                     | 25,7                 | 26,7                 |
| Bilaterale FZ-Vorhaben  | 2,3                      | 1,2                  | 1,1                  |
| Ernährungsbevorratung   | 7,5                      | 7,5                  | 7,5                  |
| Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland  | 95,0                     | 87,0                 | 51,7                 |
| Internationale Finanzierungsinstitutionen   | 46,6                     | 40,3                 | 40,3                 |
| Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen  | 1,3                      | 1,0                  | 1,2                  |
| Zinsausgleichsgarantien   | 4,0                      | 4,0                  | -                    |

## 3 Bundeshaushalt 2007 bis 2012

## Gesamtübersicht

| Gegenstand der Nachweisung                                   | 2007         | 2008         | 2009              | 2010          | 2011         | 2012         |
|--|--------------|--------------|-------------------|---------------|--------------|--------------|
|  | Ist          | Ist          | Soll <sup>1</sup> | Finanzplanung |              |              |
| in Mrd. €  |              |              |                   |               |              |              |
| <b>1. Ausgaben</b>   | <b>270,4</b> | <b>282,3</b> | <b>297,5</b>      | <b>292,4</b>  | <b>295,2</b> | <b>300,6</b> |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                           | 3,6          | 4,4          | 5,4               | -1,7          | 1,0          | 1,8          |
| <b>2. Einnahmen<sup>2</sup></b>                              | <b>255,7</b> | <b>270,5</b> | <b>260,3</b>      | <b>286,0</b>  | <b>294,8</b> | <b>300,2</b> |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                           | 9,8          | 5,8          | -3,7              | 9,9           | 3,1          | 1,8          |
| darunter:  |              |              |                   |               |              |              |
| Steuereinnahmen  | 230,0        | 239,2        | 233,2             | 255,4         | 266,3        | 276,0        |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                           | 12,8         | 4,0          | -2,5              | 9,5           | 4,3          | 3,7          |
| <b>3. Finanzierungssaldo</b>                                 | <b>-14,7</b> | <b>-11,8</b> | <b>-37,2</b>      | <b>-6,4</b>   | <b>-0,4</b>  | <b>-0,4</b>  |
| in % der Ausgaben  | 5,4          | 4,2          | 12,5              | 2,2           | 0,1          | 0,1          |
| <b>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</b>               |              |              |                   |               |              |              |
| <b>4. Bruttokreditaufnahme<sup>3</sup> (-)</b>               | <b>222,1</b> | <b>229,6</b> | <b>261,8</b>      | <b>221,3</b>  | <b>217,8</b> | <b>221,1</b> |
| <b>5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen</b> | <b>-8,4</b>  | <b>0,5</b>   | <b>-</b>          | <b>-</b>      | <b>-</b>     | <b>-</b>     |
| <b>6. Tilgungen (+)</b>                                      | <b>216,2</b> | <b>218,1</b> | <b>222,3</b>      | <b>214,9</b>  | <b>217,4</b> | <b>220,7</b> |
| <b>7. Nettokreditaufnahme</b>                                | <b>-14,3</b> | <b>-11,5</b> | <b>-36,8</b>      | <b>-6,0</b>   | <b>0,0</b>   | <b>0,0</b>   |
| <b>8. Münzeinnahmen</b>                                      | <b>-0,4</b>  | <b>-0,3</b>  | <b>-0,4</b>       | <b>-0,4</b>   | <b>-0,4</b>  | <b>-0,4</b>  |
| Nachrichtlich:   |              |              |                   |               |              |              |
| Investive Ausgaben   | 26,2         | 24,3         | 28,7              | 25,9          | 25,5         | 25,3         |
| Veränderung gegenüber Vorjahr in %                           | 15,4         | -7,2         | 18,1              | -9,7          | -1,5         | -0,8         |
| Bundesanteil am Bundesbankgewinn                             | 3,5          | 3,5          | 3,5               | 3,5           | 3,5          | 3,5          |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Stand: Regierungsentwurf Nachtragshaushalt 2009.

<sup>2</sup> Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

<sup>3</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.  
Stand: Januar 2009.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren  
 2007 bis 2012

| Ausgabebart   | 2007              | 2008              | 2009               | 2010               | 2011               | 2012               |
|---|-------------------|-------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
|   | lt                | lt                | Soll <sup>2</sup>  | Finanzplanung      |                    |                    |
| Mio. €  |                   |                   |                    |                    |                    |                    |
| <b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>              |                   |                   |                    |                    |                    |                    |
| <b>Personalausgaben</b>                             | <b>2 603 8</b>    | <b>2 7 012</b>    | <b>2 7 791</b>     | <b>2 8 252</b>     | <b>2 8 610</b>     | <b>2 9 079</b>     |
| Aktivitätsbezüge                                    | 19 662            | 20 298            | 20 959             | 21 340             | 21 669             | 22 100             |
| Ziviler Bereich                                     | 8 498             | 8 870             | 9 367              | 9 930              | 10 415             | 10 920             |
| Militärischer Bereich                               | 11 164            | 11 428            | 11 592             | 11 409             | 11 254             | 11 179             |
| Versorgung  | 6 376             | 6 714             | 6 832              | 6 912              | 6 941              | 6 979              |
| Ziviler Bereich                                     | 2 334             | 2 416             | 2 392              | 2 400              | 2 399              | 2 394              |
| Militärischer Bereich                               | 4 041             | 4 298             | 4 441              | 4 512              | 4 542              | 4 585              |
| <b>Laufender Sachaufwand</b>                        | <b>1 8 757</b>    | <b>1 9 742</b>    | <b>2 1 129</b>     | <b>2 1 286</b>     | <b>2 1 311</b>     | <b>2 1 732</b>     |
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens            | 1 365             | 1 421             | 1 451              | 1 462              | 1 475              | 1 453              |
| Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.            | 8 908             | 9 622             | 10 360             | 10 526             | 10 554             | 10 988             |
| Sonstiger laufender Sachaufwand                     | 8 484             | 8 699             | 9 318              | 9 298              | 9 283              | 9 291              |
| <b>Zinsausgaben</b>                                 | <b>3 8 721</b>    | <b>4 0 171</b>    | <b>4 1 431</b>     | <b>4 3 386</b>     | <b>4 4 689</b>     | <b>4 7 065</b>     |
| an andere Bereiche                                  | 38 721            | 40 171            | 41 431             | 43 386             | 44 689             | 47 065             |
| Sonstige  | 38 721            | 40 171            | 41 431             | 43 386             | 44 689             | 47 065             |
| für Ausgleichsforderungen                           | 42                | 42                | 42                 | 42                 | 42                 | 42                 |
| an sonstigen inländischen Kreditmarkt               | 38 677            | 40 127            | 41 388             | 43 343             | 44 647             | 47 023             |
| an Ausland  | 3                 | 3                 | 2                  | 2                  | 0                  | 0                  |
| <b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>           | <b>1 6 035 2</b>  | <b>1 6 8 424</b>  | <b>1 7 8 165</b>   | <b>1 7 3 720</b>   | <b>1 7 6 362</b>   | <b>1 7 7 865</b>   |
| an Verwaltungen                                     | 14 003            | 12 930            | 14 855             | 13 951             | 13 743             | 13 588             |
| Länder  | 8 698             | 8 341             | 8 645              | 7 776              | 7 474              | 7 298              |
| Gemeinden   | 38                | 21                | 21                 | 19                 | 13                 | 12                 |
| Sondervermögen                                      | 5 267             | 4 568             | 6 188              | 6 155              | 6 256              | 6 277              |
| Zweckverbände                                       | 1                 | 0                 | 1                  | 1                  | 0                  | 0                  |
| an andere Bereiche                                  | 146 349           | 155 494           | 163 310            | 159 770            | 162 618            | 164 277            |
| Unternehmen   | 15 399            | 22 440            | 23 890             | 24 144             | 24 307             | 24 473             |
| Renten, Unterstützungen u.Ä. an natürliche Personen | 29 123            | 29 120            | 29 415             | 25 723             | 24 899             | 24 764             |
| an Sozialversicherung                               | 97 712            | 99 123            | 104 653            | 104 702            | 108 175            | 109 786            |
| an private Institutionen ohne Erwerbscharakter      | 869               | 1 099             | 1 437              | 1 415              | 1 401              | 1 390              |
| an Ausland  | 3 240             | 3 708             | 3 909              | 3 785              | 3 834              | 3 862              |
| an Sonstige   | 5                 | 4                 | 5                  | 1                  | 2                  | 2                  |
| <b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>        | <b>2 4 3 86 8</b> | <b>2 5 5 35 0</b> | <b>2 6 8 5 1 6</b> | <b>2 6 6 6 4 5</b> | <b>2 7 0 9 7 1</b> | <b>2 7 5 7 4 0</b> |
| <b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>     |                   |                   |                    |                    |                    |                    |
| <b>Sachinvestitionen</b>                            | <b>6 903</b>      | <b>7 199</b>      | <b>8 649</b>       | <b>7 596</b>       | <b>7 305</b>       | <b>7 269</b>       |
| Baumaßnahmen  | 5 478             | 5 777             | 7 061              | 6 019              | 5 763              | 5 772              |
| Erwerb von beweglichen Sachen                       | 909               | 918               | 1 055              | 1 034              | 1 003              | 956                |
| Grunderwerb   | 516               | 504               | 533                | 543                | 540                | 542                |
| <b>Vermögensübertragungen</b>                       | <b>1 6 947</b>    | <b>1 6 660</b>    | <b>1 5 373</b>     | <b>1 5 111</b>     | <b>1 5 009</b>     | <b>1 4 828</b>     |
| Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen         | 16 580            | 14 018            | 14 957             | 14 737             | 14 648             | 14 468             |
| an Verwaltungen                                     | 8 234             | 5 713             | 5 154              | 5 015              | 4 965              | 4 960              |
| Länder  | 6 030             | 5 654             | 5 089              | 4 949              | 4 888              | 4 878              |
| Gemeinden und Gemeindeverbände                      | 54                | 59                | 60                 | 61                 | 72                 | 77                 |
| Sondervermögen                                      | 2 150             | 0                 | 5                  | 5                  | 5                  | 5                  |
| an andere Bereiche                                  | 8 345             | 8 305             | 9 803              | 9 722              | 9 683              | 9 508              |
| Sonstige - Inland                                   | 6 099             | 5 836             | 6 754              | 6 535              | 6 476              | 6 348              |
| Ausland   | 2 247             | 2 469             | 3 049              | 3 187              | 3 206              | 3 160              |
| Sonstige Vermögensübertragungen                     | 367               | 2 642             | 417                | 374                | 361                | 360                |
| an andere Bereiche                                  | 367               | 2 642             | 417                | 374                | 361                | 360                |
| Unternehmen - Inland                                | 0                 | 2 267             | 0                  | 0                  | 0                  | 0                  |
| Sonstige - Inland                                   | 162               | 149               | 176                | 149                | 141                | 140                |
| Ausland   | 205               | 225               | 241                | 225                | 220                | 220                |

<sup>2</sup> Stand: Regierungsentwurf Nachtragshaushalt 2009.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren  
 2007 bis 2012

| Ausgabeart   | 2007           | 2008           | 2009              | 2010           | 2011           | 2012           |
|--|----------------|----------------|-------------------|----------------|----------------|----------------|
|  | Ist            | Ist            | Soll <sup>2</sup> | Finanzplanung  |                |                |
| Mio. €   |                |                |                   |                |                |                |
| <b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b> | <b>2 732</b>   | <b>3 099</b>   | <b>5 116</b>      | <b>3 601</b>   | <b>3 581</b>   | <b>3 592</b>   |
| Darlehensgewährung   | 2 100          | 2 395          | 4 181             | 2 773          | 2 853          | 2 745          |
| an Verwaltungen  | 1              | 1              | 1                 | 1              | 1              | 1              |
| Länder   | 1              | 1              | 1                 | 1              | 1              | 1              |
| an andere Bereiche   | 2 100          | 2 395          | 4 180             | 2 772          | 2 852          | 2 745          |
| Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)                            | 900            | 922            | 2 674             | 1 195          | 1 199          | 1 204          |
| Ausland  | 1 199          | 1 473          | 1 507             | 1 577          | 1 653          | 1 540          |
| Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen                            | 632            | 704            | 935               | 828            | 728            | 847            |
| Inland   | 28             | 26             | 13                | 13             | 1              | 1              |
| Ausland  | 604            | 678            | 921               | 815            | 728            | 846            |
| <b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>                | <b>26 582</b>  | <b>26 958</b>  | <b>29 138</b>     | <b>26 307</b>  | <b>25 895</b>  | <b>25 690</b>  |
| <sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben                            | 26 215         | 24 316         | 28 722            | 25 933         | 25 534         | 25 330         |
| <b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>                                  | <b>0</b>       | <b>0</b>       | <b>- 114</b>      | <b>- 552</b>   | <b>-1 666</b>  | <b>- 830</b>   |
| <b>Ausgaben zusammen</b>   | <b>270 450</b> | <b>282 308</b> | <b>297 541</b>    | <b>292 400</b> | <b>295 200</b> | <b>300 600</b> |

<sup>2</sup> Stand: Regierungsentwurf Nachtragshaushalt 2009.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

| Funktion | Ausgabengruppe  | Ausgaben zusammen | Ausgaben der laufenden Rechnung | Personal- ausgaben | Laufender Sachaufwand | Zinsausgaben | Laufende Zuweisungen und Zuschüsse |
|----------|---|-------------------|---------------------------------|--------------------|-----------------------|--------------|------------------------------------|
|          | in Mio. €   |                   |                                 |                    |                       |              |                                    |
| <b>0</b> | <b>Allgemeine Dienste</b>   | <b>50 394</b>     | <b>45 245</b>                   | <b>24 386</b>      | <b>15 777</b>         | -            | <b>5 083</b>                       |
| 01       | Politische Führung und zentrale Verwaltung                                      | 6 103             | 5 764                           | 3 773              | 1 175                 | -            | 816                                |
| 02       | Auswärtige Angelegenheiten  | 7 411             | 3 442                           | 47 6               | 125                   | -            | 2 841                              |
| 03       | Verteidigung  | 29 999            | 29 728                          | 15 726             | 13 071                | -            | 931                                |
| 04       | Öffentliche Sicherheit und Ordnung  | 3 216             | 2 907                           | 1 914              | 861                   | -            | 132                                |
| 05       | Rechtsschutz  | 359               | 340                             | 23 2               | 94                    | -            | 14                                 |
| 06       | Finanzverwaltung  | 3 307             | 3 063                           | 2 263              | 452                   | -            | 348                                |
| <b>1</b> | <b>Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>       | <b>13 437</b>     | <b>9 932</b>                    | <b>500</b>         | <b>725</b>            | -            | <b>8 707</b>                       |
| 13       | Hochschulen   | 2 413             | 1 462                           | 10                 | 5                     | -            | 1 447                              |
| 14       | Förderung von Schülern, Studenten   | 1 638             | 1 638                           | -                  | -                     | -            | 1 638                              |
| 15       | Sonstiges Bildungswesen   | 461               | 400                             | 9                  | 69                    | -            | 322                                |
| 16       | Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen                  | 7 709             | 5 977                           | 480                | 646                   | -            | 4 851                              |
| 19       | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1   | 1 215             | 454                             | 1                  | 5                     | -            | 448                                |
| <b>2</b> | <b>Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>         | <b>140 439</b>    | <b>139 618</b>                  | <b>220</b>         | <b>284</b>            | -            | <b>139 114</b>                     |
| 22       | Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung                            | 94 447            | 94 447                          | 55                 | -                     | -            | 94 393                             |
| 23       | Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.                     | 6 129             | 6 129                           | -                  | -                     | -            | 6 129                              |
| 24       | Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen             | 3 101             | 2 872                           | -                  | 56                    | -            | 2 816                              |
| 25       | Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz  | 35 301            | 35 177                          | 44                 | 168                   | -            | 34 965                             |
| 26       | Jugendhilfe nach dem SGB VIII   | 191               | 191                             | -                  | -                     | -            | 191                                |
| 29       | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2   | 1 269             | 801                             | 120                | 60                    | -            | 620                                |
| <b>3</b> | <b>Gesundheit und Sport</b>   | <b>1 058</b>      | <b>744</b>                      | <b>251</b>         | <b>251</b>            | -            | <b>242</b>                         |
| 31       | Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens                               | 352               | 326                             | 140                | 140                   | -            | 46                                 |
| 312      | Krankenhäuser und Heilstätten   | -                 | -                               | -                  | -                     | -            | -                                  |
| 319      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31   | 352               | 326                             | 140                | 140                   | -            | 46                                 |
| 32       | Sport   | 127               | 105                             | -                  | 5                     | -            | 100                                |
| 33       | Umwelt- und Naturschutz   | 311               | 175                             | 7 6                | 53                    | -            | 47                                 |
| 34       | Reaktorsicherheit und Strahlenschutz  | 268               | 138                             | 3 6                | 53                    | -            | 49                                 |
| <b>4</b> | <b>Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b> | <b>1 607</b>      | <b>537</b>                      | <b>2</b>           | <b>6</b>              | -            | <b>529</b>                         |
| 41       | Wohnungswesen   | 1 062             | 533                             | -                  | 4                     | -            | 529                                |
| 42       | Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen                                    | 1                 | 1                               | -                  | 1                     | -            | -                                  |
| 43       | Kommunale Gemeinschaftsdienste  | 3                 | 2                               | 2                  | -                     | -            | 0                                  |
| 44       | Städtebauförderung  | 541               | 1                               | -                  | 1                     | -            | -                                  |
| <b>5</b> | <b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>                                    | <b>1 050</b>      | <b>508</b>                      | <b>29</b>          | <b>131</b>            | -            | <b>349</b>                         |
| 52       | Verbesserung der Agrarstruktur  | 692               | 232                             | -                  | 1                     | -            | 230                                |
| 53       | Einkommensstabilisierende Maßnahmen   | 116               | 116                             | -                  | 58                    | -            | 58                                 |
| 533      | Gasölverbilligung   | 0                 | 0                               | -                  | -                     | -            | 0                                  |
| 539      | Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53   | 116               | 116                             | -                  | 58                    | -            | 58                                 |
| 599      | Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5   | 242               | 160                             | 2 9                | 71                    | -            | 61                                 |

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

| Funktion  | Ausgabengruppe    |                     |   | Summe Ausgaben der Kapitalrechnung* | *Darunter: Investive Ausgaben |
|---|-------------------|---------------------|---|-------------------------------------|-------------------------------|
|   | Sachinvestitionen | Vermögensberatungen | Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen |                                     |                               |
|   | in Mio. €         |                     |   |                                     |                               |
| <b>0 Allgemeine Dienste</b>   | <b>934</b>        | <b>1 913</b>        | <b>2 301</b>  | <b>5 149</b>                        | <b>5 122</b>                  |
| 01 Politische Führung und zentrale Verwaltung                                     | 338               | 1                   | -   | 338                                 | 338                           |
| 02 Auswärtige Angelegenheiten   | 60                | 1 759               | 2 151   | 3 969                               | 3 968                         |
| 03 Verteidigung   | 196               | 62                  | 13  | 271                                 | 245                           |
| 04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung   | 216               | 92                  | -   | 309                                 | 309                           |
| 05 Rechtsschutz   | 18                | -                   | -   | 18                                  | 18                            |
| 06 Finanzverwaltung   | 106               | 0                   | 138   | 244                                 | 244                           |
| <b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>       | <b>141</b>        | <b>3 364</b>        | <b>0</b>  | <b>3 505</b>                        | <b>3 505</b>                  |
| 13 Hochschulen  | 1                 | 951                 | -   | 951                                 | 951                           |
| 14 Förderung von Schülern, Studenten  | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 15 Sonstiges Bildungswesen  | 0                 | 60                  | -   | 61                                  | 61                            |
| 16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen                 | 124               | 1 608               | 0   | 1 732                               | 1 732                         |
| 19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1  | 16                | 745                 | -   | 761                                 | 761                           |
| <b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>         | <b>7</b>          | <b>814</b>          | <b>1</b>  | <b>821</b>                          | <b>474</b>                    |
| 22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung                           | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.                    | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen            | 1                 | 227                 | 1   | 229                                 | 2                             |
| 25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz   | 3                 | 121                 | -   | 124                                 | 3                             |
| 26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII  | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2  | 3                 | 465                 | -   | 468                                 | 468                           |
| <b>3 Gesundheit und Sport</b>   | <b>152</b>        | <b>162</b>          | <b>0</b>  | <b>314</b>                          | <b>314</b>                    |
| 31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens                              | 15                | 11                  | -   | 26                                  | 26                            |
| 312 Krankenhäuser und Heilstätten   | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31   | 15                | 11                  | -   | 26                                  | 26                            |
| 32 Sport  | -                 | 22                  | -   | 22                                  | 22                            |
| 33 Umwelt- und Naturschutz  | 7                 | 130                 | -   | 136                                 | 136                           |
| 34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz   | 129               | 0                   | 0   | 130                                 | 130                           |
| <b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b> | <b>-</b>          | <b>1 068</b>        | <b>2</b>  | <b>1 070</b>                        | <b>1 070</b>                  |
| 41 Wohnungswesen  | -                 | 528                 | 2   | 529                                 | 529                           |
| 42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen                                   | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 43 Kommunale Gemeinschaftsdienste   | -                 | 1                   | -   | 1                                   | 1                             |
| 44 Städtebauförderung   | -                 | 539                 | -   | 539                                 | 539                           |
| <b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>                                    | <b>52</b>         | <b>489</b>          | <b>1</b>  | <b>542</b>                          | <b>542</b>                    |
| 52 Verbesserung der Agrarstruktur   | -                 | 460                 | 1   | 460                                 | 460                           |
| 53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen  | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 533 Gasölverbilligung   | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53   | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5   | 52                | 29                  | -   | 82                                  | 82                            |


 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen, Ist 2008

| Ausgabengruppe<br>Funktion  | Ausgaben<br>zusammen | Ausgaben der<br>laufenden<br>Rechnung | Personal-<br>ausgaben | Laufender<br>Sachaufwand | Zinsausgaben  | Laufende<br>Zuweisungen<br>und Zuschüsse |
|---|----------------------|---------------------------------------|-----------------------|--------------------------|---------------|--|
|   | in Mio. €            |                                       |                       |                          |               |  |
| <b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>                       | <b>4 727</b>         | <b>3 078</b>                          | <b>51</b>             | <b>430</b>               | -             | <b>2 596</b>                             |
| 62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau   | 531                  | 508                                   | -                     | 274                      | -             | 234                                      |
| 621 Kernenergie   | 229                  | 229                                   | -                     | -                        | -             | 229                                      |
| 622 Erneuerbare Energieformen   | 9                    | 4                                     | -                     | 1                        | -             | 3  |
| 629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62   | 293                  | 275                                   | -                     | 273                      | -             | 2  |
| 63 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe                                    | 2043                 | 2026                                  | -                     | 4                        | -             | 2022                                     |
| 64 Handel   | 91                   | 91                                    | -                     | 49                       | -             | 42                                       |
| 69 Regionale Förderungsmaßnahmen  | 945                  | 22                                    | -                     | 15                       | -             | 7  |
| 699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6   | 1117                 | 430                                   | 51                    | 87                       | -             | 292                                      |
| <b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>   | <b>11 231</b>        | <b>3 552</b>                          | <b>994</b>            | <b>1 862</b>             | -             | <b>696</b>                               |
| 72 Straßen  | 7 380                | 944                                   | -                     | 834                      | -             | 110                                      |
| 73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt                                   | 1 666                | 856                                   | 493                   | 299                      | -             | 64                                       |
| 74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr                                      | 355                  | 3                                     | -                     | -                        | -             | 3  |
| 75 Luftfahrt  | 182                  | 182                                   | 41                    | 17                       | -             | 123                                      |
| 799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7   | 1 647                | 1 567                                 | 460                   | 711                      | -             | 396                                      |
| <b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b> | <b>16 991</b>        | <b>10 801</b>                         | -                     | <b>16</b>                | -             | <b>10 785</b>                            |
| 81 Wirtschaftsunternehmen   | 12 652               | 6 471                                 | -                     | 16                       | -             | 6 455                                    |
| 83 Eisenbahnen  | 3 864                | 78                                    | -                     | 1                        | -             | 77                                       |
| 869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81   | 8 787                | 6 393                                 | -                     | 15                       | -             | 6 378                                    |
| 87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen                               | 4 340                | 4 330                                 | -                     | -                        | -             | 4 330                                    |
| 873 Sondervermögen  | 4 326                | 4 326                                 | -                     | -                        | -             | 4 326                                    |
| 879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87   | 14                   | 5                                     | -                     | -                        | -             | 5  |
| <b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>  | <b>41 374</b>        | <b>41 336</b>                         | <b>580</b>            | <b>260</b>               | <b>40 171</b> | <b>324</b>                               |
| 91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen   | 362                  | 324                                   | -                     | -                        | -             | 324                                      |
| 92 Schulden   | 40 185               | 40 185                                | -                     | 14                       | 40 171        | -  |
| 999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9   | 827                  | 827                                   | 580                   | 246                      | -             | 1  |
| <b>Summe aller Hauptfunktionen</b>  | <b>282 308</b>       | <b>255 350</b>                        | <b>27 012</b>         | <b>19 742</b>            | <b>40 171</b> | <b>168 424</b>                           |

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2008

| Funktion  | Ausgabengruppe    |                     |   |                                     |                               |
|---|-------------------|---------------------|---|-------------------------------------|-------------------------------|
|   | Sachinvestitionen | Vermögensberatungen | Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen | Summe Ausgaben der Kapitalrechnung* | *Darunter: Investive Ausgaben |
|   | in Mio. €         |                     |   |                                     |                               |
| <b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>                       | <b>45</b>         | <b>920</b>          | <b>684</b>  | <b>1 650</b>                        | <b>1 650</b>                  |
| 62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau   | -                 | 23                  | -   | 23                                  | 23                            |
| 621 Kernenergie   | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 622 Erneuerbare Energieformen   | -                 | 5                   | -   | 5                                   | 5                             |
| 629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62   | -                 | 18                  | -   | 18                                  | 18                            |
| 63 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe                                    | -                 | 17                  | -   | 17                                  | 17                            |
| 64 Handel   | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 69 Regionale Fördermaßnahmen  | 43                | 879                 | -   | 922                                 | 922                           |
| 699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6   | 2                 | 1                   | 684   | 687                                 | 687                           |
| <b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>   | <b>5 849</b>      | <b>1 829</b>        | <b>-</b>  | <b>7 679</b>                        | <b>7 679</b>                  |
| 72 Straßen  | 4973              | 1463                | -   | 6436                                | 6436                          |
| 73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt                                   | 811               | -                   | -   | 811                                 | 811                           |
| 74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr                                      | -                 | 352                 | -   | 352                                 | 352                           |
| 75 Luftfahrt  | 1                 | -                   | -   | 1                                   | 1                             |
| 799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7   | 66                | 14                  | -   | 79                                  | 79                            |
| <b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b> | <b>19</b>         | <b>6 061</b>        | <b>110</b>  | <b>6 190</b>                        | <b>3 923</b>                  |
| 81 Wirtschaftsunternehmen   | 10                | 6061                | 110   | 6181                                | 3914                          |
| 832 Eisenbahnen   | -                 | 3692                | 95  | 3787                                | 3787                          |
| 869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81   | 10                | 2370                | 15  | 2394                                | 127                           |
| 87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen                               | 9                 | -                   | -   | 9                                   | 9                             |
| 873 Sondervermögen  | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87   | 9                 | -                   | -   | 9                                   | 9                             |
| <b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>  | <b>-</b>          | <b>38</b>           | <b>-</b>  | <b>38</b>                           | <b>38</b>                     |
| 91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen   | -                 | 38                  | -   | 38                                  | 38                            |
| 92 Schulden   | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| 999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9   | -                 | -                   | -   | -                                   | -                             |
| <b>Summe aller Hauptfunktionen</b>  | <b>7 199</b>      | <b>16 660</b>       | <b>3 099</b>  | <b>26 958</b>                       | <b>24 316</b>                 |

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

| Gegenstand der Nachweisung  | Einheit | 1969        | 1975         | 1980         | 1985         | 1990         | 1995         | 2000         |
|---|---------|-------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| <b>lt-Ergebnisse</b>  |         |             |              |              |              |              |              |              |
| <b>I. Gesamtübersicht</b>   |         |             |              |              |              |              |              |              |
| <b>Ausgaben</b>   | Mrd.€   | <b>42,1</b> | <b>80,2</b>  | <b>110,3</b> | <b>131,5</b> | <b>194,4</b> | <b>237,6</b> | <b>244,4</b> |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | 8,6         | 12,7         | 37,5         | 2,1          | 0,0          | -1,4         | -1,0         |
| <b>Einnahmen</b>  | Mrd.€   | <b>42,6</b> | <b>63,3</b>  | <b>96,2</b>  | <b>119,8</b> | <b>169,8</b> | <b>211,7</b> | <b>220,5</b> |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | 17,9        | 0,2          | 6,0          | 5,0          | 0,0          | -1,5         | -0,1         |
| <b>Finanzierungssaldo</b>   | Mrd.€   | <b>0,6</b>  | <b>-16,9</b> | <b>-14,1</b> | <b>-11,6</b> | <b>-24,6</b> | <b>-25,8</b> | <b>-23,9</b> |
| darunter:   |         |             |              |              |              |              |              |              |
| Nettokreditaufnahme   | Mrd.€   | - 0,0       | -15,3        | -27,1        | -11,4        | -23,9        | -25,6        | -23,8        |
| Münzeinnahmen   | Mrd.€   | -0,1        | -0,4         | -27,1        | -0,2         | -0,7         | -0,2         | -0,1         |
| Rücklagenbewegung   | Mrd.€   | 0,0         | -1,2         | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          |
| Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge   | Mrd.€   | 0,7         | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          |
| <b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>                                |         |             |              |              |              |              |              |              |
| <b>Personalausgaben</b>   | Mrd.€   | <b>6,6</b>  | <b>13,0</b>  | <b>16,4</b>  | <b>18,7</b>  | <b>22,1</b>  | <b>27,1</b>  | <b>26,5</b>  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | 12,4        | 5,9          | 6,5          | 3,4          | 4,5          | 0,5          | -1,7         |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 15,6        | 16,2         | 14,9         | 14,3         | 11,4         | 11,4         | 10,8         |
| Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>    | %       | 2,43        | 21,5         | 19,8         | 19,1         | 0,0          | 14,4         | 15,7         |
| <b>Zinsausgaben</b>   | Mrd.€   | <b>1,1</b>  | <b>2,7</b>   | <b>7,1</b>   | <b>14,9</b>  | <b>17,5</b>  | <b>25,4</b>  | <b>39,1</b>  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | 14,3        | 23,1         | 24,1         | 5,1          | 6,7          | -6,2         | -4,7         |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 2,7         | 5,3          | 6,5          | 11,3         | 9,0          | 10,7         | 16,0         |
| Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>        | %       | 35,1        | 35,9         | 47,6         | 52,3         | 0,0          | 38,7         | 57,9         |
| <b>Investive Ausgaben</b>   | Mrd.€   | <b>7,2</b>  | <b>13,1</b>  | <b>16,1</b>  | <b>17,1</b>  | <b>20,1</b>  | <b>34,0</b>  | <b>28,1</b>  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | 10,2        | 11,0         | -4,4         | -0,5         | 8,4          | 8,8          | -1,7         |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 17,0        | 16,3         | 14,6         | 13,0         | 10,3         | 14,3         | 11,5         |
| Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>    | %       | 3,44        | 35,4         | 32,0         | 36,1         | 0,0          | 37,0         | 35,0         |
| <b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>  | Mrd.€   | <b>40,2</b> | <b>61,0</b>  | <b>90,1</b>  | <b>105,5</b> | <b>132,3</b> | <b>187,2</b> | <b>198,8</b> |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | 18,7        | 0,5          | 6,0          | 4,6          | 4,7          | -3,4         | 3,3          |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 95,5        | 76,0         | 81,7         | 80,2         | 68,1         | 78,8         | 81,3         |
| Anteil an den Bundeseinnahmen   | %       | 94,3        | 96,3         | 93,7         | 88,0         | 77,9         | 88,4         | 90,1         |
| Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>                                 | %       | 54,0        | 49,2         | 48,3         | 47,2         | .            | 44,9         | 42,5         |
| <b>Nettokreditaufnahme</b>  | Mrd.€   | <b>0,0</b>  | <b>-15,3</b> | <b>-13,9</b> | <b>-11,4</b> | <b>-23,9</b> | <b>-25,6</b> | <b>-23,8</b> |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 0,0         | 19,1         | 12,6         | 8,7          | 0,0          | 10,8         | 9,7          |
| Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes                                    | %       | 0,0         | 117,2        | 86,2         | 67,0         | 0,0          | 75,3         | 84,4         |
| Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup> | %       | 0,0         | 55,8         | 50,4         | 55,3         | 0,0          | 51,2         | 62,0         |
| <b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>                                 |         |             |              |              |              |              |              |              |
| öffentliche Haushalte <sup>2</sup>  | Mrd.€   | 59,2        | 129,4        | 236,6        | 386,8        | 536,2        | 1010,4       | 1198,2       |
| darunter: Bund  | Mrd.€   | 23,1        | 54,8         | 153,4        | 200,6        | 277,2        | 385,7        | 715,6        |

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand: Finanzplanungsrat November 2008; 2008 u. 2009 = Schätzung.



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

| Gegenstand der Nachweisung  | Einheit | 2001         | 2002         | 2003         | 2004         | 2005         | 2006         | 2007         | 2008         | 2009         |
|---|---------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
|   |         |              |              |              |              |              |              |              |              |              |
| <b>I. Gesamtübersicht</b>   |         |              |              |              |              |              |              |              |              |              |
| <b>Ausgaben</b>   | Mrd.€   | <b>243,1</b> | <b>249,3</b> | <b>256,7</b> | <b>251,6</b> | <b>259,8</b> | <b>261,0</b> | <b>270,4</b> | <b>282,3</b> | <b>297,5</b> |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | -0,5         | 2,5          | 3,0          | -2,0         | 3,3          | 0,5          | 3,6          | 4,4          | 5,4          |
| <b>Einnahmen</b>  | Mrd.€   | <b>220,2</b> | <b>216,6</b> | <b>217,5</b> | <b>211,8</b> | <b>228,4</b> | <b>232,8</b> | <b>255,7</b> | <b>270,5</b> | <b>260,3</b> |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | -0,1         | -1,6         | 0,4          | -2,6         | 7,8          | 1,9          | 9,8          | 5,8          | -3,7         |
| <b>Finanzierungssaldo</b>   | Mrd.€   | <b>-22,9</b> | <b>-32,7</b> | <b>-39,2</b> | <b>-39,8</b> | <b>-31,4</b> | <b>-28,2</b> | <b>-14,7</b> | <b>-11,8</b> | <b>-37,2</b> |
| darunter:   |         |              |              |              |              |              |              |              |              |              |
| Nettokreditaufnahme   | Mrd.€   | -22,8        | -31,9        | -38,6        | -39,5        | -31,2        | -27,9        | -14,3        | -11,5        | -36,8        |
| Münzeinnahmen   | Mrd.€   | -0,1         | -0,9         | -0,6         | -0,3         | -0,2         | -0,3         | -0,4         | -0,3         | -0,4         |
| Rücklagenbewegung   | Mrd.€   | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          |
| Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge   | Mrd.€   | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          | 0,0          |
| <b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>                                |         |              |              |              |              |              |              |              |              |              |
| <b>Personalausgaben</b>   | Mrd.€   | <b>26,8</b>  | <b>27,0</b>  | <b>27,2</b>  | <b>26,8</b>  | <b>26,4</b>  | <b>26,1</b>  | <b>26,0</b>  | <b>27,0</b>  | <b>27,8</b>  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | 1,1          | 0,7          | 0,9          | -1,8         | -1,4         | -1,0         | -0,3         | 3,7          | 2,9          |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 11,0         | 10,8         | 10,6         | 10,6         | 10,1         | 10,0         | 9,6          | 9,6          | 9,3          |
| Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>    | %       | 15,8         | 15,6         | 15,7         | 15,4         | 15,4         | 14,9         | 14,9         | 14,9         | 40,7         |
| <b>Zinsausgaben</b>   | Mrd.€   | <b>37,6</b>  | <b>37,1</b>  | <b>36,9</b>  | <b>36,3</b>  | <b>37,4</b>  | <b>37,5</b>  | <b>38,7</b>  | <b>40,2</b>  | <b>41,4</b>  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | -3,9         | -1,5         | -0,5         | -1,6         | 3,0          | 0,3          | 3,3          | 3,7          | 3,1          |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 15,5         | 14,9         | 14,4         | 14,4         | 14,4         | 14,4         | 14,3         | 14,2         | 13,9         |
| Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>        | %       | 56,8         | 56,2         | 56,1         | 56,0         | 58,3         | 58,1         | 57,9         | 58,9         | 60,4         |
| <b>Investive Ausgaben</b>   | Mrd.€   | <b>27,3</b>  | <b>24,1</b>  | <b>25,7</b>  | <b>22,4</b>  | <b>23,8</b>  | <b>22,7</b>  | <b>26,2</b>  | <b>24,3</b>  | <b>28,7</b>  |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | -3,1         | -11,7        | 6,9          | -13,0        | 6,2          | -4,4         | 15,4         | -7,2         | 18,1         |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 11,2         | 9,7          | 10,0         | 8,9          | 9,1          | 8,7          | 9,7          | 8,6          | 9,7          |
| Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>    | %       | 34,1         | 32,9         | 35,4         | 34,0         | 34,2         | 34,0         | 40,0         | 35,3         | 41,0         |
| <b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>  | Mrd.€   | <b>193,8</b> | <b>192,0</b> | <b>191,9</b> | <b>187,0</b> | <b>190,1</b> | <b>203,9</b> | <b>230,0</b> | <b>239,2</b> | <b>233,2</b> |
| Veränderung gegenüber Vorjahr   | %       | -2,5         | -0,9         | -0,1         | -2,5         | 1,7          | 7,2          | 12,8         | 4,0          | -2,5         |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 79,7         | 77,0         | 74,7         | 74,3         | 73,2         | 78,1         | 85,1         | 84,7         | 78,4         |
| Anteil an den Bundeseinnahmen   | %       | 88,0         | 88,7         | 88,2         | 88,3         | 83,2         | 87,6         | 90,0         | 88,4         | 89,6         |
| Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>                                 | %       | 43,4         | 43,5         | 43,4         | 42,2         | 42,1         | 41,7         | 42,7         | 43,2         | 40,9         |
| <b>Nettokreditaufnahme</b>  | Mrd.€   | <b>-22,8</b> | <b>-31,9</b> | <b>-38,6</b> | <b>-39,5</b> | <b>-31,2</b> | <b>-27,9</b> | <b>-14,3</b> | <b>-11,5</b> | <b>-36,8</b> |
| Anteil an den Bundesausgaben  | %       | 9,4          | 12,8         | 15,1         | 15,7         | 12,0         | 10,7         | 5,3          | 4,1          | 12,4         |
| Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes                                    | %       | 83,7         | 132,4        | 150,2        | 176,7        | 131,3        | 122,8        | 54,7         | 47,4         | 128,1        |
| Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup> | %       | 57,6         | 61,0         | 59,3         | 60,1         | 58,6         | 71,2         | X            | X            | X            |
| <b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>                                 |         |              |              |              |              |              |              |              |              |              |
| öffentliche Haushalte <sup>2</sup>  | Mrd.€   | 1203,9       | 1253,2       | 1325,7       | 1395,0       | 1447,6       | 1498,2       | 1503,7       | X            | X            |
| darunter: Bund  | Mrd.€   | 697,3        | 719,4        | 760,5        | 803,0        | 888,0        | 933,1        | 939,1        | X            | X            |

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.<sup>3</sup> Stand: Finanzplanungsrat November 2008; 2008 u. 2009 = Schätzung.<sup>4</sup> Stand: Regierungsentwurf Nachtragshaushalt 2009.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

|  | 2001                                 | 2002  | 2003  | 2004 <sup>2</sup> | 2005  | 2006 <sup>3</sup> | 2007 <sup>3</sup> |
|--|--------------------------------------|-------|-------|-------------------|-------|-------------------|-------------------|
|  | Mrd. €                               |       |       |                   |       |                   |                   |
| <b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b> |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Ausgaben                                       | 60,43                                | 611,3 | 619,6 | 615,3             | 627,7 | 636,8             | 647,6             |
| Einnahmen                                      | 55,77                                | 554,6 | 551,7 | 549,9             | 575,1 | 596,7             | 648,0             |
| Finanzierungssaldo                             | -4,66                                | -57,1 | -68,0 | -65,5             | -52,5 | -39,4             | 1,5               |
| darunter:                                      |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Bund   |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Ausgaben                                       | 24,31                                | 249,3 | 256,7 | 251,6             | 259,9 | 261,0             | 270,5             |
| Einnahmen                                      | 22,02                                | 216,6 | 217,5 | 211,8             | 228,4 | 232,8             | 255,7             |
| Finanzierungssaldo                             | -2,29                                | -32,7 | -39,2 | -39,8             | -31,4 | -28,2             | -14,7             |
| Länder   |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Ausgaben                                       | 25,55                                | 257,7 | 259,7 | 257,1             | 260,0 | 259,1             | 263,9             |
| Einnahmen                                      | 23,09                                | 228,5 | 229,2 | 233,5             | 237,2 | 248,9             | 267,3             |
| Finanzierungssaldo                             | -2,46                                | -29,4 | -30,5 | -23,5             | -22,7 | -10,2             | 3,4               |
| Gemeinden                                      |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Ausgaben                                       | 148,3                                | 150,0 | 149,9 | 150,1             | 153,2 | 157,4             | 160,7             |
| Einnahmen                                      | 14,42                                | 146,3 | 141,5 | 146,2             | 150,9 | 160,1             | 169,3             |
| Finanzierungssaldo                             | -4,1                                 | -3,7  | -8,4  | -3,9              | -2,2  | 2,8               | 8,6               |
|  | Veränderungen gegenüber Vorjahr in % |       |       |                   |       |                   |                   |
| <b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>             |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Ausgaben                                       | 0,9                                  | 1,2   | 1,4   | -0,7              | 2,0   | 1,5               | 1,7               |
| Einnahmen                                      | -1,3                                 | -0,6  | -0,5  | -0,3              | 4,6   | 3,8               | 8,6               |
| darunter:                                      |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Bund   |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Ausgaben                                       | -0,5                                 | 2,5   | 3,0   | -2,0              | 3,3   | 0,5               | 3,6               |
| Einnahmen                                      | -0,1                                 | -1,6  | 0,4   | -2,6              | 7,8   | 1,9               | 9,8               |
| Länder   |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Ausgaben                                       | 1,9                                  | 0,9   | 0,7   | -1,0              | 1,1   | -0,3              | 1,8               |
| Einnahmen                                      | -3,9                                 | -1,0  | 0,3   | 1,9               | 1,6   | 4,9               | 7,4               |
| Gemeinden                                      |                                      |       |       |                   |       |                   |                   |
| Ausgaben                                       | 1,6                                  | 1,1   | 0,0   | 0,1               | 2,1   | 2,8               | 2,1               |
| Einnahmen                                      | -2,5                                 | 1,4   | -3,3  | 3,3               | 3,3   | 6,0               | 5,8               |

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblasserentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

<sup>2</sup> Ab 2004 öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

<sup>3</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

<sup>4</sup> Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.


**Statistiken und Dokumentationen**

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

**7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007**

|  | 2001         | 2002  | 2003  | 2004 <sup>2</sup> | 2005  | 2006 <sup>3</sup> | 2007 <sup>3</sup> |
|--|--------------|-------|-------|-------------------|-------|-------------------|-------------------|
|  | Anteile in % |       |       |                   |       |                   |                   |
| <b>Finanzierungssaldo</b>                      |              |       |       |                   |       |                   |                   |
| (1) in % des BP (nominal)                      |              |       |       |                   |       |                   |                   |
| Öffentlicher Gesamthaushalt                    | -2,2         | -2,7  | -3,1  | -3,0              | -2,3  | -1,7              | 0,1               |
| darunter:                                      |              |       |       |                   |       |                   |                   |
| Bund   | -1,1         | -1,5  | -1,8  | -1,8              | -1,4  | -1,2              | -0,6              |
| Länder   | -1,2         | -1,4  | -1,4  | -1,1              | -1,0  | -0,4              | 0,1               |
| Gemeinden                                      | -0,2         | -0,2  | -0,4  | -0,2              | -0,1  | 0,1               | 0,4               |
| (2) in % der Ausgaben                          |              |       |       |                   |       |                   |                   |
| Öffentlicher Gesamthaushalt                    | -7,7         | -9,3  | -11,0 | -10,6             | -8,4  | -6,2              | 0,2               |
| darunter:                                      |              |       |       |                   |       |                   |                   |
| Bund   | -9,4         | -13,1 | -15,3 | -15,8             | -12,1 | -10,8             | -5,4              |
| Länder   | -9,6         | -11,4 | -11,7 | -9,1              | -8,7  | -3,9              | 1,3               |
| Gemeinden                                      | -2,8         | -2,4  | -5,6  | -2,6              | -1,5  | 1,8               | 5,4               |
| <b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>         |              |       |       |                   |       |                   |                   |
| Öffentlicher Gesamthaushalt                    | 28,6         | 28,5  | 28,6  | 27,8              | 28,0  | 27,4              | 26,7              |
| darunter:                                      |              |       |       |                   |       |                   |                   |
| Bund   | 11,5         | 11,6  | 11,9  | 11,4              | 11,6  | 11,2              | 11,2              |
| Länder   | 12,1         | 12,0  | 12,0  | 11,6              | 11,6  | 11,2              | 10,9              |
| Gemeinden                                      | 7,0          | 7,0   | 6,9   | 6,8               | 6,8   | 6,8               | 6,6               |
| Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>4</sup> | 21,1         | 20,6  | 20,4  | 20,0              | 20,1  | 21,0              | 22,2              |

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Kinderbetreuung, Versorgungsfonds des Bundes.

<sup>2</sup> Ab 2004 öffentlicher Gesamthaushalt mit Zweckverbänden.

<sup>3</sup> Bund und seine Sonderrechnungen sowie die Gemeinden sind Rechnungsergebnisse, Länder sind Kassenergebnisse.

<sup>4</sup> Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2008.

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

| Jahr   | Steueraufkommen |                 |                   |                 |                   |  |
|--|-----------------|-----------------|-------------------|-----------------|-------------------|--|
|  | insgesamt       | davon           |                   |                 |                   |  |
|  |                 | Direkte Steuern | Indirekte Steuern | Direkte Steuern | Indirekte Steuern |  |
| Mrd. €   | Mrd. €          |                 | %                 |                 |                   |  |
| Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990 |                 |                 |                   |                 |                   |  |
| 1950   | 10,5            | 5,3             | 5,2               | 50,6            | 49,4              |  |
| 1955   | 21,6            | 11,1            | 10,5              | 51,3            | 48,7              |  |
| 1960   | 35,0            | 18,8            | 16,2              | 53,8            | 46,2              |  |
| 1965   | 53,9            | 29,3            | 24,6              | 54,3            | 45,7              |  |
| 1970   | 78,8            | 42,2            | 36,6              | 53,6            | 46,4              |  |
| 1975   | 123,8           | 72,8            | 51,0              | 58,8            | 41,2              |  |
| 1980   | 186,6           | 109,1           | 77,5              | 58,5            | 41,5              |  |
| 1981   | 189,3           | 108,5           | 80,9              | 57,3            | 42,7              |  |
| 1982   | 193,6           | 111,9           | 81,7              | 57,8            | 42,2              |  |
| 1983   | 202,8           | 115,0           | 87,8              | 56,7            | 43,3              |  |
| 1984   | 212,0           | 120,7           | 91,3              | 56,9            | 43,1              |  |
| 1985   | 223,5           | 132,0           | 91,5              | 59,0            | 41,0              |  |
| 1986   | 231,3           | 137,3           | 94,1              | 59,3            | 40,7              |  |
| 1987   | 239,6           | 141,7           | 98,0              | 59,1            | 40,9              |  |
| 1988   | 249,6           | 148,3           | 101,2             | 59,4            | 40,6              |  |
| 1989   | 273,8           | 162,9           | 111,0             | 59,5            | 40,5              |  |
| 1990   | 281,0           | 159,5           | 121,6             | 56,7            | 43,3              |  |
| Bundesrepublik Deutschland   |                 |                 |                   |                 |                   |  |
| 1991   | 338,4           | 189,1           | 149,3             | 55,9            | 44,1              |  |
| 1992   | 374,1           | 209,5           | 164,6             | 56,0            | 44,0              |  |
| 1993   | 383,0           | 207,4           | 175,6             | 54,2            | 45,8              |  |
| 1994   | 402,0           | 210,4           | 191,6             | 52,3            | 47,7              |  |
| 1995   | 416,3           | 224,0           | 192,3             | 53,8            | 46,2              |  |
| 1996   | 409,0           | 213,5           | 195,6             | 52,2            | 47,8              |  |
| 1997   | 407,6           | 209,4           | 198,1             | 51,4            | 48,6              |  |
| 1998   | 425,9           | 221,6           | 204,3             | 52,0            | 48,0              |  |
| 1999   | 453,1           | 235,0           | 218,1             | 51,9            | 48,1              |  |
| 2000   | 467,3           | 243,5           | 223,7             | 52,1            | 47,9              |  |
| 2001   | 446,2           | 218,9           | 227,4             | 49,0            | 51,0              |  |
| 2002   | 441,7           | 211,5           | 230,2             | 47,9            | 52,1              |  |
| 2003   | 442,2           | 210,2           | 232,0             | 47,5            | 52,5              |  |
| 2004   | 442,8           | 211,9           | 231,0             | 47,8            | 52,2              |  |
| 2005   | 452,1           | 218,8           | 233,2             | 48,4            | 51,6              |  |
| 2006   | 488,4           | 246,4           | 242,0             | 50,5            | 49,5              |  |
| 2007   | 538,2           | 272,1           | 266,2             | 50,6            | 49,4              |  |
| 2008 <sup>2</sup>  | 561,8           | 290,9           | 270,9             | 51,8            | 48,2              |  |
| 2009 <sup>2</sup>  | 572,0           | 296,9           | 275,1             | 51,9            | 48,1              |  |

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 04. bis 05. November 2008.  
Stand: November 2008.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup>  
 (Steuer- und Sozialbeitragsseinnahmen des Staates)

| Jahr              | Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup> |              | Abgrenzung der Finanzstatistik |              |
|-------------------|--|--------------|--------------------------------|--------------|
|                   | Steuerquote  | Abgabenquote | Steuerquote                    | Abgabenquote |
|                   | Anteile am BIP in %  |              |                                |              |
| 1960              | 23,0   | 33,4         | 22,6                           | 32,2         |
| 1965              | 23,5   | 34,1         | 23,1                           | 32,9         |
| 1970              | 23,0   | 34,8         | 22,4                           | 33,5         |
| 1971              | 23,3   | 35,6         | 22,6                           | 34,2         |
| 1972              | 23,1   | 36,1         | 23,6                           | 35,7         |
| 1973              | 24,2   | 38,0         | 24,1                           | 37,0         |
| 1974              | 24,0   | 38,2         | 23,9                           | 37,4         |
| 1975              | 22,8   | 38,1         | 23,1                           | 37,9         |
| 1980              | 23,8   | 39,6         | 24,3                           | 39,7         |
| 1981              | 22,8   | 39,1         | 23,7                           | 39,5         |
| 1982              | 22,5   | 39,1         | 23,3                           | 39,4         |
| 1983              | 22,5   | 38,7         | 23,2                           | 39,0         |
| 1984              | 22,6   | 38,9         | 23,2                           | 38,9         |
| 1985              | 22,8   | 39,1         | 23,4                           | 39,2         |
| 1986              | 22,3   | 38,6         | 22,9                           | 38,7         |
| 1987              | 22,5   | 39,0         | 22,9                           | 38,8         |
| 1988              | 22,2   | 38,6         | 22,7                           | 38,5         |
| 1989              | 22,7   | 38,8         | 23,4                           | 39,0         |
| 1990              | 21,6   | 37,3         | 22,7                           | 38,0         |
| 1991              | 22,0   | 38,9         | 22,0                           | 38,0         |
| 1992              | 22,4   | 39,6         | 22,7                           | 39,2         |
| 1993              | 22,4   | 40,2         | 22,6                           | 39,6         |
| 1994              | 22,3   | 40,5         | 22,5                           | 39,8         |
| 1995              | 21,9   | 40,3         | 22,5                           | 40,2         |
| 1996              | 22,4   | 41,4         | 21,8                           | 39,9         |
| 1997              | 22,2   | 41,4         | 21,3                           | 39,5         |
| 1998              | 22,7   | 41,7         | 21,7                           | 39,5         |
| 1999              | 23,8   | 42,5         | 22,5                           | 40,2         |
| 2000              | 24,2   | 42,5         | 22,7                           | 40,0         |
| 2001              | 22,6   | 40,8         | 21,1                           | 38,3         |
| 2002              | 22,3   | 40,5         | 20,6                           | 37,7         |
| 2003              | 22,3   | 40,6         | 20,4                           | 37,7         |
| 2004              | 21,8   | 39,7         | 20,0                           | 36,9         |
| 2005 <sup>3</sup> | 22,0   | 39,7         | 20,1                           | 36,7         |
| 2006 <sup>3</sup> | 22,9   | 40,1         | 21,0                           | 37,2         |
| 2007 <sup>3</sup> | 23,8   | 40,3         | 22,2                           | 37,7         |

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2008.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

| Jahr              | Ausgaben des Staates |                                    |                                   |
|-------------------|----------------------|------------------------------------|-----------------------------------|
|                   | insgesamt            | darunter                           |                                   |
|                   |                      | Gebietskörperschaften <sup>3</sup> | Sozialversicherungen <sup>3</sup> |
|                   | Anteile am BIP in %  |                                    |                                   |
| 1960              | 32,9                 | 21,7                               | 11,2                              |
| 1965              | 37,1                 | 25,4                               | 11,6                              |
| 1970              | 38,5                 | 26,1                               | 12,4                              |
| 1975              | 48,8                 | 31,2                               | 17,7                              |
| 1980              | 46,9                 | 29,6                               | 17,3                              |
| 1981              | 47,5                 | 29,7                               | 17,9                              |
| 1982              | 47,5                 | 29,4                               | 18,1                              |
| 1983              | 46,5                 | 28,8                               | 17,7                              |
| 1984              | 45,8                 | 28,2                               | 17,6                              |
| 1985              | 45,2                 | 27,8                               | 17,4                              |
| 1986              | 44,5                 | 27,4                               | 17,1                              |
| 1987              | 45,0                 | 27,6                               | 17,4                              |
| 1988              | 44,6                 | 27,0                               | 17,6                              |
| 1989              | 43,1                 | 26,4                               | 16,7                              |
| 1990              | 43,6                 | 27,3                               | 16,4                              |
| 1991              | 46,3                 | 28,2                               | 18,0                              |
| 1992              | 47,2                 | 28,0                               | 19,2                              |
| 1993              | 48,2                 | 28,3                               | 19,9                              |
| 1994              | 47,9                 | 27,8                               | 20,0                              |
| 1995              | 48,1                 | 27,6                               | 20,6                              |
| 1996              | 49,3                 | 27,9                               | 21,4                              |
| 1997              | 48,4                 | 27,1                               | 21,2                              |
| 1998              | 48,0                 | 27,0                               | 21,1                              |
| 1999              | 48,1                 | 26,9                               | 21,1                              |
| 2000              | 47,6                 | 26,5                               | 21,1                              |
| 2000 <sup>4</sup> | 45,1                 | 24,0                               | 21,1                              |
| 2001              | 47,6                 | 26,3                               | 21,3                              |
| 2002              | 48,1                 | 26,4                               | 21,7                              |
| 2003              | 48,5                 | 26,5                               | 22,0                              |
| 2004              | 47,1                 | 25,9                               | 21,2                              |
| 2005 <sup>5</sup> | 46,8                 | 25,8                               | 21,0                              |
| 2006 <sup>5</sup> | 45,3                 | 25,2                               | 20,1                              |
| 2007 <sup>5</sup> | 44,2                 | 24,9                               | 19,3                              |

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.  
Ab 1970 in der Abgrenzung des ESG 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

## 11 Schulden der öffentlichen Haushalte

ohne Kassenverstärkungskredite

|  | 2002                                   | 2003             | 2004             | 2005             | 2006             | 2007             |
|--|--|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
|  | <b>Schulden in Mio. €<sup>1</sup></b>  |                  |                  |                  |                  |                  |
| <b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>                     | <b>1 253 244</b>                       | <b>1 325 801</b> | <b>1 395 026</b> | <b>1 447 583</b> | <b>1 498 152</b> | <b>1 503 731</b> |
| Bund   | 7 78 607                               | 8 19 282         | 8 60 2 44        | 8 88 0 19        | 9 33 0 88        | 9 39 1 28        |
| Kernhaushalte  | 7 19 3 97                              | 7 60 4 53        | 8 02 9 94        | 8 72 6 53        | 9 02 0 54        | 9 22 0 45        |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | 7 19 3 97                              | 7 60 4 53        | 8 02 9 94        | 8 72 6 53        | 9 02 0 54        | 9 22 0 45        |
| Extrahaushalte   | 5 92 1 0                               | 5 8 8 2 9        | 5 7 2 5 0        | 1 5 3 6 6        | 3 1 0 3 4        | 1 7 0 8 2        |
| Länder   | 3 8 4 7 7 3                            | 4 1 4 9 5 2      | 4 4 2 9 2 2      | 4 6 8 2 1 4      | 4 8 0 4 8 5      | 4 8 2 7 5 2      |
| Kernhaushalte  | 3 8 4 7 7 3                            | 4 1 4 9 5 2      | 4 4 2 9 2 2      | 4 6 8 2 1 4      | 4 7 9 4 8 9      | 4 8 1 6 2 8      |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | 3 8 4 7 7 3                            | 4 1 4 9 5 2      | 4 4 2 9 2 2      | 4 6 8 2 1 4      | 4 7 9 4 8 9      | 4 8 1 6 2 8      |
| Extrahaushalte   | -                                      | -                | -                | -                | 9 9 6            | 1 1 2 4          |
| Gemeinden  | 8 9 8 6 4                              | 9 1 5 6 7        | 9 1 8 6 0        | 9 1 3 5 0        | 8 4 5 7 9        | 8 1 8 5 1        |
| Kernhaushalte  | 8 2 6 6 2                              | 8 4 0 6 9        | 8 4 2 5 7        | 8 3 8 0 4        | 8 1 8 7 7        | 7 9 2 3 9        |
| Kreditmarktmittel iwS                                  | 8 2 6 6 2                              | 8 4 0 6 9        | 8 4 2 5 7        | 8 3 8 0 4        | 8 1 8 7 7        | 7 9 2 3 9        |
| Extrahaushalte   | 7 2 0 2                                | 7 4 9 8          | 7 6 0 3          | 7 5 4 6          | 2 7 0 2          | 2 6 1 2          |
| nachrichtlich:   |  |                  |                  |                  |                  |                  |
| Länder und Gemeinden                                   | 4 7 4 6 3 7                            | 5 0 6 5 1 9      | 5 3 4 7 8 2      | 5 5 9 5 6 4      | 5 6 5 0 6 4      | 5 6 4 6 0 3      |
| Maastricht-Schuldenstand                               | 1 2 9 3 0 0 0                          | 1 3 8 1 0 0 0    | 1 4 5 1 1 0 0    | 1 5 2 1 6 0 0    | 1 5 6 9 0 0 0    | 1 5 7 6 3 0 0    |
| nachrichtlich:   |  |                  |                  |                  |                  |                  |
| Extrahaushalte des Bundes                              | 5 9 2 1 0                              | 5 8 8 2 9        | 5 7 2 5 0        | 1 5 3 6 6        | 3 1 0 3 4        | 1 7 0 8 2        |
| ERP-Sondervermögen                                     | 1 9 4 0 0                              | 1 9 2 6 1        | 1 8 2 0 0        | 1 5 0 6 6        | 1 4 3 5 7        | -                |
| Fonds Deutsche Einheit                                 | 3 9 4 4 1                              | 3 9 0 9 9        | 3 8 6 5 0        | -                | -                | -                |
| Kreditabwicklungsfonds                                 | -                                      | -                | -                | -                | -                | -                |
| Erblastentilgungsfonds                                 | -                                      | -                | -                | -                | -                | -                |
| Bundeseisenbahnvermögen                                | -                                      | -                | -                | -                | -                | -                |
| Ausgleichsfonds "Steinkohle"                           | -                                      | -                | -                | -                | -                | -                |
| Entschädigungsfonds                                    | 3 6 9                                  | 4 6 9            | 4 0 0            | 3 0 0            | 1 9 9            | 1 0 0            |
| Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation | -                                      | -                | -                | -                | 1 6 4 7 8        | 1 6 9 8 3        |
|  | <b>Anteil an den Schulden in %</b>     |                  |                  |                  |                  |                  |
| Bund   | 62,1                                   | 61,8             | 61,7             | 61,3             | 62,3             | 62,5             |
| Kernhaushalte  | 57,4                                   | 57,4             | 57,6             | 60,3             | 60,2             | 61,3             |
| Extrahaushalte   | 4,7                                    | 4,4              | 4,1              | 1,1              | 2,1              | 1,1              |
| Länder   | 30,7                                   | 31,3             | 31,8             | 32,3             | 32,1             | 32,1             |
| Gemeinden  | 7,2                                    | 6,9              | 6,6              | 6,3              | 5,6              | 5,4              |
| nachrichtlich:   |  |                  |                  |                  |                  |                  |
| Länder und Gemeinden                                   | 37,9                                   | 38,2             | 38,3             | 38,7             | 37,7             | 37,5             |
|  | <b>Anteil der Schulden am BIP in %</b> |                  |                  |                  |                  |                  |
| <b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>                     | <b>58,5</b>                            | <b>61,3</b>      | <b>63,1</b>      | <b>64,5</b>      | <b>64,5</b>      | <b>62,1</b>      |
| Bund   | 36,3                                   | 37,9             | 38,9             | 39,6             | 40,2             | 38,8             |
| Kernhaushalte  | 33,6                                   | 35,1             | 36,3             | 38,9             | 38,9             | 38,1             |
| Extrahaushalte   | 2,8                                    | 2,7              | 2,6              | 0,7              | 1,3              | 0,7              |
| Länder   | 18,0                                   | 19,2             | 20,0             | 20,9             | 20,7             | 19,9             |
| Gemeinden  | 4,2                                    | 4,2              | 4,2              | 4,1              | 3,6              | 3,4              |
| nachrichtlich:   |  |                  |                  |                  |                  |                  |
| Länder und Gemeinden                                   | 22,1                                   | 23,4             | 24,2             | 24,9             | 24,3             | 23,3             |
| Maastricht-Schuldenstand                               | 60,3                                   | 63,8             | 65,6             | 67,8             | 67,6             | 65,0             |
|  | <b>Schulden insgesamt in €</b>         |                  |                  |                  |                  |                  |
| je Einwohner   | 15 195                                 | 16 067           | 16 910           | 17 553           | 18 188           | 18 280           |
| nachrichtlich:   |  |                  |                  |                  |                  |                  |
| Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)                       | 2 143,2                                | 2 163,8          | 2 210,9          | 2 243,2          | 2 321,5          | 2 422,9          |
| Einwohner 30.06.                                       | 82 474 729                             | 82 517 958       | 82 498 469       | 82 468 020       | 82 371 955       | 82 260 693       |

<sup>1</sup> Kreditmarktschulden im weiteren Sinne ohne Kassenkredite.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

| Jahr              | Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup> |                            |                           |                    |                            |                           | Abgrenzung der Finanzstatistik           |                       |
|-------------------|--|----------------------------|---------------------------|--------------------|----------------------------|---------------------------|--|-----------------------|
|                   | Staat  | Gebiets-<br>körperschaften | Sozial-<br>versicherungen | Staat              | Gebiets-<br>körperschaften | Sozial-<br>versicherungen | Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup> |                       |
|                   | Mrd. €   |                            |                           | Anteile am BP in % |                            |                           | Mrd. €                                   | Anteile am<br>BP in % |
| 1960              | 4,7  | 3,4                        | 1,3                       | 3,0                | 2,2                        | 0,9                       | -  | -                     |
| 1965              | -1,4   | -3,2                       | 1,8                       | -0,6               | -1,4                       | 0,8                       | -4,8                                     | -2,0                  |
| 1970              | 1,9  | -1,1                       | 2,9                       | 0,5                | -0,3                       | 0,8                       | -4,1                                     | -1,1                  |
| 1975              | -30,9  | -28,8                      | -2,1                      | -5,6               | -5,2                       | -0,4                      | -32,6                                    | -5,9                  |
| 1980              | -23,2  | -24,3                      | 1,1                       | -2,9               | -3,1                       | 0,1                       | -29,2                                    | -3,7                  |
| 1981              | -32,2  | -34,5                      | 2,2                       | -3,9               | -4,2                       | 0,3                       | -38,7                                    | -4,7                  |
| 1982              | -29,6  | -32,4                      | 2,8                       | -3,4               | -3,8                       | 0,3                       | -35,8                                    | -4,2                  |
| 1983              | -25,7  | -25,0                      | -0,7                      | -2,9               | -2,8                       | -0,1                      | -28,3                                    | -3,1                  |
| 1984              | -18,7  | -17,8                      | -0,8                      | -2,0               | -1,9                       | -0,1                      | -23,8                                    | -2,5                  |
| 1985              | -11,3  | -13,1                      | 1,8                       | -1,1               | -1,3                       | 0,2                       | -20,1                                    | -2,0                  |
| 1986              | -11,9  | -16,2                      | 4,2                       | -1,1               | -1,6                       | 0,4                       | -21,6                                    | -2,1                  |
| 1987              | -19,3  | -22,0                      | 2,7                       | -1,8               | -2,1                       | 0,3                       | -26,1                                    | -2,5                  |
| 1988              | -22,2  | -22,3                      | 0,1                       | -2,0               | -2,0                       | 0,0                       | -26,5                                    | -2,4                  |
| 1989              | 1,0  | -7,3                       | 8,2                       | 0,1                | -0,6                       | 0,7                       | -13,8                                    | -1,2                  |
| 1990              | -24,8  | -34,7                      | 9,9                       | -1,9               | -2,7                       | 0,8                       | -48,3                                    | -3,7                  |
| 1991              | -43,8  | -54,7                      | 10,9                      | -2,9               | -3,6                       | 0,7                       | -62,8                                    | -4,1                  |
| 1992              | -40,7  | -39,1                      | -1,6                      | -2,5               | -2,4                       | -0,1                      | -59,2                                    | -3,6                  |
| 1993              | -50,9  | -53,9                      | 3,0                       | -3,0               | -3,2                       | 0,2                       | -70,5                                    | -4,2                  |
| 1994              | -40,9  | -42,9                      | 2,0                       | -2,3               | -2,4                       | 0,1                       | -59,5                                    | -3,3                  |
| 1995              | -59,1  | -51,4                      | -7,7                      | -3,2               | -2,8                       | -0,4                      | -55,9                                    | -3,0                  |
| 1996              | -62,5  | -56,1                      | -6,4                      | -3,3               | -3,0                       | -0,3                      | -62,3                                    | -3,3                  |
| 1997              | -50,6  | -52,1                      | 1,5                       | -2,6               | -2,7                       | 0,1                       | -48,1                                    | -2,5                  |
| 1998              | -42,7  | -45,7                      | 3,0                       | -2,2               | -2,3                       | 0,2                       | -28,8                                    | -1,5                  |
| 1999              | -29,3  | -34,6                      | 5,3                       | -1,5               | -1,7                       | 0,3                       | -26,9                                    | -1,3                  |
| 2000              | -23,7  | -24,3                      | 0,6                       | -1,2               | -1,2                       | 0,0                       | -34,0                                    | -1,6                  |
| 2000 <sup>4</sup> | 27,1   | 26,5                       | 0,6                       | 1,3                | 1,3                        | 0,0                       | -  | -                     |
| 2001              | -59,6  | -55,8                      | -3,8                      | -2,8               | -2,6                       | -0,2                      | -46,6                                    | -2,2                  |
| 2002              | -78,3  | -71,5                      | -6,8                      | -3,7               | -3,3                       | -0,3                      | -57,0                                    | -2,7                  |
| 2003              | -87,2  | -79,5                      | -7,7                      | -4,0               | -3,7                       | -0,4                      | -67,9                                    | -3,1                  |
| 2004              | -83,5  | -82,3                      | -1,2                      | -3,8               | -3,7                       | -0,1                      | -65,5                                    | -3,0                  |
| 2005 <sup>5</sup> | -74,1  | -70,0                      | -4,1                      | -3,3               | -3,1                       | -0,2                      | -52,5                                    | -2,3                  |
| 2006 <sup>5</sup> | -35,6  | -40,6                      | 5,0                       | -1,5               | -1,7                       | 0,2                       | -39,4                                    | -1,7                  |
| 2007 <sup>5</sup> | -4,0   | -14,4                      | 10,4                      | -0,2               | -0,6                       | 0,4                       | 1,5                                      | 0,1                   |

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: 22. Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

| Land                      | in % des BIP |             |             |             |                   |             |             |             |             |            |             |             |
|---------------------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|------------|-------------|-------------|
|                           | 1980         | 1985        | 1990        | 1995        | 2000 <sup>2</sup> | 2004        | 2005        | 2006        | 2007        | 2008       | 2009        | 2010        |
| <b>Deutschland</b>        | <b>-2,8</b>  | <b>-1,1</b> | <b>-1,9</b> | <b>-3,2</b> | <b>-1,2</b>       | <b>-3,8</b> | <b>-3,3</b> | <b>-1,5</b> | <b>-0,2</b> | <b>0,0</b> | <b>-0,2</b> | <b>-0,5</b> |
| Belgien                   | -9,4         | -10,0       | -6,7        | -4,5        | 0,0               | -0,2        | -2,6        | 0,3         | -0,3        | -0,5       | -1,4        | -1,8        |
| Griechenland              | -            | -           | -14,3       | -9,3        | -3,7              | -7,5        | -5,1        | -2,8        | -3,5        | -2,5       | -2,2        | -3,0        |
| Spanien                   | -            | -           | -           | -6,5        | -1,1              | -0,3        | 1,0         | 2,0         | 2,2         | -1,6       | -2,9        | -3,2        |
| Frankreich                | -0,1         | -3,0        | -2,4        | -5,5        | -1,5              | -3,6        | -2,9        | -2,4        | -2,7        | -3,0       | -3,5        | -3,8        |
| Irland                    | -            | -10,7       | -2,8        | -2,1        | 4,7               | 1,4         | 1,7         | 3,0         | 0,2         | -5,5       | -6,8        | -7,2        |
| Italien                   | -7,0         | -12,4       | -11,4       | -7,4        | -2,0              | -3,5        | -4,3        | -3,4        | -1,6        | -2,5       | -2,6        | -2,1        |
| Zypern                    | -            | -           | -           | -           | -2,3              | -4,1        | -2,4        | -1,2        | 3,5         | 1,0        | 0,7         | 0,6         |
| Luxemburg                 | -            | -           | 4,3         | 2,4         | 6,0               | -1,2        | -0,1        | 1,3         | 3,2         | 2,7        | 1,3         | 0,5         |
| Malta                     | -            | -           | -           | -4,2        | -6,2              | -4,7        | -2,8        | -2,3        | -1,8        | -3,8       | -2,7        | -2,5        |
| Niederlande               | -3,9         | -3,6        | -5,3        | -4,3        | 1,3               | -1,7        | -0,3        | 0,6         | 0,3         | 1,2        | 0,5         | 0,1         |
| Österreich                | -1,6         | -2,7        | -2,5        | -5,8        | -2,1              | -4,4        | -1,5        | -1,5        | -0,4        | -0,6       | -1,2        | -1,4        |
| Portugal                  | -7,2         | -8,6        | -6,3        | -5,0        | -3,2              | -3,4        | -6,1        | -3,9        | -2,6        | -2,2       | -2,8        | -3,3        |
| Slowakei                  | -            | -           | -           | -3,4        | -12,3             | -2,3        | -2,8        | -3,5        | -1,9        | -2,3       | -2,2        | -2,5        |
| Slowenien                 | -            | -           | -           | -8,5        | -3,8              | -2,2        | -1,4        | -1,2        | 0,5         | -0,2       | -0,7        | -0,5        |
| Finnland                  | 3,8          | 3,5         | 5,4         | -6,2        | 6,9               | 2,4         | 2,9         | 4,1         | 5,3         | 5,1        | 3,6         | 2,4         |
| Euroraum                  | -            | -           | -           | -5,0        | -1,1              | -2,9        | -2,5        | -1,3        | -0,6        | -1,3       | -1,8        | -2,0        |
| Bulgarien                 | -            | -           | -           | -3,4        | -0,5              | 1,6         | 1,9         | 3,0         | 0,1         | 3,3        | 2,9         | 2,9         |
| Dänemark                  | -2,3         | -1,4        | -1,3        | -2,9        | 2,3               | 2,0         | 5,2         | 5,2         | 4,5         | 3,1        | 1,1         | 0,4         |
| Estland                   | -            | -           | -           | 1,1         | -0,2              | 1,7         | 1,5         | 2,9         | 2,7         | -1,4       | -2,2        | -2,8        |
| Lettland                  | -            | -           | 6,8         | -1,6        | -2,8              | -1,0        | -0,4        | -0,2        | 0,1         | -2,3       | -5,6        | -6,2        |
| Litauen                   | -            | -           | -           | -1,6        | -3,2              | -1,5        | -0,5        | -0,4        | -1,2        | -2,7       | -3,6        | -4,0        |
| Polen                     | -            | -           | -           | -4,4        | -3,0              | -5,7        | -4,3        | -3,8        | -2,0        | -2,3       | -2,5        | -2,4        |
| Rumänien                  | -            | -           | -           | -           | -4,6              | -1,2        | -1,2        | -2,2        | -2,6        | -3,4       | -4,1        | -3,8        |
| Schweden                  | -            | -           | -           | -7,4        | 3,7               | 0,8         | 2,4         | 2,3         | 3,6         | 2,6        | 0,5         | -0,4        |
| Tschechien                | -            | -           | -           | -13,4       | -3,7              | -3,0        | -3,6        | -2,7        | -1,0        | -1,2       | -1,3        | -1,4        |
| Ungarn                    | -            | -           | -           | -           | -2,9              | -6,4        | -7,8        | -9,3        | -5,0        | -3,4       | -3,3        | -3,3        |
| Vereinigtes<br>Königreich | -3,2         | -2,8        | -1,8        | -5,9        | 1,2               | -3,4        | -3,4        | -2,7        | -2,8        | -4,2       | -5,6        | -6,5        |
| EU                        | -            | -           | -           | -5,1        | -0,6              | -2,9        | -2,4        | -1,4        | -0,9        | -1,6       | -2,3        | -2,6        |
| USA                       | -2,3         | -4,9        | -4,0        | -3,1        | 1,7               | -4,3        | -3,1        | -2,1        | -2,8        | -5,3       | -7,2        | -9,0        |
| Japan                     | -4,5         | -1,4        | 2,1         | -4,7        | -7,6              | -6,2        | -6,7        | -1,4        | -2,2        | -1,9       | -2,6        | -3,5        |

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedsstaaten ab 1995 nach ESVG 95.<sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMST-Erlöse.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre 2004 bis 2010: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Stand: November 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

| Land                      | in % des BIP |             |             |             |             |             |             |             |             |             |             |             |
|---------------------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                           | 1980         | 1985        | 1990        | 1995        | 2000        | 2004        | 2005        | 2006        | 2007        | 2008        | 2009        | 2010        |
| <b>Deutschland</b>        | <b>30,3</b>  | <b>39,5</b> | <b>41,3</b> | <b>55,6</b> | <b>59,7</b> | <b>65,6</b> | <b>67,8</b> | <b>67,6</b> | <b>65,1</b> | <b>64,3</b> | <b>63,2</b> | <b>61,9</b> |
| Belgien                   | 74,0         | 115,1       | 125,6       | 129,8       | 107,8       | 94,3        | 92,1        | 87,8        | 83,9        | 86,5        | 86,1        | 85,6        |
| Griechenland              | 22,8         | 49,0        | 72,6        | 99,2        | 101,8       | 98,6        | 98,8        | 95,9        | 94,8        | 93,4        | 92,2        | 91,9        |
| Spanien                   | 16,4         | 41,4        | 42,6        | 62,7        | 59,2        | 46,2        | 43,0        | 39,6        | 36,2        | 37,5        | 41,1        | 44,4        |
| Frankreich                | 20,7         | 30,6        | 35,2        | 55,1        | 56,7        | 64,9        | 66,4        | 63,6        | 63,9        | 65,4        | 67,7        | 69,9        |
| Irland                    | 69,1         | 100,6       | 93,2        | 81,1        | 37,7        | 29,4        | 27,3        | 24,7        | 24,8        | 31,6        | 39,2        | 46,2        |
| Italien                   | 56,9         | 80,5        | 94,7        | 121,5       | 109,2       | 103,8       | 105,9       | 106,9       | 104,1       | 104,1       | 104,3       | 103,8       |
| Zypern                    | -            | -           | -           | -           | 58,8        | 70,2        | 69,1        | 64,6        | 59,5        | 48,2        | 44,7        | 41,3        |
| Luxemburg                 | 9,9          | 10,3        | 4,7         | 7,4         | 6,4         | 6,3         | 6,1         | 6,6         | 7,0         | 14,1        | 14,6        | 14,5        |
| Malta                     | -            | -           | -           | -           | 55,9        | 72,1        | 69,9        | 63,9        | 62,2        | 63,1        | 63,2        | 63,1        |
| Niederlande               | 45,3         | 69,7        | 76,8        | 7,6         | 53,8        | 52,4        | 51,8        | 47,4        | 45,7        | 48,2        | 47,0        | 45,9        |
| Österreich                | 35,4         | 48,1        | 56,1        | 68,3        | 66,4        | 64,8        | 63,7        | 62,0        | 59,5        | 57,4        | 57,1        | 56,9        |
| Portugal                  | 30,6         | 58,4        | 55,3        | 61,0        | 50,4        | 58,3        | 63,6        | 64,7        | 63,6        | 64,3        | 65,2        | 66,6        |
| Slowakei                  | -            | -           | -           | 22,2        | 50,3        | 41,4        | 34,2        | 30,4        | 29,4        | 28,8        | 29,0        | 29,3        |
| Slowenien                 | -            | -           | -           | -           | 26,8        | 27,2        | 27,0        | 26,7        | 23,4        | 21,8        | 21,1        | 20,1        |
| Finnland                  | 11,3         | 16,0        | 14,0        | 56,7        | 43,8        | 44,1        | 41,3        | 39,2        | 35,1        | 31,6        | 30,2        | 29,8        |
| Euroraum                  | -            | -           | -           | -           | 74,3        | 37,9        | 29,2        | 22,7        | 18,2        | 13,8        | 10,6        | 7,9         |
| Bulgarien                 | -            | -           | -           | -           | 74,3        | 37,9        | 29,2        | 22,7        | 18,2        | 13,8        | 10,6        | 7,9         |
| Dänemark                  | 39,1         | 74,7        | 62,0        | 72,5        | 51,7        | 43,8        | 36,4        | 30,5        | 26,2        | 21,1        | 21,1        | 20,1        |
| Estland                   | -            | -           | -           | 9,0         | 5,2         | 5,0         | 4,5         | 4,3         | 3,5         | 4,2         | 5,0         | 6,1         |
| Lettland                  | -            | -           | -           | -           | 12,3        | 14,9        | 12,4        | 10,7        | 9,5         | 12,3        | 17,7        | 23,0        |
| Litauen                   | -            | -           | -           | 11,9        | 23,7        | 19,4        | 18,4        | 18,0        | 17,0        | 17,5        | 20,0        | 23,3        |
| Polen                     | -            | -           | -           | -           | 36,8        | 45,7        | 47,1        | 47,7        | 44,9        | 43,9        | 43,6        | 43,1        |
| Rumänien                  | -            | -           | -           | -           | 24,7        | 18,8        | 15,8        | 12,4        | 12,9        | 13,4        | 15,4        | 17,1        |
| Schweden                  | 40,0         | 61,9        | 42,0        | 72,1        | 53,6        | 51,2        | 50,9        | 45,9        | 40,4        | 34,7        | 33,7        | 32,2        |
| Tschechien                | -            | -           | -           | 14,6        | 18,5        | 30,4        | 29,8        | 29,6        | 28,9        | 26,6        | 26,4        | 26,3        |
| Ungarn                    | -            | -           | -           | 85,1        | 54,2        | 59,4        | 61,7        | 65,6        | 65,8        | 65,4        | 66,0        | 66,2        |
| Vereinigtes<br>Königreich | 52,7         | 51,8        | 33,3        | 50,8        | 41,0        | 40,6        | 42,3        | 43,4        | 44,2        | 50,1        | 55,1        | 60,3        |
| EU                        | -            | -           | -           | 69,5        | 63,0        | 62,2        | 62,7        | 61,3        | 58,7        | 59,8        | 60,9        | 61,8        |
| USA                       | 42,0         | 55,8        | 63,6        | 71,3        | 55,5        | 62,3        | 62,7        | 62,2        | 63,1        | 67,5        | 77,1        | 84,8        |
| Japan                     | 55,0         | 72,2        | 68,6        | 87,6        | 136,7       | 167,1       | 177,3       | 171,9       | 173,6       | 177,8       | 182,5       | 185,5       |

Quellen: Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008.

Stand: November 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

| Land                             | Steuer in % des BIP |             |             |             |             |             |             |             |  |
|----------------------------------|---------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|--|
|                                  | 1970                | 1980        | 1990        | 1995        | 2000        | 2005        | 2006        | 2007        |  |
| <b>Deutschland<sup>2,3</sup></b> | <b>22,0</b>         | <b>23,9</b> | <b>21,8</b> | <b>22,7</b> | <b>22,7</b> | <b>20,9</b> | <b>21,9</b> | <b>23,0</b> |  |
| Belgien                          | 24,1                | 29,4        | 28,1        | 29,2        | 31,0        | 31,1        | 31,0        | 30,7        |  |
| Dänemark                         | 37,1                | 42,5        | 45,6        | 47,7        | 47,6        | 49,6        | 48,1        | 47,9        |  |
| Finnland                         | 28,7                | 27,4        | 32,4        | 31,6        | 35,3        | 31,9        | 31,3        | 31,1        |  |
| Frankreich                       | 21,7                | 23,0        | 23,5        | 24,5        | 28,4        | 27,7        | 27,8        | 27,4        |  |
| Griechenland                     | 14,0                | 14,5        | 18,3        | 19,5        | 23,6        | 20,2        | 20,2        | .           |  |
| Irland                           | 26,1                | 26,6        | 28,2        | 27,8        | 27,5        | 26,0        | 27,6        | 27,3        |  |
| Italien                          | 16,0                | 18,4        | 25,4        | 27,5        | 30,2        | 28,3        | 29,6        | 30,2        |  |
| Japan                            | 15,3                | 18,0        | 21,4        | 17,9        | 17,5        | 17,3        | 17,7        | .           |  |
| Kanada                           | 27,9                | 27,7        | 31,5        | 30,6        | 30,8        | 28,4        | 28,4        | 28,6        |  |
| Luxemburg                        | 16,7                | 25,4        | 26,0        | 27,3        | 29,1        | 27,3        | 26,0        | 26,7        |  |
| Niederlande                      | 23,1                | 26,6        | 26,9        | 24,1        | 24,2        | 25,7        | 25,1        | 24,2        |  |
| Norwegen                         | 29,0                | 33,5        | 30,2        | 31,3        | 33,7        | 34,6        | 35,2        | 34,4        |  |
| Österreich                       | 25,3                | 26,9        | 26,6        | 26,3        | 28,1        | 27,6        | 27,3        | 27,8        |  |
| Polen                            | -                   | -           | -           | 25,2        | 22,4        | 20,7        | 21,4        | .           |  |
| Portugal                         | 14,0                | 16,1        | 20,2        | 22,1        | 23,8        | 23,4        | 24,3        | 24,9        |  |
| Schweden                         | 32,1                | 33,0        | 38,0        | 34,4        | 38,1        | 36,3        | 36,6        | 35,6        |  |
| Schweiz                          | 16,2                | 18,9        | 19,7        | 20,2        | 22,7        | 22,2        | 22,7        | 22,8        |  |
| Slowakei                         | -                   | -           | -           | -           | 19,7        | 19,0        | 17,9        | 17,9        |  |
| Spanien                          | 10,0                | 11,6        | 21,0        | 20,5        | 22,0        | 23,6        | 24,4        | 25,0        |  |
| Tschechien                       | -                   | -           | -           | 22,0        | 19,7        | 21,4        | 20,8        | 20,3        |  |
| Ungarn                           | -                   | -           | -           | 26,6        | 26,9        | 25,6        | 25,2        | 26,4        |  |
| Vereinigtes Königreich           | 31,9                | 29,3        | 30,0        | 28,4        | 30,8        | 29,5        | 30,3        | 29,8        |  |
| Vereinigte Staaten               | 22,7                | 20,6        | 20,5        | 20,9        | 23,0        | 20,6        | 21,3        | 21,6        |  |

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008

Stand: Oktober 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

| Land                             | Steuern und Sozialabgaben in % des BIP |             |             |             |             |             |             |             |
|----------------------------------|--|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                                  | 1970                                   | 1980        | 1990        | 1995        | 2000        | 2005        | 2006        | 2007        |
| <b>Deutschland<sup>2,3</sup></b> | <b>31,5</b>                            | <b>36,4</b> | <b>34,8</b> | <b>37,2</b> | <b>37,2</b> | <b>34,8</b> | <b>35,6</b> | <b>36,2</b> |
| Belgien                          | 33,9                                   | 41,3        | 42,0        | 43,6        | 44,9        | 44,8        | 44,5        | 44,4        |
| Dänemark                         | 38,4                                   | 43,0        | 46,5        | 48,8        | 49,4        | 50,7        | 49,1        | 48,9        |
| Finnland                         | 31,5                                   | 35,7        | 43,5        | 45,7        | 47,2        | 43,9        | 43,5        | 43,0        |
| Frankreich                       | 34,1                                   | 40,1        | 42,0        | 42,9        | 44,4        | 43,9        | 44,2        | 43,6        |
| Griechenland                     | 20,0                                   | 21,6        | 26,2        | 28,9        | 34,1        | 31,3        | 31,3        | .           |
| Irland                           | 28,4                                   | 31,0        | 33,1        | 32,5        | 31,7        | 30,6        | 31,9        | 32,2        |
| Italien                          | 25,7                                   | 29,7        | 37,8        | 40,1        | 42,3        | 40,9        | 42,1        | 43,3        |
| Japan                            | 19,6                                   | 25,4        | 29,1        | 26,8        | 27,0        | 27,4        | 27,9        | .           |
| Kanada                           | 30,9                                   | 31,0        | 35,9        | 35,6        | 35,6        | 33,4        | 33,3        | 33,3        |
| Luxemburg                        | 23,5                                   | 35,7        | 35,7        | 37,1        | 39,1        | 37,8        | 35,9        | 36,9        |
| Niederlande                      | 35,6                                   | 42,9        | 42,9        | 41,5        | 39,7        | 38,8        | 39,3        | 38,0        |
| Norwegen                         | 34,5                                   | 42,4        | 41,0        | 40,9        | 42,6        | 43,5        | 43,9        | 43,4        |
| Osterreich                       | 33,9                                   | 39,0        | 39,6        | 41,2        | 42,6        | 42,1        | 41,7        | 41,9        |
| Polen                            | -                                      | -           | -           | 36,2        | 31,6        | 32,9        | 33,5        | .           |
| Portugal                         | 18,4                                   | 22,9        | 27,7        | 31,7        | 34,1        | 34,7        | 35,7        | 36,6        |
| Schweden                         | 37,8                                   | 46,4        | 52,2        | 47,5        | 51,8        | 49,5        | 49,1        | 48,2        |
| Schweiz                          | 19,3                                   | 24,7        | 25,8        | 27,7        | 30,0        | 29,2        | 29,6        | 29,7        |
| Slowakei                         | -                                      | -           | -           | -           | 33,8        | 31,8        | 29,8        | 29,8        |
| Spanien                          | 15,9                                   | 22,6        | 32,5        | 32,1        | 34,2        | 35,8        | 36,6        | 37,2        |
| Tschechien                       | -                                      | -           | -           | 37,5        | 35,3        | 37,5        | 36,9        | 36,4        |
| Ungarn                           | -                                      | -           | -           | 41,3        | 38,0        | 37,2        | 37,1        | 39,3        |
| Vereinigtes Königreich           | 37,0                                   | 35,1        | 36,1        | 34,5        | 37,1        | 36,3        | 37,1        | 36,6        |
| Vereinigte Staaten               | 27,0                                   | 26,4        | 27,3        | 27,9        | 29,9        | 27,3        | 28,0        | 28,3        |

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

| Land                           | Gesamtausgaben des Staates in % des BIP |             |             |             |             |             |             |             |             |             |             |
|--------------------------------|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
|                                | 1980                                    | 1985        | 1990        | 1995        | 2000        | 2005        | 2006        | 2007        | 2008        | 2009        | 2010        |
| <b>Deutschland<sup>1</sup></b> | <b>46,6</b>                             | <b>44,9</b> | <b>43,4</b> | <b>48,3</b> | <b>45,1</b> | <b>46,8</b> | <b>45,3</b> | <b>44,1</b> | <b>43,3</b> | <b>43,8</b> | <b>43,6</b> |
| Belgien                        | 54,8                                    | 58,4        | 52,2        | 52,1        | 49,1        | 51,9        | 48,4        | 48,3        | 48,7        | 49,8        | 50,2        |
| Finnland                       | 40,1                                    | 46,3        | 47,9        | 61,6        | 48,3        | 50,2        | 48,8        | 47,3        | 47,1        | 47,7        | 48,0        |
| Frankreich                     | 45,7                                    | 51,8        | 49,5        | 54,4        | 51,6        | 53,3        | 52,7        | 52,4        | 52,5        | 53,3        | 53,6        |
| Griechenland                   | -                                       | -           | 45,8        | 46,6        | 46,6        | 43,1        | 41,9        | 43,4        | 43,2        | 43,4        | 43,5        |
| Irland                         | -                                       | 53,2        | 42,8        | 41,1        | 31,5        | 33,7        | 33,8        | 35,4        | 40,1        | 42,1        | 42,8        |
| Italien                        | 40,8                                    | 49,8        | 52,9        | 52,5        | 46,2        | 48,1        | 48,8        | 48,2        | 48,9        | 48,8        | 48,7        |
| Luxemburg                      | -                                       | -           | 37,7        | 39,7        | 37,6        | 41,6        | 38,6        | 37,8        | 39,8        | 42,5        | 43,0        |
| Malta                          | -                                       | -           | -           | 39,7        | 41,0        | 44,7        | 43,6        | 42,4        | 44,5        | 43,6        | 44,2        |
| Niederlande                    | 55,2                                    | 57,3        | 54,9        | 51,6        | 44,2        | 44,8        | 45,6        | 45,3        | 45,9        | 46,6        | 47,4        |
| Österreich                     | 50,2                                    | 53,7        | 51,5        | 56,2        | 52,0        | 49,7        | 49,2        | 48,3        | 48,3        | 49,0        | 49,3        |
| Portugal                       | 33,5                                    | 38,8        | 40,0        | 43,4        | 43,1        | 47,7        | 46,3        | 45,7        | 46,2        | 45,6        | 45,9        |
| Slowenien                      | -                                       | -           | -           | 53,3        | 46,8        | 45,3        | 44,5        | 42,4        | 42,4        | 42,4        | 42,0        |
| Spanien                        | -                                       | -           | -           | 44,4        | 39,1        | 38,4        | 38,5        | 38,8        | 39,9        | 41,0        | 41,3        |
| Zypern                         | -                                       | -           | -           | -           | 37,0        | 43,6        | 43,4        | 43,0        | 44,6        | 44,9        | 44,9        |
| Euroraum                       | -                                       | -           | -           | -           | 46,3        | 47,3        | 46,6        | 46,1        | 46,3        | 46,9        | 46,9        |
| Bulgarien                      | -                                       | -           | -           | -           | -           | 39,3        | 36,5        | 41,5        | 38,1        | 38,1        | 38,2        |
| Dänemark                       | 52,7                                    | 55,5        | 55,9        | 59,3        | 53,5        | 52,5        | 51,1        | 50,8        | 50,9        | 51,4        | 51,9        |
| Estland                        | -                                       | -           | -           | 41,4        | 36,5        | 34,0        | 34,2        | 35,5        | 39,4        | 40,7        | 41,1        |
| Lettland                       | -                                       | -           | 31,6        | 38,6        | 37,3        | 35,6        | 37,9        | 37,7        | 39,5        | 42,3        | 42,0        |
| Litauen                        | -                                       | -           | -           | 35,7        | 39,1        | 33,3        | 33,6        | 35,2        | 36,6        | 38,2        | 39,6        |
| Polen                          | -                                       | -           | -           | 47,7        | 41,1        | 43,3        | 43,8        | 42,0        | 41,5        | 42,2        | 42,1        |
| Rumänien                       | -                                       | -           | -           | -           | 40,5        | 33,5        | 35,3        | 37,3        | 38,3        | 39,0        | 38,9        |
| Schweden                       | -                                       | -           | -           | 65,2        | 55,6        | 55,0        | 54,2        | 52,6        | 53,5        | 54,9        | 55,0        |
| Slowakei                       | -                                       | -           | -           | 48,7        | 50,9        | 38,1        | 37,1        | 34,6        | 34,3        | 34,3        | 34,2        |
| Tschechien                     | -                                       | -           | -           | 54,5        | 41,8        | 45,0        | 43,9        | 42,6        | 42,0        | 41,8        | 41,3        |
| Ungarn                         | -                                       | -           | -           | -           | 46,5        | 50,1        | 51,9        | 49,8        | 48,9        | 49,0        | 49,1        |
| Vereinigtes Königreich         | 47,6                                    | 48,7        | 41,1        | 43,9        | 36,8        | 44,1        | 44,2        | 44,4        | 45,8        | 47,2        | 48,2        |
| EU-27                          | -                                       | -           | -           | -           | -           | 46,8        | 46,3        | 45,8        | 46,2        | 46,9        | 47,1        |
| USA                            | 34,1                                    | 36,8        | 37,1        | 37,0        | 34,2        | 36,6        | 36,5        | 37,4        | 38,8        | 40,8        | 42,6        |
| Japan                          | -                                       | -           | -           | -           | 39,0        | 38,4        | 36,0        | 36,4        | 37,0        | 38,2        | 39,3        |

<sup>1</sup> 1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

Stand: November 2008.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

| 1   | Eu-Haushalt2008 <sup>1</sup> |              |                  |              | EU-Haushalt2009 <sup>2</sup> |              |                  |              |
|---|------------------------------|--------------|------------------|--------------|------------------------------|--------------|------------------|--------------|
|   | Verpflichtungen              |              | Zahlungen        |              | Verpflichtungen              |              | Zahlungen        |              |
|   | Mio. €                       | %            | Mio. €           | %            | Mio. €                       | %            | Mio. €           | %            |
|   | 2                            | 3            | 4                | 5            | 6                            | 7            | 8                | 9            |
| <b>Rubrik</b>   |                              |              |                  |              |                              |              |                  |              |
| 1. Nachhaltiges Wachstum<br>davon Globalisierungsanpassungsfonds        | 58 341,9<br>500,0            | 4,45<br>0,4  | 45 731,7         | 39,5         | 60 195,9<br>500,0            | 45,0<br>0,4  | 45 999,5         | 39,6         |
| 2. Bewahrung und Bewirtschaftung<br>der natürlichen Ressourcen          | 56 314,7                     | 43,0         | 53 217,1         | 46,0         | 56 121,4                     | 41,9         | 52 566,1         | 45,3         |
| 3. Unionsbürgerschaft, Freiheit,<br>Sicherheit und Recht                | 1 625,9                      | 1,2          | 1 488,9          | 1,3          | 1 514,9                      | 1,1          | 1 296,4          | 1,1          |
| 4. Die EU als globaler Akteur<br>davon Soforthilfereserve (40-Reserven) | 7 311,2<br>239,2             | 5,6<br>0,2   | 7 847,1          | 6,8          | 8 103,9<br>244,0             | 6,1<br>0,2   | 8 324,2          | 7,2          |
| 5. Verwaltung   | 7 279,2                      | 5,6          | 7 279,8          | 6,3          | 7 700,7                      | 5,8          | 7 700,7          | 6,6          |
| 6. Ausgleichszahlungen  | 206,6                        | 0,2          | 206,6            | 0,2          | 209,1                        | 0,2          | 209,1            | 0,2          |
| <b>Gesamtbetrag</b>   | <b>131 079,6</b>             | <b>100,0</b> | <b>115 771,3</b> | <b>100,0</b> | <b>133 846,0</b>             | <b>100,0</b> | <b>116 096,1</b> | <b>100,0</b> |

<sup>1</sup> = EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nm. 1-10/2008).

<sup>2</sup> = EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

18 Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

| Rubrik   | Differenz in % |            | Differenz in Mio. € |              |
|--|----------------|------------|---------------------|--------------|
|  | SP. 6/2        | Sp. 8/4    | Sp. 6-2             | Sp. 8-4      |
|  | 10             | 11         | 12                  | 13           |
| 1. Nachhaltiges Wachstum<br>davon Globalisierungsanpassungsfonds         | 2,3<br>0,0     | 0,6<br>-   | 1 853,9<br>0,0      | 267,8<br>0,0 |
| 2. Bewahrung und Bewirtschaftung<br>der natürlichen Ressourcen           | - 0,3          | - 1,2      | - 1 93,3            | - 651,0      |
| 3. Unionsbürgerschaft, Freiheit,<br>Sicherheit und Recht                 | - 6,8          | - 12,9     | - 1 11,0            | - 192,5      |
| 4. Die EU als globaler Akteur<br>davon Soforthilfereserve (40- Reserven) | 10,8<br>2,0    | 6,1<br>-   | 7 92,7<br>4,8       | 477,0<br>0,0 |
| 5. Verwaltung  | 5,8            | 5,8        | 4 21,5              | 421,0        |
| 6. Ausgleichszahlungen   | 1,2            | 1,2        | 2,5                 | 2,5          |
| <b>Gesamtbetrag</b>  | <b>2,1</b>     | <b>0,3</b> | <b>2 766,3</b>      | <b>324,8</b> |

Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

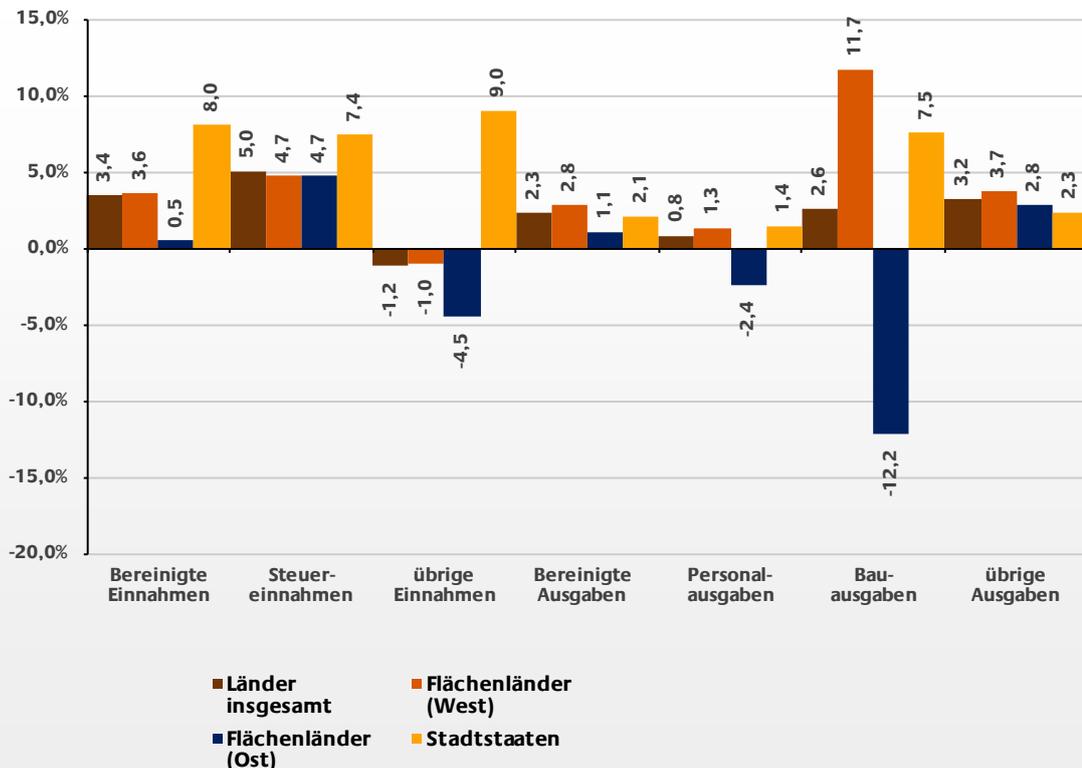
# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008

|                             | Flächenländer (West) |                | Flächenländer (Ost) |               | Stadtstaaten  |               | Länderzusammen |                |
|-----------------------------|----------------------|----------------|---------------------|---------------|---------------|---------------|----------------|----------------|
|                             | Soll                 | Ist            | Soll                | Ist           | Soll          | Ist           | Soll           | Ist            |
|                             | in Mio. €            |                |                     |               |               |               |                |                |
| <b>Bereinigte Einnahmen</b> | <b>185 587</b>       | <b>166 307</b> | <b>523 58</b>       | <b>46 938</b> | <b>33 903</b> | <b>31 928</b> | <b>26 5582</b> | <b>238 953</b> |
| darunter:                   |                      |                |                     |               |               |               |                |                |
| Steuereinnahmen             | 152 131              | 135 490        | 27 422              | 26 387        | 20 722        | 19 676        | 200 276        | 181 553        |
| Übrige Einnahmen            | 33 456               | 30 817         | 24 936              | 20 551        | 1 3 181       | 12 252        | 65 306         | 57 400         |
| <b>Bereinigte Ausgaben</b>  | <b>200 950</b>       | <b>172 133</b> | <b>523 73</b>       | <b>45 451</b> | <b>34 873</b> | <b>32 555</b> | <b>28 1929</b> | <b>243 919</b> |
| darunter:                   |                      |                |                     |               |               |               |                |                |
| Personalausgaben            | 73 830               | 68 960         | 123 35              | 11 031        | 10 911        | 10 200        | 97 075         | 90 191         |
| Bauausgaben                 | 2 611                | 2 002          | 1 644               | 1 091         | 716           | 427           | 4 970          | 3 519          |
| Übrige Ausgaben             | 124 509              | 101 171        | 38 395              | 33 328        | 23 246        | 21 929        | 179 884        | 150 208        |
| <b>Finanzierungssaldo</b>   | <b>-15 360</b>       | <b>-5 826</b>  | <b>- 15</b>         | <b>1 487</b>  | <b>- 964</b>  | <b>- 627</b>  | <b>-1 6339</b> | <b>-4 966</b>  |

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2008

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

## Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis November 2008

| Lfd. Nr.  | Bezeichnung  | November 2007       |               |               | Oktober 2008        |               |               | November 2008       |               |               |
|-----------|--|---------------------|---------------|---------------|---------------------|---------------|---------------|---------------------|---------------|---------------|
|           |  | Bund                | Länder        | Ins-gesamt    | Bund                | Länder        | Ins-gesamt    | Bund                | Länder        | Ins-gesamt    |
| in Mio. € |  |                     |               |               |                     |               |               |                     |               |               |
| 1         | Seit dem 1. Januar gebuchte  |                     |               |               |                     |               |               |                     |               |               |
| <b>11</b> | <b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>  |                     |               |               |                     |               |               |                     |               |               |
|           | für das laufende Haushaltsjahr   | <b>220129</b>       | <b>230984</b> | <b>435183</b> | <b>210504</b>       | <b>219443</b> | <b>416087</b> | <b>231828</b>       | <b>238953</b> | <b>455583</b> |
| 111       | darunter: Steuereinnahmen  | 196715              | 172908        | 369623        | 171088              | 165894        | 353158        | 205881              | 181553        | 387434        |
| 112       | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>   | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             |
| 113       | nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)   | 206445 <sup>3</sup> | 57448         | 263893        | 195191 <sup>3</sup> | 52451         | 247643        | 209269 <sup>3</sup> | 58994         | 268264        |
| <b>12</b> | <b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>   |                     |               |               |                     |               |               |                     |               |               |
|           | für das laufende Haushaltsjahr   | <b>247824</b>       | <b>238487</b> | <b>470380</b> | <b>239714</b>       | <b>220072</b> | <b>445926</b> | <b>261997</b>       | <b>243919</b> | <b>490718</b> |
| 121       | darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)  | 23013               | 89456         | 112468        | 22753               | 80512         | 103265        | 25471               | 90191         | 115662        |
| 122       | Bausgaben  | 4532                | 3431          | 7964          | 4220                | 3099          | 7319          | 4799                | 3519          | 8319          |
| 123       | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>   | -                   | -4            | -4            | -                   | -56           | -56           | -                   | 28            | 28            |
| 124       | nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln   | 193329              | 61305         | 254633        | 189664              | 65842         | 255506        | 197775              | 69877         | 267652        |
| <b>13</b> | <b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>                                  | <b>-27695</b>       | <b>-7502</b>  | <b>-35198</b> | <b>-29210</b>       | <b>-629</b>   | <b>-29839</b> | <b>-30169</b>       | <b>-4966</b>  | <b>-35135</b> |
| 14        | Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres   | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             |
| 15        | Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres  | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             |
| 16        | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)  | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             |
| 17        | Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshaup tkasse/Landeshaup tkassen <sup>2</sup> | 14201               | -4211         | 9990          | 6605                | -14106        | -7502         | 12548               | -11390        | 1157          |
| 2         | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)  |                     |               |               |                     |               |               |                     |               |               |
| 21        | des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)                                   | -                   | 535           | 535           | -                   | 715           | 715           | -                   | 715           | 715           |
| 22        | der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)   | -                   | 154           | 154           | -                   | 1903          | 1903          | -                   | 1628          | 1628          |
| 3         | Verwahrungen, Vorschüsse usw.  |                     |               |               |                     |               |               |                     |               |               |
| 31        | Verwahrungen   | 7055                | 11289         | 18343         | 7600                | 13380         | 20980         | 12500               | 17559         | 30059         |
| 32        | Vorschüsse   | -                   | 13317         | 13317         | -                   | 27805         | 27805         | -                   | 29504         | 29504         |
| 33        | Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen  | -                   | 9503          | 9503          | -                   | 14444         | 14444         | -                   | 14154         | 14154         |
| 34        | Saldo (31-32+33)   | 7055                | 7475          | 14530         | 7600                | 19            | 7619          | 12500               | 2209          | 14709         |
| 4         | Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)                                       | -6440               | -3549         | -9989         | -15005              | -12098        | -27103        | -5121               | -11805        | -16926        |
| 5         | Schwebende Schulden  |                     |               |               |                     |               |               |                     |               |               |
| 51        | Kassenkredit von Kreditinstituten  | 6440                | 2546          | 8986          | 15006               | 6630          | 21636         | 5121                | 5417          | 10538         |
| 52        | Schatzwechsel  | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             |
| 53        | Unverzinsliche Schatzanweisungen   | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             |
| 54        | Kassenkredit vom Bund  | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             | -                   | -             | -             |
| 55        | Sonstige   | -                   | 925           | 925           | -                   | 60            | 60            | -                   | 872           | 872           |
| 56        | Zusammen   | 6440                | 3471          | 9911          | 15006               | 6690          | 21696         | 5121                | 6289          | 11410         |
| 6         | Kassenbestand insgesamt (4+56)   | 0                   | -78           | -78           | 1                   | -5408         | -5408         | 0                   | -5516         | -5516         |
| 7         | Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)  |                     |               |               |                     |               |               |                     |               |               |
| 71        | Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>  | -                   | 1016          | 1016          | -                   | 2246          | 2246          | -                   | 1855          | 1855          |
| 72        | Nicht zum Bestand der Bundeshaup tkasse/Landeshaup tkasse gehörende Mittel (einschl. 71)         | -                   | 3132          | 3132          | -                   | 3415          | 3415          | -                   | 3022          | 3022          |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup>Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup>Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup>Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

## Statistiken und Dokumentationen

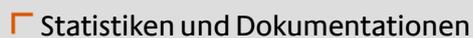
## ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2008

| Lfd. Nr.  | Bezeichnung  | Baden-Württ.    | Bayern          | Brandenburg    | Hessen          | Mecklbg.-Vorpom. | Niedersachsen        | Nordrh.-Westf.        | Rheinl.-Pfalz   | Saarland       |
|-----------|--|-----------------|-----------------|----------------|-----------------|------------------|----------------------|-----------------------|-----------------|----------------|
| Mio. €    |  |                 |                 |                |                 |                  |                      |                       |                 |                |
| 1         | Seitdem 1. Januar gebuchte   |                 |                 |                |                 |                  |                      |                       |                 |                |
| <b>11</b> | <b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>  |                 |                 |                |                 |                  |                      |                       |                 |                |
|           | für das laufende Haushaltsjahr   | <b>30 642,0</b> | <b>35 273,2</b> | <b>8 951,7</b> | <b>17 315,5</b> | <b>6 224,6</b>   | <b>20 003,7</b>      | <b>43 468,5</b>       | <b>10 736,6</b> | <b>2 502,5</b> |
| 111       | darunter: Steuereinnahmen  | 24 234,4        | 28 930,3        | 5 227,7        | 14 504,1        | 3 395,1          | 15 206,2             | 36 599,3              | 8 170,2         | 2 065,8        |
| 112       | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>   | -               | -               | 490,4          | -               | 481,2            | 341,2                | 1 156                 | 3 12,8          | 108,3          |
| 113       | nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)   | 8 600,1         | 953,1           | 3 410,7        | 1 567,2         | 695,2            | 6 116,3              | 14 158,7              | 5 696,3         | 910,9          |
| <b>12</b> | <b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>   |                 |                 |                |                 |                  |                      |                       |                 |                |
|           | für das laufende Haushaltsjahr   | <b>30 538,9</b> | <b>34 967,5</b> | <b>8 903,4</b> | <b>19 293,8</b> | <b>5 949,5</b>   | <b>21 002,0</b>      | <b>44 574,4</b>       | <b>11 722,5</b> | <b>3 052,5</b> |
| 121       | darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)  | 12 780,8        | 15 435,0        | 1 942,7        | 6 621,9         | 1 390,9          | 8 126,3 <sup>3</sup> | 17 116,6 <sup>3</sup> | 4 649,6         | 1 233,4        |
| 122       | Bauausgaben  | 337,8           | 863,0           | 33,5           | 346,9           | 148,7            | 181,6                | 97,9                  | 34,9            | 41,1           |
| 123       | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>   | 2 129,2         | 2 721,5         | -              | 2 626,3         | -                | -                    | -2 356                | -               | -              |
| 124       | nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln   | 8 929,4         | 2 943,7         | 4 358,4        | 3 038,0         | 1 531,2          | 6 139,2              | 15 894,6              | 5 910,2         | 788,1          |
| <b>13</b> | <b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>                                    | <b>103,1</b>    | <b>305,7</b>    | <b>48,3</b>    | <b>-1 978,4</b> | <b>275,1</b>     | <b>- 998,3</b>       | <b>-1 105,9</b>       | <b>- 986,0</b>  | <b>- 550,0</b> |
| 14        | Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres   | -               | -               | -              | -               | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 15        | Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres  | -               | -               | -              | -               | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 16        | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)  | -               | -               | -              | -               | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 17        | Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>                       | -71,6           | -2 822,8        | -774,5         | -1 635,4        | -826,9           | -9,4                 | -1 814,0              | -202,9          | 140,8          |
| 2         | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode) | 715,3           | -               | -              | -               | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 22        | der abgeschlossenen Vorjahre (1st-Abschluss)   | 81,2            | 863,3           | -              | 0,1             | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 3         | Verwahrungen, Vorschüsse usw.  |                 |                 |                |                 |                  |                      |                       |                 |                |
| 31        | Verwahrungen   | 2 641,5         | 1 726,8         | 857,1          | 997,5           | 166,3            | 153,8                | 1 487,8               | 1 442,7         | 150,0          |
| 32        | Vorschüsse   | 4 236,5         | 6 268,5         | 486,2          | 234,3           | 6,2              | 628,1                | 228,3                 | 1 355,1         | -3,6           |
| 33        | Geldbestand der Rücklagen und Sondervermögen   | 727,8           | 6 195,7         | -              | 895,7           | 316,4            | 1 578,7              | 431,0                 | 1,7             | 11,7           |
| 34        | Saldo (31-32+33)   | - 867,2         | 1 654,0         | 370,9          | 1 658,8         | 476,5            | 1 104,4              | 1 690,4               | 89,4            | 165,3          |
| 4         | Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)   | -39,2           | 0,0             | -355,3         | -1 954,8        | -75,3            | 96,7                 | -1 229,5              | -1 099,5        | -243,9         |
| 5         | Schwebende Schulden  |                 |                 |                |                 |                  |                      |                       |                 |                |
| 51        | Kassenkredit von Kreditinstituten  | -               | -               | 100,4          | 1 064,0         | 49,0             | -                    | 1 904,0               | 1 100,4         | 310,7          |
| 52        | Schatzwechsel  | -               | -               | -              | -               | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 53        | Unverzinsliche Schatzanweisungen   | -               | -               | -              | -               | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 54        | Kassenkredit vom Bund  | -               | -               | -              | -               | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 55        | Sonstige   | -               | -               | -              | 872,0           | -                | -                    | -                     | -               | -              |
| 56        | Zusammen   | -               | -               | 100,4          | 1 936,0         | 49,0             | -                    | 1 904,0               | 1 100,4         | 310,7          |
| 6         | Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>  | -39,2           | 0,0             | -254,9         | -18,8           | -26,3            | 96,7                 | 674,5                 | 0,9             | 66,8           |
| 7         | Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)  |                 |                 |                |                 |                  |                      |                       |                 |                |
| 71        | Innerer Kassenkredit <sup>6</sup>  | -               | -               | -              | -               | -                | 1 138,4              | -                     | -               | -              |
| 72        | Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)             | -               | -               | -              | -               | -                | 1 578,7              | 3 00,5                | -               | -              |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup>Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup>Ohne Dezember-Bezüge. <sup>4</sup>Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup>SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup>Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Dezember 2008.



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis November 2008

| Lfd. Nr.  | Bezeichnung  | Sachsen         | Sachsen-Anhalt | Schlesw.-Holst.  | Thüringen      | Berlin          | Bremen         | Hamburg        | Länder zusammen  |
|-----------|--|-----------------|----------------|------------------|----------------|-----------------|----------------|----------------|------------------|
|           |  | Mio. €          |                |                  |                |                 |                |                |                  |
| 1         | Seitdem 1. Januar gebuchte   |                 |                |                  |                |                 |                |                |                  |
| <b>11</b> | <b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>  |                 |                |                  |                |                 |                |                |                  |
|           | für das laufende Haushaltsjahr   | <b>14 985,4</b> | <b>8 513,4</b> | <b>7 358,4</b>   | <b>8 262,4</b> | <b>19 218,8</b> | <b>3 180,1</b> | <b>9 903,1</b> | <b>238 952,7</b> |
| 111       | darunter: Steuereinnahmen  | 8 434,4         | 4 670,2        | 5 779,3          | 4 659,6        | 9 480,1         | 2 052,4        | 8 143,6        | 181 552,7        |
| 112       | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>   | 974,0           | 589,7          | 115,5            | 605,1          | 2 989,1         | 464,3          | -              | -                |
| 113       | nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)   | - 395,2         | 5 118,9        | 2 674,2          | 1 067,5        | 6 586,2         | 2 691,2        | - 857,3        | 58 994,0         |
| <b>12</b> | <b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>   |                 |                |                  |                |                 |                |                |                  |
|           | für das laufende Haushaltsjahr   | <b>13 733,0</b> | <b>8 691,2</b> | <b>7 975,0</b>   | <b>8 173,4</b> | <b>19 242,5</b> | <b>3 733,9</b> | <b>9 952,2</b> | <b>243 918,5</b> |
| 121       | darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)  | 3 733,3         | 2 018,3        | 2 996,6          | 1 945,9        | 6 093,5         | 1 189,3        | 2 916,8        | 90 190,9         |
| 122       | Bauausgaben  | 579,6           | 150,9          | 98,4             | 178,3          | 111,5           | 51,2           | 263,9          | 3 519,2          |
| 123       | Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>   | -               | -              | -                | -              | -               | -              | 373,8          | 28,0             |
| 124       | nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln   | 2 519,0         | 4 025,0        | 2 712,5          | 1 256,7        | 7 461,5         | 2 369,8        | -              | 69 877,3         |
| <b>13</b> | <b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>                        | <b>1 252,4</b>  | <b>- 177,8</b> | <b>- 616,6</b>   | <b>89,0</b>    | <b>- 23,7</b>   | <b>- 553,8</b> | <b>- 49,1</b>  | <b>- 4 966,0</b> |
| 14        | Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres   | -               | -              | -                | -              | -               | -              | -              | -                |
| 15        | Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres  | -               | -              | -                | -              | -               | -              | -              | -                |
| 16        | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)  | -               | -              | -                | -              | -               | -              | -              | -                |
| 17        | Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>           | - 3 131,4       | 1 117,7        | 98,8             | - 40,0         | - 854,8         | 282,4          | - 846,4        | - 11 390,4       |
| 2         | Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)  |                 |                |                  |                |                 |                |                |                  |
| 21        | des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)                         | -               | -              | -                | -              | -               | -              | -              | 71 5,3           |
| 22        | der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)   | 6 83,2          | -              | -                | -              | -               | -              | -              | 1 627,8          |
| 3         | Verwahrungen, Vorschüsse usw.  |                 |                |                  |                |                 |                |                |                  |
| 31        | Verwahrungen   | 639,0           | 2 290,2        | 0,0              | - 221,3        | 268,5           | 56,8           | 4 902,1        | 17 558,8         |
| 32        | Vorschüsse   | 1 919,8         | 3 871,6        | 0,0              | 85,7           | -               | 81,4           | 10 106,0       | 29 504,1         |
| 33        | Geldbestand oder Rücklagen u. Sondervermögen   | 2 354,6         | 80,8           | 0,0              | 206,5          | 440,3           | 196,7          | 716,4          | 14 154,0         |
| 34        | Saldo (31-32+33)   | 1 073,8         | - 1 500,7      | 0,0 <sup>5</sup> | - 100,5        | 708,8           | 172,1          | - 4 487,5      | 2 208,5          |
| 4         | Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)                             | - 122,0         | - 560,8        | - 517,8          | - 51,5         | - 169,7         | - 99,4         | - 5 383,0      | - 11 805,0       |
| 5         | Schwebende Schulden  |                 |                |                  |                |                 |                |                |                  |
| 51        | Kassenkredit von Kreditinstituten  | -               | 594,0          | -                | 60,3           | 178,0           | - 35,5         | 92,0           | 5 417,3          |
| 52        | Schatzwechsel  | -               | -              | -                | -              | -               | -              | -              | -                |
| 53        | Unverzinsliche Schatzanweisungen   | -               | -              | -                | -              | -               | -              | -              | -                |
| 54        | Kassenkredit vom Bund  | -               | -              | -                | -              | -               | -              | -              | -                |
| 55        | Sonstige   | -               | -              | -                | -              | -               | -              | -              | 87 2,0           |
| 56        | Zusammen   | -               | 594,0          | -                | 60,3           | 178,0           | - 35,5         | 92,0           | 6 289,3          |
| 6         | Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>  | - 122,0         | 33,2           | - 517,8          | 8,8            | 8,3             | - 134,9        | - 5 291,0      | - 5 515,7        |
| 7         | Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)  |                 |                |                  |                |                 |                |                |                  |
| 71        | Innerer Kassenkredit <sup>6</sup>  | -               | -              | -                | -              | -               | -              | 716,4          | 1 854,8          |
| 72        | Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71) | -               | -              | -                | -              | 440,3           | - 14,4         | 716,4          | 3 021,5          |

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup>Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup>Ohne Dezember-Bezüge. <sup>4</sup>Minusbetrag erheben auf späterer erfolgten Buchungen. <sup>5</sup>SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup>Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Dezember 2008.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

| Jahr    | Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup> |                       | Erwerbsquote <sup>2</sup> | Erwerbslose | Erwerbslosenquote <sup>3</sup> | Bruttoinlandsprodukt (real) |                   |           | Investitionsquote <sup>4</sup> |
|---------|--------------------------------------|-----------------------|---------------------------|-------------|--------------------------------|-----------------------------|-------------------|-----------|--------------------------------|
|         | Mio.                                 | Veränderung in % p.a. |                           |             |                                | gesamt                      | je Erwerbstätigen | je Stunde |                                |
|         |                                      |                       | Veränderung in % p.a.     |             |                                |                             |                   |           |                                |
| 1991    | 38,6                                 | .                     | 51,0                      | 2,2         | 5,3                            | .                           | .                 | .         | 23,2                           |
| 1992    | 38,1                                 | -1,5                  | 50,4                      | 2,5         | 6,2                            | 2,2                         | 3,7               | 2,5       | 23,6                           |
| 1993    | 37,6                                 | -1,3                  | 50,0                      | 3,1         | 7,5                            | -0,8                        | 0,5               | 1,6       | 22,5                           |
| 1994    | 37,5                                 | -0,1                  | 50,1                      | 3,3         | 8,1                            | 2,7                         | 2,8               | 2,9       | 22,6                           |
| 1995    | 37,6                                 | 0,2                   | 49,9                      | 3,2         | 7,9                            | 1,9                         | 1,7               | 2,6       | 21,9                           |
| 1996    | 37,5                                 | -0,3                  | 50,0                      | 3,5         | 8,6                            | 1,0                         | 1,3               | 2,3       | 21,3                           |
| 1997    | 37,5                                 | -0,1                  | 50,2                      | 3,8         | 9,2                            | 1,8                         | 1,9               | 2,5       | 21,0                           |
| 1998    | 37,9                                 | 1,2                   | 50,7                      | 3,7         | 9,0                            | 2,0                         | 0,8               | 1,2       | 21,1                           |
| 1999    | 38,4                                 | 1,4                   | 50,9                      | 3,4         | 8,2                            | 2,0                         | 0,7               | 1,4       | 21,3                           |
| 2000    | 39,1                                 | 1,9                   | 51,3                      | 3,1         | 7,4                            | 3,2                         | 1,3               | 2,6       | 21,5                           |
| 2001    | 39,3                                 | 0,4                   | 51,5                      | 3,2         | 7,5                            | 1,2                         | 0,8               | 1,8       | 20,0                           |
| 2002    | 39,1                                 | -0,6                  | 51,5                      | 3,5         | 8,3                            | 0,0                         | 0,6               | 1,5       | 18,3                           |
| 2003    | 38,7                                 | -0,9                  | 51,6                      | 3,9         | 9,2                            | -0,2                        | 0,7               | 1,2       | 17,9                           |
| 2004    | 38,9                                 | 0,4                   | 52,1                      | 4,2         | 9,7                            | 1,2                         | 0,8               | 0,6       | 17,5                           |
| 2005    | 38,9                                 | -0,1                  | 52,5                      | 4,6         | 10,6                           | 0,8                         | 0,9               | 1,4       | 17,4                           |
| 2006    | 39,1                                 | 0,6                   | 52,5                      | 4,3         | 9,8                            | 3,0                         | 2,3               | 2,5       | 18,2                           |
| 2007    | 39,8                                 | 1,7                   | 52,6                      | 3,6         | 8,3                            | 2,5                         | 0,7               | 0,6       | 18,7                           |
| 2008    | 40,4                                 | 1,5                   | 52,9                      | 3,1         | 7,2                            | 1,3                         | -0,2              | -0,1      | 19,2                           |
| 2003/98 | 38,8                                 | 0,4                   | 51,2                      | 3,5         | 8,3                            | 1,2                         | 0,8               | 1,7       | 20,0                           |
| 2008/03 | 39,3                                 | 0,8                   | 52,4                      | 3,9         | 9,1                            | 1,7                         | 0,9               | 1,0       | 18,2                           |

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose (ILO)) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95. <sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.  
 Stand: Januar 2009.

## 2 Preisentwicklung

| Jahr    | Bruttoinlandsprodukt (nominal) | Bruttoinlandsprodukt (Deflator) | Terms of Trade | Inlandsnachfrage (Deflator) | Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup> | Verbraucherpreisindex (2005=100) | Lohnstückkosten <sup>2</sup> |
|---------|--------------------------------|---------------------------------|----------------|-----------------------------|---|----------------------------------|------------------------------|
|         |                                |                                 |                |                             |   |                                  |                              |
| 1991    | .                              | .                               | .              | .                           | .   | .                                | .                            |
| 1992    | 7,3                            | 5,0                             | 3,2            | 4,1                         | 4,1   | 5,1                              | 6,3                          |
| 1993    | 2,9                            | 3,7                             | 2,0            | 3,2                         | 3,4   | 4,4                              | 3,8                          |
| 1994    | 5,1                            | 2,4                             | 1,0            | 2,2                         | 2,5   | 2,8                              | 0,2                          |
| 1995    | 3,8                            | 1,9                             | 1,5            | 1,5                         | 1,3   | 1,7                              | 2,1                          |
| 1996    | 1,5                            | 0,5                             | -0,7           | 0,7                         | 1,0   | 1,5                              | 0,4                          |
| 1997    | 2,1                            | 0,3                             | -2,2           | 0,9                         | 1,4   | 1,9                              | -0,9                         |
| 1998    | 2,6                            | 0,6                             | 1,6            | 0,1                         | 0,5   | 1,0                              | 0,1                          |
| 1999    | 2,4                            | 0,3                             | 0,5            | 0,2                         | 0,3   | 0,6                              | 0,5                          |
| 2000    | 2,5                            | -0,7                            | -4,8           | 0,9                         | 0,9   | 1,4                              | 0,7                          |
| 2001    | 2,5                            | 1,2                             | -0,1           | 1,3                         | 1,7   | 1,9                              | 0,6                          |
| 2002    | 1,4                            | 1,4                             | 2,1            | 0,8                         | 1,1   | 1,5                              | 0,6                          |
| 2003    | 1,0                            | 1,2                             | 1,0            | 1,0                         | 1,5   | 1,0                              | 0,8                          |
| 2004    | 2,2                            | 1,0                             | -0,3           | 1,1                         | 1,4   | 1,7                              | -0,5                         |
| 2005    | 1,5                            | 0,7                             | -1,4           | 1,2                         | 1,6   | 1,5                              | -0,8                         |
| 2006    | 3,5                            | 0,5                             | -1,3           | 1,0                         | 1,3   | 1,6                              | -1,2                         |
| 2007    | 4,4                            | 1,9                             | 0,7            | 1,7                         | 1,8   | 2,3                              | 0,4                          |
| 2008    | 2,7                            | 1,5                             | -0,9           | 1,9                         | 2,3   | 2,6                              | 2,1                          |
| 2003/98 | 1,9                            | 0,7                             | -0,3           | 0,8                         | 1,1   | 1,3                              | 0,6                          |
| 2008/03 | 2,8                            | 1,1                             | -0,6           | 1,4                         | 1,7   | 1,9                              | 0,0                          |

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).  
 Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.  
 Stand: Januar 2009.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

| Jahr    | Exporte               | Importe | Außenbeitrag | Finanzierungs-saldo übrige Welt | Exporte             | Importe | Außenbeitrag | Finanzierungs-saldo übrige Welt |
|---------|-----------------------|---------|--------------|---------------------------------|---------------------|---------|--------------|---------------------------------|
|         | Veränderung in % p.a. |         | Mrd. €       |                                 | Anteile am BIP in % |         |              |                                 |
| 1991    | .                     | .       | -6,09        | -23,08                          | 25,77               | 26,17   | -0,40        | -1,50                           |
| 1992    | 0,24                  | 0,58    | -7,48        | -18,62                          | 24,08               | 24,53   | -0,45        | -1,13                           |
| 1993    | -4,76                 | -6,41   | -0,46        | -17,82                          | 22,28               | 22,31   | -0,03        | -1,05                           |
| 1994    | 8,92                  | 8,11    | 2,59         | -28,44                          | 23,09               | 22,95   | 0,15         | -1,60                           |
| 1995    | 7,67                  | 6,23    | 8,67         | -23,96                          | 23,95               | 23,49   | 0,47         | -1,30                           |
| 1996    | 5,49                  | 3,71    | 16,87        | -12,26                          | 24,90               | 24,00   | 0,90         | -0,65                           |
| 1997    | 12,67                 | 11,58   | 23,91        | -8,61                           | 27,47               | 26,22   | 1,25         | -0,45                           |
| 1998    | 7,03                  | 6,78    | 26,82        | -13,43                          | 28,66               | 27,29   | 1,36         | -0,68                           |
| 1999    | 5,02                  | 7,02    | 17,44        | -23,96                          | 29,40               | 28,53   | 0,87         | -1,19                           |
| 2000    | 16,38                 | 18,66   | 7,25         | -26,70                          | 33,38               | 33,02   | 0,35         | -1,29                           |
| 2001    | 6,86                  | 1,75    | 42,51        | -0,90                           | 34,81               | 32,80   | 2,01         | -0,04                           |
| 2002    | 4,09                  | -3,62   | 97,72        | 45,89                           | 35,73               | 31,17   | 4,56         | 2,14                            |
| 2003    | 0,73                  | 2,60    | 85,93        | 44,76                           | 35,65               | 31,67   | 3,97         | 2,07                            |
| 2004    | 10,19                 | 7,53    | 112,93       | 106,49                          | 38,44               | 33,33   | 5,11         | 4,82                            |
| 2005    | 8,41                  | 8,80    | 119,55       | 119,13                          | 41,08               | 35,75   | 5,33         | 5,31                            |
| 2006    | 14,25                 | 14,89   | 131,52       | 145,58                          | 45,35               | 39,68   | 5,67         | 6,27                            |
| 2007    | 8,02                  | 4,88    | 170,97       | 184,52                          | 46,94               | 39,88   | 7,06         | 7,62                            |
| 2008    | 4,73                  | 6,93    | 157,85       | 171,17                          | 47,84               | 41,50   | 6,34         | 6,88                            |
| 2003/98 | 6,49                  | 5,02    | 46,28        | 4,28                            | 32,94               | 30,75   | 2,19         | 0,17                            |
| 2008/03 | 9,08                  | 8,55    | 129,79       | 128,61                          | 42,55               | 36,97   | 5,58         | 5,49                            |

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.  
Stand: Januar 2009.

### 4 Einkommensverteilung

| Jahr                  | Volkseinkommen | Unternehmens- und Vermögens-einkommen | Arbeitnehmer-entgelte (Inländer) | Lohnquote                |                        | Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) | Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup> |
|-----------------------|----------------|---------------------------------------|----------------------------------|--------------------------|------------------------|---|--|
|                       |                |                                       |                                  | unbereinigt <sup>1</sup> | bereinigt <sup>2</sup> |   |  |
| Veränderung in % p.a. |                |                                       |                                  | in %                     |                        | Veränderung in % p.a.                       |  |
| 1991                  | .              | .                                     | .                                | 71,0                     | 71,0                   | .   | .  |
| 1992                  | 6,5            | 2,0                                   | 8,3                              | 72,2                     | 72,5                   | 10,3  | 4,2                                      |
| 1993                  | 1,4            | -1,1                                  | 2,4                              | 72,9                     | 73,4                   | 4,3   | 1,1                                      |
| 1994                  | 4,1            | 8,7                                   | 2,5                              | 71,7                     | 72,4                   | 1,9   | -2,4                                     |
| 1995                  | 4,2            | 5,6                                   | 3,7                              | 71,4                     | 72,1                   | 3,1   | -0,6                                     |
| 1996                  | 1,5            | 2,7                                   | 1,0                              | 71,0                     | 71,7                   | 1,4   | -1,1                                     |
| 1997                  | 1,5            | 4,1                                   | 0,4                              | 70,3                     | 71,1                   | 0,1   | -2,6                                     |
| 1998                  | 1,9            | 1,4                                   | 2,1                              | 70,4                     | 71,3                   | 0,9   | 0,6                                      |
| 1999                  | 1,4            | -1,4                                  | 2,6                              | 71,2                     | 72,0                   | 1,4   | 1,5                                      |
| 2000                  | 2,5            | -0,8                                  | 3,8                              | 72,2                     | 72,9                   | 1,5   | 1,2                                      |
| 2001                  | 2,4            | 3,7                                   | 1,9                              | 71,8                     | 72,6                   | 1,8   | 1,5                                      |
| 2002                  | 1,0            | 1,7                                   | 0,7                              | 71,6                     | 72,5                   | 1,4   | -0,1                                     |
| 2003                  | 1,5            | 4,4                                   | 0,3                              | 70,8                     | 71,9                   | 1,2   | -0,7                                     |
| 2004                  | 4,5            | 14,5                                  | 0,4                              | 68,0                     | 69,4                   | 0,7   | 1,0                                      |
| 2005                  | 1,5            | 5,9                                   | -0,6                             | 66,6                     | 68,2                   | 0,3   | -1,2                                     |
| 2006                  | 4,1            | 8,7                                   | 1,7                              | 65,1                     | 66,7                   | 0,9   | -1,5                                     |
| 2007                  | 3,5            | 4,5                                   | 3,0                              | 64,8                     | 66,3                   | 1,6   | -0,6                                     |
| 2008                  | 2,9            | 1,7                                   | 3,6                              | 65,2                     | 66,6                   | 2,3   | -0,9                                     |
| 2003/98               | 1,8            | 1,5                                   | 1,9                              | 71,3                     | 72,2                   | 1,5   | 0,7                                      |
| 2008/03               | 3,3            | 7,0                                   | 1,6                              | 66,7                     | 68,2                   | 1,1   | -0,6                                     |

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.  
Stand: Januar 2009.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

| Land                   | jährliche Veränderungen in % |            |            |            |            |            |            |            |            |            |            |
|------------------------|------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
|                        | 1985                         | 1990       | 1995       | 2000       | 2004       | 2005       | 2006       | 2007       | 2008       | 2009       | 2010       |
| <b>Deutschland</b>     | <b>2,3</b>                   | <b>5,3</b> | <b>1,9</b> | <b>3,2</b> | <b>1,2</b> | <b>0,8</b> | <b>3,0</b> | <b>2,5</b> | <b>1,7</b> | <b>0,0</b> | <b>1,0</b> |
| Belgien                | 1,7                          | 3,1        | 2,4        | 3,7        | 3,0        | 1,8        | 3,0        | 2,8        | 1,4        | 0,1        | 0,9        |
| Griechenland           | 2,5                          | 0,0        | 2,1        | 4,5        | 4,9        | 2,9        | 4,5        | 4,0        | 3,1        | 2,5        | 2,6        |
| Spanien                | 2,3                          | 3,8        | 2,8        | 5,0        | 3,3        | 3,6        | 3,9        | 3,7        | 1,3        | -0,2       | 0,5        |
| Frankreich             | 1,7                          | 2,6        | 2,1        | 3,9        | 2,5        | 1,9        | 2,2        | 2,2        | 0,9        | 0,0        | 0,8        |
| Irland                 | 3,1                          | 7,6        | 9,8        | 9,3        | 4,7        | 6,4        | 5,7        | 6,0        | -1,6       | -0,9       | 2,4        |
| Italien                | 2,8                          | 2,1        | 2,8        | 3,7        | 1,5        | 0,6        | 1,8        | 1,5        | 0,0        | 0,0        | 0,6        |
| Zypern                 | ?                            | ?          | 9,9        | 5,0        | 4,2        | 3,9        | 4,1        | 4,4        | 3,7        | 2,9        | 3,2        |
| Luxemburg              | 2,9                          | 5,3        | 1,4        | 8,4        | 4,5        | 5,2        | 6,4        | 5,2        | 2,5        | 1,2        | 2,3        |
| Malta                  | ?                            | ?          | 6,2        | 6,4        | 1,1        | 3,5        | 3,1        | 3,7        | 2,4        | 2,0        | 2,2        |
| Niederlande            | 2,3                          | 4,2        | 3,1        | 3,9        | 2,2        | 2,0        | 3,4        | 3,5        | 2,3        | 0,4        | 0,9        |
| Österreich             | 2,6                          | 4,6        | 1,4        | 3,7        | 2,5        | 2,9        | 3,4        | 3,1        | 1,9        | 0,6        | 1,3        |
| Portugal               | 2,8                          | 4,0        | 4,3        | 3,9        | 1,5        | 0,9        | 1,4        | 1,9        | 0,5        | 0,1        | 0,7        |
| Slowakei               | ?                            | ?          | 5,8        | 1,4        | 5,2        | 6,5        | 8,5        | 10,4       | 7,0        | 4,9        | 5,5        |
| Slowenien              | ?                            | ?          | 4,1        | 4,1        | 4,3        | 4,3        | 5,9        | 6,8        | 4,4        | 2,9        | 3,7        |
| Finnland               | 3,3                          | 0,1        | 3,9        | 5,0        | 3,7        | 2,8        | 4,9        | 4,5        | 2,4        | 1,3        | 2,0        |
| Euroraum               | 2,3                          | 3,5        | 2,4        | 3,9        | 2,2        | 1,7        | 2,9        | 2,7        | 1,2        | 0,1        | 0,9        |
| Bulgarien              | ?                            | ?          | 2,9        | 5,4        | 6,6        | 6,2        | 6,3        | 6,2        | 6,5        | 4,5        | 4,7        |
| Dänemark               | 4,0                          | 1,5        | 3,1        | 3,5        | 2,3        | 2,5        | 3,9        | 1,7        | 0,7        | 0,1        | 0,9        |
| Estland                | ?                            | ?          | 4,5        | 9,6        | 7,5        | 9,2        | 10,4       | 6,3        | -1,3       | -1,2       | 2,0        |
| Lettland               | ?                            | ?          | -0,9       | 6,9        | 8,7        | 10,6       | 12,2       | 10,3       | -0,8       | -2,7       | 1,0        |
| Litauen                | ?                            | ?          | 3,3        | 4,2        | 7,4        | 7,8        | 7,8        | 8,9        | 3,8        | 0,0        | -1,1       |
| Polen                  | ?                            | ?          | 7,0        | 4,3        | 5,3        | 3,6        | 6,2        | 6,6        | 5,4        | 3,8        | 4,2        |
| Rumänien               | ?                            | ?          | 7,1        | 2,1        | 8,5        | 4,2        | 8,2        | 6,0        | 8,5        | 4,7        | 5,0        |
| Schweden               | 2,2                          | 1,0        | 4,0        | 4,4        | 4,1        | 3,3        | 4,1        | 2,7        | 1,4        | 0,0        | 1,8        |
| Tschechien             | ?                            | ?          | 5,9        | 3,6        | 4,5        | 6,3        | 6,8        | 6,0        | 4,4        | 3,6        | 3,9        |
| Ungarn                 | ?                            | ?          | 1,5        | 5,2        | 4,8        | 4,0        | 4,1        | 1,1        | 1,7        | 0,7        | 1,8        |
| Vereinigtes Königreich | 3,6                          | 0,8        | 3,0        | 3,9        | 2,8        | 2,1        | 2,8        | 3,0        | 0,9        | -1,0       | 0,4        |
| EU                     | 2,5                          | 2,9        | 2,6        | 3,9        | 2,5        | 2,0        | 3,1        | 2,9        | 1,4        | 0,2        | 1,1        |
| Japan                  | 5,1                          | 5,2        | 2,0        | 2,9        | 2,7        | 1,9        | 2,4        | 2,1        | 0,4        | -0,4       | 0,6        |
| USA                    | 3,8                          | 1,7        | 2,5        | 3,7        | 3,6        | 2,9        | 2,8        | 2,0        | 1,5        | -0,5       | 1,0        |

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008.  
Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.  
Stand: November 2008.

Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

| Land                   | jährliche Veränderungen in % |            |            |            |            |            |            |
|------------------------|------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
|                        | 2004                         | 2005       | 2006       | 2007       | 2008       | 2009       | 2010       |
| <b>Deutschland</b>     | <b>1,8</b>                   | <b>1,9</b> | <b>1,8</b> | <b>2,3</b> | <b>3,0</b> | <b>2,1</b> | <b>1,9</b> |
| Belgien                | 1,9                          | 2,5        | 2,3        | 1,8        | 4,7        | 2,5        | 2,0        |
| Griechenland           | 3,0                          | 3,5        | 3,3        | 3,0        | 4,4        | 3,5        | 3,3        |
| Spanien                | 3,1                          | 3,4        | 3,6        | 2,8        | 4,2        | 2,1        | 2,8        |
| Frankreich             | 2,3                          | 1,9        | 1,9        | 1,6        | 3,3        | 1,8        | 1,7        |
| Irland                 | 2,3                          | 2,2        | 2,7        | 2,9        | 3,3        | 2,1        | 1,8        |
| Italien                | 2,3                          | 2,2        | 2,2        | 2,0        | 3,6        | 2,0        | 2,1        |
| Zypern                 | 1,9                          | 2,0        | 2,2        | 2,2        | 4,5        | 2,9        | 3,2        |
| Luxemburg              | 3,2                          | 3,8        | 3,0        | 2,7        | 4,4        | 2,2        | 2,7        |
| Malta                  | 2,7                          | 2,5        | 2,6        | 0,7        | 4,4        | 3,0        | 2,2        |
| Niederlande            | 1,4                          | 1,5        | 1,7        | 1,6        | 2,5        | 3,0        | 2,3        |
| Österreich             | 2,0                          | 2,1        | 1,7        | 2,2        | 3,4        | 2,1        | 1,9        |
| Portugal               | 2,5                          | 2,1        | 3,0        | 2,4        | 2,9        | 2,3        | 2,1        |
| Slowakei               | 7,5                          | 2,8        | 4,3        | 1,9        | 4,0        | 3,5        | 3,3        |
| Slowenien              | 3,7                          | 2,5        | 2,5        | 3,8        | 6,2        | 3,7        | 3,1        |
| Finnland               | 0,1                          | 0,8        | 1,3        | 1,6        | 4,2        | 2,6        | 1,8        |
| Euroraum               | 2,2                          | 2,2        | 2,2        | 2,1        | 3,5        | 2,2        | 2,1        |
| Bulgarien              | 6,1                          | 6,0        | 7,4        | 7,6        | 12,4       | 7,9        | 6,8        |
| Dänemark               | 0,9                          | 1,7        | 1,9        | 1,7        | 3,8        | 2,3        | 2,0        |
| Estland                | 3,0                          | 4,1        | 4,4        | 6,7        | 10,6       | 4,9        | 3,3        |
| Lettland               | 6,2                          | 6,9        | 6,6        | 10,1       | 15,7       | 8,2        | 4,7        |
| Litauen                | 1,2                          | 2,7        | 3,8        | 5,8        | 11,9       | 7,1        | 7,5        |
| Polen                  | 3,6                          | 2,2        | 1,3        | 2,6        | 4,3        | 3,5        | 2,6        |
| Rumänien               | 11,9                         | 9,1        | 6,6        | 4,9        | 7,8        | 5,7        | 4,0        |
| Schweden               | 1,0                          | 0,8        | 1,5        | 1,7        | 3,0        | 1,7        | 1,9        |
| Tschechien             | 2,6                          | 1,6        | 2,1        | 3,0        | 6,6        | 3,1        | 2,7        |
| Ungarn                 | 6,8                          | 3,5        | 4,0        | 7,9        | 6,3        | 3,9        | 2,9        |
| Vereinigtes Königreich | 1,3                          | 2,1        | 2,3        | 2,3        | 3,7        | 1,9        | 1,2        |
| EU                     | 2,3                          | 2,3        | 2,3        | 2,4        | 3,9        | 2,4        | 2,2        |
| Japan                  | 0,0                          | -0,3       | 0,3        | 0,0        | 1,6        | 0,8        | 0,7        |
| USA                    | 2,7                          | 3,4        | 3,2        | 2,8        | 4,4        | 1,5        | 0,8        |

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.  
Stand: November 2008.

## Statistiken und Dokumentationen

## KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

| Land                   | in % der zivilen Erwerbsbevölkerung |            |            |            |            |             |            |            |            |            |            |
|------------------------|-------------------------------------|------------|------------|------------|------------|-------------|------------|------------|------------|------------|------------|
|                        | 1985                                | 1990       | 1995       | 2000       | 2004       | 2005        | 2006       | 2007       | 2008       | 2009       | 2010       |
| <b>Deutschland</b>     | <b>7,2</b>                          | <b>4,8</b> | <b>8,0</b> | <b>7,5</b> | <b>9,8</b> | <b>10,7</b> | <b>9,8</b> | <b>8,4</b> | <b>7,3</b> | <b>7,5</b> | <b>7,4</b> |
| Belgien                | 10,1                                | 6,6        | 9,7        | 6,9        | 8,4        | 8,5         | 8,3        | 7,5        | 7,1        | 8,0        | 8,7        |
| Griechenland           | 7,0                                 | 6,4        | 9,2        | 11,2       | 10,5       | 9,9         | 8,9        | 8,3        | 9,0        | 9,2        | 9,3        |
| Spanien                | 17,8                                | 13,0       | 18,4       | 11,1       | 10,6       | 9,2         | 8,5        | 8,3        | 10,8       | 13,8       | 15,5       |
| Frankreich             | 9,6                                 | 8,4        | 11,0       | 9,0        | 9,3        | 9,2         | 9,2        | 8,3        | 8,0        | 9,0        | 9,3        |
| Irland                 | 16,8                                | 13,4       | 12,3       | 4,3        | 4,5        | 4,4         | 4,5        | 4,6        | 6,1        | 7,6        | 7,4        |
| Italien                | 8,2                                 | 8,9        | 11,2       | 10,1       | 8,1        | 7,7         | 6,8        | 6,1        | 6,8        | 7,1        | 7,3        |
| Zypern                 | ?                                   | ?          | 2,6        | 4,9        | 4,7        | 5,3         | 4,6        | 4,0        | 3,9        | 3,8        | 3,7        |
| Luxemburg              | 2,9                                 | 1,7        | 2,9        | 2,2        | 5,0        | 4,6         | 4,6        | 4,1        | 4,0        | 4,3        | 4,7        |
| Malta                  | ?                                   | 4,8        | 4,9        | 6,7        | 7,4        | 7,2         | 7,1        | 6,4        | 5,9        | 6,2        | 6,4        |
| Niederlande            | 7,9                                 | 5,8        | 6,6        | 2,8        | 4,6        | 4,7         | 3,9        | 3,2        | 3,0        | 3,4        | 3,7        |
| Österreich             | 3,1                                 | 3,1        | 3,9        | 3,6        | 4,9        | 5,2         | 4,8        | 4,4        | 3,9        | 4,2        | 4,5        |
| Portugal               | 9,1                                 | 4,8        | 7,2        | 4,0        | 6,7        | 7,7         | 7,8        | 8,1        | 7,7        | 7,9        | 7,9        |
| Slowakei               | ?                                   | ?          | 13,2       | 18,8       | 18,2       | 16,3        | 13,4       | 11,1       | 9,9        | 9,8        | 9,6        |
| Slowenien              | ?                                   | ?          | 6,9        | 6,7        | 6,3        | 6,5         | 6,0        | 4,9        | 4,5        | 4,8        | 4,7        |
| Finnland               | 4,9                                 | 3,2        | 15,4       | 9,8        | 8,8        | 8,4         | 7,7        | 6,9        | 6,3        | 6,5        | 6,4        |
| Euroraum               | 9,3                                 | 7,5        | 10,4       | 8,4        | 9,0        | 9,0         | 8,3        | 7,5        | 7,6        | 8,4        | 8,7        |
| Bulgarien              | ?                                   | ?          | 12,7       | 16,4       | 12,1       | 10,1        | 9,0        | 6,9        | 6,0        | 5,8        | 5,7        |
| Dänemark               | 6,7                                 | 7,2        | 6,7        | 4,3        | 5,5        | 4,8         | 3,9        | 3,8        | 3,1        | 3,5        | 4,3        |
| Estland                | ?                                   | ?          | 9,7        | 12,8       | 9,7        | 7,9         | 5,9        | 4,7        | 5,0        | 6,7        | 7,7        |
| Lettland               | ?                                   | 0,5        | 18,9       | 13,7       | 10,4       | 8,9         | 6,8        | 6,0        | 6,5        | 9,2        | 9,6        |
| Litauen                | ?                                   | 0,0        | 6,9        | 16,4       | 11,4       | 8,3         | 5,6        | 4,3        | 4,9        | 7,1        | 8,4        |
| Polen                  | ?                                   | ?          | 13,2       | 16,1       | 19,0       | 17,8        | 13,9       | 9,6        | 7,3        | 7,3        | 7,8        |
| Rumänien               | ?                                   | ?          | 6,1        | 7,3        | 8,1        | 7,2         | 7,3        | 6,4        | 6,1        | 6,4        | 6,1        |
| Schweden               | 2,9                                 | 1,7        | 8,8        | 5,6        | 6,3        | 7,4         | 7,0        | 6,1        | 6,0        | 6,8        | 7,3        |
| Tschechien             | ?                                   | ?          | 3,9        | 8,7        | 8,3        | 7,9         | 7,2        | 5,3        | 5,0        | 5,0        | 5,2        |
| Ungarn                 | ?                                   | ?          | 10,0       | 6,4        | 6,1        | 7,2         | 7,5        | 7,4        | 8,1        | 8,6        | 8,5        |
| Vereinigtes Königreich | 11,2                                | 6,9        | 8,5        | 5,4        | 4,7        | 4,8         | 5,4        | 5,3        | 5,7        | 7,1        | 6,9        |
| EU                     | 9,4                                 | 7,2        | 10,0       | 8,7        | 9,0        | 8,9         | 8,2        | 7,1        | 7,0        | 7,8        | 8,1        |
| Japan                  | 2,6                                 | 2,1        | 3,1        | 4,7        | 4,7        | 4,4         | 4,1        | 3,9        | 4,1        | 4,7        | 4,6        |
| USA                    | 7,2                                 | 5,5        | 5,6        | 4,0        | 5,5        | 5,1         | 4,6        | 4,6        | 5,7        | 7,5        | 8,1        |

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008.

Für die Jahre ab 2004: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2008.

Stand: November 2008.

## Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

|  | Reales Bruttoinlandsprodukt        |            |                   |                   | Verbraucherpreise |            |                   |                   | Leistungsbilanz                          |            |                   |                   |
|--|------------------------------------|------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------|-------------------|-------------------|--|------------|-------------------|-------------------|
|  | Veränderung gegenüber Vorjahr in % |            |                   |                   |                   |            |                   |                   | in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts |            |                   |                   |
|  | 2006                               | 2007       | 2008 <sup>1</sup> | 2009 <sup>1</sup> | 2006              | 2007       | 2008 <sup>1</sup> | 2009 <sup>1</sup> | 2006                                     | 2007       | 2008 <sup>1</sup> | 2009 <sup>1</sup> |
| <b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</b> | <b>8,2</b>                         | <b>8,6</b> | <b>7,2</b>        | <b>5,7</b>        | <b>9,5</b>        | <b>9,7</b> | <b>15,6</b>       | <b>12,6</b>       | <b>7,5</b>                               | <b>4,4</b> | <b>5,5</b>        | <b>3,0</b>        |
| darunter                                 |                                    |            |                   |                   |                   |            |                   |                   |  |            |                   |                   |
| Russische Föderation                     | 7,4                                | 8,1        | 7,0               | 5,5               | 9,7               | 9,0        | 14,0              | 12,0              | 9,5                                      | 5,9        | 6,5               | 3,4               |
| Ukraine                                  | 7,3                                | 7,6        | 6,4               | 2,5               | 9,1               | 12,8       | 25,3              | 18,8              | -1,5                                     | -3,7       | -7,2              | -9,2              |
| <b>Asien</b>                             | <b>9,2</b>                         | <b>9,3</b> | <b>7,7</b>        | <b>7,1</b>        | <b>3,8</b>        | <b>4,9</b> | <b>7,3</b>        | <b>5,8</b>        | <b>5,8</b>                               | <b>6,8</b> | <b>5,2</b>        | <b>5,0</b>        |
| darunter                                 |                                    |            |                   |                   |                   |            |                   |                   |  |            |                   |                   |
| China                                    | 11,6                               | 11,9       | 9,7               | 9,3               | 1,5               | 4,8        | 6,4               | 4,3               | 9,4                                      | 11,3       | 9,5               | 9,2               |
| Indien                                   | 9,8                                | 9,3        | 7,9               | 6,9               | 6,2               | 6,4        | 7,9               | 6,7               | -1,1                                     | -1,4       | -2,8              | -3,1              |
| Indonesien                               | 5,5                                | 6,3        | 6,1               | 5,5               | 13,1              | 6,2        | 9,8               | 8,8               | 3,0                                      | 2,5        | 0,1               | -0,1              |
| Korea                                    | 5,1                                | 5,0        | 4,1               | 3,5               | 2,2               | 2,5        | 4,8               | 4,0               | 0,6                                      | 0,6        | -1,3              | -0,7              |
| Thailand                                 | 5,1                                | 4,8        | 4,7               | 4,5               | 4,6               | 2,2        | 5,7               | 3,2               | 1,1                                      | 6,4        | 3,1               | 2,0               |
| <b>Lateinamerika</b>                     | <b>5,4</b>                         | <b>5,6</b> | <b>4,6</b>        | <b>3,1</b>        | <b>5,2</b>        | <b>5,3</b> | <b>7,6</b>        | <b>7,1</b>        | <b>1,8</b>                               | <b>0,8</b> | <b>-0,5</b>       | <b>-1,3</b>       |
| darunter                                 |                                    |            |                   |                   |                   |            |                   |                   |  |            |                   |                   |
| Argentinien                              | 8,5                                | 8,7        | 6,5               | 3,6               | 10,9              | 8,8        | 9,1               | 9,1               | 2,6                                      | 1,7        | 0,8               | -0,6              |
| Brasilien                                | 3,8                                | 5,4        | 5,2               | 3,5               | 4,2               | 3,6        | 5,7               | 5,1               | 1,3                                      | 0,1        | -1,8              | -2,0              |
| Chile                                    | 4,3                                | 5,1        | 4,5               | 3,8               | 3,4               | 4,4        | 8,9               | 6,5               | 4,7                                      | 4,4        | -1,1              | -0,9              |
| Mexiko                                   | 4,9                                | 3,2        | 2,1               | 1,8               | 3,6               | 4,0        | 4,9               | 4,2               | -0,2                                     | -0,6       | -1,4              | -2,2              |
| <b>Sonstige</b>                          |                                    |            |                   |                   |                   |            |                   |                   |  |            |                   |                   |
| Türkei                                   | 6,9                                | 4,6        | 3,5               | 3,0               | 9,6               | 8,8        | 10,5              | 8,4               | -6,0                                     | -5,7       | -6,5              | -6,7              |
| Südafrika                                | 5,4                                | 5,1        | 3,8               | 3,3               | 4,7               | 7,1        | 11,8              | 8,0               | -6,5                                     | -7,3       | -8,0              | -8,1              |

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2008 in veröffentlichter Form.

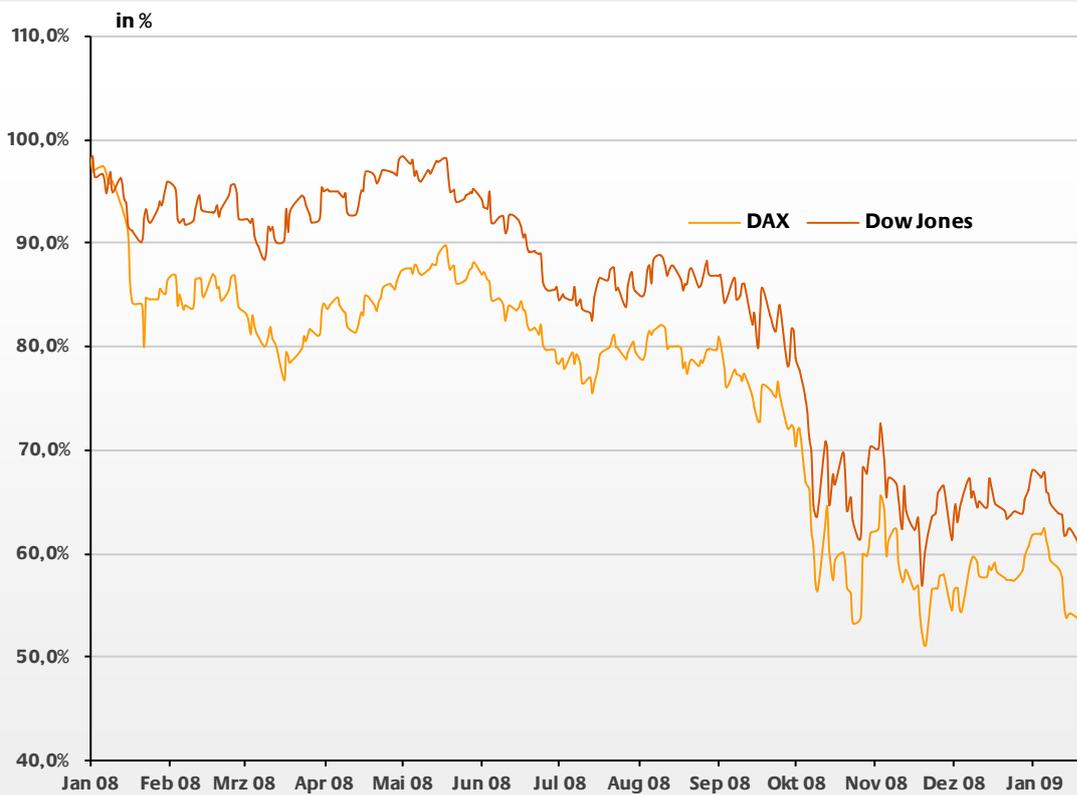
Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2008 = 100%

(2. Januar 2008 bis 21. Januar 2009)



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.


 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

**Aktienindizes**

|              | Aktuell<br>21.1.2009 | Ende<br>2008 | Änderung in %<br>zu Ende 2008 | Tief<br>2008/2009 | Hoch<br>2008/2009 |
|--------------|----------------------|--------------|-------------------------------|-------------------|-------------------|
| Dow Jones    | 8 228                | 8 776        | -6,25                         | 7 552             | 13 058            |
| Eurostoxx 50 | 1 917                | 2 065        | -7,20                         | 1 894             | 3 635             |
| Dax          | 4 261                | 4 810        | -11,41                        | 4 127             | 7 949             |
| CAC 40       | 2 906                | 3 218        | -9,71                         | 2 881             | 5 550             |
| Nikkei       | 7 902                | 8 860        | -10,81                        | 7 163             | 14 691            |

**Renditen staatlicher Benchmarkanleihen**

| 10 Jahre  | Aktuell<br>21.1.2009 | Ende<br>2008 | Spread zu<br>US-Bond<br>in % | Tief<br>2008/2009 | Hoch<br>2008/2009 |
|-----------|----------------------|--------------|------------------------------|-------------------|-------------------|
| USA       | 2,54                 | 2,22         | -                            | 2,06              | 4,26              |
| Bund      | 2,99                 | 2,94         | 0,45                         | 2,91              | 4,67              |
| Japan     | 1,23                 | 1,17         | -1,32                        | 1,17              | 1,88              |
| Brasilien | 12,68                | 12,56        | 10,14                        | 12,37             | 17,91             |

**Währungen**

|             | Aktuell<br>21.1.2009 | Ende<br>2008 | Änderung in %<br>zu Ende 2008 | Tief<br>2008/2009 | Hoch<br>2008/2009 |
|-------------|----------------------|--------------|-------------------------------|-------------------|-------------------|
| Dollar/Euro | 1,30                 | 1,40         | -6,72                         | 1,25              | 1,60              |
| Yen/Dollar  | 89,48                | 90,62        | -1,26                         | 87,36             | 111,62            |
| Yen/Euro    | 11 674               | 126,73       | -7,88                         | 115,94            | 169,56            |
| Pfund/Euro  | 0,93                 | 0,96         | -2,46                         | 0,73              | 0,90              |

## Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

## G7-Länder / Euroraum / EU-27

|                               | BIP (real) |      |      |      | Verbraucherpreise |      |      |      | Arbeitslosenquote |      |      |      |
|-------------------------------|------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|
|                               | 2007       | 2008 | 2009 | 2010 | 2007              | 2008 | 2009 | 2010 | 2007              | 2008 | 2009 | 2010 |
| <b>Deutschland</b>            |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | 2,5        | 1,7  | 0,0  | 1,0  | 2,3               | 3,0  | 2,1  | 1,9  | 8,4               | 7,3  | 7,5  | 7,4  |
| OECD                          | 2,6        | 1,4  | -0,8 | 1,2  | 2,3               | 2,9  | 1,1  | 1,3  | 8,3               | 7,4  | 8,1  | 8,6  |
| WVF                           | 2,5        | 1,7  | -0,8 | -    | 2,3               | 2,9  | 1,4  | -    | 8,4               | 7,4  | 8,0  | -    |
| <b>USA</b>                    |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | 2,0        | 1,5  | -0,5 | 1,0  | 2,8               | 4,4  | 1,5  | 0,8  | 4,6               | 5,7  | 7,5  | 8,1  |
| OECD                          | 2,0        | 1,4  | -0,9 | 1,6  | 2,9               | 4,3  | 1,6  | 1,5  | 4,6               | 5,7  | 7,3  | 7,5  |
| WVF                           | 2,0        | 1,4  | -0,7 | -    | 2,9               | 4,2  | 1,8  | -    | 4,6               | 5,6  | 6,9  | -    |
| <b>Japan</b>                  |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | 2,1        | 0,4  | -0,4 | 0,6  | 0,0               | 1,6  | 0,8  | 0,7  | 3,9               | 4,1  | 4,7  | 4,6  |
| OECD                          | 2,1        | 0,5  | -0,1 | 0,6  | 0,1               | 1,4  | 0,3  | -0,1 | 3,9               | 4,1  | 4,4  | 4,4  |
| WVF                           | 2,1        | 0,5  | -0,2 | -    | -                 | 1,6  | 0,9  | -    | 3,8               | 4,1  | 4,5  | -    |
| <b>Frankreich</b>             |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | 2,2        | 0,9  | 0,0  | 0,8  | 1,6               | 3,3  | 1,8  | 1,7  | 8,3               | 8,0  | 9,0  | 9,3  |
| OECD                          | 2,1        | 0,9  | -0,4 | 1,5  | 1,6               | 3,3  | 1,0  | 0,8  | 8,0               | 7,3  | 8,2  | 8,7  |
| WVF                           | 2,2        | 0,8  | -0,5 | -    | 1,6               | 3,4  | 1,6  | -    | 8,3               | 7,7  | 8,3  | -    |
| <b>Italien</b>                |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | 1,5        | 0,0  | 0,0  | 0,6  | 2,0               | 3,6  | 2,0  | 2,1  | 6,1               | 6,8  | 7,1  | 7,3  |
| OECD                          | 1,4        | -0,4 | -1,0 | 0,8  | 2,0               | 3,5  | 1,5  | 1,5  | 6,2               | 6,9  | 7,8  | 8,0  |
| WVF                           | 1,5        | -0,2 | -0,6 | -    | 2,0               | 3,4  | 1,9  | -    | 6,2               | 6,7  | 6,6  | -    |
| <b>Vereinigtes Königreich</b> |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | 3,0        | 0,9  | -1,0 | 0,4  | 2,3               | 3,7  | 1,9  | 1,2  | 5,3               | 5,7  | 7,1  | 6,9  |
| OECD                          | 3,0        | 0,8  | -1,1 | 0,9  | 2,3               | 3,7  | 2,7  | 1,9  | 5,4               | 5,5  | 6,8  | 8,2  |
| WVF                           | 3,0        | 0,8  | -1,3 | -    | 2,3               | 3,8  | 2,9  | -    | 5,4               | 5,4  | 6,0  | -    |
| <b>Kanada</b>                 |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| OECD                          | 2,7        | 0,5  | -0,5 | 2,1  | 2,1               | 2,6  | 1,2  | 1,0  | 6,0               | 6,1  | 7,0  | 7,5  |
| WVF                           | 2,7        | 0,6  | 0,3  | -    | 2,1               | 2,5  | 2,1  | -    | 6,0               | 6,2  | 6,3  | -    |
| <b>Euroraum</b>               |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | 2,7        | 1,2  | 0,1  | 0,9  | 2,1               | 3,5  | 2,2  | 2,1  | 7,5               | 7,6  | 8,4  | 8,7  |
| OECD                          | 2,6        | 1,0  | -0,6 | 1,2  | 2,1               | 3,4  | 1,4  | 1,3  | 7,4               | 7,4  | 8,6  | 9,0  |
| WVF                           | 2,6        | 1,2  | -0,5 | -    | 2,1               | 3,5  | 1,9  | -    | 7,4               | 7,6  | 8,3  | -    |
| EZB                           | 2,6        | 1,4  | 1,2  | 1,2  | 2,1               | 3,5  | 2,6  | 2,6  | -                 | -    | -    | -    |
| <b>EU-27</b>                  |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM                        | 2,9        | 1,4  | 0,2  | 1,1  | 2,4               | 3,9  | 2,4  | 2,2  | 7,1               | 7,0  | 7,8  | 8,1  |
| WVF                           | 3,1        | 1,5  | -0,2 | -    | 2,4               | 3,9  | 2,4  | -    | -                 | -    | -    | -    |

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

IWF: WEO Update vom November 2008, nur für BIP 2008 und 2009.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro area; September 2008 (nur BIP u. HICP sowie nur für den Euroraum).

Stand: Dezember 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

## Übrige Länder des Euroraums

|                     | BIP (real) |      |      |      | Verbraucherpreise |      |      |      | Arbeitslosenquote |      |      |      |
|---------------------|------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|
|                     | 2007       | 2008 | 2009 | 2010 | 2007              | 2008 | 2009 | 2010 | 2007              | 2008 | 2009 | 2010 |
| <b>Belgien</b>      |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 2,8        | 1,4  | 0,1  | 0,9  | 1,8               | 4,7  | 2,5  | 2,0  | 7,5               | 7,1  | 8,0  | 8,7  |
| OECD                | 2,6        | 1,5  | -0,1 | 1,3  | 1,8               | 4,6  | 1,9  | 1,6  | 7,4               | 6,8  | 7,4  | 7,8  |
| MF                  | 2,8        | 1,4  | 0,2  | -    | 1,8               | 4,6  | 2,8  | -    | 7,5               | 7,1  | 8,6  | -    |
| <b>Finland</b>      |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 4,5        | 2,4  | 1,3  | 2,0  | 1,6               | 4,2  | 2,6  | 1,8  | 6,9               | 6,3  | 6,5  | 6,4  |
| OECD                | 4,4        | 2,1  | 0,6  | 1,8  | 1,6               | 4,0  | 1,9  | 1,6  | 6,9               | 6,2  | 6,5  | 6,8  |
| MF                  | 4,5        | 2,5  | 1,6  | -    | 1,6               | 3,9  | 2,5  | -    | 6,8               | 6,2  | 6,2  | -    |
| <b>Griechenland</b> |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 4,0        | 3,1  | 2,5  | 2,6  | 3,0               | 4,4  | 3,5  | 3,3  | 8,3               | 9,0  | 9,2  | 9,3  |
| OECD                | 4,0        | 3,2  | 1,9  | 2,5  | 3,0               | 4,5  | 2,7  | 2,4  | 8,1               | 7,6  | 8,0  | 8,2  |
| MF                  | 4,0        | 3,2  | 2,0  | -    | 3,0               | 4,4  | 3,1  | -    | 8,3               | 7,7  | 8,3  | -    |
| <b>Irland</b>       |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 6,0        | -1,6 | -0,9 | 2,4  | 2,9               | 3,3  | 2,1  | 1,8  | 4,6               | 6,1  | 7,6  | 7,4  |
| OECD                | 6,0        | -1,8 | -1,7 | 2,6  | 2,9               | 3,1  | 0,9  | 0,9  | 4,6               | 5,9  | 7,7  | 7,8  |
| MF                  | 6,0        | -1,8 | -0,6 | -    | 2,9               | 3,5  | 2,4  | -    | 4,5               | 5,7  | 7,0  | -    |
| <b>Luxemburg</b>    |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 5,2        | 2,5  | 1,2  | 2,3  | 2,7               | 4,4  | 2,2  | 2,7  | 4,1               | 4,0  | 4,3  | 4,7  |
| OECD                | 5,2        | 2,4  | -0,5 | 1,9  | 2,7               | 4,5  | 1,9  | 1,7  | 4,4               | 4,5  | 6,5  | 7,0  |
| MF                  | 4,5        | 2,3  | 1,8  | -    | 2,3               | 3,7  | 1,8  | -    | 4,4               | 4,4  | 4,8  | -    |
| <b>Malta</b>        |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 3,7        | 2,4  | 2,0  | 2,2  | 0,7               | 4,4  | 3,0  | 2,2  | 6,4               | 5,9  | 6,2  | 6,4  |
| OECD                | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| MF                  | 3,7        | 2,8  | 2,3  | -    | 0,7               | 3,7  | 2,2  | -    | 6,4               | 6,5  | 7,0  | -    |
| <b>Niederlande</b>  |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 3,5        | 2,3  | 0,4  | 0,9  | 1,6               | 2,5  | 3,0  | 2,3  | 3,2               | 3,0  | 3,4  | 3,7  |
| OECD                | 3,5        | 2,2  | -0,2 | 0,8  | 1,6               | 2,3  | 1,8  | 1,6  | 3,3               | 3,1  | 3,7  | 4,1  |
| MF                  | 3,5        | 2,3  | 1,0  | -    | 1,6               | 2,9  | 2,6  | -    | 3,2               | 2,8  | 2,9  | -    |
| <b>Österreich</b>   |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 3,1        | 1,9  | 0,6  | 1,3  | 2,2               | 3,4  | 2,1  | 1,9  | 4,4               | 3,9  | 4,2  | 4,5  |
| OECD                | 3,0        | 1,9  | -0,1 | 1,2  | 2,2               | 3,3  | 1,1  | 0,8  | 5,1               | 4,9  | 5,7  | 6,0  |
| MF                  | 3,1        | 2,0  | 0,8  | -    | 2,2               | 3,5  | 2,3  | -    | 4,4               | 4,2  | 4,4  | -    |
| <b>Portugal</b>     |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 1,9        | 0,5  | 0,1  | 0,7  | 2,4               | 2,9  | 2,3  | 2,1  | 8,1               | 7,7  | 7,9  | 7,9  |
| OECD                | 1,9        | 0,5  | -0,2 | 0,6  | 2,4               | 2,8  | 1,3  | 1,6  | 8,0               | 7,6  | 8,5  | 8,8  |
| MF                  | 1,9        | 0,6  | 0,1  | -    | 2,4               | 3,2  | 2,0  | -    | 8,0               | 7,6  | 7,8  | -    |
| <b>Slowakei</b>     |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 10,4       | 7,0  | 4,9  | 5,5  | 1,9               | 4,0  | 3,5  | 3,3  | 11,1              | 9,9  | 9,8  | 9,6  |
| OECD                | 10,4       | 7,3  | 4,0  | 5,6  | 2,8               | 4,4  | 2,8  | 2,8  | 11,0              | 9,7  | 9,4  | 9,0  |
| MF                  | 10,4       | 7,4  | 5,6  | -    | 1,9               | 3,9  | 3,6  | -    | -                 | -    | -    | -    |
| <b>Slowenien</b>    |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 6,8        | 4,4  | 2,9  | 3,7  | 3,8               | 6,2  | 3,7  | 3,1  | 4,9               | 4,5  | 4,8  | 4,7  |
| OECD                | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| MF                  | 6,1        | 4,3  | 3,7  | -    | 3,6               | 5,9  | 3,3  | -    | 4,8               | 4,8  | 5,0  | -    |
| <b>Spanien</b>      |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 3,7        | 1,3  | -0,2 | 0,5  | 2,8               | 4,2  | 2,1  | 2,8  | 8,3               | 10,8 | 13,8 | 15,5 |
| OECD                | 3,7        | 1,3  | -0,9 | 0,8  | 2,8               | 4,4  | 1,8  | 1,5  | 8,3               | 10,9 | 14,2 | 14,8 |
| MF                  | 3,7        | 1,4  | -0,2 | -    | 2,8               | 4,5  | 2,6  | -    | 8,3               | 11,2 | 14,7 | -    |
| <b>Zypern</b>       |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM              | 4,4        | 3,7  | 2,9  | 3,2  | 2,2               | 4,5  | 2,9  | 3,2  | 4,0               | 3,9  | 3,8  | 3,7  |
| OECD                | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| MF                  | 4,4        | 3,4  | 2,8  | -    | 2,2               | 4,6  | 3,5  | -    | 3,9               | 3,9  | 3,9  | -    |

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: Dezember 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

## Andere EU-Mitgliedstaaten

|                   | BIP (real) |      |      |      | Verbraucherpreise |      |      |      | Arbeitslosenquote |      |      |      |
|-------------------|------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|-------------------|------|------|------|
|                   | 2007       | 2008 | 2009 | 2010 | 2007              | 2008 | 2009 | 2010 | 2007              | 2008 | 2009 | 2010 |
| <b>Bulgarien</b>  |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 6,2        | 6,5  | 4,5  | 4,7  | 7,6               | 12,4 | 7,9  | 6,8  | 6,9               | 6    | 5,8  | 5,7  |
| OECD              | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| M/F               | 6,2        | 6,3  | 4,2  | -    | 7,6               | 12,2 | 7    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| <b>Dänemark</b>   |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 1,7        | 0,7  | 0,1  | 0,9  | 1,7               | 3,8  | 2,3  | 2    | 3,8               | 3,1  | 3,5  | 4,3  |
| OECD              | 1,7        | 0,2  | -0,5 | 0,9  | 1,7               | 3,5  | 1,6  | 1,6  | 3,7               | 3,1  | 4    | 4,5  |
| M/F               | 1,7        | 1    | 0,5  | -    | 1,7               | 3,4  | 2,8  | -    | 2,8               | 1,8  | 2,6  | -    |
| <b>Estland</b>    |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 6,3        | -1,3 | -1,2 | 2    | 6,7               | 10,6 | 4,9  | 3,3  | 4,7               | 5    | 6,7  | 7,7  |
| OECD              | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| M/F               | 6,3        | -1,5 | 0,5  | -    | 6,6               | 10,2 | 5,1  | -    | -                 | -    | -    | -    |
| <b>Lettland</b>   |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 10,3       | -0,8 | -2,7 | 1    | 10,1              | 15,7 | 8,2  | 4,7  | 6                 | 6,5  | 9,2  | 9,6  |
| OECD              | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| M/F               | 10,3       | -0,9 | -2,2 | -    | 10,1              | 15,9 | 10,6 | -    | -                 | -    | -    | -    |
| <b>Litauen</b>    |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 8,9        | 3,8  | 0    | -1,1 | 5,8               | 11,9 | 7,1  | 7,5  | 4,3               | 4,9  | 7,1  | 8,4  |
| OECD              | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| M/F               | 8,9        | 3,9  | 0,7  | -    | 5,8               | 11,3 | 6,2  | -    | -                 | -    | -    | -    |
| <b>Polen</b>      |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 6,6        | 5,4  | 3,8  | 4,2  | 2,6               | 4,3  | 3,5  | 2,6  | 9,6               | 7,3  | 7,3  | 7,8  |
| OECD              | 6,7        | 5,4  | 3    | 3,5  | 2,5               | 4,2  | 3,2  | 3,6  | 9,6               | 7,2  | 7,1  | 7,6  |
| M/F               | 6,6        | 5,2  | 3,8  | -    | 2,5               | 4    | 3,3  | -    | -                 | -    | -    | -    |
| <b>Rumänien</b>   |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 6          | 8,5  | 4,7  | 5    | 4,9               | 7,8  | 5,7  | 4    | 6,4               | 6,1  | 6,4  | 6,1  |
| OECD              | -          | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    | -                 | -    | -    | -    |
| M/F               | 6          | 8,6  | 4,8  | -    | 4,8               | 8,2  | 6,6  | -    | -                 | -    | -    | -    |
| <b>Schweden</b>   |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 2,7        | 1,4  | 0    | 1,8  | 1,7               | 3    | 1,7  | 1,9  | 6,1               | 6    | 6,8  | 7,3  |
| OECD              | 2,9        | 0,8  | 0    | 2,2  | 2,2               | 3,5  | 1,5  | 1,1  | 6,1               | 6,1  | 7    | 7,7  |
| M/F               | 2,7        | 1,2  | 1,4  | -    | 1,7               | 3,4  | 2,8  | -    | 6,1               | 6,6  | 7,1  | -    |
| <b>Tschechien</b> |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 6          | 4,4  | 3,6  | 3,9  | 3                 | 6,6  | 3,1  | 2,7  | 5,3               | 5    | 5    | 5,2  |
| OECD              | 6,6        | 4,4  | 2,5  | 4,4  | 3                 | 6,6  | 2    | 2,6  | 5,3               | 4,5  | 5,2  | 5,5  |
| M/F               | 6,6        | 4    | 3,4  | -    | 2,8               | 6,7  | 3,4  | -    | -                 | -    | -    | -    |
| <b>Ungarn</b>     |            |      |      |      |                   |      |      |      |                   |      |      |      |
| EU-KOM            | 1,1        | 1,7  | 0,7  | 1,8  | 7,9               | 6,3  | 3,9  | 2,9  | 7,4               | 8,1  | 8,6  | 8,5  |
| OECD              | 1,1        | 1,4  | -0,5 | 1    | 8                 | 6,4  | 3,6  | 3,2  | 7,4               | 7,9  | 8,9  | 9,2  |
| M/F               | 1,3        | 1,9  | 2,3  | -    | 7,9               | 6,3  | 4,1  | -    | -                 | -    | -    | -    |

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: Dezember 2008.

## Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

G7-Länder / Euroraum / EU-27

|                               | öffentl. Haushaltssaldo |      |      |      | Staatsschuldenquote <sup>1</sup> |       |       |       | Leistungsbilanzsaldo |      |      |      |
|-------------------------------|-------------------------|------|------|------|----------------------------------|-------|-------|-------|----------------------|------|------|------|
|                               | 2007                    | 2008 | 2009 | 2010 | 2007                             | 2008  | 2009  | 2010  | 2007                 | 2008 | 2009 | 2010 |
| <b>Deutschland</b>            |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -0,2                    | 0,0  | -0,2 | -0,5 | 65,1                             | 64,3  | 63,2  | 61,9  | 7,6                  | 7,5  | 7,7  | 7,9  |
| OECD                          | 0,1                     | 0,0  | -0,9 | -1,0 | 65,0                             | 64,4  | 65,8  | 65,9  | 7,7                  | 6,4  | 6,2  | 6,1  |
| MF                            | -0,2                    | -0,3 | -0,8 | -    | 63,2                             | 76,4  | 77,0  | -     | 7,6                  | 7,3  | 6,8  | -    |
| <b>USA</b>                    |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -2,8                    | -5,3 | -7,2 | -9,0 | 63,1                             | 67,5  | 77,1  | 84,8  | -5,2                 | -4,6 | -3,2 | -2,8 |
| OECD                          | -2,9                    | -5,3 | -6,7 | -6,8 | 62,9                             | 73,2  | 78,1  | 82,5  | -5,3                 | -4,9 | -3,9 | -3,6 |
| MF                            | -2,7                    | -4,1 | -4,6 | -    | 60,7                             | 61,5  | 65,4  | -     | -5,3                 | -4,6 | -3,3 | -    |
| <b>Japan</b>                  |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -2,2                    | -1,9 | -2,6 | -3,5 | 173,6                            | 177,8 | 182,5 | 185,5 | 4,8                  | 4,0  | 4,1  | 4,3  |
| OECD                          | -2,4                    | -1,4 | -3,3 | -3,8 | 170,6                            | 173,0 | 174,1 | 177,0 | 4,8                  | 3,8  | 4,3  | 3,9  |
| MF                            | -3,2                    | -3,4 | -3,9 | -    | 195,4                            | 198,6 | 200,9 | -     | 4,8                  | 4,0  | 3,7  | -    |
| <b>Frankreich</b>             |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -2,7                    | -3,0 | -3,5 | -3,8 | 63,9                             | 65,4  | 67,7  | 69,9  | -2,8                 | -3,5 | -3,7 | -3,6 |
| OECD                          | -2,7                    | -2,9 | -3,7 | -3,9 | 63,9                             | 66,4  | 69,7  | 72,8  | -1,2                 | -1,6 | -1,5 | -1,6 |
| MF                            | -2,7                    | -3,3 | -3,9 | -    | 63,9                             | 65,2  | 67,5  | -     | -1,2                 | -2,8 | -2,7 | -    |
| <b>Italien</b>                |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -1,6                    | -2,5 | -2,6 | -2,1 | 104,1                            | 104,1 | 104,3 | 103,8 | -1,7                 | -2,1 | -1,6 | -1,6 |
| OECD                          | -1,5                    | -2,5 | -2,9 | -3,1 | 104,1                            | 103,8 | 105,8 | 106,7 | -2,5                 | -2,6 | -2,1 | -2,6 |
| MF                            | -1,6                    | -2,6 | -2,9 | -    | 104,0                            | 104,3 | 105,5 | -     | -2,5                 | -2,8 | -2,4 | -    |
| <b>Vereinigtes Königreich</b> |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -2,8                    | -4,2 | -5,6 | -6,5 | 44,2                             | 50,1  | 55,1  | 60,3  | -3,8                 | -2,8 | -2,6 | -1,8 |
| OECD                          | -2,8                    | -3,6 | -5,3 | -6,5 | 44,2                             | 56,0  | 60,9  | 66,6  | -3,8                 | -1,9 | -1,5 | -2,1 |
| MF                            | -2,7                    | -3,5 | -4,4 | -    | 44,1                             | 43,4  | 44,3  | -     | -3,8                 | -3,6 | -3,4 | -    |
| <b>Kanada</b>                 |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -                       | -    | -    | -    | -                                | -     | -     | -     | -                    | -    | -    | -    |
| OECD                          | 1,4                     | 0,3  | -1,3 | -1,7 | 64,1                             | 63,0  | 65,6  | 66,9  | 0,9                  | 0,4  | -1,7 | -1,4 |
| MF                            | 1,4                     | 0,7  | 0,6  | -    | 64,2                             | 60,7  | 58,4  | -     | 0,9                  | 0,9  | -    | -    |
| <b>Euroraum</b>               |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -0,6                    | -1,3 | -1,8 | -2,0 | 66,1                             | 66,6  | 67,2  | 67,6  | 0,2                  | -0,3 | -0,1 | 0,0  |
| OECD                          | -0,6                    | -1,4 | -2,2 | -2,5 | 66,5                             | 67,4  | 69,4  | 71,1  | 0,3                  | -0,4 | -0,1 | 0,0  |
| MF                            | -0,6                    | -1,5 | -2,0 | -    | 66,5                             | 69,9  | 70,6  | -     | 0,2                  | -0,5 | -0,4 | -    |
| <b>EU-27</b>                  |                         |      |      |      |                                  |       |       |       |                      |      |      |      |
| EU-KOM                        | -0,9                    | -1,6 | -2,3 | -2,6 | 58,7                             | 59,8  | 60,9  | 61,8  | -0,7                 | -1,0 | -0,8 | -0,6 |
| MF                            | -0,9                    | -1,7 | -2,2 | -    | -                                | -     | -     | -     | -0,7                 | -1,2 | -1,2 | -    |

Quellen: EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

<sup>1</sup> Die Schuldenstände der OECD für alle EU-Mitgliedstaaten entsprechen den Maastricht-Kriterien, jedoch nicht die für Kanada, Japan und USA.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: Dezember 2008.


 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

## Übrige Länder des Euroraums

|                     | öffentl. Haushaltssaldo |      |      |      | Staatsschuldenquote |      |      |      | Leistungsbilanzsaldo |       |       |       |
|---------------------|-------------------------|------|------|------|---------------------|------|------|------|----------------------|-------|-------|-------|
|                     | 2007                    | 2008 | 2009 | 2010 | 2007                | 2008 | 2009 | 2010 | 2007                 | 2008  | 2009  | 2010  |
| <b>Belgien</b>      |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | -0,3                    | -0,5 | -1,4 | -1,8 | 83,9                | 86,5 | 86,1 | 85,6 | 2,4                  | 0,6   | 0,3   | 0,1   |
| OECD                | -0,3                    | -0,7 | -1,3 | -1,6 | 83,9                | 88,5 | 88,6 | 88,4 | 1,7                  | -3,3  | -2,4  | -2,7  |
| MF                  | -0,1                    | -0,4 | -1,3 | -    | -                   | -    | -    | -    | 2,1                  | 0     | -1,1  | -     |
| <b>Finnland</b>     |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | 5,3                     | 5,1  | 3,6  | 2,4  | 35,1                | 31,6 | 30,2 | 29,8 | 5,3                  | 5,6   | 5     | 4,9   |
| OECD                | 5,3                     | 4,6  | 3,3  | 2,7  | 35,2                | 33,3 | 32,6 | 32,9 | 4,3                  | 2,9   | 2,4   | 2,5   |
| MF                  | 5,2                     | 4,9  | 3,7  | -    | -                   | -    | -    | -    | 4,6                  | 3,4   | 2,9   | -     |
| <b>Griechenland</b> |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | -3,5                    | -2,5 | -2,2 | -3   | 94,8                | 93,4 | 92,2 | 91,9 | -14                  | -14,3 | -15   | -15,5 |
| OECD                | -3,7                    | -2,8 | -2,7 | -3,1 | 94,4                | 93   | 91,9 | 91,3 | -14,1                | -14,5 | -13,9 | -13,2 |
| MF                  | -2,8                    | -2,8 | -2,3 | -    | -                   | -    | -    | -    | -14,1                | -14   | -14,1 | -     |
| <b>Irland</b>       |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | 0,2                     | -5,5 | -6,8 | -7,2 | 24,8                | 31,6 | 39,2 | 46,2 | -5,4                 | -5,3  | -3,3  | -2,9  |
| OECD                | 0,2                     | -5,6 | -7,1 | -7   | 24,8                | 29,7 | 37,6 | 45,1 | -5,4                 | -6,2  | -6,3  | -5,2  |
| MF                  | 0,3                     | -4   | -4,7 | -    | -                   | -    | -    | -    | -5,4                 | -5    | -4,4  | -     |
| <b>Luxemburg</b>    |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | 3,2                     | 2,7  | 1,3  | 0,5  | 7                   | 14,1 | 14,6 | 14,5 | 9,8                  | 8,3   | 5,4   | 5,6   |
| OECD                | 3,2                     | 1,6  | -0,6 | -1,5 | 7                   | 15,2 | 14,4 | 17,3 | 9,9                  | 6,6   | 5,1   | 6,1   |
| MF                  | 3                       | 1,7  | 1    | -    | -                   | -    | -    | -    | 9,9                  | 8,6   | 8,2   | -     |
| <b>Malta</b>        |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | -1,8                    | -3,8 | -2,7 | -2,5 | 62,2                | 63,1 | 63,2 | 63,1 | -5,5                 | -6,6  | -7,1  | -7,3  |
| OECD                | -                       | -    | -    | -    | -                   | -    | -    | -    | -                    | -     | -     | -     |
| MF                  | -1,8                    | -1,7 | -1   | -    | -                   | -    | -    | -    | -5,4                 | -7,7  | -6,4  | -     |
| <b>Niederlande</b>  |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | 0,3                     | 1,2  | 0,5  | 0,1  | 45,7                | 48,2 | 47   | 45,9 | 9,8                  | 7,1   | 7,1   | 6,3   |
| OECD                | 0,3                     | 1    | 0    | -0,9 | 45,7                | 48,6 | 48,3 | 48,7 | 7,6                  | 7,2   | 6,8   | 6,5   |
| MF                  | 0,6                     | 1,1  | 1,7  | -    | -                   | -    | -    | -    | 6,8                  | 5,6   | 5,1   | -     |
| <b>Österreich</b>   |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | -0,4                    | -0,6 | -1,2 | -1,4 | 59,5                | 57,4 | 57,1 | 56,9 | 3,3                  | 3,1   | 2,7   | 2,8   |
| OECD                | -0,5                    | -1   | -2,7 | -3,5 | 59,5                | 60,2 | 62,4 | 65,3 | 3,1                  | 3,6   | 3,7   | 4     |
| MF                  | -0,7                    | -0,7 | -1,1 | -    | -                   | -    | -    | -    | 3,2                  | 2,8   | 2,4   | -     |
| <b>Portugal</b>     |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | -2,6                    | -2,2 | -2,8 | -3,3 | 63,6                | 64,3 | 65,2 | 66,6 | -10                  | -11,6 | -10,6 | -10,4 |
| OECD                | -2,7                    | -2,2 | -2,9 | -3,1 | 63,6                | 64,5 | 66,4 | 68,6 | -9,8                 | -10,9 | -10,2 | -10,1 |
| MF                  | -2,6                    | -2,2 | -2,3 | -    | -                   | -    | -    | -    | -9,8                 | -12   | -12,7 | -     |
| <b>Slowakei</b>     |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | -1,9                    | -2,3 | -2,2 | -2,5 | 29,4                | 28,8 | 29   | 29,3 | -5,1                 | -5,6  | -4,7  | -3,5  |
| OECD                | -2                      | -2,1 | -2   | -1,5 | 29,4                | 30,9 | 32   | 33   | -5,3                 | -5    | -4,1  | -2,2  |
| MF                  | -2,2                    | -2,2 | -1,7 | -    | -                   | -    | -    | -    | -5,4                 | -5,1  | -4,7  | -     |
| <b>Slowenien</b>    |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | 0,5                     | -0,2 | -0,7 | -0,5 | 23,4                | 21,8 | 21,1 | 20,1 | -4                   | -6,3  | -6,3  | -6    |
| OECD                | -                       | -    | -    | -    | -                   | -    | -    | -    | -                    | -     | -     | -     |
| MF                  | -0,1                    | 0,1  | -0,3 | -    | -                   | -    | -    | -    | -4,9                 | -4,7  | -4,7  | -     |
| <b>Spanien</b>      |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | 2,2                     | -1,6 | -2,9 | -3,2 | 36,2                | 37,5 | 41,1 | 44,4 | -10,1                | -9,9  | -8,6  | -8,2  |
| OECD                | 2,2                     | -1,5 | -2,9 | -3,8 | 36,2                | 37,8 | 41,3 | 45,3 | -10,1                | -9,7  | -7,4  | -6,4  |
| MF                  | 2,2                     | -1,6 | -2,5 | -    | -                   | -    | -    | -    | -10,1                | -10,1 | -7,7  | -     |
| <b>Zypern</b>       |                         |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM              | 3,5                     | 1    | 0,7  | 0,6  | 59,5                | 48,2 | 44,7 | 41,3 | -9,7                 | -10,5 | -10,3 | -9,8  |
| OECD                | -                       | -    | -    | -    | -                   | -    | -    | -    | -                    | -     | -     | -     |
| MF                  | 3,3                     | 0,6  | -0,3 | -    | -                   | -    | -    | -    | -9,7                 | -9,7  | -7,8  | -     |

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: Dezember 2008.

 Statistiken und Dokumentationen

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## 12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF

## Andere EU-Mitgliedstaaten

|                   | orient. Haushaltssaldo |      |      |      | Staatsschuldenquote |      |      |      | Leistungsbilanzsaldo |       |       |       |
|-------------------|------------------------|------|------|------|---------------------|------|------|------|----------------------|-------|-------|-------|
|                   | 2007                   | 2008 | 2009 | 2010 | 2007                | 2008 | 2009 | 2010 | 2007                 | 2008  | 2009  | 2010  |
| <b>Bulgarien</b>  |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | 0,1                    | 3,3  | 2,9  | 2,9  | 18,2                | 13,8 | 10,6 | 7,9  | -22,5                | -23,8 | -22,3 | -21,5 |
| OECD              | -                      | -    | -    | -    | -                   | -    | -    | -    | -                    | -     | -     | -     |
| WVF               | 3,5                    | 4,2  | 2,7  | -    | -                   | -    | -    | -    | -21,4                | -24,4 | -21,5 | -     |
| <b>Dänemark</b>   |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | 4,5                    | 3,1  | 1,1  | 0,4  | 26,2                | 21,1 | 21,1 | 20,1 | 1,2                  | 1,1   | 1,1   | 1,8   |
| OECD              | 4,4                    | 2,4  | 0,1  | -0,6 | 26,2                | 23,6 | 23,7 | 24,7 | 1,1                  | 0,8   | 0,9   | 2,0   |
| WVF               | 4,8                    | 3,2  | 3,0  | -    | -                   | -    | -    | -    | 1,1                  | 1,3   | 1,8   | -     |
| <b>Estland</b>    |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | 2,7                    | -1,4 | -2,2 | -2,8 | 3,5                 | 4,2  | 5,0  | 6,1  | -18,5                | -12,1 | -8,1  | -6,5  |
| OECD              | -                      | -    | -    | -    | -                   | -    | -    | -    | -                    | -     | -     | -     |
| WVF               | 3,0                    | -1,3 | -1,4 | -    | -                   | -    | -    | -    | -18,1                | -10,8 | -8,7  | -     |
| <b>Lettland</b>   |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | 0,1                    | -2,3 | -5,6 | -6,2 | 9,5                 | 12,3 | 17,7 | 23,0 | -22,9                | -14,5 | -8,7  | -6,2  |
| OECD              | -                      | -    | -    | -    | -                   | -    | -    | -    | -                    | -     | -     | -     |
| WVF               | 0,7                    | -1,4 | -2,0 | -    | -                   | -    | -    | -    | -22,9                | -15,1 | -8,3  | -     |
| <b>Litauen</b>    |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | -1,2                   | -2,7 | -3,6 | -4,0 | 17,0                | 17,5 | 20,0 | 23,3 | -15,1                | -13,8 | -8,7  | -8,9  |
| OECD              | -                      | -    | -    | -    | -                   | -    | -    | -    | -                    | -     | -     | -     |
| WVF               | -1,9                   | -1,6 | -0,7 | -    | -                   | -    | -    | -    | -14,6                | -14,9 | -8,7  | -     |
| <b>Polen</b>      |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | -2,0                   | -2,3 | -2,5 | -2,4 | 44,9                | 43,9 | 43,6 | 43,1 | -4,5                 | -5,2  | -6,1  | -6,2  |
| OECD              | -2,0                   | -2,3 | -2,7 | -2,9 | 44,9                | 43,6 | 44,1 | 45,3 | -4,7                 | -5,3  | -6,3  | -6,3  |
| WVF               | -1,5                   | -2,0 | -2,3 | -    | -                   | -    | -    | -    | -3,8                 | -4,7  | -5,7  | -     |
| <b>Rumänien</b>   |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | -2,6                   | -3,4 | -4,1 | -3,8 | 12,9                | 13,4 | 15,4 | 17,1 | -13,9                | -13,5 | -13,0 | -12,6 |
| OECD              | -                      | -    | -    | -    | -                   | -    | -    | -    | -                    | -     | -     | -     |
| WVF               | -2,3                   | -2,3 | -2,8 | -    | -                   | -    | -    | -    | -14,0                | -13,8 | -13,3 | -     |
| <b>Schweden</b>   |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | 3,6                    | 2,6  | 0,5  | -0,4 | 40,4                | 34,7 | 33,7 | 32,2 | 8,4                  | 4,6   | 4,2   | 4,6   |
| OECD              | 3,5                    | 2,8  | 0,5  | 0,4  | 40,4                | 38,1 | 34,9 | 34,0 | 8,4                  | 6,5   | 6,5   | 6,9   |
| WVF               | 3,4                    | 2,5  | 1,0  | -    | -                   | -    | -    | -    | 8,5                  | 6,4   | 5,8   | -     |
| <b>Tschechien</b> |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | -1,0                   | -1,2 | -1,3 | -1,4 | 28,9                | 26,6 | 26,4 | 26,3 | -1,5                 | -1,9  | -2,2  | -1,2  |
| OECD              | -1,0                   | -1,6 | -1,9 | -1,7 | 28,7                | 26,5 | 25,6 | 25,2 | -1,7                 | -2,3  | -2,9  | -3,3  |
| WVF               | -1,6                   | -1,9 | -2,1 | -    | -                   | -    | -    | -    | -1,8                 | -2,2  | -2,5  | -     |
| <b>Ungarn</b>     |                        |      |      |      |                     |      |      |      |                      |       |       |       |
| EU-KOM            | -5,0                   | -3,4 | -3,3 | -3,3 | 65,8                | 65,4 | 66,0 | 66,2 | -6,4                 | -6,3  | -5,1  | -5,5  |
| OECD              | -5,0                   | -3,4 | -3,6 | -3,5 | 65,8                | 65,6 | 67,5 | 69,2 | -6,4                 | -6,1  | -6,1  | -5,4  |
| WVF               | -5,5                   | -3,4 | -3,3 | -    | -                   | -    | -    | -    | -5,0                 | -5,5  | -6,1  | -     |

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2008.

OECD: Wirtschaftsausblick, Dezember 2008.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2008 &amp; Regional Economic Outlook Europe, Oktober 2008.

Stand: Dezember 2008.



**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de>  
oder  
<http://www.bmf.bund.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen  
Arbeitsgruppe Monatsbericht  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)  
Berlin, Januar 2009

**Lektorat und Satz:**

heimbüchel pr,  
kommunikation und publizistik GmbH,  
Berlin/Köln

**Gestaltung:**

Pixelpark AG Agentur Köln

**Bezugsservice für Publikationen des**

**Bundesministeriums der Finanzen:**

telefonisch 0 18 05 / 77 80 90<sup>1</sup>

per Telefax 0 18 05 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Jeweils 0,12 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

**ISSN 1618-291X**

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.